

Stenographisches Protokoll

12. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 29. September 1983

Tagesordnung

1. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung
über den Antrag 32/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und
über den Antrag 35/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend Fortsetzung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Jugendbeschäftigung
2. Änderung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen)

Dr. Neisser (62/M); Probst, Kokail, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst

Heinzinger (63/M); Haigermoser, Brennsteiner, Dr. Steidl

Cap (71/M); Schuster, Probst, Kräutl

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 845)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 845 ff.)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Schüssel und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Belastungs- und Verschwendungspolitik der sozialistischen Koalitionsregierung (209/J) (S. 884)

Begründung: Dr. Schüssel (S. 886)

Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 893)

Debatte:

Dipl.-Ing. Riegler (S. 897),
Staatssekretär Dkfm. Bauer (S. 901),
Dr. Nowotny (S. 906),
Eigruber (S. 910),
Dr. Helga Rabl-Stadler (S. 912),
Dr. Kapoun (S. 914),
Roppert (S. 917) und
Heinzinger (S. 919)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung

über den Antrag 32/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und

über den Antrag 35/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend Fortsetzung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Jugendbeschäftigung (58 d. B.)

Berichterstatter: Kräutl (S. 847)

Redner:

Dr. Schwimmer (S. 848),
Braun (S. 852),
Dr. Helene Partik-Pablé (S. 855),
Karas (S. 859),
Cap (S. 863),
Dr. Gugerbauer (S. 867),
Dr. Stummvoll (S. 869),
Bundesminister Dallinger (S. 872)
und
Ingrid Tichy-Schreder (S. 875)

Entschließung in 58 d. B. betreffend Intensivierung der Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung (S. 848) — Annahme E 1 (S. 878)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 827)

Entschuldigungen (S. 827)

Ordnungsruf (S. 827)

Geschäftsbehandlung

Verlangen nach namentlicher Abstimmung (S. 827)

Ablehnung des in der 11. Sitzung (S. 719) eingebrachten Antrages der Abgeordneten Dr. Graff und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (S. 827)

Antrag der Abgeordneten Dr. Graff und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Vorfällen im Zusammenhang mit Akten des Bundesministeriums für Finanzen

Bekanntgabe (S. 852)

Verlesung (S. 883)

Ablehnung (S. 884)

Fragestunde (8.)

Gesundheit und Umweltschutz (S. 829)

Steinbauer (59/M); Probst, Dr. Feurstein

Dr. Stummvoll (60/M); Dr. Helene Partik-Pablé, Adelheid Praher, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst

Dr. Ettmayer (61/M); Kräutl, Dr. Feurstein

Wanda Brunner (69/M); Maria Stangl, Mag. Ortner, Resch

Mag. Brigitte Ederer (70/M); Probst, Wanda Brunner

Probst (74/M); Gärtner, Mag. Ortner

- (2) Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (10 d. B.): Änderung des Artikels XI Abs. 3 lit. a sowie der Anhänge I und II des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen) (65 d. B.)

Berichterstatlerin: Ingrid Tichy-Schreder (S. 879)

Redner:

Dr. Marga Hubinek (S. 879),
Vizekanzler Dr. Steger (S. 881) und
Gärtner (S. 882)

Genehmigung (S. 883)

Eingebracht wurden

vom Rechnungshof

III-17: Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1982 (847)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Schlüssel, Dipl.-Ing. Riegler, Dr. Helga Rabl-Stadler, Heinzinger und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Belastungs- und Verschwendungspolitik der sozialistischen Koalitionsregierung (209/J)

Dr. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Verwendung der an den Bund auf Grund des Bundesgesetzes vom 13. Dezember 1976, BGBl. Nr. 713/1976, heimfallenden Vermögenswerte zugunsten einer Sudetendeutschen Stiftung (210/J)

Dr. Feurstein und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen die für den AKH-Skandal verantwortlichen Politiker und Beamten (211/J)

Ottlie Rochus, Hietl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Hilfe für die durch den Konkurs einer Weinhandelsfirma geschädigten Weinbauern (212/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend das Ausbildungskonzept (213/J)

Heinzinger, Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Nationalpark Hohe Tauern (214/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Überstundenleistungen (215/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend Überstundenleistungen (216/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Überstundenleistungen (217/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Überstundenleistungen (218/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Überstundenleistungen (219/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend Überstundenleistungen (220/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Überstundenleistungen (221/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Überstundenleistungen (222/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Überstundenleistungen (223/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Überstundenleistungen (224/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend Überstundenleistungen (225/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Überstundenleistungen (226/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Überstundenleistungen (227/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Überstundenleistungen (228/J)

Dr. Jankowitsch, Prectl und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend die österreichische Reaktion auf den Abschluß eines koreanischen Passagierflugzeuges (229/J)

Bergmann und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend die Teilnahme von Oberstaatsanwalt Dr. Otto Müller an einer Veranstaltung der Verbundgesellschaft in Osttirol (230/J)

Dr. Jankowitsch, Roppert und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend den österreichischen Beitrag zur Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (231/J)

Bergmann und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend das aufklärungsbedürftige Verhalten des Leiters der Oberstaatsanwaltschaft Wien im Zusammenhang mit der Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 181/J (232/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Frodl, Arnold Grabner, Koppensteiner, Ingrid Smejkal und Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Keimel, Ing. Sallinger und Helga Wieser.

Es wurde mir mitgeteilt, daß gestern im Zuge der Debatte der Abgeordnete Dr. Graff den Ausdruck „schäbigste Koalitionspolitik“ gebraucht hat. Dafür erteile ich ihm einen Ordnungsruf.

Abstimmung über den Antrag Dr. Graff auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Präsident: Wir kommen als erstes zu der gemäß § 33 Abs. 2 der Geschäftsordnung an den Beginn der heutigen Sitzung verlegten Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Graff und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Verdachtes der Rechtsbeugung im Bundesministerium für Finanzen unter den Finanzministern Dr. Androsch und Dr. Salcher.

Es ist namentliche Abstimmung verlangt worden. Da dieses Verlangen von 25 Abgeordneten gestellt wurde, ist die namentliche Abstimmung durchzuführen.

Die Stimmzettel, die zu benützen sind, tragen den Namen des Abgeordneten und die Bezeichnung „Ja“ beziehungsweise „Nein“.

Gemäß der Geschäftsordnung werden die Abgeordneten namentlich zur Hinterlegung des Stimmzettels in der bereitgestellten Urne aufgerufen.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die für den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stimmen, „Ja“-Stimmzettel, jene, die dagegen stimmen, „Nein“-Stimmzettel in die Urne zu werfen.

Ich bitte nunmehr den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Pfeifer, mit dem Namensaufruf

zu beginnen. Der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer wird ihn später dabei ablösen. (*Über Namensaufruf durch die Schriftführer Pfeifer und Grabher-Meyer legen die Abgeordneten die Stimmzettel in die Urne.*)

Die Stimmabgabe ist beendet. Die hierfür bestimmten Bediensteten des Hauses werden nunmehr unter Aufsicht der Schriftführer die Stimmzählung vornehmen.

Die Sitzung wird zu diesem Zweck für einige Minuten unterbrochen. (*Die Beamten nehmen die Stimmzählung vor.*)

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Abgegebene Stimmen: 164, davon „Ja“-Stimmen: 71, „Nein“-Stimmen: 93.

Der gegenständliche Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist somit abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten

Auer
Bayr
Bergmann
Bergsmann
Brandstätter
Burgstaller
Derfler
Deutschmann
Dittrich
Ermacora
Ettmayer
Fachleutner
Feurstein
Flicker
Fuchs
Gassner
Gorton
Graf
Graff
Gurtner
Hafner
Heinzinger
Helbich
Hietl
Höchtl
Hofer
Hosp Maria
Huber
Hubinek Marga
Karas
Keller

Khol
Kohlmaier
Kraft
Lafer
Landgraf
Leitner
Lichal
Löffler
Lußmann
Manndorff
Minkowitsch
Mock
Möst Maria Elisabeth
Neisser
Neumann
Paulitsch
Pischl
Puntigam
Rabl-Stadler Helga
Riegler
Rochus Ottilie
Schäffer
Schüssel
Schuster
Schwarzenberger
Schwimmer
Stangl Maria
Staudinger
Steidl
Steinbauer
Stocker Franz
Stummvoll
Taus
Tichy-Schreder Ingrid
Türtscher
Vetter
Vonwald
Westreicher
Wimmersberger
Wolf Johann

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten

Benya
Braun
Brennstainer
Brunner Wanda
Cap
Czettel
Dietrich
Dobesberger Edith
Ederer Brigitte
Egg
Eigruber
Elmecker
Fauland
Fertl
Fister
Gärtner
Gmoser
Gossi

Grabher-Meyer
Grabner Heinz
Gradenegger
Gradischnik
Gugerbauer
Haigermoser
Heigl
Heindl
Hesoun
Hieden Helga
Hintermayer
Hobl
Hofmann
Höll
Jankowitsch
Kabas
Kapaun
Keppelmüller
Köck
Kokail
Konečný
Kottek
Kräutl
Kuba
Lenzi
Marsch
Matzenauer
Modl
Mühlbacher
Neuwirth
Nowotny
Offenbeck Jolanda
Ortner
Parnigoni
Partik-Pablé Helene
Peck
Peter
Pfeifer
Pöder
Praher Adelheid
Prechtel
Preiss
Probst
Rechberger
Reicht
Remplbauer
Resch
Ressel
Rieder
Roppert
Ruhaltinger
Samwald
Schemer
Schober
Schranz
Seel
Steger
Steinhuber
Stippel
Stix
Stocker Helmuth

Strache
 Teschl
 Tieber
 Tirnthal
 Tonn
 Traxler Gabrielle
 Tychtl
 Veleta
 Veselsky
 Weinberger
 Wille
 Wolf Helmut
 Wörndl Heide Lore
 Zipser Ella

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Steinbauer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz.

59/M

Welches Ergebnis hat das gerichtliche Gutachten zur Überprüfung des Wertes der Arbeiten der ARGE-Kostenrechnung erbracht?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Landesgericht für Strafsachen in Wien bestellte Anfang 1981 zwei Sachverständige und beauftragte sie, ein schriftliches Gutachten über das Preis-Leistungsverhältnis hinsichtlich der von der ARGE-Kostenrechnung im Rahmen des Projektes Spitalskostenrechnung für das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erbrachten Leistungen zu erstellen.

Im September 1982 legten die Gutachter als Ergebnis ihrer Arbeiten dem Gericht ein zweibändiges Werk vor, in dem sie vier verschiedene Ansätze darstellten, um den Wert der erbrachten Leistungen beurteilen zu können. Dieses Gutachten liegt derzeit bei der Staatsanwaltschaft Wien, der die Überprüfung der Aussagen des Gutachtens und die Entscheidung obliegt, ob weitere Antragstellungen durch den Untersuchungsrichter erforderlich sind.

Im anhängigen Strafprozeß wird dieses

Gutachten der freien richterlichen Beweiswürdigung unterliegen.

Sie werden daher verstehen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wenn ich es jetzt vermeide, durch eine genaue Erörterung dieses Gutachtens in ein schwebendes Verfahren einzugreifen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Steinbauer:** Herr Minister! Ich teile Ihre Meinung, daß Sie es nicht genau erörtern sollen. Würden Sie uns die Größenordnung sagen, die dieses Gutachten als Abweichung zu der Verrechnung der ARGE-Kostenrechnung gebracht hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon gesagt: Da es sich um ein schwebendes Strafverfahren handelt, in dem den Angeklagten, wie gesagt, wegen Verdachtes des schweren Betruges schwerste Vorwürfe gemacht werden, ist es nicht angebracht, hier genaue Daten zu nennen. Ich bin außerdem selbst nicht im Besitze dieses Gutachtens.

Ein genauer und profunder Kenner dieser Materie ist Ministerialrat Dr. Peer. Aber, wie gesagt, genaue Angaben über dieses Gutachten sind meiner Meinung nach nur über den Richter zu erfahren.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter **Steinbauer:** Herr Minister! Es ist natürlich extrem unbefriedigend, wenn Sie sich in Ihrer Antwort nicht als Kenner ausweisen, aber einen Ministerialrat als Kenner hier nennen. Das hilft mir wenig.

Darf ich fragen: Was ist rückblickend Ihre Einschätzung der ARGE-Kostenrechnung? Haben Sie es als preiswert angesehen, was damals verrechnet wurde, oder nicht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Daß ein Minister nicht ein zweibändiges Werk, das von einem Gutachter erstellt worden ist, auswendig kennt, werden Sie mir vielleicht nachsehen. Ich bilde mir ein, eine noch immer halbwegs normale Intelligenz zu haben, aber das übersteigt mein Fassungsvermögen. Das erstens.

Zweitens darf doch einmal hier ganz aus-

Bundesminister Dr. Steyrer

drücklich festgehalten werden, daß sich auch ein Minister an die Gesetze der Republik Österreich zu halten hat. (*Abg. Steinbauer: Nichts anderes wird erwartet!*) Die Eingriffe in ein schwebendes Strafverfahren sind auch einem Minister verboten, wie jedem anderen Staatsbürger auch. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Drittens darf ich Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Steinbauer, daß ich genau am 20. Jänner 1981 Minister geworden bin, und zu diesem Zeitpunkt ist die Entscheidung über die kostenmäßige Verrechnung bei der ARGE-Kostenrechnung bereits bei einem ordentlichen Gericht gewesen. Das heißt, ich bin als Minister nicht mehr mit dieser Materie befaßt gewesen, weil bereits ordentliche Gerichte diese Sache bearbeitet haben. (*Abg. Heinzinger: Nicht überzeugend! — Abg. Steinbauer: Sehr geschwommen, Herr Minister!*)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Im Zusammenhang damit wurde natürlich die Forderung nach Wiedergutmachung eines eventuell entstandenen Schadens erhoben, zu Recht erhoben. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, welche Beträge von der ARGE-Kostenrechnung gerichtlich eingebracht werden konnten und wieder zur Verfügung stehen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon gesagt: Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen, daher konnten noch keine Beträge von der ARGE-Kostenrechnung gerichtlich eingebracht werden, allerdings darf ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß das Bundesministerium vorsorglich bereits Forderungen der ARGE-Kostenrechnung in der Höhe von rund 9,4 Millionen Schilling nicht mehr bezahlt hat, um eben ein gewisses Druckmittel im gerichtlichen Verfahren zu haben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Bundesminister! Wir haben volles Verständnis dafür, daß Sie in ein Strafverfahren nicht eingreifen wollen. Der Abgeordnete Probst hat aber bereits darauf hingewiesen, daß Sie und Ihr Vorgänger bei der Behandlung dieser

Frage im Rechnungshofausschuß und auch hier im Hause zum Ausdruck gebracht haben, daß Sie sich im Rahmen der Schadenswiedergutmachung für eine Rückforderung der Beträge einsetzen werden. Sie haben jetzt erwähnt, daß Sie 9 Millionen Schilling nicht bezahlt haben. Es ist schon längst bekannt, daß man diesen Betrag nicht ausbezahlt hat.

Haben Sie eine Schadenswiedergutmachung im Rahmen des Zivilrechtsweges betrieben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kann darauf antworten: Jawohl. Eine Gegenforderung meines Ministeriums ist in einem zivilrechtlichen Prozeß anhängig, der von der Finanzprokurator und von meinem Ministerium angestrengt worden ist, und zwar ist eine Forderung von 48 Millionen Schilling von uns eingeklagt worden.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Stummvoll (ÖVP) an den Herrn Minister.

60/M

Bis wann werden Sie die Spitalsfinanzierung endgültig neu regeln?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen so wie ich, daß die derzeit gültige Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern auf Grundlage des Artikels 15 a für die Jahre 1983 und 1984 geschlossen wurde und damit eine Verlängerung einer Regelung angestrebt worden ist, die von 1978 bis 1982 in Geltung gewesen ist. Der damalige Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurde als eine taugliche Grundlage für die Finanzierung, für die kurzfristige Finanzierung der Krankenanstalten angesehen.

Wir wissen, daß wir nur einen Zeitraum zwischen 1983 und 1984 zur Verfügung haben, eine Finanzierungsregelung für die Krankenanstalten zu treffen, ob es allerdings eine endgültige sein wird, Herr Abgeordneter Dr. Stummvoll, das möchte ich bezweifeln, denn auf der ganzen Welt sind die Kosten für die Krankenanstalten derart explodiert, daß man wohl immer wieder neue Überlegungen wird anstellen müssen.

Es ist ein Ausschuß zur Behandlung dieser

Bundesminister Dr. Steyrer

Frage eingesetzt worden, der allerdings — das möchte ich zugeben — derzeit sehr stark damit beschäftigt ist, die Sondermittel, die der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds jetzt wieder bekommen hat, zwischen den Ländern und den Gemeinden zu verteilen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Stummvoll: Herr Bundesminister! Ich habe die Befürchtung, daß Sie in den letzten Tagen eine große Chance vertan haben. Die Krankenkassen haben im Vorjahr einen Überschuß von 1 800 Millionen Schilling erzielt. Ich hätte mir vorstellen können, daß ein Teil dieses Überschusses für die notleidenden Spitäler verwendet wird. Leider ist Ihnen Ihr Regierungskollege Minister Dallinger zuvorgekommen, und es wird der größte Teil dieser Beträge zum Stopfen von Budgetlöchern im Ressort des Herrn Sozialministers verwendet.

Ich frage Sie, Herr Gesundheitsminister: Warum haben Sie sich nicht persönlich in der Regierung dafür eingesetzt, daß diese großen Überschüsse der Krankenkassen für die notleidenden Spitäler eingesetzt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Überschüsse in der Krankenversicherung sind tatsächlich gegeben, aber Sie müssen ja die Sozialversicherung als Ganzes sehen. In der Sozialversicherung haben wir in vielen anderen Bereichen heute große Probleme. Ich verweise auf die Probleme der Pensionsversicherungen, wo der Staat sehr große Zuschüsse zahlen muß, ich verweise auf Probleme der Arbeitslosenversicherung. Sie wissen genausogut wie ich, daß Österreich auch mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat; weltweit gibt es das Problem der Arbeitslosigkeit.

Wir wollen durch ein gesamtes Eintreten des Budgets Mittel sicherstellen, um mit allen Problemen fertig zu werden.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß ja der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds beträchtliche Mittel für die Jahre 1983 und 1984 neu bekommen hat, auch von der Sozialversicherung und vom Bund; insgesamt sind das 785 Millionen Schilling.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Stummvoll: Herr Bundes-

minister! Ich muß leider feststellen, daß Sie offenbar keine Versuche unternommen haben, aus den Überschüssen der Krankenkassen Mittel für die notleidenden Spitäler zu bekommen.

Aber eine andere Frage. Es ist seit 1970 in jeder Regierungserklärung davon die Rede, daß ein neues, leistungsorientiertes Finanzierungskonzept für die Spitäler geschaffen werden soll. Auch in der Regierungserklärung von diesem Jahr. Trotzdem wird noch immer nur ein Bruchteil der öffentlichen Mittel auf dem Spitalssektor leistungsgerecht eingesetzt.

Ich frage Sie, Herr Minister: Wann werden Sie dafür sorgen, daß ein größerer Teil der öffentlichen Mittel im Spitalswesen nicht nach dem Prinzip der reinen Defizitabdeckung, sondern nach Leistungskriterien vergeben wird? Heute ist dieser Betrag nur 1 Prozent der Gesamtausgaben der Spitäler.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds sind alle Krankenanstaltenträger vertreten, vor allem der Bund, die Länder und die Gemeinden. Die Beschlüsse in diesem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds müssen einstimmig gefaßt werden. Sie wissen genausogut wie ich, daß hinsichtlich der Aufteilung der Mittel ein unerhörtes Gerangel in diesem Fonds besteht, weil jeder einzelne versucht, für sich, für sein Spital das Bestmögliche herauszuholen. Es kann nur im Wege einer Zusammenarbeit eine Lösung gefunden werden, nicht nur im parlamentarischen Bereich, sicherlich auch im Bereich des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds.

Ich habe Ihnen schon gesagt, daß eine eigene Arbeitsgruppe gebildet worden ist, die sich mit neuen Finanzierungskonzepten für die Krankenanstalten zu befassen hat. Diese Versammlung wird laufend, wie gesagt, zusammentreten und hat zugegebenermaßen noch ungefähr ein Jahr Zeit, mit diesem Problem fertig zu werden.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Partik-Pablé. Bitte.

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ): Herr Bundesminister! In der Bundesrepublik Deutschland ist im Zusammenhang mit der Spitalsfinanzierung eine Debatte im Gang, deren Kern das duale Finanzierungssy-

Dr. Helene Partik-Pablé

stem ist. Können Sie vielleicht Auskunft darüber geben, ob dieses duale Finanzierungssystem auch für Österreich anwendbar wäre beziehungsweise welche Vorteile und welche Nachteile aus einem solchen System entstehen würden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Die Diskussion über das duale Finanzierungssystem wird auch in Österreich geführt und wurde durch einen Antrag 89/A damals von Herrn Dr. Wiesinger im Parlament initiiert. Die Erfahrungen der Bundesrepublik Deutschland, die im Jahr 1972 dieses Gesetz beschlossen hat, das zu einem dualen Finanzierungssystem führt, sind nicht befriedigend. Wir wissen aus vielen Nachrichten, daß dieses Gesetz, das als Jahrhundertgesetz gefeiert wurde, heute schon schwerste Mängel aufweist und daher in sehr starker Diskussion ist. Aber zweifellos wird bei der Neuordnung der Finanzierungskonzepte der Krankenanstalten auch die Frage des dualen Finanzierungssystems in Diskussion gestellt werden.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Praher.

Abgeordnete Adelheid Praher (SPÖ): Herr Minister! Die derzeitige Regelung der Finanzierung mit der Installierung des KRA-ZAF hatte eine Entlastung der Spitalserhalter zum Ziel. Das Land Niederösterreich aber gibt diese Bundeszuschüsse nicht an die spitalserhaltenden Gemeinden weiter, sondern reduziert seinerseits den Landesbeitrag um diesen Faktor.

Ist Ihnen, Herr Minister, dieser Umstand bekannt, und sind Sie bereit, bei einer zukünftigen Lösung dafür zu sorgen und darauf zu drängen, daß die Mittel, die für die Spitalserhalter vorgesehen sind, diese auch erreichen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Mir ist dieser Umstand bekannt. Ich habe in Gesprächen mit Herrn Landesrat Dr. Brezovsky diese Frage diskutiert. Er ist meiner Meinung, daß eben diese Mittel den Gemeinden, die Spitalserhalter sind, zufließen müssen, und ich werde in Zukunft darauf achten, daß auch die Niederösterreichische Landesregierung nach diesen Prinzipien vorgehen wird.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Möst.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst (ÖVP): Herr Minister! Spitäler kosten erwiesenermaßen sehr viel Geld. Haben Sie eine Information darüber, was die Spitäler in Summe 1982 gekostet haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Ich habe den Bericht über die Gesamtkosten der Spitäler im Jahre 1982 noch nicht auf meinem Schreibtisch. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen die Unterlagen schriftlich zuzuschicken.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Abgeordneter Ettmayer (ÖVP) an den Herrn Minister.

61/M

Wieviel hat der Dienstwagen Ihres Staatssekretärs gekostet?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Dienstkraftwagen meines Staatssekretärs – ein BMW 728 i – hat inklusive Mehrwertsteuer rund 400 250 S gekostet.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Ettmayer: Herr Bundesminister! Sie haben selbst in Beantwortung einer schriftlichen parlamentarischen Anfrage gesagt, daß Ihr Staatssekretär keine eigenen Kompetenzen hat. Dieses Staatssekretariat wurde offensichtlich nur aus Gründen des parteipolitischen Proporz eingrichtet.

Glauben Sie nicht, Herr Bundesminister, daß für ein Staatssekretariat ohne Kompetenzen selbst dieser von Ihnen genannte Betrag zu hoch ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ohne jetzt eine Grundsatzdiskussion über die Kompetenzen des Staatssekretärs und aller Staatssekretäre abzuführen, möchte ich sagen, daß die Arbeit des Herrn Staatssekretärs Dr. Mario Ferrari-Brunnenfeld für mich sehr wertvoll ist, weil er nicht nur ein profunder Kenner der Mate-

Bundesminister Dr. Steyrer

rie im Bereich des Fremdenverkehrs und damit auch der Umweltschutzbelange ist, sondern auch als Arzt über entsprechende Erfahrung auf diesem Gebiet verfügt. Ich habe ihn außerdem — das möchte ich Ihnen gleich sagen — beauftragt, sich mit den Agenden des Umweltschutzfonds vertraut zu machen, und er ist in dieser Frage ein sehr wertvoller Mitarbeiter. Außerdem möchte ich Ihnen sagen, daß die Benützung eines Dienstkraftwagens meiner Meinung nach für einen Staatssekretär und einen Minister eben unabdingbar notwendig ist, um mit den Agenden fertig zu werden.

Bei all diesen Terminschwierigkeiten, die man heute hat, bei all den Aufgaben, die ein Minister und ein Staatssekretär zu erfüllen haben, ist das, glaube ich, ein Denken, das meiner Meinung nach nicht in der Relation zu dem Nutzen steht.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Ettmayer:** Herr Bundesminister! Ich will die Tätigkeit Ihres Staatssekretärs nicht darauf reduzieren, daß vielleicht ein Raucher einen Nichtraucher berät, aber ich habe den Eindruck, daß die Tätigkeit ungefähr auf dieser Ebene liegt.

Ich möchte Sie jetzt fragen: Sind Ihnen die Kosten bekannt, Herr Minister, die das Kraftfahrzeug zusammen mit den gefahrenen Kilometern und den Chauffeuren im Jahr verursacht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das werde ich Ihnen nach einem Jahr, wenn dann die Kosten vorliegen, sagen können.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Kräutl.

Abgeordneter **Kräutl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Die Anfrage geht in die gleiche Richtung wie die gestrige Debatte zur Anfragebeantwortung des Bundeskanzlers. Es werden also auch in Ihrem Ressort Gesundheit und Umweltschutz die gegebenen Verbesserungen und Aufwände in Frage gestellt.

Die Anfrage kritisiert die Anschaffungen für das Staatssekretariat, und ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Sind bei der Anschaffung des Dienstkraftwagens die Richtlinien der Bundesregierung eingehalten worden? (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Bundesregierung hat strenge Richtlinien in bezug auf die Anschaffung von Dienstwagen erlassen — und diese Richtlinien sind beachtet worden —, wobei ich noch einmal erwähnen möchte, daß die Richtlinien der einzelnen Landesregierungen hinsichtlich der Anschaffung von Dienstwagen wesentlich generöser sind.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Herr Minister! Es ist nicht richtig, wie das jetzt geklungen hat, daß wir irgend etwas gegen den Dienstwagen des Herrn Staatssekretärs haben. Natürlich braucht ein Staatssekretär einen Dienstwagen, das ist ganz klar, daran ist nicht zu zweifeln.

Worum es uns geht, ist die Tätigkeit dieses Staatssekretariats. Abgeordneter Ettmayer hat bereits gesagt, daß wir auf Grund Ihrer Anfragebeantwortung am Aufgabenbereich, den Sie Ihrem Staatssekretär zugewiesen haben, zweifeln, weil diese Anfragebeantwortung so bescheiden war.

Meine Frage ist jetzt: Glauben Sie nicht, da Sie auch mir geantwortet haben, daß im Umweltschutzbereich so viel zu tun ist — bleifreies Benzin und so weiter —, daß Sie hier Ihren Staatssekretär stärker einschalten könnten, insbesondere in die Verhandlung mit der ÖMV, damit wir sehr rasch hier zu Fortschritten kommen, aber auch, wenn es darum geht, die Altkraftwerke, die großen Kraftwerke ... (*Rufe bei der SPÖ: Frage!*) Ja, das ist meine Frage! Meine Frage habe ich bereits gestellt.

Sollten Sie also nicht den Staatssekretär damit beauftragen, sich dafür einzusetzen, daß auch bei den großen Kraftwerken eben eine Reinhaltung der Schornsteine im größeren Ausmaß durchgesetzt werden kann?

Präsident: Herr Abgeordneter Feurstein! Bitte in Hinkunft die Frage zu stellen, die genau paßt. — Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich weiß zwar nicht, was das mit dem ursprünglichen Sinn der Anfrage zu tun hat, was die Kosten eines Kraftfahrzeugs sind. Aber ich bin wie immer sehr gerne bereit, auf Ihre Frage zu antworten.

Bundesminister Dr. Steyrer

Ich bin natürlich bereit, den Herrn Staatssekretär viel mehr, als Ihnen vielleicht bekannt ist, für alle Agenden des Umweltschutzes, aber nicht nur des Umweltschutzes, sondern auch für Gesundheitspolitik einzusetzen. Ich darf Ihnen vielleicht aus persönlichem Erleben sagen, daß die Strapazen, die heute ein Regierungsmitglied — aber das werden Sie auch als Abgeordneter wissen —, aber auch ein Abgeordneter im politischen Leben haben, nicht gering sind. Daher bin ich sehr froh, daß ich diese Entlastung habe, und ich bin absolut sicher, daß der Herr Staatssekretär all diese Funktionen mit sehr großem Erfolg absolvieren wird.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Frau Abgeordnete Brunner (SPÖ) an den Herrn Minister.

69/M

Was gedenken Sie in Anbetracht der in der letzten Zeit wieder angestiegenen Säuglingssterblichkeit zu unternehmen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Es ist richtig, daß die Säuglingssterblichkeit im letzten Jahr eine leichte Zunahme erfahren hat, und zwar ist sie um 0,2 Prozentpunkte auf 12,8 Prozent gestiegen. Es war uns bewußt, daß nach Einführung des Mutter-Kind-Passes diese Entwicklung, die ja sehr erfreulich war und eine sehr starke Abnahme erfahren hat, nicht anhalten könnte, und wir haben natürlich diese Entwicklung mit sehr großer Sorgfalt verfolgt. Ich möchte aber sagen, daß hier ein gewisser Fehler der kleinen Zahl vorhanden ist und daß vor allem in dieser Zahl nicht drinnen enthalten ist, daß die Zahl der Totgeburten in Österreich, die gesondert erfaßt werden, sehr stark zurückgegangen ist.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Wanda Brunner: Herr Bundesminister! Es ist sehr bedauerlich, daß die Säuglingssterblichkeit wieder angestiegen ist, und deshalb meine Frage: Sehen Sie die Möglichkeit, durch eine Modifizierung des Mutter-Kind-Passes sowie der ärztlichen Untersuchungen der werdenden Mütter und der Säuglinge wieder zu einer Verbesserung zu kommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Auf Grund der Vorschläge

der Ärzteschaft hat mein Ressort eine neue Ausarbeitung des Mutter-Kind-Passes in Angriff genommen. Sie ist am Anfang vorigen Jahres präsentiert worden, und wir haben nunmehr den Ärzten Gelegenheit gegeben, mit verbesserter Administration und mit verbesserter Untersuchungen einen echten Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit zu verstärken.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordnete Wanda Brunner: Wir wissen, daß gerade im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit eine entsprechende Aufklärung notwendig ist und daß ihr besondere Bedeutung zukommt.

Welche Anstrengungen, Herr Minister, haben Sie in der Vergangenheit gemacht beziehungsweise werden Sie in der Zukunft machen, um diesbezüglich effizienter sein zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Erstens muß ich einen Versprecher korrigieren. Sollte ich wirklich 12,8 Prozent gesagt haben, dann wäre das ja tödlich. Es sind natürlich bei der Säuglingssterblichkeit 12,8 Promille. Aber das ist zur vorhergehenden Antwort zu sagen.

Ich weiß, daß vor allem beim Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit die Motivierung der Mutter das Wichtigste ist. Wir haben deshalb eine Begleitbroschüre für den Mutter-Kind-Paß ausgearbeitet, die der Mutter all die Informationen geben kann und geben soll, die, wie gesagt, eine bessere gesundheitliche Betreuung des Kindes ermöglichen.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Stangl.

Abgeordnete Maria Stangl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Im Zusammenhang mit dem Mutter-Kind-Paß wurde die Geburtenbeihilfe immer als ein sehr großer Erfolg herausgestellt, und es sind die positiven Entwicklungen daraus ja auch nicht zu übersehen. Nun sieht aber die Regierung eine sehr empfindliche Kürzung der Geburtenbeihilfe vor.

Herr Minister! Ich möchte Sie fragen: Fürchten Sie nicht, daß dies alles den bisherigen Entwicklungen zuwiderläuft und künftig negative Auswirkungen haben wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Ich bin wie alle Staatsbürger in Österreich natürlich nicht glücklich, daß die Bundesregierung im Zuge des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit und zur Budgetsanierung gewisse Maßnahmen setzen muß, die zweifellos nicht sehr erfreulich sind.

Auf der anderen Seite muß man ja das Ganze sehen, man muß sehen, daß wir mit diesen Maßnahmen einen Kampf gegen eine Wirtschaftskrise einleiten, die auf der ganzen Welt seit vier Jahren eine Dauerkrise geworden ist.

Ich befürchte nicht, daß die Kürzung der Geburtenbeihilfe zu einer Steigerung der Säuglingssterblichkeit führen wird, denn noch immer ist ein sehr starker finanzieller Anreiz gegeben, daß die Mütter mit ihren Kindern zur Untersuchung gehen.

Auf der anderen Seite möchte ich auch sagen: Ich glaube gar nicht, daß es notwendig ist, unbedingt eine Geburtenbeihilfe als Anreiz zur Untersuchung zu geben, denn meiner Meinung nach müßte eine Mutter, die die Möglichkeit hat, eine kostenlose Untersuchung für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen, diese Untersuchung auch tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Das ist Verpflichtung einer Mutter einem werdenden und einem neugeborenen Kind gegenüber. Ich fürchte also diese Entwicklung sicherlich nicht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ortner.

Abgeordneter Mag. Ortner (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sind ja nicht nur die vorbeugenden Maßnahmen notwendig, sondern auch jene Maßnahmen, die in den Spitälern auf Grund der dort befindlichen Apparate getroffen werden.

Sind Sie der Auffassung, daß die Ausstattung unserer Spitäler mit solchen Apparaten, die geburtsbegleitend eingesetzt werden, ausreichend ist, oder ist hier ein weiteres Ausbauprogramm seitens der Bundesregierung vorgesehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mein Ministerium fördert seit längerer Zeit mit beträchtlichen finanziellen Mitteln die Ausstattung der Spitäler auf

dem Gebiete der Peri- und Neonatologie. Eine solche Aktion stellt Intensivstationen, wichtige Instrumente und Apparate zur Verfügung, die die Spitäler in den Stand setzen, neugeborenen Kindern maximalen Schutz zu gewährleisten.

Diese Aktion wird vom Ministerium weiter fortgeführt, und ich bin sicher, daß damit ein beachtlicher Beitrag gegen die Säuglingssterblichkeit geleistet wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Resch.

Abgeordneter Resch (SPÖ): Herr Bundesminister! Ein Detail vielleicht aus diesem Komplex; aber jeder, der Kinder hat, weiß, wie wichtig für die Gesundheit der Säuglinge eine richtige Ernährung ist.

Welche Schritte, Herr Bundesminister, haben Sie konkret unternommen, um die Frauen in dieser Richtung entsprechend aufzuklären?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin der Überzeugung, und zwar als Arzt der Überzeugung, daß die beste Vorsorgemaßnahme einer Mutter für ihr Kind das Stillen ist.

Mein Ministerium hat es sich daher angelegen sein lassen, unablässig für das Stillen zu werben mit Plakataktionen, mit Informationsschriften und vor allem auch mit Vorträgen in den verschiedenen Spitälern. Es gehört dazu nicht nur die Schulung der Mutter, sondern auch die Schulung des Krankenpflegepersonals und der Ärzte.

Ich bin sicher, daß diese Methode einen wesentlichen Beitrag für die Gesunderhaltung der Kinder bringen wird.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Frau Abgeordnete Mag. Brigitte Ederer (SPÖ) an den Herrn Minister.

70/M

Was unternimmt das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz auf dem Gebiet der Umwelterziehung?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Die Umwelterziehung ist sicherlich eine der wesentlichsten Vorausset-

Bundesminister Dr. Steyrer

zungen dafür, daß es zu einer entsprechenden Umweltschutzgesinnung in Österreich kommt. Mein Ministerium hat in einer sehr ausführlichen Publikationsreihe verschiedene Maßnahmen gesetzt, um diese Umwelterziehung in Österreich zu erleichtern, und es wendet sich in dieser Umwelterziehung vorwiegend an die Zielgruppen, die in Österreich im Umweltschutz in irgendeiner Weise relevant tätig sind.

Wir haben Publikationen herausgegeben, wie die Umweltfibel, die Lärmfibel, die Broschüre: Pflanzen, Gradmesser der Umwelt, Beiträge in Lebensmittelanangelegenheiten, einen österreichischen Moorschutzkatalog, der internationale Anerkennung gefunden hat, und letzten Endes eine Rote Liste der gefährdeten Tiere Österreichs. Da sind schon eklatante Hinweise dafür gegeben, daß es zu einem großen Artensterben in Österreich gekommen ist.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordnete Mag. Brigitte **Ederer:** Herr Minister! Sie haben bereits erwähnt, daß das Erwecken von Umweltbewußtsein bereits bei der Schuljugend von besonderer Bedeutung für eine langfristige Umweltpolitik ist. Ich möchte Sie fragen: Was hat Ihr Ministerium außer diesen Aktivitäten, die Sie bereits erwähnt haben, noch in diesem Bereich getan?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Mein Ministerium hat einen beachtlichen Beitrag zu dieser Umwelterziehung in den Schulen geleistet. Wir haben nämlich im Herbst vorigen Jahres gemeinsam mit dem damaligen Unterrichtsminister Dr. Sinowatz eine Enquete abgehalten, an der Vertreter aller Schultypen Österreichs teilgenommen haben, und wir haben beschlossen, daß das Prinzip Umwelterziehung als dominante Erziehungsform in die Schulen eingebracht wird.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordnete Mag. Brigitte **Ederer:** Was, würden Sie sagen, waren die wichtigsten Ergebnisse dieser Veranstaltung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Die wichtigsten Ergebnisse waren erstens, daß das Umwelterzie-

hungsprinzip in alle Fächer eingebracht wird, und zweitens die Zusage meines Ministeriums, materielle Hilfestellung bei der Umwelterziehung in den Schulen zu geben. Ich habe vor einigen Tagen mit dem neuen Herrn Bundesminister für Unterricht, Dr. Zilk, ein Gespräch geführt, und wir haben uns geeinigt, verstärkte finanzielle Mittel in diese Umwelterziehung einzubringen. Ich werde mich mit beachtlichen materiellen Hilfen bei der Ausbildung der Lehrer beteiligen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Es gibt eine große Zahl von Freiwilligen, von Einrichtungen aus dem privaten Bereich. Wir hören, daß Sie eine zentrale Informationsstelle einrichten wollen, und es erhebt sich die Frage, wer Träger dieser Informationsstelle sein soll, und vor allem, welche Aufgaben Sie in erster Linie dieser Beratungs- und Informationsstelle geben.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Die Umwelterziehung in den Schulen ist von einer so großen Wichtigkeit, daß sie nicht allein staatlichen Stellen überlassen werden kann, sondern ich berufe und beziehe mich auch auf verschiedene sehr umweltbewußte Initiativen innerhalb der Lehrerschaft und privater Organisationen.

Es wird eine ARGE Umwelterziehung gegründet werden, die unter dem Schutz der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz aus einem Arbeitskreis bestehen wird, der vor allem auch private Betreiber beinhaltet. Ich werde mich, wie gesagt, mit relativ starken finanziellen Mitteln bei dieser ARGE Umwelterziehung beteiligen und hoffe, daß damit endgültig eine gewisse Standardisierung und Koordination des Umwelterziehungsprogramms in den Schulen ausgearbeitet werden kann.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Brunner.

Abgeordnete Wanda **Brunner** (SPÖ): Herr Bundesminister! Nachdem Sie uns nun erklärt haben, daß gerade in den Schulen schon sehr viel für Umwelterziehung getan wurde und immer getan wird, frage ich Sie: Wie stehen Sie dazu, ein Extraunterrichtsfach Umweltschutz in den Schulen zu installieren?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer**: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! Es gibt ein Fach Umwelterziehung, und Umwelterziehung wird auch weitgehend im Fach Biologie und in Geographie gelehrt. Nur glaube ich, daß das nicht ausreichend ist. Umwelterziehung muß praktisch überall erfolgen, nicht nur in der Schule. Sie muß natürlich auch in der Familie einsetzen. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß wir dieses Unterrichtsprinzip Umwelterziehung in allen Fächern lehren müssen. Es gibt überall Bezüge zur Umwelt, auch in Latein und in Griechisch, und ich glaube, diese Gelegenheit sollten sich die Lehrer nicht entgehen lassen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Abgeordneter Probst (FPÖ) an den Herrn Minister.

74/M

Welche Anstrengungen unternimmt das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, um im Rahmen seiner Umweltschutzaktivitäten auf den Schutz von Biotopen sowie auf den Schutz von bedrohten Tier- und Pflanzenarten hinzuwirken?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst ist festzustellen, daß dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz eine unmittelbare Sachkompetenz auf den erwähnten Gebieten wohl im generellen zukommt, aber die Angelegenheiten des Natur-, Pflanzen- und Tier-schutzes hauptsächlich in den Bereich der Kompetenz der Landesregierungen fallen. Trotzdem ist das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit bemüht, in der Bevölkerung das entsprechende Wissen und das Verständnis für die Fragen des Biotopen- und Artenschutzes zu wecken, um den zuständigen Behörden weitestgehend vor allem Hilfestellung zu geben.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter **Probst**: Herr Bundesminister! Wir kennen die Aktualität dieses Problems. Wir wissen, daß gerade auf diesem Gebiet Schreckliches bevorsteht.

Um nicht im Inland zu bleiben: Sie kennen die alarmierende Nachricht bezüglich des Donaumündungsdeltas, die besagt, daß dort ein Riesengebiet verödet werden soll.

Aber auch in Österreich gibt es diesbezüglich sehr wenig Wissen. Viele Verantwortliche schieben einmalige Biotope zu oder kultivieren sie, obwohl das nicht so dringend notwendig wäre.

Ich frage Sie: Welche Anstrengungen unternimmt das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, um im Rahmen seiner Umweltschutzaktivitäten auf den Schutz von Biotopen sowie auf den Schutz von bedrohten Tier- und Pflanzenarten hinzuwirken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon erwähnt, daß ich im legislativen und im exekutiven Bereich natürlich keine unmittelbare Einflußmöglichkeit vorerst habe. Aber trotzdem hat mein Ministerium bedeutende Forschungsprojekte in Auftrag gegeben und die Ergebnisse auch bereits veröffentlicht.

Unter anderem sind folgende Arbeiten erschienen: „Flechten als Bioindikatoren“, „Anthropogene Beeinflussung der Vegetation in Österreich“ – Untertitel „Pflanzen und Umweltgifte“, „Vegetationskartierung im Raum Bad Gastein“, „Vogelfauna und Vegetationstypus“, „Landschaftsökologische Planung des Gebietes Krems“ – eine Studie, die von meinem Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen erarbeitet worden ist – und „Einwirkung der Entrophierung auf die Limikolenfauna im Seewinkel des Neusiedlersees“.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter **Probst**: Im Zusammenhang damit ergibt sich natürlich sofort die Frage der Forschung. Wird hier Forschung betrieben beziehungsweise in welcher Art und in welcher Richtung gehen Ihre diesbezüglichen Aktivitäten?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Steyrer**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mein Ministerium gibt dauernd Förderungsaufträge und Forschungsaufträge auf diesem Gebiet, und es sind einige Projekte – einige sehr wesentliche Projekte – derzeit im Gang.

Ich darf einige herausnehmen. Das sind: „Umweltgestaltung und Umweltpflege“, „Biologische Inventaraufnahme im Tullnerfeld“, „Schutzmanagement pannonischer Trockenrasen“. Das scheint etwas nüchtern und pro-

Bundesminister Dr. Steyrer

saisch zu klingen, aber dahinter verbergen sich viele Probleme, die im Bereiche des Umweltschutzes von größter Relevanz sind.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gärtner.

Abgeordneter **Gärtner** (SPÖ): Verehrter Herr Bundesminister! Die moderne Zivilisation bedingt das Aussterben mancher Tier- und Pflanzenarten. Im besonderen sind aber auch die Biotope gefährdet. Österreich ist vor einigen Monaten einigen internationalen Abkommen beigetreten, und hier sollen im besonderen die Feuchtgebiete geschützt werden. Es hilft aber nichts, wenn wir solchen Abkommen beitreten, sofern wir nicht selbst Aktivitäten setzen.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie nun: Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um vor allem Feuchtgebiete zu schützen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Das österreichische Parlament ist einigen internationalen Abkommen beigetreten, die das Ziel haben, gefährdete Feuchtbiotope in Österreich zu schützen. Eine sehr wesentliche Gefährdung von Feuchtbiotopen hat sich durch die Kommassierung ergeben. Hier sind zweifellos in der Vergangenheit viele Fehler gemacht worden, und ich bin hier in Übereinstimmung mit dem Herrn Landwirtschaftsminister der Auffassung, daß bei zukünftigen Kommassierungen Moore, Riede oder andere kleine Feuchtbiotope einen besonderen Schutz genießen müssen.

In diesem Zusammenhang hat auch mein Ministerium einen eigenen Moorschutzkatalog ausgearbeitet, der Grundlage für alle solche Schutzmaßnahmen im Bereiche der Gemeinden sein kann. Das Internationale Ramsar-Abkommen wurde von diesem Parlament beschlossen, und über Betreiben meines Ministeriums, wie gesagt, ist das eine Maßnahme, die vor allem den Schutz der Donau-March-Auen zum Ziele hat, aber auch die gefährdeten Gebiete des Neusiedlersees einschließt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ortner.

Abgeordneter Mag. **Ortner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Ich bin selbst Angehöriger der Kärntner Bergwacht und im

Bereich des Tier- und Pflanzenschutzes sozusagen an vorderster Front tätig. Im Rahmen dieser Tätigkeiten fällt mir immer wieder auf, daß, wenn man mit Ausländern im Rahmen des Tier- und Pflanzenschutzes zu tun hat, auch großes Unverständnis seitens der Ausländer besteht.

Meine Frage geht dahin: Wissen Sie aus den umliegenden Ländern um Österreich, inwieweit hier die Bestrebungen zum Schutz der Natur konkret umgesetzt werden, und wäre es nicht möglich, vor allem im grenzüberschreitenden Verkehr entsprechende Hinweise an den Grenzen aufzustellen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich halte das für eine sehr vernünftige Anregung, die von meinem Ministerium an die Landesregierung weitergegeben wird.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß man in diesem Zusammenhang vielleicht über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Naturschutzes verhandeln müßte.

Ich bin, wie gesagt, in vielen Bereichen auf diesem Gebiet tätig. Allerdings – noch einmal –: Die Kompetenz liegt bei den Landesregierungen, und es sind, das muß ich zugeben, in vielen Bereichen schon sehr vernünftige Anregungen gebracht worden.

Die Anregung, die Sie gebracht haben, ist sicherlich sinnvoll, um die Fremden mit der Problematik in Österreich vertraut zu machen, denn eines ist sicher: Die Übererschließung der Alpen ist in vielen Bereichen bereits so weit fortgeschritten, daß es zu einer beträchtlichen Gefährdung dieser einmaligen Naturwelt gekommen ist.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Neisser (ÖVP) an den Herrn Minister.

62/M

Wie viele Jungärzte suchen derzeit einen Ausbildungsplatz?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mein Ministerium hat vor wenigen Tagen, Stand 23. September 1983, bei den Landesregierungen beziehungsweise bei den Landesärztekammern in den einzelnen Bundesländern erhoben, daß derzeit in Öster-

Bundesminister Dr. Steyrer

reich 1 670 Jungärzte für eine Ausbildungsstelle vorgemerkt sind. Da sich erfahrungsgemäß ein Teil der Ärzte an zwei oder mehreren Stellen vormerken läßt, dürfte die tatsächliche Zahl der promovierten Ärzte, die einen Ausbildungsplatz suchen, um einiges unter dieser Zahl liegen.

Die Schätzungen der Österreichischen Ärztekammer, die wahrscheinlich eine gewisse Realistik haben, dürften um 1 500 liegen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Neisser: Herr Bundesminister! Wir sehen bei den Ärzten erstmals die Verwirklichung eines Phänomens, über das man von Ihrer Seite jahrelang nicht diskutiert hat. Wann immer man von einer Akademikerschwemme in bestimmten Bereichen gesprochen hat, hörte man aus den Reihen Ihrer Partei das Wort „Panikmache“ oder man sprach von der „Aufrechterhaltung bürgerlicher Bildungsprivilegien“. Nun, bei den Mediziner*innen ist die Situation doch jetzt brisant geworden, ich glaube, das müssen auch Sie einsehen.

Ich habe einer Äußerung des Herrn Wissenschaftsministers entnommen, daß zwischen Ihnen und dem Herrn Wissenschaftsminister ein Gespräch über dieses Problem stattfand. Aber mit Gesprächen und Worten allein ist es nicht getan, es kommt auf die Taten an.

Ich möchte daher an Sie die Frage richten: Welche konkreten Maßnahmen, die Sie bei diesem Gespräch mit dem Herrn Wissenschaftsminister besprochen haben, sind bereits im Stadium der Verwirklichung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Schwierigkeit bei der Unterbringung von jungpromovierten Ärzten besteht darin, daß die Krankenanstalten nicht im Besitz des Bundesministeriums für Gesundheit um Umweltschutz sind, sondern entweder von Gemeinden oder von Ländern oder von Bezirken betrieben werden. Ich kann also nur gewisse legislative Maßnahmen verwirklichen, die eine Verbesserung auf diesem Gebiete bringen. Es gibt eine Anzahl von Maßnahmen, die ins Auge gefaßt sind.

Eine zweite Möglichkeit ist die direkte Förderung, die mein Ministerium seit Jahren wahrnimmt, und zwar fördern wir 300 zusätzliche Ausbildungsplätze für Jungärzte, wobei die Länder — das möchte ich anmerken —

einen gleich hohen Betrag zuschießen. Wir beabsichtigen, diese Förderungsaktion weiter fortzusetzen und auch auf gewisse Facharztsparten, die einen Mangelberuf darstellen, auszudehnen.

Im übrigen darf ich Ihnen sagen, daß der Begriff „Ärzteschwemme“ nicht so definiert werden kann, wie Sie das machen. Wir haben zweifellos ein Überangebot an frischpromovierten Ärzten. Das steht außer Diskussion. Wir haben aber noch in vielen Bereichen — nicht nur im ländlichen Bereich, sondern auch im städtischen Bereich — deutliche Schwächen in der Versorgung mit Ärzten. Das steht ebenfalls außer Diskussion. Daher kann man nicht generell von einer „Ärzteschwemme“ sprechen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Neisser: Herr Minister! Ich habe Sie um die Verwirklichung konkreter Maßnahmen gefragt, die bei diesem Gespräch mit Wissenschaftsminister Fischer zur Diskussion standen. Einer der Vorschläge besteht darin, daß den Turnusärzten die Möglichkeit geboten werden soll, einen Teil ihrer Turnusausbildung bei praktischen Ärzten durchzuführen. Die sogenannte Lehrpraxis verlangt allerdings eine Änderung des Ärztesgesetzes.

Ich möchte daher an Sie die Frage richten: Bis wann werden Sie über die Bundesregierung dem Parlament eine Regierungsvorlage vorlegen, mit der diese Lehrpraxis ermöglicht wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Änderung des Ärztesgesetzes, die eine Einführung der Lehrpraxen bringen wird, ist praktisch fertig und wird im Herbst dieses Jahres in den Ministerrat und damit in das Parlament kommen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Im Rahmen eines Seminars der Österreichischen Ärztekammer habe ich den Vorschlag gemacht, den frischpromovierten Jungärzten die Möglichkeit zu geben, im gleichen Zeitausmaß wie hier ihre Ausbildung im Ausland gültig absolvieren zu können. Ich denke hier in erster Linie an Länder, die das brauchen: Entwicklungsländer, et cetera. Das wäre nicht nur eine phantastische Form täti-

Probst

ger Entwicklungshilfe, sondern es kann ja in solchen Ländern, in denen die medizinische Ausbildung mindestens den gleichen Standard hat wie in Österreich, auch eine Aufrechnung erfolgen. Das heißt, daß er dann diese Zeit für den Turnus angerechnet bekommt. Es sind auch Botschafter an mich herangetreten und haben mir diesen Vorschlag unterbreitet. Ich weiß, daß Sie damit befaßt sind.

Ich frage Sie: Welche Pläne haben Sie in dieser Richtung beziehungsweise welche weiteren Ausbildungsmöglichkeiten haben Sie global gesehen ins Auge gefaßt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es besteht nach dem österreichischen Ärztegesetz jetzt schon die Möglichkeit, die Hälfte einer Ausbildungszeit, die im Ausland zugebracht worden ist, auf die Ausbildung anzurechnen.

Ich habe außerdem Gespräche mit der VOEST und mit verschiedenen anderen Firmen geführt, die ja Spitalsanlagen in Entwicklungsländern bauen. Dort wird auch die Möglichkeit bestehen, österreichische Ärzte zu beschäftigen. Wenn sie dort unter österreichischen Ärzten ihre Ausbildung machen, sehe ich überhaupt keinen Grund, diese Ausbildungszeit nicht anzurechnen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kokail.

Abgeordneter Kokail (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben uns mitgeteilt, daß es etwa 1 500 promovierte Jungärzte gibt, die auf eine Anstellung für die Ausbildung warten. Auf der anderen Seite wissen gerade wir Abgeordneten vom Land, daß es nach wie vor sehr schwierig ist, die ärztliche Versorgung sicherzustellen.

Die Aktion, die das Bundesministerium gestartet hat, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, ist sicherlich sehr gut angekommen. Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, diese Aktion noch zu verstärken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe in Gesprächen mit Herrn Finanzminister Salcher die Zusage bekommen, daß diese Aktion, die an und für sich zeitlich limitiert war, weitergeführt wird. Wir werden zusätzliche Ausbildungsplätze in den Spitälern fördern. Es ist bereits von eini-

gen Landesregierungen der Wunsch an mich herangetragen worden, zusätzliche Ausbildungsplätze zu finanzieren. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Landesregierungen einen gleich hohen Betrag beistellen. Das ist zugesagt.

Wir werden — das ist die Absicht meines Ministeriums — auch noch einige andere wichtige Fächer in die Förderung einbeziehen, zum Beispiel die Pathologie, wo es derzeit einen starken Mangel an Fachärzten gibt. Aber auch andere Fachärztesparten sind sicherlich auf dem Lande noch gefragt.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Möst.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst (ÖVP): Herr Minister! Ich möchte gerne wissen, welche Vorkehrungen Sie im Hinblick auf das Pflegepraktikum getroffen haben.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr verehrte Frau Abgeordnete! In dem Gespräch mit Herrn Wissenschaftsminister Dr. Fischer ist auch die Frage der Einführung eines Pflegepraktikums diskutiert worden. Prinzipiell bin ich so wie die Österreichische Ärztekammer für die Einführung eines solchen Pflegedienstes, der allerdings sehr viele organisatorische Probleme in den Krankenanstalten aufwerfen wird. Auch gewerkschaftliche Interventionen sind schon gegen die Einführung eines solchen Pflegedienstes getätigt worden.

Ich persönlich bekenne mich dazu, weil ich glaube, daß die Einführung eines Numerus clausus nicht sinnvoll und nicht zielführend wäre, da die besten Eigenschaften eines Arztes nicht durch einen Numerus clausus eruiert werden, sondern ein solcher Pflegedienst hätte die Möglichkeit, die charakterliche Eignung eines jungen Studenten auf seine Fähigkeit, Arzt zu werden, zu testen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 8: Herr Abgeordneter Heinzinger (ÖVP) an den Herrn Minister.

63/M

Sind Sie für die energiewirtschaftliche Nutzung der Außenzonen des Nationalparks Hohe Tauern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meiner Auffassung nach

Bundesminister Dr. Steyrer

muß der Nationalpark Hohe Tauern in seiner Gesamtheit, also auch unter Einschluß seiner Außenzonen, geschützt werden. Nur so ist die Erhaltung seiner Naturlandschaft und seiner naturnahen Kulturlandschaft möglich. Ich spreche mich daher gegen die energiewirtschaftliche Nutzung der Außenzonen des Nationalparks Hohe Tauern aus.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Heinzinger: Herr Minister! Ich freue mich über diese klare Feststellung. Ist damit das Schreiben Ihres Ministeriums an die Landesregierung von Salzburg zurückgezogen? In diesem Schreiben stellen Sie fest, daß die Außenzonen des Nationalparks auch für die Energienutzung zur Verfügung stehen müssen. Ist das damit zurückgezogen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dieses Schreiben ist nicht zurückgezogen. Sie kennen die Voraussetzungen nicht. Dieses Schreiben ist nicht ein Schreiben des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz mit seiner eigenen Stellungnahme, sondern — das darf ich Ihnen jetzt erklären — eine Zusammenfassung der Äusserungen aller Regierungsmitglieder, unter anderem auch des Handelsministers, der gewisse Bedenken gegen das Verbot der energiewirtschaftlichen Nutzung in den Außenzonen geäußert hat.

Ich bin also nur der Briefbote gewesen. Meine Stellungnahme, Herr Kollege Heinzinger, war klar und eindeutig. Ich habe gesagt, ich werde mich im Rahmen der Bundesregierung dagegen wenden, daß ein Protest gegen das Salzburger Nationalparkgesetz erhoben wird.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Heinzinger: Herr Bundesminister! Sie haben jetzt zur Verstärkung einen Staatssekretär und — ich darf Sie darauf aufmerksam machen — durch Regierungskollegen wertvolle Hilfe bekommen. Herr Minister Frischenschlager hat seinerzeit die gleiche Anfrage an den Energieminister Staribacher gestellt. Nun gibt es also drei Mitglieder der Regierung, die so denken.

Die Regierung ist auf Einstimmigkeit angewiesen. Werden Sie daher, wenn das Gesetz der Salzburger Landesregierung vorliegt, von Ihrem Quasi-Vetorecht Gebrauch machen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Ich glaube, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß ich meine Meinung unmißverständlich klargelegt habe, und zwar nicht nur in öffentlichen Erklärungen in der Presse, sondern auch hier. Ich werde mich dagegen zur Wehr setzen, daß ein Protest der Bundesregierung gegen das Salzburger Nationalparkgesetz eingebracht wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haigermoser.

Abgeordneter Haigermoser (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Das Bewußtsein im Hinblick auf ein gesundes Umweltdasein hat sich bereits sehr breitgemacht. Beweis dafür ist auch, daß jetzt die Bundesländer Kärnten und Salzburg durch eigene Gesetze den Nationalparkgedanken verwirklichen. Sie selbst haben auch erklärt, daß Sie keinen Einspruch zulassen werden, genauso wie es der Herr Vizekanzler bereits mehrmals getan hat.

Wie sehen Sie nun die weitere Entwicklung dieses Nationalparkgedankens, und zwar besonders im Hinblick auf den geplanten Kraftwerkbau in Osttirol und den doch haltenden Widerstand des Landes Tirol gegen die Gesamtverwirklichung dieses Nationalparkgedankens?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe es in der Zeit, da ich Minister bin, bedauert, daß die Schaffung eines Nationalparks Hohe Tauern bis jetzt noch nicht möglich gewesen ist. Es gibt zwei Länder, Kärnten und Salzburg, die ein Nationalparkgesetz bereits beschlossen haben beziehungsweise beschließen werden. Es liegt zweifellos eine gewisse Schwierigkeit in der geplanten Kraftwerkskonstruktion im Bereiche des Osttiroler Gebietes. Hier soll in Matri ein Kraftwerk gebaut werden mit einem Staudamm im Dorfertal.

Prinzipiell möchte ich sagen, daß ich, einvernehmlich mit dem Alpenverein und den Naturfreunden, keinen Einwand gegen den Bau eines Kraftwerkes in diesem Bereiche habe. Aber ich vertrete die Meinung der Naturschützer, des Alpenvereins, der Naturfreunde und vieler anderer Organisationen, die glauben, daß im Bereiche des Nationalparks ein Gletscherbach in seiner einmaligen Schönheit erhalten bleiben muß; das ist die

Bundesminister Dr. Steyrer

Obere Isel mit den Umballfällen. Ich glaube aber, daß es zu einem Kompromiß in dieser Frage kommen kann, und dann steht meiner Meinung nach einer Einigung mit dem Land Tirol in der Frage Nationalpark Hohe Tauern keine Schwierigkeit mehr entgegen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Brennsteiner.

Abgeordneter **Brennsteiner** (SPÖ): Herr Bundesminister! Nach der Beschlußfassung des Salzburger Nationalparkgesetzes wurde ein weiterer konkreter Schritt zur Verwirklichung des Nationalparks getan.

Meine Frage geht dahin: Welche Maßnahmen setzt der Bund zur Förderung des Nationalparks Hohe Tauern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Obwohl es noch keinen Nationalpark Hohe Tauern gibt und obwohl noch nicht geklärt ist, wieweit hier der Bund Kompetenzen in diesen Bereichen wahrnehmen kann, hat mein Ministerium, um den Gedanken des Nationalparks zu fördern, erstmals im Jahr 1982 Förderungsmittel in der Höhe von 4,5 Millionen Schilling ausgegeben. Heuer stehen für diesen Zweck 5,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit fördern wir wichtige Vorhaben im Bereiche der Infrastruktur, wie etwa Fremdenverkehr, sanfter Tourismus, Ausbau und Verbesserung von Almwegen, Renovierung von Almhütten und Ausbau von gewissen Fremdenverkehrseinrichtungen.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Steidl.

Abgeordneter Dr. **Steidl** (ÖVP): Herr Minister! Der Salzburger Landtag hat sich gestern in einer Grundsatzdebatte mit dem Nationalparkgesetz befaßt. Alle im Landtag vertretenen Parteien haben sich überzeugend zum Nationalpark bekannt und auch dazu, daß die Außenzonen des Nationalparks Hohe Tauern nicht energiewirtschaftlich genutzt werden.

Ich frage Sie nun, Herr Minister: Werden Sie als Minister für Umweltschutz den Mehrheitseigentümer Bund durch einen Antrag bei der Bundesregierung dazu bewegen, daß die Verbundgesellschaft ihren Antrag auf Errichtung eines Großkraftwerkes in der Außenzone des Salzburger Nationalparks zurückzieht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihnen ist sicherlich auch bekannt, daß die Salzburger Landesregierung mit der E-Wirtschaft ein zehnjähriges Moratorium beschlossen hat. Das heißt, es wird vereinbart, daß in den nächsten zehn Jahren keine Beschlüsse auf diesem Gebiet gefaßt werden. Infolgedessen bin ich nicht imstande, über einen Beschluß der Landesregierung hinweg zu agieren oder mich darüber hinwegzusetzen. Das ist eine Vereinbarung, die zehn Jahre Gültigkeit hat.

Aber das jetzige Nationalparkgesetz, das die energiewirtschaftliche Nutzung verbietet, wird meiner Meinung nach sicherlich beschlossen werden. Ich bin also sehr dafür, daß das Salzburger Gesetz nicht beeinträchtigt wird. Man wird nach zehn Jahren sehen. Sollten wirklich solche katastrophale Entwicklungen geschehen, kann ja auch ein Gesetz geändert werden. Ich würde es nicht befürworten. Ich bin der Auffassung, daß dieses Gebiet eindeutig geschützt werden soll. Das möchte ich noch einmal klar herausarbeiten. Aber ich habe keine Möglichkeit, ein Moratorium in Frage zu stellen, das zwischen zwei anderen Vertragspartnern vereinbart worden ist.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 9: Abgeordneter Cap (SPÖ) an den Herrn Minister.

71/M

Was unternimmt das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz, um den Problemen des Waldsterbens und des sauren Regens zu begegnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir wissen, daß an den sauren Ablagerungen, die als saurer Regen bezeichnet werden, in erster Linie Schwefeldioxyde, aber zum großen Teil auch Stickoxide, zu einem geringen Anteil auch die chlorophyllen Wasserstoffe beteiligt sind. Die Hälfte dieser österreichischen SO₂-Emissionen werden von Dampfkesselanlagen verursacht. Wir haben in vielen Bereichen bereits Maßnahmen gegen den sauren Regen gesetzt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Cap**: Herr Minister, wir wissen aus den internationalen Diskussionen über den sauren Regen, daß das nicht nur ein nationales, sondern auch ein internationales

Cap

Problem ist. Es hat voriges Jahr diesbezüglich auch eine Konferenz in Nairobi stattgefunden, die sich insgesamt mit dieser ökologischen Problematik auf internationaler Ebene auseinandergesetzt hat. Welche Initiativen haben Sie auf internationaler Ebene in der Vergangenheit gesetzt und welche werden Sie in Zukunft setzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bei der UNEP-Tagung der Vereinten Nationen – der Tagung der Umweltschutzorganisation der Vereinten Nationen – in Nairobi voriges Jahr war eine Delegation aller parlamentarischen Parteien Österreichs bei dieser Sitzung. Es hat sich gezeigt, daß die Probleme im Bereiche der Umweltzerstörung international so weit fortgeschritten sind, daß auch weltweit Alarm geschlagen wird.

Es gibt – ich glaube, das ist das größte Problem, das dort diskutiert wurde – eine Bevölkerungsexplosion gigantischen Ausmaßes in den Entwicklungsländern, einen vergeblichen Kampf gegen Armut und Hunger in diesen Bereichen, es gibt die Probleme – das ist auch immer wieder diskutiert worden – des Rüstungswahnsinns, der dem Umweltschutz gigantische Gelder entzieht und selbst auch viel Umweltzerstörung hervorruft, und es gibt Trinkwassermangel vor allem im Bereich Afrikas, in der Sahelzone, wo schon seit zehn Jahren kein Regen mehr gefallen ist, und gigantische Abholzungen von Regenwäldern, die zu bedeutenden klimatischen Veränderungen geführt haben, und in weiterer Folge natürlich die Probleme des sauren Regens. Hier hat es verschiedene Initiativen gegeben.

Die schwedische Regierung hat ein Symposium aller interessierten Staaten einberufen. Österreich war vertreten. Wir haben in Nairobi Gelegenheit gehabt, mit den Anrainerstaaten Österreichs Kontakte aufzunehmen, und sehr starke Kontakte sind in der Folgezeit dann mit der Bundesrepublik Deutschland, mit der Schweiz und vor allem auch mit unserem Nachbarland Ungarn aufgenommen worden.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Cap: Herr Minister, wie werden die weiteren Schritte im zentraleuropäischen Raum mit den Anrainerstaaten in Zukunft aussehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf auf das Treffen mit dem bundesdeutschen Innenminister Zimmermann, der gleichzeitig Umweltschutzminister ist, zurückkommen, das im August dieses Jahres in Salzburg stattgefunden hat. Wir haben bei diesem Treffen zwei große Problemkreise behandelt:

Die Einführung des bleifreien Benzins in Österreich ab 1. Jänner 1986. Das wird eine Maßnahme sein, bei der wir uns der Bundesrepublik Deutschland anschließen müssen. Ein Ministerkomitee befaßt sich derzeit mit der Frage, ob auch, so wie in der Bundesrepublik Deutschland geplant ist, Katalysatoren eingeführt werden sollen.

Wir haben aber – und das ist das wichtigste Ziel – eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität vor. Österreich strebt im Gleichklang mit einigen sehr fortschrittlichen Staaten die Reduktion der Schwefeldioxidmengen in den nächsten zehn Jahren um 30 Prozent an – eine Absichtserklärung, die mit mehr oder minder großer Begeisterung von fast allen Ländern aufgenommen worden ist –, obwohl es natürlich, das muß man sagen, bedeutende wirtschaftliche Kontraindikationen dagegen gibt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schuster.

Abgeordneter Schuster (ÖVP): Untersuchungen haben ergeben, daß auch die Schadstoffe der Verbrennungsmotoren unserer Kraftfahrzeuge zunehmend den Wald schädigen.

Ich möchte Sie fragen, Herr Bundesminister: Was gedenken Sie konkret zu unternehmen, um die Biospritzeugung voranzutreiben?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist richtig, daß der Kraftfahrer mit seinem Kraftfahrzeug zu einem der größten Verschmutzer der Umwelt geworden ist. Es werden in Österreich ungefähr 240 000 Tonnen Stickoxide pro Jahr in die Luft geblasen; davon 70 Prozent allein von den Kraftfahrzeugen.

Es war daher mein Anliegen – ein Anliegen, das für das ganze österreichische Volk von Wichtigkeit ist –, die Umweltgefährdung zu minimieren. Ich erachte die Einführung des Biospritprojektes für eine wesentliche

Bundesminister Dr. Steyrer

Maßnahme auf diesem Gebiet und habe als Minister am Beginn der Biospriddiskussion initiativ mitgewirkt.

Es ist ein Ministerkomitee zusammengetreten, das sich prinzipiell für die Einführung des Biosprits ausgesprochen hat. Derzeit liegt die Frage im Bereiche der Sozialpartnerschaft, aber ich bin zuversichtlich, daß es auch im Interesse der österreichischen Landwirtschaft zu einer einvernehmlichen Regelung kommen wird.

Ich darf noch hinzufügen, daß verschiedene Maßnahmen bereits gesetzt worden sind, die eine ungeheure praktische Auswirkung haben. Wir haben zum Beispiel die Bleireduktion im Benzin in einem wahren Rekordtempo durchgeführt. Das Blei ist im Liter Benzin von 0,4 Gramm auf 0,15 Gramm reduziert worden. Wir haben am 1. Oktober von der ÖMV eine Zusage erhalten, Benzol im Benzin zu reduzieren, und zwar auf 5 Prozent, und sind damit weiter als die Bundesrepublik Deutschland.

Im übrigen möchte ich überhaupt sagen, daß die generelle Emissionssituation bei Kraftfahrzeugen, wenn man sie zum Beispiel mit den Vereinigten Staaten vergleicht, wo bleifreies Benzin in verschiedenen Staaten eingeführt worden ist, besser ist als in diesen Ländern.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben gerade einige Zahlen genannt. Nun geht der Streit natürlich schon sehr weit hin und her: Wieweit sind Faktoren, wie Abgas aus Kraftfahrzeugen – welche: Diesel, Benzin? –, wieweit ist der Hausbrand, wieweit ist das Industriezentrum dort und da und vor allem, in welcher Form sind die kalorischen Großkraftwerke an der Situation des sauren Regens beteiligt? Aus der Diskussion der letzten Jahre ergibt sich eine sehr wesentliche Frage und Forderung, nämlich die nach der Klarstellung: Welcher Emittent trägt woran welche Schuld?

Ich frage Sie daher: Welche Forschungsaufträge hat Ihr Ministerium in dieser Hinsicht gegeben, um vor allem im Hinblick auf den sauren Regen, dem ja schon rund 10 Prozent der österreichischen Wälder Tribut gezollt haben, die Situation, die Emissions- und die Immissionssituation in Österreich zu erforschen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Steyrer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Problem der Umweltgefährdung in Österreich ist so komplex, daß es einer Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten bedarf, um die Grundlagen zu erarbeiten, die eine effiziente Umweltschutzpolitik dann benützen muß. Wir haben in einer ganz großen Arbeitsleistung vor allem durch die Arbeit des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen zahlreiche Arbeiten, einschlägige Arbeiten, Forschungsarbeiten auf diesem Gebiete vorgenommen. Unter anderem – ich will einige aufführen:

Messung der Transmission von H_2S und CS_2 an Emittenten der österreichischen Industrie,

die Background-Station Exelberg wurde errichtet, die eine sehr genaue Analyse der Werte für Wien gibt, vor allem die Nullwerte für Wien,

Richtlinien zur Emissionsbegrenzung luftverunreinigender Stoffe in der Industrie und im Gewerbe,

Meßstellennetz für Zwecke der Umweltkontrolle,

Gesamtemissionskataster der österreichischen Industrie,

Untersuchung des Nährstoffeintrages in den Neusiedlersee aus der Atmosphäre,

vergleichende Untersuchungen über Akkumulation von atmosphärischen Stoffen auf Laub.

Das ist nur eine ganz kurze Liste. Ich könnte Ihnen noch über Nationalpark Hohe Tauern, Infraroterkundung, sagen, Messung der Emissionsverteilung von Stickoxiden in verschiedenen Gebieten: Innsbruck, Raum Köflach und so weiter, und vor allem über die Schadstoffdeposition in Wäldern, die von einer Arbeitsgemeinschaft erarbeitet wurde.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kräutl.

Abgeordneter **Kräutl** (SPÖ): Herr Bundesminister! Es werden gegen den sauren Regen verschiedene Initiativen entwickelt, unter anderem die Schaffung eines Immissionschutzgesetzes. Können Sie uns die Funktion präzisieren, die im Rahmen Ihrer Bestrebun-

Kräutl

gen dem in Aussicht genommenen Immissionsschutzgesetz zukommt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Steyrer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dankenswerterweise hat das österreichische Parlament noch am 2. März dieses Jahres gemeinsam eine Verfassungsänderung beschlossen, die sozusagen zu einem Immissionsschutz, einem Luftreinhaltegesetz führen wird. Dieses Luftreinhaltegesetz setzt aber voraus, daß es zu einer Vereinbarung des Bundes mit den Ländern im Wege von 15 a-Staatsverträgen kommen wird.

Derzeit ist mein Ministerium beauftragt und arbeitet an diesem Programm, Schadstoffobergrenzen zu erarbeiten. Das wird in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt. Dann bedarf es sicherlich langwieriger Verhandlungen mit den Ländern, um nicht nur die Alarmgrenzen für die Schadstoffbelastung festzusetzen, sondern, wie ich es sehe, einvernehmlich mit den Ländern überhaupt die Immissionssituation, das heißt, die Schadstoffbelastung für die österreichische Bevölkerung in einzelnen Ballungsgebieten, zu erläutern und zu minimieren.

Wir sind also bestrebt, dieses Gesetz sehr rasch zu erarbeiten. Das wird allerdings durch die Arbeit der österreichischen Akademie, die diese Werte erarbeiten muß, noch etwas Verzögerung erfahren.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Grabher-Meyer, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Grabher-Meyer:

„An das Präsidium des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 23. September 1983, Zl. 1003-02/4, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. Norbert Steger am 29. und 30. September 1983 den Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Friedhelm Frischenschlager mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler
Dr. Krausam“

Präsident: Dient zur Kenntnis.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Antrag 53/A der Abgeordneten Dr. Hilde Hawlicek, Grabher-Meyer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird,

Antrag 54/A der Abgeordneten Mühlbacher, Grabher-Meyer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Umsatzsteuergesetz 1972, das Gewerbesteuergesetz 1953, das Bewertungsgesetz 1955, das Aufsichtsratsabgabenerhöhungsgesetz, das Gebührengesetz 1957, das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952, das Versicherungssteuergesetz 1953, das Straßenverkehrsbeitragsgesetz, das Mineralölsteuergesetz 1981 und das Schaumweinsteuergesetz 1960 geändert werden und mit dem eine Zinsertragsteuer eingeführt wird,

Antrag 55/A der Abgeordneten Mühlbacher, Grabher-Meyer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Garantiesgesetz 1977 geändert wird;

dem Ausschuß für innere Angelegenheiten:

Antrag 52/A der Abgeordneten Ing. Hobl, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Zivildienstgesetz-Novelle 1980 geändert wird;

dem Justizausschuß:

Antrag 48/A der Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Gradischnik und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Suchtgiftgesetz 1951 geändert wird (Suchtgiftgesetznovelle 1983);

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Antrag 51/A der Abgeordneten Pfeifer, Fachleutner, Hintermayer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das

Präsident

Marktordnungsgesetz 1967 geändert wird (2. Marktordnungsgesetz-Novelle 1983);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Antrag 43/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (39. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz),

Antrag 44/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wird (8. Novelle zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz),

Antrag 45/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert wird (7. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz),

Antrag 46/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert wird (13. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz),

Antrag 47/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert wird,

Antrag 56/A der Abgeordneten Dr. Schwimmer, Dkfm. Dr. Stummvoll und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Entgeltfortzahlungsgesetz geändert wird;

dem Verkehrsausschuß:

Antrag 49/A der Abgeordneten Dr. Gradenegger, Peter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Fernmeldegebührengesetz geändert wird,

Antrag 50/A der Abgeordneten Reicht, Peter und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

Dem Außenpolitischen Ausschuß:

Bundesgesetz über die Einräumung von Privilegien und Immunitäten an den Aktions-

rat Ehemaliger Regierungschefs für Internationale Zusammenarbeit (48 der Beilagen);

dem Bautenausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Elektrotechnikgesetz geändert wird (27 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Haftung für einen Kredit eines österreichischen Bankenkonsortiums an die Jugoslawische Nationalbank (56 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Umsatzsteuergesetz 1972 und das Strukturverbesserungsgesetz geändert werden (Abgabenänderungsgesetz 1983) (60 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Asiatischen Entwicklungsbank (62 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds (63 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und über die Leistung eines weiteren Beitrages zum Fonds für Sondergeschäfte (64 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das ÖIAG-Anleihegesetz sowie das ÖIG-Gesetz geändert werden und mit dem Finanzierungsmaßnahmen der ÖIAG gesichert werden (67 der Beilagen);

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Bundesgesetz über die Bundesanstalt für Umweltkontrolle und Strahlenschutz (44 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Förderung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt (Umweltfondsgesetz) (66 der Beilagen);

dem Landesverteidigungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Wehrgesetz 1978, das Heeresgebührengesetz, das Bundesgesetz über das Bundesheerdienstzeichen und das Bundesgesetz über die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland durch die Einfügung von Bestimmungen über den Wehrdienst als Zeit-

Präsident

soldat geändert werden (Wehrrechtsänderungsgesetz 1983) (51 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Angestelltengesetz, das Gutsangestelltengesetz und das Landarbeitsgesetz geändert werden (46 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über Wohnungsbeihilfen aufgehoben wird (52 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Kriegsoferversorgungsgesetz 1957, das Heeresversorgungsgesetz, das Opferfürsorgegesetz und das Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen geändert werden (53 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Sonderunterstützungsgesetz (SUG) geändert wird (54 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesministerienengesetz 1973 geändert wird sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz erlassen werden (57 der Beilagen);

Dem Rechnungshofausschuß weise ich den Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1982 (III-17 der Beilagen) zu.

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Es ist das von 20 Abgeordneten unterstützte Verlangen gestellt worden, die in dieser Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage (209/J) der Abgeordneten Dr. Schüssel und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Belastungs- und Verschwendungspolitik der sozialistischen Koalitionsregierung dringlich zu behandeln.

Da dieses Verlangen darauf gerichtet ist, die dringliche Behandlung noch vor Eingang in die Tagesordnung durchzuführen, mache ich von dem Recht gemäß § 93 Abs. 4 der Geschäftsordnung Gebrauch, dieselbe an den Schluß der Sitzung, aber nicht über 16 Uhr hinaus, zu verlegen.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag 32/A der Abge-

ordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und über den Antrag 35/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend Fortsetzung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Jugendbeschäftigung (58 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über den Antrag 32/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und über den Antrag 35/A der Abgeordneten Egg, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen betreffend Fortsetzung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Jugendbeschäftigung (58 der Beilagen).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Kräutl. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichtersteller **Kräutl:** Herr Präsident! Hohes Haus! Die Abgeordneten Dr. Mock und Genossen sowie die Abgeordneten Egg, Dr. Partik-Pablé und Genossen haben am 5. Juni 1983 den Antrag betreffend Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (32/A) beziehungsweise den Antrag betreffend Fortsetzung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Jugendbeschäftigung (35/A) eingebracht.

Der Ausschuß für soziale Verwaltung hat in seiner Sitzung am 6. Juli 1983 beschlossen, einen Unterausschuß zur Vorberatung der im vorliegenden schriftlichen Bericht abgedruckten Anträge einzusetzen.

Der Unterausschuß konstituierte sich am 6. Juli 1983. Gemäß § 46 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz beschloß das Plenum des Nationalrates am 7. Juli 1983, den Ausschuß für soziale Verwaltung zu beauftragen, seine Arbeiten während der tagungsfreien Zeit fortzusetzen.

Der Unterausschuß hat außer in der konstituierenden Sitzung in fünf weiteren Sitzungen die beiden Anträge beraten.

In der Sitzung des Ausschusses für soziale Verwaltung am 20. September 1983 erstattete der Obmann des Unterausschusses, Abgeordneter Egg, einen mündlichen Bericht und legte gemeinsam mit den Abgeordneten Dr. Schwimmer und Dr. Helene Partik-Pablé jenen Entschließungsantrag vor, über den im Unterausschuß Einvernehmen erzielt wurde.

Kräutl

Nach einer Debatte wurde dieser Antrag einstimmig angenommen und vom Ausschuß einstimmig die Feststellung getroffen, daß dadurch die Anträge 32/A und 35/A als erledigt gelten.

Von den Abgeordneten Karas, Dr. Schüssel, Dr. Schwimmer und Ingrid Tichy-Schreder wurde gemäß § 42 Abs. 4 der Geschäftsordnung ein gesondertes Gutachten abgegeben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für soziale Verwaltung somit den Antrag, der Nationalrat wolle der dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Entschliebung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke für die Ausführungen. Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Schwimmer.

10.35

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Politik ist es nicht immer erfreulich, recht zu behalten. Als die Österreichische Volkspartei zu Anfang dieses Jahres ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorgelegt und darin die Befürchtung ausgesprochen hat, daß die Situation der Jugendbeschäftigung im Jahr 1983 wesentlich schwieriger sein wird als 1982, daß nicht nur die Zahl junger Arbeitssuchender absolut steigen wird, sondern daß sogar der Anteil der jungen Arbeitslosen unter 25 an der Zahl der Arbeitslosen überhaupt steigen wird, wäre uns lieber gewesen, wir hätten mit diesen Befürchtungen nicht recht behalten und es wäre die Situation der Jugendbeschäftigung nicht schwieriger als im Vorjahr.

Leider haben wir mit diesen Befürchtungen recht behalten, und leider sind die Vorschläge der Volkspartei zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch viele Monate des heurigen Jahres hindurch — wir hatten das schon am Jahresanfang vorgelegt — nicht aufgegriffen worden. Es hätte vielleicht manches leichter sein können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei hat daher durch ihren Bundesparteiobermann Dr. Mock selbst sofort nach Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode einen Antrag für konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingebracht, und in Verbindung mit

einem Bericht des Sozialministers haben auch die Regierungskoalitionsparteien dann einen Entschliebungsantrag eingebracht. Und ich anerkenne, daß man angesichts von alarmierenden Zahlen, angesichts dieser schwierigen Situation bereit gewesen ist, gemeinsame Beratungen aufzunehmen und auch während des Sommers in einem permanenten Unterausschuß über die notwendigen Maßnahmen zu beraten.

Wir haben zu Beginn dieses Sommers mit einer größeren Zahl von Schulabgängern zu rechnen gehabt. Wir hatten Zehntausende Lehrstellensuchende mehr, wir hatten noch mehr junge Arbeitslose im Alter von 19 bis 25 Jahren. Wenn wir uns nicht über alle Wege zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einig geworden sind, wenn wir — das haben beide Seiten schon zum Ausdruck gebracht — relativ bescheidene Einigungen erzielt haben, aber doch Einigungen, so herrscht sicher völlige Einigkeit darüber, daß die Jugendbeschäftigung eines der ernstesten Probleme für die Sozial- und Wirtschaftspolitik ist, und herrscht sicher Einigkeit darüber, daß niemand Jugendarbeitslosigkeit will.

Ich will auch seitens der Opposition gar nicht bestreiten, daß es, wenn auch viele Vorschläge von uns abgelehnt wurden, Anstrengungen auch auf seiten der Regierung und auf seiten der Verantwortlichen im Sozialministerium gegeben hat und schon vor diesen Beratungen wesentliche Anstrengungen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung, Anstrengungen, wie sie schon im Jugendbeschäftigungsprogramm enthalten gewesen sind, und neue Anstrengungen, die vielleicht etwas übertrieben voreilig als „nationale Aktion“ bezeichnet worden sind.

Aber trotzdem steigt die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zu den Vorjahren, trotz dieser Anstrengungen wird die Anzahl junger Menschen, die arbeitslos sind, größer. Ich wiederhole, daß leider auch der Anteil der jungen Arbeitslosen unter 25 an den Arbeitslosen insgesamt größer geworden ist. Während man schon im Vorjahr mit Besorgnis festgestellt hat, daß etwa ein Viertel der Arbeitslosen junge Menschen unter 25 sind, nähert sich diese Zahl der 30-Prozent-Marke. Ich hoffe, daß sie nie das Drittel erreichen wird. Beide Erscheinungen sind bedrückend, beide Erscheinungen sind alarmierend. Beides muß nachdenklich machen auf beiden Seiten dieses Hauses. Ohne die gemachten Anstrengungen zu negieren oder zu leugnen: offensichtlich reichen die gemachten Anstrengungen nicht aus.

Dr. Schwimmer

Auf Seite der Regierung, früher nur der Sozialisten allein, jetzt auch des freiheitlichen Koalitionspartners, wird bei schwierigen Situationen sehr oft das Ausland zur Begründung, daß es ja noch viel schlechter sein könnte als in Österreich, herangezogen.

Diese Begründung, diese Ausrede hat meine Phantasie beflügelt, ich habe mir eine kleine Geschichte ausgedacht, wie denn das in Bagdad, wo bekanntlich der Kalif des öfteren als Fremdling verkleidet durch die Basare ging, sich hätte abspielen können. Ich gebe zu, ich bin nicht unbedingt ein guter Geschichtenerzähler, und ich gebe auch zu, es ist ein etwas absurdes Märchen, das ich mir da zum Kalifen von Bagdad, als Fremdling verkleidet, ausgedacht habe. Es ist ja im Ausland überall viel schlechter als in Österreich, hören wir immer, also wird es auch in Bagdad mit der Jugendbeschäftigung und mit der Jugendarbeitslosigkeit nicht zum besten bestellt sein.

Der Kalif von Bagdad ging, als Fremdling verkleidet, in die Basare, um dort zu sehen, wie bei den Händlern und in den Werkstätten Lehrlinge angestellt, beschäftigt und ausgebildet werden.

Der Kalif von Bagdad hatte Glück, er kam gleich als erstes in eine Werkstatt, wo ihm der Inhaber erzählte, daß wider Erwarten und trotz der Steuerschraube, die vom Finanzwesir ständig angedreht wird, die Geschäfte bei ihm recht gut gehen, daß er zusätzlich gegenüber dem Vorjahr einen Lehrling anstellen konnte und daß ihm dafür vom Wesir der Arbeit im Monat 2 500 Piaster an Förderung gegeben werden.

Der Kalif von Bagdad war recht erfreut über die Nachricht, die er von diesem Händler bekam.

Und er ging weiter in den Gassen von Bagdad, kam zu einem anderen Werkstättenbesitzer, zu einem Handwerker, und fragte: Wie schaut es bei dir aus? Sagte der: Ich habe auch wieder einen Lehrling eingestellt. Es ist zwar schwieriger geworden, die Geschäfte gehen schlecht, und ich habe lange überlegt, ob ich überhaupt wieder einen Lehrling einstellen kann, nachdem der andere ausgelernt hat. Das Oberhaupt aller Werkstätten, aller Handwerker und aller Händler in Bagdad hat mich dringendst gebeten, wieder einen Lehrling einzustellen, und trotz der schwierigen Geschäftslage habe ich wieder einen eingestellt.

Darauf sagte der als Fremdling verkleidete Kalif von Bagdad: Da hat dir sicher der Wesir der Arbeit 2 500 Piaster pro Monat als Anerkennung dieser Maßnahme, als Anerkennung dieses Beitrages zur Lösung der Probleme in Bagdad gegeben. Sagt der Handwerker: Mir leider nicht, denn der Wesir kümmert sich nicht um diese wirtschaftlichen Probleme, er sagt, das ist kein zusätzlicher Lehrling, was geht es mich an, daß der Finanzwesir dich immer mehr schröpft, was geht es mich an, daß die Geschäfte so schlecht gehen! Hier kann ich nicht helfen.

Und dann kam der Kalif, als Fremdling verkleidet, zu einem weiteren Handwerker, und dort gingen die Geschäfte ebenfalls schlecht. Der Handwerker sagt: Ich konnte es mir nicht mehr leisten, einen Lehrling einzustellen. Ich hatte zwar früher Lehrlinge, aber ich habe dieses Jahr keinen Lehrling mehr einstellen können.

Darauf fragt der Kalif: Hätte dir niemand geholfen, hätte nicht der Finanzwesir vielleicht die Steuerschraube ein bißchen gelockert, wenn du wieder einen Lehrling eingestellt hättest? Oder hätte nicht der Arbeitswesir dir eine Hilfe gegeben? Aber dieser Handwerker antwortet: Nein, mir natürlich nicht, denn von mir, dem kleinen Handwerker, wird verlangt, daß es ein zusätzlicher Lehrling gewesen wäre. Wenn ich nur wieder einen Lehrling eingestellt hätte, hätte mir niemand geholfen.

Leider ist meine Werkstatt keine städtische Werkstatt von Bagdad. Es gibt ein Viertel von städtischen Werkstätten in Bagdad, und es gibt neue Bücher, Strukturkonzepte, wonach es in einigen Jahren in diesen städtischen Werkstätten von Bagdad viel weniger Beschäftigte geben wird, ja daß etliche dieser Werkstätten geschlossen werden, daß das also keine so sicheren Arbeitsplätze wären wie bei mir, wenn dort ein Lehrling ausgebildet wird. Aber mir hätte niemand geholfen, während man in den städtischen Werkstätten von Bagdad sogar 7 000 Piaster im Monat bekommt, wenn dort ein Lehrling ausgebildet wird, der vielleicht auf Grund dieser neuen Bücher, dieser Strukturkonzepte in drei oder vier Jahren gar nicht mehr beschäftigt wird, weil die Werkstatt zugesperrt wird.

Der Kalif von Bagdad wunderte sich (*Bundesminister Dallinger: Die Kinder werden bald schlafen bei Ihrem Märchen!*), Herr Bundesminister, und darauf sagte der Handwerker zu ihm: Ich glaube schon, Fremdling, daß du dich wunderst. Bei dir zu Hause ist das

Dr. Schwimmer

wahrscheinlich nicht so, aber bei uns in Bagdad sind eben auch so absurde Märchen möglich, wie ich jetzt eines erzählt habe.

Es ist wirklich nur in Bagdad vorstellbar, daß man diejenigen, die das Gros der Lehrlingsausbildung tragen, die Zehntausenden Klein- und Mittelbetriebe in Österreich, daß man diejenigen, die trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten genauso viele Lehrlinge ausbilden wie früher, im Regen stehen läßt, daß man für eine beschränkte Anzahl von zusätzlichen Lehrstellen 2 500 S gibt, aber in verstaatlichten Betrieben, dort, wo die geringsten Zukunftschancen für die Weiterbeschäftigung dieser Lehrlinge sein werden, eine Förderung von 7 000 S oder Piastern gibt. So etwas sollte eigentlich wirklich nur in Bagdad und nicht in Österreich denkbar sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider war es auch in den sechs Beratungen des Unterausschusses im Sommer, war es in einem an sich sehr guten Klima — das möchte ich anerkennen, Herr Minister und meine Damen und Herren von der Regierungsseite — nicht möglich, über die wirklich entscheidenden Fragen der Jugendbeschäftigung eine Einigung zu erzielen.

Wir haben eine gemeinsame Entschließung verabschiedet, in der einige zusätzliche Maßnahmen zu den bisherigen enthalten sind. Sie haben anerkannt, das gebe ich zu, daß die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichend waren. Sie anerkennen die wachsenden Schwierigkeiten, gestehen sie ein, und Sie haben akzeptiert, der Regierung einen verbindlichen Auftrag zu geben — eine solche Entschließung ist ja nichts Nebensächliches, sondern ein verbindlicher Arbeitsauftrag für die Regierung und für den verantwortlichen Minister —, daß man, wie wir es immer verlangt haben, Maßnahmen zur Unterbringung junger Arbeitnehmer verstärkt einsetzen muß, daß über die Verdoppelung des Kontingents hinaus, wenn notwendig, eine nationale Aktion zur Lehrlingsbeschäftigungsförderung stattfinden soll.

Sie haben aus dem ÖVP-Antrag den Vorschlag eines Jungarbeitnehmertrainings übernommen, um jungen Arbeitnehmern, ausgelernten Facharbeitern oder Schulabsolventen die Möglichkeit zu geben, in einem Betrieb praktische Erfahrungen zu sammeln. Aber das alles wird nicht ausreichen.

Sie haben letzten Endes auch akzeptiert, das möchte ich auch sagen, daß die absurden Dinge, wie sie in Bagdad passieren, mit den

7 000 Piastern für die städtischen Werkstätten, in Zukunft gemäß dem Grundsatz der Gleichbehandlung und der Gleichwertigkeit von Arbeitsplätzen für junge Menschen und von Lehrstellen für junge Menschen nicht mehr passieren sollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte das alles durchaus anerkennen, und ich freue mich über jede zusätzliche Maßnahme zur Förderung der Jugendbeschäftigung und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Das Umdenken, das wirklich notwendig wäre, um die echten Probleme des Arbeitsmarktes, der Beschäftigung insgesamt und der Jugendbeschäftigung im besonderen in den Griff zu bekommen, dieses Umdenken konnten wir leider auch in diesem über den Sommer permanent tagenden Unterausschuß nicht erreichen. Wir konnten leider bei Ihnen das Einsehen nicht erreichen, daß es hier über punktuelle Maßnahmen, über isolierte Maßnahmen, über Einzelförderungsaktionen hinaus eine echte nationale Anstrengung zur Wiedereroberung der Vollbeschäftigung für die jungen Menschen geben muß.

Wir werden unsere mahnende Stimme so lange erheben, bis es zu einer Umkehr, zu einem Umdenken, zu einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel kommt, der sicherstellt, daß wirklich für jeden arbeitswilligen jungen Menschen in diesem Lande eine Ausbildungsstelle und ein Dauerarbeitsplatz gefunden werden kann.

Herr Minister Dallinger! Gerade Ihre Politik ist nicht angetan, dieses notwendige Klima, in dem Jugendbeschäftigung kein Problem sein müßte, zu erreichen. Sie ergänzen die zweifelhaften Umverteilungsvorstellungen zum Einkommen, denen Klubobmann Wille eine dankenswerte Absage erteilt hat, mit der er aber leider Gottes allein stehen dürfte. Sie ergänzen diese zweifelhaften Umverteilungsvorstellungen auch durch eine zweifelhafte Vorstellung über die staatliche Umverteilung von Arbeit, bei der erst recht deutlich wird, daß durch dirigistische Maßnahmen, durch staatliche Eingriffe nie positive Handlungen zu erwarten sind, sondern Sie sich immer in Verboten, in Beschränkungen, in neuen Barrieren erschöpfen werden.

Herr Minister Dallinger! Ihre Vorstellungen von der Verteilung der Arbeit sind eigentlich davon bestimmt, daß Sie, wie bei den Ruhensbestimmungen, Arbeit verbieten wollen, sind davon bestimmt, daß Sie, statt Arbeit zu schaffen und Arbeit zu mehren, Arbeit ver-

Dr. Schwimmer

kürzen wollen. In Wahrheit ist das, was Sie hier betreiben, keine Politik der Verteilung von Arbeit, sondern letzten Endes betreiben Sie eine Politik der Verteilung von Arbeitslosigkeit. Es ist eine Politik der Resignation.

Sie, Herr Minister Dallinger, sind für mich so etwas wie der Ideologe des Austropessimismus geworden: Sie glauben nicht daran, daß es besser werden kann, Sie glauben nicht daran, daß ein Kurswechsel noch möglich ist, daß ein Aufschwung zu schaffen wäre, und daher richten Sie Ihre gesamte Politik auf Resignation und Pessimismus aus. Wir glauben, daß Optimismus und eine Politik des Aufschwunges notwendig wären. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Karl Kraus hat einmal den Vergleich von der „Versuchsstation des Weltuntergangs“ gebracht: Ihre Politik, Ihre Arbeitsmarkt- und Ihre Arbeitszeitpolitik, Herr Bundesminister Dallinger, ist eine Politik der Versuchsstation des Untergangs der Welt der Arbeit durch immer mehr Verbote von Arbeit und durch Arbeitszeitverkürzung, und am Ende steht nicht eine Gesellschaft, in der mehr Arbeit geschaffen wurde, sondern eine arbeitslose Gesellschaft.

Wir wollen lieber eine Politik der Versuchsstation für eine Welt, in der durch eine Wachstumsstrategie genug Arbeitsplätze für alle Menschen geschaffen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie in die Geschichte zurückblicken, so werden Sie sehen, daß es eigentlich immer und überall so war, daß Versuche, Arbeit auf staatlichen Knopfdruck zu schaffen, sozusagen auf budgetären Abruf, wo man geglaubt hat, durch Mehrbelastungen der Bürger, durch neue Steuern irgendwelche Arbeitsprogramme zu schaffen, auf Dauer nicht funktioniert haben. Das finden Sie in der Geschichte überall: Von den aufgerissenen und wieder zugeschütteten Gräben in Paris bei der Französischen Revolution bis zu den zweifelhaften Arbeitsbeschaffungsprogrammen Adolf Hitlers vor dem 2. Weltkrieg.

Staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme, Arbeit auf staatlichen Knopfdruck, das hat noch nie in der Geschichte und noch nirgends in der Welt funktioniert. Was gebraucht wird, das ist eine Wirtschaftspolitik mit weniger Dirigismus, mit weniger Eingriffen, eine Politik, bei der die Chance geschaffen wird, daß Betriebe wieder Gewinne erwirtschaften können, aus denen sie heraus ihre Investitionen tätigen können, aus denen sie heraus Arbeitsplätze schaffen können.

Arbeit kann man nicht durch Subventionen, nicht durch Förderungen auf Dauer schaffen, sondern durch neue Verdienstmöglichkeiten für die Österreicher, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bedenken und berücksichtigen Sie folgendes: Wir wollen bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, wir wollen bei der Förderung der Jugendbeschäftigung nicht davon ausgehen, daß immer mehr junge Österreicher sozusagen zum Sozialfall werden, wo man nur durch Förderungen, wo man nur durch Abstützungen, wo man nur durch Unterstützungen verzweifelt einer immer schlechter werdenden Situation nachläuft, sondern wir wollen, daß die jungen Österreicher mit einer guten Ausbildung gefragte, hoffnungsvolle, moderne Arbeitnehmer mit Zukunft sind, nicht in subventionsabhängigen Firmenruinen tätig sind, sondern – ich sage das in aller Deutlichkeit, auch wenn es die Jusos nicht hören wollen – in gewinnträchtigen Betrieben, denn nur dort sind die Arbeitsplätze auf Dauer gesichert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher haben wir von der Volkspartei den Minderheitsbericht auch zu einem einstimmigen Entschließungsantrag vorgelegt, und ich bitte Sie, die dort vorgeschlagenen Maßnahmen nochmals zu studieren. Es wird im Hohen Haus noch Gelegenheit sein, über jene Maßnahmen zu reden, die allen Betrieben neue Hoffnung geben, in denen junge Menschen beschäftigt werden, wo man sich nicht darauf beschränkt, jenen Betrieben, die junge Menschen wieder eingestellt haben, sozusagen einen staatlichen Händedruck gibt, sondern wo man diesen Betrieben die Möglichkeit gibt, erfolgsträchtig und zukunftssträchtig zu wirtschaften und zu arbeiten.

Ich halte den Weg für verfehlt, daß man mit staatlichen Subventions- und Sozialprogrammen, die man mit der aktuellen Belastungswelle finanzieren will, die Opfer der vorletzten Belastungswelle unterstützt und die Unterstützung in der übernächsten Belastungswelle für die Opfer der derzeitigen Belastungswelle wieder vorprogrammiert. Das ist ein Teufelskreislauf, der uns immer mehr Probleme und immer mehr Arbeitslose, aber nicht mehr Beschäftigung beschert wird. Gehen Sie von diesem Teufelskreislauf ab! Entscheiden auch Sie sich dafür, daß nur eine Politik des wirtschaftlichen Optimismus, nur eine Politik der Wachstumsstrategie zukunftssträchtig ist! Aber dafür werden Sie – wie das Robert Graf gestern gesagt hat – unter irgendeinem Namen, auf den kommt es nicht an, zugestehen müssen, daß wir einen

Dr. Schwimmer

wirtschaftspolitischen Kurswechsel brauchen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 10.59

Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, teile ich mit, daß die Abgeordneten Dr. Graff und Genossen gemäß § 33 Abs. 1 der Geschäftsordnung beantragt haben, zur Untersuchung von Vorfällen im Zusammenhang mit den Akten des Bundesministeriums für Finanzen einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Die Antragsteller haben die Durchführung einer Debatte nicht verlangt. Gemäß § 33 Abs. 2 der Geschäftsordnung findet die Abstimmung nach Erledigung der heutigen Tagesordnung statt.

Als nächster zum Wort kommt der Abgeordnete Braun.

11.00

Abgeordneter **Braun** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Schwimmer wirklich angehört hat und nicht durch die Märchenstunde stark beeinträchtigt wurde, so kann man eigentlich nur feststellen, daß es nach der Behandlung dieser Thematik in den heurigen Sommermonaten überraschend ist, daß dem Herrn Dr. Schwimmer nichts anderes dazu eingefallen ist in der Stellungnahme der Österreichischen Volkspartei.

Aber ich möchte gleich hinzufügen: Nachdem ja eine Reihe — wie ich heute im „Morgen-Journal“ gehört habe — junger Menschen, die arbeitslos sind, vom ORF heute zu dieser Diskussion hierher ins Parlament eingeladen wurde, bin ich neugierig, wie Ihre Märchen, die Sie gebracht haben, auf diese jungen Menschen wirken, die einen Arbeitsplatz suchen.

Herr Dr. Schwimmer! Ich werde Ihnen dazu eine Presseaussendung der ÖVP vorlesen, wo es heißt: 5 Prozent der Jugendlichen unfähig, eine Lehrstelle auszufüllen. Über 5 000 Lehrlinge aus den anderen Bundesländern in Wien.

Mit der Lehrstellenfrage in Wien beschäftigen sich heute, Montag, Vertreter der Wiener ÖVP in einem Pressegespräch. 2 bis 5 Prozent der Jugendlichen seien nicht fähig, eine Lehrstelle auszufüllen: Es fehle ihnen an geistiger Kapazität, meinte Stadtrat Wilhelm Neusser.

Über 5 000 Lehrlinge kamen aus den Bundesländern, das Hauptkontingent davon stellt Niederösterreich. Mit der Materie befaßten

sich der Landtagsabgeordnete Dr. Ferdinand Maier und Ing. Konrad Mandahus näher. — Die Redner „kritisierten, daß derzeit eine Reihe unzeitgemäßer Vorschriften und bürokratischer Hindernisse die Ausbildung von Lehrlingen erschwere“. So dürfe zum Beispiel in der Fremdenverkehrswirtschaft der Lehrling bis zum 16. Lebensjahr nur bis 20 Uhr, ab dem 16. Lebensjahr bis zum Abschluß der Ausbildung nur bis 22 Uhr beschäftigt werden. Hingegen dürfe eine 17jährige Hilfskraft bis 24 Uhr eingesetzt werden.

Nach dem Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz dürfen 16jährige erst ab vier Uhr früh ihre Ausbildung in einer Bäckerei beginnen, während die Bäckereien spätestens um zwei Uhr früh den Betrieb beginnen.

Während in den Bundesländern kaufmännische Lehrlinge an einem Tag pro Woche die Schulbank drücken, wird kritisiert, daß das Schulpensum auf zwei Halbtage aufgeteilt wird.

Dann fordern diese ÖVP-Abgeordneten eine Überprüfung des Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes und weiters die Durchforstung der Lehrpläne.

Meine Damen und Herren! Das ist in Wirklichkeit die Wahrheit, und zwar ein ganz ein großes Stück der Wahrheit, warum wir viele Probleme in Österreich haben: Weil die ÖVP — und der Herr Abgeordnete Dr. Schwimmer hat das ja heute durch seine Märchenstunde noch bekräftigt — in Wirklichkeit nicht die Politik durchführt, die ganz einfach gemacht werden muß, nämlich daß die Wirtschaft in Schwung gebracht werden muß, damit eben allgemein eine verbesserte Situation eintritt, sondern Sie glauben, daß das zum Beispiel durch Ihre Forderungen (*Abg. Dr. Schwimmer: Macht man durch neue Steuern?*), Herr Dr. Schwimmer, die Sie zwar jetzt interessanterweise als eigentlich nicht so interessant angesehen haben, nämlich steuerliche Vorteile, direkte Förderungen und so weiter, besser geschehen könnte. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Dr. Schwimmer! Niemand von uns — gerade nicht von uns — wünscht sich diese Notwendigkeit. Das sind ja eben jene Maßnahmen, die zusätzlich getroffen werden sollen. Aber es ist ein schlechtes Klima, wenn auf der einen Seite den Jugendlichen unterstellt wird, daß bis zu 5 Prozent — dann hätten wir nämlich überhaupt keine Lehrlingsprobleme, Herr Dr. Schwimmer, keine Lehrstellensuchenden — der Jugendlichen gar nicht die geistige Kapazität haben, einen sol-

Braun

chen Lehrplatz auszufüllen, so wie das der Herr Stadtrat Neusser von der ÖVP und eine Reihe von ÖVP-Abgeordneten in Wien sagen.

Das zweite ist das sogenannte Klima, von dem Sie immer sagen, daß es verbessert werden müsse, aber letztlich haben Sie durch Ihre Ankündigungen, Versprechungen in Wirklichkeit die Unternehmer dazu verleitet, mit der Aufnahme von Jugendlichen zu warten. Weiters negieren Sie die internationale Entwicklung.

Herr Dr. Schwimmer hat zwar Märchen aus Bagdad gebracht, aber ich kann ihm Zahlen aus den europäischen Ländern nennen. Und zwar ist im August 1983 der Anteil der gesamten arbeitslosen jungen Menschen bis zum 25. Lebensjahr, der in Österreich jetzt bei fast 27 Prozent liegt, in Frankreich 40,9 Prozent, in Italien 48,9 Prozent, in Holland 42,1 Prozent, in Belgien 39,9 Prozent, in Luxemburg 50,3 Prozent, in England 39,5 Prozent, in Irland 32 Prozent und in Dänemark 28 Prozent. In allen europäischen Ländern der EG ist der Schnitt 39,4 Prozent. Bei uns also, wie gesagt, bei 27 Prozent.

Für uns ist das auf jeden Fall zu viel. Wir haben noch nie eine andere Einstellung gehabt als jene, daß uns jeder junge Mensch, aber überhaupt jeder Arbeitslose zu viel ist. Und darum brauchen wir eine Politik, die letztlich die Arbeitslosigkeit wirklich bekämpft. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Aber das ist sicherlich, Herr Dr. Schwimmer, mit jener Behandlung der Frage, wie Sie das heute getan haben, nicht möglich. Wenn wir uns jetzt noch dazu ansehen, daß selbst die internationalen Prognosen über die Wirtschaftsentwicklung leider negativ sind, dann müssen wir ganz einfach in Österreich Vorkehrungen treffen, und zwar generell, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dann muß natürlich die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Bestandteil sein.

Aber wir können nicht diese Bekämpfung völlig losgelöst von der Gesamtsituation betrachten, sondern wir müssen eben den Weg gehen, überhaupt eine entsprechende Impulsgebung von Seiten der Bundesregierung, von Seiten der Länder, der Gemeinden und so weiter zu fördern, damit wir letztlich nicht in dieselbe Schwierigkeit kommen wie die vergleichbaren Länder.

Es dürfte Ihnen ja bekannt sein, daß zum Beispiel in Holland die Arbeitslosigkeit im August dieses Jahres 17,7 Prozent beträgt, in

einem bürgerlich geführten Land, und daß die Hoffnungslosigkeit dort überhaupt gigantisch ist. Damit ist dort nämlich eine höhere Arbeitslosenrate als in den dreißiger Jahren in Österreich vorhanden.

Daher glaube ich wirklich, daß es richtig war, eingehende Diskussionen in einem solchen Unterausschuß zu führen und jene gemeinsamen Möglichkeiten zu erörtern, die es gibt, die letztlich zu einer Verbesserung der Situation führen können.

Aber falsch sind auf jeden Fall eine Reihe von Forderungen, die von Seiten der ÖVP gestellt werden. Mehr als 80 Prozent aller Lehrstellenanbieter, Unternehmer haben überhaupt nicht daran gedacht, bei der Weitergabe von offenen Lehrstellen zu zögern, haben überhaupt gar keine Probleme verursacht.

Wenn nicht die restlichen 20 Prozent, ich spreche jetzt einen Verdacht aus, eben auch durch diese Propaganda der ÖVP: Wartet noch ein bisschen, dann gibt es Subventionen, dann gibt es Steuerermäßigungen usw., beeinflußt worden wären, hätten wir vielleicht 100 Prozent der Unternehmer, die bereit wären, eine ähnliche Politik zu machen, wie sie sie bis zum Jahre 1981 gemacht haben. *(Abg. Dr. Schwimmer: Sie rechnen doch nicht, daß Ihre Unterstellungen jemand glaubt! Das glauben Sie doch selbst nicht!)*

Ich glaube, Herr Dr. Schwimmer, nicht nur daran, sondern ich kann es auch beweisen. Es ist leider so, daß Sie sich anscheinend mit den wirklich, und zwar empirisch, durchgeführten Untersuchungen zu wenig beschäftigen, denn da stellt man im Institut für Berufsbildungsforschung fest, wenn wir im Jahresdurchschnitt 1982 dieselbe Bereitschaft der Unternehmer gehabt hätten, Jugendliche aufzunehmen, wie im Jahre 1979, hätten wir ein Überangebot an offenen Lehrstellen.

Ich weiß schon, daß es Insolvenzen gegeben hat. Aber trotz dieser Insolvenzfälle, die es seit dem Jahr 1979 gab, müssen wir feststellen, daß mehr als 5 000 Lehrstellen Mitte dieses Jahres von den Unternehmern weniger angeboten werden.

Meine Damen und Herren! Da darf man dann nicht mit Märchen kommen, sondern da muß man dann mit konkreten Beispielen kommen, was denn geschieht, um wirklich dieses Klima bei den Unternehmern zu verbessern, daß sie sich ihrer Verantwortung, der sie sich bisher immer bewußt waren, nicht

Braun

nur zu 80 und 85 Prozent bewußt sind, sondern auch wieder zu 100 Prozent bewußt werden.

Und da tragen solche Vorstellungen, wie: in Zukunft sollte überhaupt jeder Unternehmer, der einen Lehrling hat, auch eine steuerliche Subvention bekommen, nicht dazu bei, das Klima wirklich zu verbessern. Denn da warten eben dann manche, weil sie hoffen, die ÖVP könnte sich in dieser Frage durchsetzen. Damit würde aber das ganze System, das wir in Österreich aufgebaut haben, daß die Ausbildung der Lehrlinge eben eine Angelegenheit der Unternehmer ist, ganz einfach in Frage gestellt.

Wenn Sie das wollen, dann sprechen Sie das bitte aus. Dann müssen wir aber über die Form, wie in Zukunft Lehrlingsausbildungssysteme in Österreich gehandhabt werden, sprechen. Aber nicht, indem Sie versprechen, und zwar Dinge, die dann natürlich die anderen halten sollen, und Sie ganz genau wissen, daß wir schon allein finanziell gar nicht in der Lage sind, auch jenen, die bisher die Bereitschaft gehabt haben — und das auch im Jahre 1982 bewiesen haben —, Jugendliche auszubilden, jetzt auf einmal steuerliche Ermäßigungen zu geben. Das würden in etwa 260 Millionen Schilling sein.

Und jetzt frage ich Sie, was man mit diesen Mitteln alles direkt machen kann.

Und da gibt es eben dann eine Reihe von Punkten, auf die wir uns ja auch geeinigt haben und wo selbst der Herr Dr. Schwimmer nicht umhin kommen konnte, das zuzugeben, und er gesagt hat, daß das Klima im Rahmen des Ausschusses zweifellos insofern erfreulich angenehm war, daß wir doch dort eine sachliche Diskussion über weite Strecken gehabt haben.

Ich glaube daher, daß man wirklich sagen muß: Diese Art der Propaganda hat sicherlich nicht dazu beigetragen, die Bereitschaft der Unternehmer zu erhöhen.

Ich glaube auch gleichzeitig, daß durch diese Verunsicherungspolitik der ÖVP eine Verschlimmerung eingetreten ist, durch diese Darstellung etwaiger Möglichkeiten — bei Ihnen unter dem Titel „Kurswechsel“ figurierend —, mit der Lehrlingsausbildung auch gleichzeitig zu Mitteln vom Staat zu kommen.

Das würde aber dem bisherigen Grundsatz widersprechen. Ich möchte auch sagen, daß wir uns in dieser Frage nie dazu bequemen

werden, diesen Weg zu gehen, weil das eine GrundsatzEinstellung ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hätten wir heute jenen Anteil an Lehrstellen wie 1979, abzüglich jener durch Insolvenzen entfallenen Lehrstellen, dann wären wir sicherlich „aus dem Wasser“, wie das so schön bei uns heißt, weil wir dann sogar ein Überangebot an Lehrstellen hätten. Es muß also etwas anderes sein, das darauf einwirkt, daß man in Österreich nicht die entsprechende Zahl von Lehrstellen anbietet. Ich habe einige Gründe schon angeführt.

Ich glaube, man muß bei dieser Gelegenheit sagen, daß der Lehrstellenmangel von heute — und Herr Präsident Dittrich wird das sicherlich bestätigen — den Fachkräftemangel von morgen bedingt. Denn wenn wir jetzt nicht Vorsorge treffen — und das ist eben immer die Aufgabe auch der Unternehmer gewesen —, dann werden wir in einigen Jahren Sorgen haben.

Aber das kann man nicht durch steuerliche Ermäßigungen machen, das kann man nicht durch generelle Förderungen machen, sondern das kann man eben nur dadurch machen, indem man neuen Bereichen, die bisher nicht bereit waren oder zu wenig bereit waren, die Möglichkeiten der Lehrlingsausbildung zu nützen, eben Anreize gibt, das zu tun. Und da werden viele Maßnahmen gesetzt: 5 000 zusätzlich geförderte Lehrstellen, das Sonderprogramm der Länder und Gemeinden, vom Bundesministerium für soziale Verwaltung.

Das Training für die jungen Facharbeiter, die praktische Berufsvorbereitung für Absolventen verschiedener Schultypen, die Förderung vorzeitiger Einstellung von jungen Arbeitskräften für Leute, die aus dem Arbeitsleben auf Grund der Erreichung der Altersgrenze ausscheiden, und regional geförderte Projekte sind doch die einzige Möglichkeit, ohne ein Gießkannenprinzip anzuwenden, eben wirklich das Klima zu verbessern und zusätzliche Anreize zu geben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Und ich kann dazu sagen, daß da von seiten der Sozialistischen Partei, von seiten der sozialistischen Fraktion dieses Hauses eben alles gemacht wurde, damit diese Dinge vorangetrieben werden können und damit auch die Vorstellungen der Arbeiterkammern und des ÖGB praktisch erfüllt sind.

Nicht erfüllt ist unser Wunsch, daß es keine

Braun

Jugendarbeitslosigkeit geben möge, und zwar deshalb, weil die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht so ist, wie wir uns das wünschen würden, und weil wir ganz einfach auch durch die internationale Entwicklung nach wie vor stark beeinflusst sind.

Ich möchte daher bei dieser Gelegenheit mit der Bitte um Kenntnisnahme dieses Berichtes den herzlichen Dank verbinden an das Bundesministerium für soziale Verwaltung für die Initiativen, an den Bundesminister Dallinger für dessen sofortige Bereitschaft, während der Ausschusssitzungen zusätzliche Maßnahmen zu setzen, weiters für die flexible Haltung, die es gegeben hat.

Ich möchte weiters auch im Namen der Zehntausenden jungen Menschen danken, die sehr wohl einen Lehrplatz, die sehr wohl einen Arbeitsplatz bekommen haben, weil eben, wie gesagt, 80, 85 Prozent der Unternehmer ihr Verantwortungsbewußtsein zeigen, wirklich dahinter sind, sich nicht beeinflussen lassen von dieser Propaganda. Ich bin davon überzeugt, daß das sehr wichtig ist für Österreich und auch für die Zukunftschancen unserer jungen Menschen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 11.17

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Partik-Pablé. Ich erteile es ihr.

11.17

Abgeordnete Dr. Helene **Partik-Pablé** (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich kann Ihnen hier kein Märchen erzählen, nicht, weil ich zuwenig Phantasie hätte oder weil ich keinen Sinn für Humor hätte, ganz im Gegenteil, ich habe auch für einen sehr subtilen Humor etwas übrig. Aber gerade bei der Jugendarbeitslosigkeit ist die Realität derart hart, daß nur der Gedanke an ein Märchen bei mir jedenfalls schon verschwindet. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wir Freiheitlichen betrachten jedenfalls die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt insbesondere hinsichtlich der Jugendbeschäftigung mit großer Sorge und nicht durch die Brille des Märchenonkels. Und seitdem wir in die Regierungsverantwortung getreten sind — in die Mitverantwortung getreten sind —, haben wir ganz besondere Überlegungen angestellt, wie wir den Jugendlichen helfen können, einen Arbeitsplatz zu finden. Wir haben uns daher veranlaßt gesehen, schon vor dem Sommer zusammen mit der sozialistischen Fraktion einen Antrag einzubringen, der punktu-

elle Förderungen oder überhaupt Förderungen der Beschäftigung von Jugendlichen enthält.

Wir haben aus unserer Sorge heraus, die uns die Jugendarbeitslosigkeit bereitet, auch begrüßt, daß die ÖVP einen Antrag eingebracht hat, weil schon aus der Tatsache dieses Antrages hervorgeht, daß sich die ÖVP zahlreichen Vorschlägen der sozial-liberalen Koalition zu diesen Problemen nicht würde verschließen können. Im Sommer wurden diese Anträge, wie Sie schon gehört haben, im Unterausschuß behandelt, und in einigen Punkten konnte auch Übereinstimmung erzielt werden.

Abgesehen davon hat die Arbeit im Unterausschuß einen sehr großen Erfolg gehabt, denn noch während der Sitzungen hat sich die Koalitionsregierung bereit erklärt, das Kontingent der förderbaren Lehrstellen von ursprünglich 2 000 auf 5 000 zu erhöhen.

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Schwimmer! Ich glaube, es ist den Jugendlichen egal, ob diese Arbeitsplätze auf Knopfdruck oder auf irgendeine andere Weise geschaffen worden sind. Der Jugendliche will eine Arbeit haben, und ich glaube, es ist ihm egal, wie dieser Arbeitsplatz entstanden ist. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Außerdem hat sich die Bundesregierung durch den Herrn Bundesminister schon während der Unterausschußberatungen bereit erklärt, daß diese Sonderprogramme, die von den Bundesländern derzeit gemacht werden, gefördert werden, wenn auch die Länder und die Kammern diese Lehrstellen mit monatlich 1 000 S fördern. Sie können zeigen, Herr Dr. Schwimmer und meine Damen und Herren von der ÖVP, daß es sich bei diesem Jugendbeschäftigungsprogramm tatsächlich um eine nationale Aktion handelt, wenn Sie in Ihrer Einflußsphäre auf diese Möglichkeiten aufmerksam machen und insbesondere die Kammern auffordern, ihrerseits diese Förderung wahrzunehmen und die Zusage des Herrn Bundesministers für soziale Verwaltung, diese zusätzlichen Lehrstellen zu fördern ... *(Abg. Ing. Dittrich: Das haben wir schon vorher gemacht, Frau Doktor! Ein Jahr vorher!)* Aber zusätzlich ist diese Maßnahme vom Herrn Bundesminister jetzt während der Beratungen zugesagt worden und nicht schon vorher von der ÖVP angeregt worden. *(Abg. Dr. Sch w i m m e r: Die Kammer hat schon vor einem Jahr gezahlt! Die hat nicht auf Sie gewartet, Frau Partik-Pablé!)* Auf mich ohne-

Dr. Helene Partik-Pablé

hin nicht, aber auf die Koalitionsregierung haben Sie gewartet.

Die Österreichische Volkspartei führt jedenfalls Klage darüber, daß die in ihrem Antrag enthaltenen finanzpolitischen Maßnahmen nicht berücksichtigt wurden.

Dazu ist zu sagen, daß die ÖVP unter dem Titel der Jugendbeschäftigung Steuererleichterungen für die Betriebe erreichen möchte, die aber in keiner Weise geeignet sind, tatsächlich Jugendarbeitsplätze zu schaffen. Die ÖVP fordert zum Beispiel, daß die bestehende steuerliche Investitions- und Innovationsförderung für die Betriebe erhöht werden soll. Sie fordert das, obwohl überhaupt kein Kausalzusammenhang zwischen den vorgeschlagenen Förderungen und der Einstellung von Jugendlichen besteht. Denn erfahrungsgemäß, meine Damen und Herren, werden Investitionen dazu benützt, um Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen, aber nicht, um ... *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Frau Kollegin, das stimmt doch nicht!)*

Frau Kollegin! Im Unterausschuß haben Sie uns nicht nachweisen können, daß irgendein Zusammenhang zwischen den steuerlichen Investitionsbegünstigungen und der Einstellung von Jugendlichen besteht. Ganz im Gegenteil. Arbeitsplätze werden sehr häufig Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer fallen. Das ist doch ganz klar. Und man kann ja den Betrieben nicht vorschreiben, wie sie investieren sollen, daß sie nicht rationalisieren sollen, um keine Arbeitsplätze zu gefährden.

Meine Damen und Herren! Damit ist auch ein wesentlicher Punkt des ÖVP-Antrages zu Fall gebracht. Diese ernst zu nehmenden Bedenken seitens der Sozialistischen Partei und seitens der Freiheitlichen konnten im Unterausschuß nicht widerlegt werden. Es wurden von der ÖVP auch keine Analysen vorgelegt und auch keine Berechnungen, in welcher Weise sich eine solche Investitionsförderung günstig für die Beschäftigung von Jugendlichen auswirken soll.

Es ist klar, daß eine solche Förderung ganz erhebliche Mittel aus dem Budget erfordern würde, wobei aber der Erfolg ungewiß ist. Ja es ist sogar möglich, daß Arbeitsplätze vernichtet werden, wenn eben der Unternehmer rationalisiert. Deshalb hat die FPÖ diese Maßnahme im Sozialausschuß abgelehnt. Es wäre unverantwortlich, wenn wir die ohnehin knappen Steuermittel in eine Aktion pumpen würden, deren Ausgang ungewiß ist.

Selbstverständlich wissen auch wir Freiheitlichen, daß sich die Jugendarbeitslosigkeit aus der anhaltenden Wirtschaftsflaute ergibt und ein wirtschaftlich günstiges Klima natürlich auch eine günstige Beschäftigungslage bringt. Aber es geht weit über den Rahmen eines Jugendbeschäftigungsprogramms hinaus, wenn mit einem solchen Programm die Wirtschaft angekurbelt werden soll. Denn für die Sanierung der Wirtschaft hat eben die sozial-liberale Bundesregierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket ausgearbeitet, und dort finden Sie auch die Förderung von Investitionsvorhaben und anderen Maßnahmen, die das Wirtschaftsklima positiv beeinflussen sollen.

Für das konkrete Beschäftigungsproblem der Jugendlichen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist gerade der gezielte Einsatz von Förderungsmaßnahmen die beste Lösung — auch wenn die ÖVP das nicht wahrhaben will. Den größtmöglichen Erfolg werden wir nämlich damit erzielen, daß wir punktuelle Maßnahmen setzen.

Im Minderheitsbericht stellt die ÖVP die Ablehnung ihres Antrages durch die Sozialisten und die Freiheitliche Partei als ungerecht und nicht begründet dar. Das ist aber nichts anderes als polemisch, denn im Unterausschuß wurde einige Male und sehr deutlich begründet, warum der ÖVP-Antrag für ein gezieltes Jugendbeschäftigungsprogramm nicht akzeptiert werden konnte.

Aber denken Sie auch zum Beispiel an die Administrierbarkeit einer solchen Forderung, wie Sie sie unter Punkt 1 Ihres Antrages gestellt haben. Es müßten Finanzbeamte die Tätigkeit der Arbeitsmarktverwaltung übernehmen, sie müßten also am Ende eines Steuerjahres prüfen, wie viele Jugendliche zusätzlich eingestellt worden sind, denn sonst wäre ja die steuerliche Begünstigung zu Unrecht gegeben worden.

Das bedeutet, daß die Lohnbuchhaltung jährlich geprüft werden müßte. Und ich weiß nicht, ob die Unternehmer es so gerne hätten, wenn jährlich die Finanzbeamten in den Lohnbüros Steuerprüfungen durchführen würden. Ich kann mir nicht vorstellen ... *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Das ist ja ohnehin der Fall!)* Aber die kommen nicht jährlich, und die überprüfen auch nicht, ob ein Zusammenhang zwischen den Investitionsförderungen und der Einstellung von Jugendlichen besteht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Herr Präsident Sallinger von diesem Ihrem Vorschlag begeistert wäre.

Dr. Helene Partik-Pablé

Außerdem bleibt immer noch die Frage offen: Können wir verhindern, daß nicht nur investiert wird und nach einer gewissen Zeit diese zusätzlich aufgenommenen Arbeitskräfte wieder entlassen werden? Sie können doch den Unternehmer nicht noch mehr binden, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. Das wollen Sie doch sicher nicht, davon bin ich überzeugt. Wollen Sie wirklich das erstrebenswerte Ziel der Förderung von Innovation und Jugendbeschäftigung durch ständige Finanzprüfungen in den Betrieben erkaufen?

Meine Damen und Herren! Ich habe mit Interesse die Ausführungen des Herrn Dr. Schwimmer verfolgt und mit großer Verwunderung festgestellt, daß die ÖVP heute ein Lamento darüber anstimmen will, daß sie von ihren Vorschlägen viel zuwenig gegen die böswilligen Koalitionspartner durchsetzen konnte.

Das ist schon richtig. Die ÖVP konnte sich nur in einem Punkt ihres Entschließungsantrages durchsetzen, und zwar konnte sie Förderungsmaßnahmen für die 19- bis 25jährigen erzielen. Aber das liegt eben daran, daß im ÖVP-Antrag teilweise Maßnahmen angeregt wurden, insbesondere solche finanzpolitischer Natur, die bereits Bestandteil der Arbeitsmarktförderung sind und die sich auch im arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramm 1983 finden, wie zum Beispiel die Förderung von nicht oder schwer vermittelbaren Jugendlichen oder die Erhöhung der erlaubten Lehrlingszahl pro Betrieb. Daraus ersieht man schon, daß alle gezielten Maßnahmen, die Sie zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorschlagen, bereits verwirklicht oder in Aussicht genommen sind.

Abgelehnt haben wir aber Ihre Forderungen, die keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen, wie zum Beispiel die Forderung, daß jene Betriebsinhaber, die die Lehrlinge selbst ausbilden, einen Steuerfreibetrag von monatlich 12 000 S erhalten sollen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister war bei einer Sitzung des Unterausschusses dabei und hat festgestellt oder geschätzt, daß eine solche Maßnahme zirka 300 Millionen Schilling kosten würde und keinen einzigen zusätzlichen Jugendarbeitsplatz schaffen würde.

Außerdem wäre eine solche Förderung mehr als ungerecht, denn der Unternehmer, der mehr Gewinn macht, bekommt eine höhere Förderung. Außerdem hätte jener

Unternehmer, der mehr Gewinne in dem Betrieb beläßt und nicht entnimmt, dadurch geringere Steuervorteile als derjenige, der seine Gewinne aus dem Betrieb nimmt und weniger Einkommensteuer zahlen muß. Und das soll Arbeitsplätze sichern oder Arbeitsplätze schaffen, meine sehr geehrten Damen und Herren? — Ich glaube das nicht.

Wir Freiheitlichen gehen den umgekehrten Weg. Wir schauen nämlich, daß der nichtentnommene Gewinn Nutzen stiftet. In dem Maßnahmenkatalog der Bundesregierung sind auch entsprechende Maßnahmen enthalten, die Vorteile für nicht entnommene Gewinne bringen.

Jedenfalls dürften Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, letztlich doch gemerkt haben, daß Ihre Forderung nach einem Steuerfreibetrag von 12 000 S für Unternehmer, die einen Lehrling selbst ausbilden, nicht zu dem von uns allen angestrebten Ziel führt, denn in den Minderheitsbericht ist diese Forderung Ihrerseits gar nicht mehr aufgenommen worden. Sie haben anscheinend selbst gesehen, daß Sie damit zumindest einem Teil der Unternehmer keine Freude machen würden.

Aber auch der Punkt 4 Ihres Entschließungsantrages ist finanziell untragbar. Sie fordern darin, daß der Dienstgeberanteil der Sozialversicherungsbeiträge für die Dauer eines Jahres entfallen soll, wenn in Regionen mit hohem Arbeitsplatzdefizit ein Lehrling in ein definitives Arbeitsverhältnis übernommen wird und dadurch die Zahl der beschäftigten 15- bis 25jährigen höher liegt als im Durchschnitt der letzten drei Jahre.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie zu beachten, daß die Sozialversicherung praktisch auf jeden Schilling angewiesen ist, und gerade die ÖVP verweist immer wieder auf die prekäre Situation der Sozialversicherung. Und in Summe würde der Entfall dieser Arbeitgeberanteile einen ganz horrenden Abgabentfall ausmachen. Auf der anderen Seite würde aber für den Unternehmer kein entsprechender Anreiz erwachsen, einen Lehrling einzustellen, denn es handelt sich nicht um einen so entscheidenden Aufwand. Schließlich und endlich kann er ja den Dienstgeberanteil auch als Absetzposten von der Steuer abschreiben, wodurch sich dieser verringert. *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Aber erst muß der ja etwas verdienen, um etwas absetzen zu können!)* Da kommt es ja wieder auf den Gewinn an. *(Abg. Deutschmann: Was ist denn das für eine Philoso-*

Dr. Helene Partik-Pablé

phie, wo man von nichts etwas abschreiben soll! — Weiterer Ruf bei der ÖVP: Da bleibt einem nichts erspart!) Dann ist das aber die falsche Förderung mit den 12 000 Schilling, das habe ich Ihnen ja gerade gesagt. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Dann fordern Sie aber einen Betrag von 12 000 Schilling. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Dann können Sie aber nicht solche Forderungen stellen.

Sie prangern auch an, daß in der verstaatlichten Industrie die Lehrlingsausbildung begünstigt wird. Wir Freiheitlichen sind immer dafür eingetreten, daß die verstaatlichte Industrie genauso wie die privaten Betriebe gefördert werden soll. Wir sind auch die Verfechter dafür, daß private Betriebe, die vergleichbare Einrichtungen haben wie die verstaatlichten Betriebe, ebenfalls diese erhöhte Förderung bekommen sollen. Der Herr Bundesminister hat bereits im Unterausschuß berichtet, daß einige private Betriebe, die in der Lehrlingsausbildung dieselben Voraussetzungen wie die verstaatlichten Betriebe haben, diese Förderung schon in Anspruch genommen haben. Gerechtfertigt ist die erhöhte Förderung deshalb, weil es eine Lehrwerkstätte gibt, eigene Ausbilder gibt und weil der Lehrling zum betrieblichen Ertrag nichts beiträgt.

Seitens der ÖVP dringt immer wieder durch, im Unterausschuß war das so, Herr Dr. Schwimmer hat es heute auch wieder gesagt, es entstünde der Eindruck, als würde die Koalitionsregierung überhaupt nichts gegen die Jugendarbeitslosigkeit machen.

Vergleichen Sie, meine Damen und Herren, was konkret von der Regierungskoalition schon bisher gemacht wurde und was von Ihren Vorschlägen jetzt konkret übergeblieben ist. Und Sie werden zugeben müssen, daß viel geschehen ist, und es ist Konkretes geschehen. Es sind gezielt Jugendarbeitsplätze gefördert worden. Und jetzt sage ich noch einmal: Den Jugendlichen ist es egal, wie der Arbeitsplatz entstanden ist. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Schauen wir uns doch an, was unter anderem vorgesehen ist. Es sind zusätzliche Arbeitsplätze für weibliche Jugendliche beim Bundesheer geschaffen worden. Und obwohl Sie von der Österreichischen Volkspartei ganz genau wissen, daß besonders Mädchen unter der Jugendarbeitslosigkeit leiden, enthält Ihr Antrag nicht eine einzige konkrete Maßnahme, die diese Jugendarbeitslosigkeit der Mädchen berücksichtigen würde, beziehungsweise haben Sie nicht eine konkrete

Forderung vorgesehen. *(Abg. Dr. Schwimmer: Frau Dr. Partik-Pablé! Welche konkreten Forderungen sind in Ihrem Antrag gewesen?)* Lassen Sie mich ausreden, ich habe Sie auch ausreden lassen. Ich habe Sie sogar bei Ihrem Märchen ausreden lassen, Herr Dr. Schwimmer, obwohl mich das sehr fadisiert hat. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Vertragen Sie keinen Zwischenruf, dann nehme ich das zur Kenntnis!)* Sie können ohne weiteres zwischenrufen, aber so leise, daß Sie mich nicht unterbrechen, Herr Dr. Schwimmer, bitte. *(Abg. Dr. Schwimmer: Ich habe eine Frage gestellt!)* Ich sage Ihnen nur, was geschehen ist — und da werden Sie gleich nervös, Herr Dr. Schwimmer. Ich sage Ihnen, daß Sie die weiblichen Jugendlichen in Ihrem Antrag total vergessen haben, die Mädchen, für die die Bundesregierung bereits etwas getan hat.

Es ist auch etwas geschehen, um die geographische Mobilität der Jugendlichen zu fördern. Da gibt es Maßnahmen seitens der Bundesregierung. Das ist ganz besonders wichtig, denn der Mangel an Arbeitsplätzen für Jugendliche ist ja hauptsächlich ein Problem, das den Osten Österreichs betrifft. In Tirol zum Beispiel sieht die Situation ganz anders aus; da gibt es sogar mehr offene Lehrstellen als Bewerber. Schon in naher Zukunft, Herr Kollege Braun hat das schon angeschnitten, wird auch die Zahl der arbeitsstellersuchenden Lehrlinge sinken; das geht aus einer wissenschaftlichen Untersuchung eindeutig hervor. Für die Mitte der achtziger Jahre wird sogar ein gewisser Facharbeitermangel vorausgesagt. Es liegt also im Interesse der Wirtschaftstreibenden, genügend Lehrlinge in allen nur möglichen Sparten und ungeachtet des Geschlechtes aufzunehmen. Sie sehen, Herr Dr. Schwimmer, daß Ihr Vorwurf, wir würden alles nur pessimistisch sehen und ohnehin resignieren, überhaupt nicht stimmt. Ganz im Gegenteil: Wir sehen die Entwicklung eher optimistisch. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wir Freiheitlichen bekennen uns aber auch zu Maßnahmen, die zeigen sollen, daß es sich tatsächlich um eine nationale Aktion handelt, um eine Aktion, bei der nicht nur die Bundesregierung sich etwas einfallen läßt, um Arbeitsplätze für die Jugendlichen zu schaffen und zu fördern, sondern auch die Länder und die Interessenvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer etwas dazutun, um dieses schwerwiegende Problem bewältigen zu helfen; daß es sich also um ein Programm handelt, das alle angeht. Es ist uns klar, daß sich angesichts der weltwirtschaftlichen Ent-

Dr. Helene Partik-Pablé

wicklung die Situation auf dem Arbeitsmarkt sicherlich nicht schlagartig ändern kann und wir das Jugendbeschäftigungsproblem nicht mit einfachen Rezepten total lösen können.

Wir glauben aber, daß wir mit den Maßnahmen, die der gemeinsame Entschließungsantrag, der der heutigen Debatte zugrunde liegt, enthält, die bestehende Situation auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche entschärft haben. Ich möchte trotz des von mir vorher Gesagten hier auch der ÖVP für ihre Mitarbeit danken, die auch dazu beitrug, daß wir heute gemeinsam dieses Gesetz beschließen können.

Aber man darf an dieser Stelle nicht vergessen, daß die Situation der jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt nicht getrennt von der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung betrachtet werden kann. Auch die speziellen Jugendbeschäftigungsprogramme können nur eingebettet in eine allgemeine Politik, im Rahmen einer maximalen Beschäftigungspolitik gesehen werden. Und dieser Tatsache trägt auch das wirtschafts- und budgetpolitische Maßnahmenpaket der Bundesregierung Rechnung. Auch in der Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 ist einer maximalen Beschäftigungspolitik der Vorrang gegeben.

Wir hoffen, daß wir mit diesen Maßnahmen die Jugendarbeitslosigkeit nicht nur auf dem im internationalen Vergleich sehr niedrigen Stand halten können, der schon bisher erreicht war, sondern daß wir sie eher noch weiter senken werden.

Ich glaube, ein Dramatisieren, so wie es die Österreichische Volkspartei gemacht hat, ist falsch. Was wir brauchen, ist der Optimismus, es brauchen die Jugendlichen den Optimismus und auch die Unternehmer. Wir Freiheitlichen sind jedenfalls zuversichtlich, daß wir das Jugendbeschäftigungsproblem mit unseren Maßnahmen derzeit im Griff haben, daß wir weiterhin den Jugendlichen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 11.38

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Karas. Ich erteile es ihm.

11.38

Abgeordneter **Karas** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte Ihnen am Beginn schon sagen, daß ich über den Verlauf der Debatte zur Stunde etwas verwundert bin. Denn wir haben uns doch eigentlich bei

der letzten Debatte hier, als wir den Unterausschuß eingesetzt haben, als wir festgelegt haben, daß wir über den Sommer hinweg an Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gemeinsam arbeiten wollen, als wir uns vorgenommen haben, eine nationale Anstrengung über den Sommer zu planen, vorgenommen, an neuen zusätzlichen Maßnahmen zu arbeiten. Das, was hier von den Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition jetzt betrieben wird, ist ein Verhalten, das Ringen um neue Maßnahmen permanent zu kritisieren, jede zusätzliche Maßnahme, jede gesamtwirtschaftliche Frage abzukanzeln. Es ist der Versuch, das, was hier darliegt, als das Nonplusultra zu sehen, obwohl es das nicht ist.

Wir bekennen uns heute zu diesem gemeinsamen Antrag, weil wir der Auffassung sind, daß jede zusätzliche Maßnahme zu begrüßen ist. Aber die heutige Debatte kann doch kein Ende bedeuten, sie muß einen neuen Beginn bedeuten in der Beantwortung all jener Fragen, die wir in diesem Antrag nicht drinnen haben. Es geht darum, zusätzliche Maßnahmen in den Bereichen der 19- bis 25jährigen zu setzen und generelle Impulse für die österreichische Wirtschaft zu geben.

Frau Abgeordnete Partik-Pablé! Ein defizitärer Betrieb, einer, der eingeht, wird überhaupt keinen Arbeitsplatz für uns Junge schaffen. Wir brauchen neue Arbeitsplätze, daher will ich, daß die Betriebe wieder Gewinne machen können. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Das wollen nicht nur Sie!)*

Heute früh haben wir im „Morgenjournal“ ein Mädchen aus dem Raume Scheibbs gehört, das über ihre Situation als arbeitslose Jugendliche berichtet hat. Das Mädchen aus dem Raume Scheibbs, das heute früh im „Morgenjournal“ ihr Einzelschicksal dargelegt hat, ist eines von 24 000 Ende August offiziell registrierten Arbeitslosen. Hinzu kommen noch die fast in derselben Anzahl vorhandenen versteckten jugendlichen Arbeitslosen.

Meine Damen und Herren! Dieses Mädchen ist in einer Situation, die noch nicht die härteste ist. Sie hat zum Beispiel jetzt noch die Möglichkeit, von ihren Ersparnissen zu leben. Tausende andere arbeitslose junge Menschen haben gar keine Ersparnisse mehr, sie kommen aus armen Verhältnissen, oft sind mehrere Geschwister arbeitslos. Sie hatte wenigstens die Möglichkeit, im Ausland tätig zu sein und sich dort zu beschäftigen.

Karas

Ich möchte nur ein Beispiel bringen: Ich suche derzeit eine Sekretärin. Innerhalb weniger Tage haben sich 15 Maturantinnen, die nie Arbeit gehabt haben, gemeldet. Ich kann nur eine nehmen, also 14 werden auch in den nächsten Tagen noch arbeitslos sein. Sie haben noch nie Arbeit gehabt.

Meine Damen und Herren! Sie haben doch in den letzten Tagen die Zeitungen zur Hand genommen, in denen die neueste revidierte Prognose des Wirtschaftsforschungsinstituts zu lesen war. Die Arbeitslosigkeit steigert sich auf über 5,5 Prozent. Das heißt, daß auch für uns junge Menschen die Arbeitslosigkeit trotz dieses heute gemeinsam zu beschließenden Entschließungsantrages steigen wird. Das ist für mich mehr als ein Alarmsignal. Das ist schlichtweg eine Katastrophe! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Verursacht hat diese Steigerung nach oben — ich sage das, weil Sie das auch heute in dieser Debatte wieder so darstellen wollen —, diese Erhöhung der Zahl der betroffenen Einzelschicksale nicht eine internationale Entwicklung, sondern die sozialistische Koalitionsregierung mit ihrem unsozialen Belastungspaket. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ und von der FPÖ! Sie, die Sie diesen unverantwortlichen Griff in die Taschen aller, ob arm oder reich, dulden, haben das ebenfalls mitverursacht.

Experten sagten mir, daß dieses Belastungspaket nach vorsichtigen Schätzungen 10 000 bis 20 000 Menschen in nächster Zeit den Arbeitsplatz rauben wird. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was durch den heute gemeinsam mit uns zu beschließenden Entschließungsantrag an zusätzlichen Lehrstellen gefördert wird. In Summe ist das haarsträubend. Wie könnte es anders sein, als daß wieder junge Menschen überproportional durch diesen Akt zum Handkuß kommen, weil in altbewährter österreichischer Manier — und das kritisiere ich —, in altbewährter Tradition in ausgetretenen Pfaden ausschließlich Bestehendes bewahrt beziehungsweise durch das Belastungspaket sogar reduziert und nichts Neues geschaffen wird, obwohl wir Jungen neue Arbeitsplätze brauchen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich kann es nur nochmals wiederholen: Die jungen Menschen dieses Landes erwarten sich etwas von uns, vor allem die 15- bis 25jährigen. Sie rufen nach neuen Arbeitsplätzen, nach zusätzlichen Arbeitsmöglichkeiten, nach einer Änderung der Wirtschaftsstruktur, nach Mut und Phantasie zur Innovation, zur For-

schung, zur Bereitstellung neuer Produkte, um das Leben nicht mit Arbeitslosigkeit beginnen zu müssen. Die jüngsten Prognosen, die man mir sagte, nehmen mir jedoch die Hoffnung, daß das bestehende Potential an Maßnahmen die Möglichkeit in sich birgt, diese legitime Sehnsucht der jungen Menschen auch Wirklichkeit werden zu lassen.

Diese Prognosen sagen uns, daß wir im Jänner 1984 mit über 50 000 offiziell registrierten arbeitslosen Jugendlichen rechnen müssen. Hinzu kommen, wenn die Berechnungen gleichbleiben, dieselbe Anzahl oder — ich reduziere sie sogar — zirka 40 000 junge Menschen als versteckte Arbeitslose, weil sie unter Umständen schon resigniert haben.

Hohes Haus! Diese gesamtwirtschaftlichen Fakten, von denen die 15- bis 25jährigen am stärksten betroffen sind, müssen wir voranstellen, wenn wir die Maßnahmen, die das Parlament heute einstimmig beschließen wird, beurteilen wollen.

Ich habe mir vorgenommen, aus meinem Herzen keine Mördergrube zu machen und in den jungen Menschen durch den heutigen gemeinsamen Beschluß keine falschen Hoffnungen zu erzeugen. Ich möchte daher sehr klar festhalten, daß von nationaler Anstrengung keine Rede sein kann. Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit bei den 15- bis 25jährigen wird durch dieses unzureichende Programm nicht in den Griff zu bekommen sein. Das ist bestenfalls eine unvollendete Sache oder ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ich möchte damit nicht zur Seite schieben, daß ich natürlich glücklich darüber bin, daß wir heute zusätzliche Maßnahmen beschließen. Ich brauche mir nur in Erinnerung zu rufen, daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Koalitionsregierung, am Beginn der Ausschußverhandlungen gar nicht bereit waren, zusätzliche Maßnahmen für diesen Bereich in Aussicht zu stellen. Ich möchte nicht in Ihrer Haut stecken, wenn ich an die Überheblichkeit denke, mit der Sie die ernsthaften Diskussionen über finanzpolitische Maßnahmen, generelle wirtschaftspolitische Impulse, den Mut und auch die Phantasie, die herkömmlichen Pfade zu verlassen und nach Neuem zu suchen, unterbunden haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sage das deshalb so hart, weil der Ausbau der derzeitigen Möglichkeiten der Arbeitsmarktförderung, wie dies auch Professor Clement in seinem Buch „Arbeitsmarktpolitik in Österreich“ schreibt, beziehungs-

Karas

weise der Einfluß der Arbeitsmarktförderung auf das Globalziel Beschäftigungssicherung mit einer Größenordnung von 0,2 bis 0,3 Prozent des Arbeitskräftepotentials sehr gering ist und weil durch die bisher befahrenen Geleise der Arbeitsmarktförderung nur rund 5 Prozent der Erwerbstätigen erfaßt sind. Diese Streuung der eingesetzten Mittel läßt vermuten, schreibt Clement, daß der Beitrag der Arbeitsmarktpolitik zur speziellen Verhinderung der Jugendarbeitslosigkeit als sehr bescheiden angenommen werden muß.

Noch deutlicher, Herr Minister, kann man es wahrscheinlich nicht formulieren. Sie wissen hoffentlich, daß wir neue, zusätzliche Arbeitsplätze brauchen und bestehende Arbeitsplätze (*Zwischenruf des Bundesministers Dallinger*) wegen der Aushöhlung der Wirtschaft in den letzten Jahren, vor allem der Kleinbetriebe, absichern müssen. Und was tun Sie? — Schön in den bekannten Wegen „schlafen“, ja nichts riskieren, sondern das Problem bei den 19- bis 25jährigen ignorieren.

Wir haben nichts davon, wenn Sie vielleicht 1985 steuerrechtliche Maßnahmen diskutieren lassen. Die Tausenden Jobsuchenden und künftigen Schulabgänger wollen Taten; Reden und Versprechungen hörten sie schon genug. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie wollen regionale Schwerpunkte, sie wollen aus dem bisherigen Bereich ausbrechen und neue Maßnahmen setzen. Genau darum ist es den Rednern der Volkspartei auch heute gegangen. Neben dem Bereich der Lehrlinge, für die wir heute hier zusätzliche Maßnahmen beschließen — Maßnahmen, die wir begrüßen —, muß gerade für den Bereich der 19- bis 25jährigen über neue Impulse, über neue Förderungsmaßnahmen, über generelle Förderungen der Wirtschaft nachgedacht und die Innovation erhöht werden, um auch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich verstehe es nicht: Der Antrag Dr. Mock und Genossen hat zum Beispiel vorgeschlagen, die Innovations- und Investitionstätigkeit anzukurbeln und die Förderung an die Neueinstellung von Jugendlichen zu binden. Denken Sie einmal nach: Wie kann man Neues schaffen und es gleichzeitig an die Neueinstellung binden? Das sind doch zwei Fliegen auf einen Schlag. Das, was wir jetzt brauchen, sind dieser Mut und die Phantasie, das in Gang zu setzen. Warum haben Sie das abgelehnt?

Meine sehr geehrten Damen und Herren

der Koalitionsregierung! Haben Sie wirklich ein gutes Gefühl, wenn Sie sich vor Augen halten, daß von einem Mann, der unsere Forderung nach einer nationalen Anstrengung aufgriff und diese ankündigt, nur zirka 100 Millionen Schilling für Jugendbeschäftigung zusätzlich aufgewendet werden, während er einem Belastungsschlag von 30 Milliarden Schilling gegen die Bevölkerung durch die Regierung und dem Abbau von zirka 10 000 bis 20 000 Arbeitsplätzen zustimmt?

Das verstehe ich nicht. Das hebt sich nämlich gegenseitig auf. Das heißt: Nur zirka 0,3 Prozent jenes Geldes, das Sie uns aus der Tasche ziehen, werden für die sogenannte nationale Aktion zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in diesem Land verwendet. — Herr Minister! Darf es ein bißchen mehr sein? — Den Rest verwenden Sie zum Verschenden und zum Löcherstopfen.

Wundert Sie dann der zunehmende Unmut der Jugend, wenn man so augenscheinlich das Gefühl hat, daß jeder Schilling Schulden, jede Belastung, jede neue Maßnahme, jede beschlossene Fehl- oder Nichtinitiative einem Generationenvertrag entspringen, der nur einseitig unterschrieben ist, da die Unterschrift der Jugend fehlt?

Glauben Sie wirklich, daß wir uns mit diesem Entschließungsantrag, mit diesem wenigen zusätzlichen Maßnahmen die Unterschrift der 19- bis 25jährigen geholt haben?

Für den Bereich der 19- bis 25jährigen müssen wir die Maßnahmen erst setzen. Für den Lehrlingsbereich haben wir bereits etwas getan. (*Beifall bei der ÖVP.*) Für den Bereich der 19- bis 25jährigen ist außer dem Vorschlag der Volkspartei nach einem Jungarbeitsnehmertraining, der auch nur ein Tropfen, einer der zahlreichen Vorschläge, sein kann, nichts in die Tat umgesetzt worden, aber sonst schon gar nichts.

Ich möchte hier gleich ankündigen: Wir vonseiten der Jungen Österreichischen Volkspartei werden in den nächsten Tagen mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut in Verhandlungen treten, um ein gemeinsames Projekt zwischen der Jungen ÖVP und dem WIFI im Bereich des Jungarbeitsnehmertrainings zu erarbeiten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich stehe auch nicht an, hier zu sagen, daß auch ich hoffe, daß alle Lehrlinge untergebracht werden. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in diesem Bereich

Karas

Mädchen ungleich schwerer haben als Burschen.

Ich appelliere daher an Sie, Herr Minister: Setzen Sie spezielle Maßnahmen und gezielte Förderungen in diesem Bereich, damit Mädchen beim Berufsantritt gegenüber Burschen nicht diskriminiert werden!

Ein weiteres, Herr Minister. Der Österreichische Bundesjugendring, der ja gestern mit Vertretern Ihres Ministeriums verhandelt hat, hat in seiner letzten Präsidiumssitzung beschlossen, eine Initiative, einen Jugendwettbewerb zu setzen: „Neue Arbeit durch lokale Beschäftigungsinitiativen“.

Der Bundesjugendring will mit diesem Wettbewerb in einigen Jugendorganisationen einen strukturierten Denkprozeß über neue Formen des Arbeitens und Wirtschaftens anregen. Durch dieses gemeinsame Erarbeiten von solchen Ansätzen soll allen Jugendorganisationen dieses Landes geholfen werden, Ideen der wirtschaftlichen Selbsthilfe in demokratischen Betriebsstrukturen durch Jugendgruppen weiterzuverbreiten.

Ich richte daher an Sie, Herr Minister, den Appell und die Bitte, dem Österreichischen Bundesjugendring zur Durchführung dieses Wettbewerbs – nach vorheriger Prüfung und in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium – einen Finanzrahmen zur Verfügung zu stellen, damit diese Ideen junger Menschen für neue Beschäftigungsinitiativen nicht in den Sand versinken, sondern in die Tat umgesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bitte, geben Sie eine klare Antwort – diese sind Sie uns nämlich schuldig geblieben –, ob Sie bereit sind, einen Finanzrahmen von 2 Millionen Schilling herzugeben. Sagen Sie uns das möglichst bald, damit die jungen Leute wissen, ob das, was sie tun, auch eine Chance hat, fortgesetzt und verwirklicht zu werden.

Lassen Sie mich vorwegnehmend – das wird ja sicherlich heute noch kommen – auch eines noch zur Arbeitszeitverkürzung sagen. Jüngste Studien zeigen uns, daß die Arbeitszeitverkürzung als arbeitsmarktpolitische Maßnahme im besten Fall eine letzte Notbremse ist, branchenspezifisch, dort, wo es eine Überbelastung gibt. Sie ist aber sicherlich keine Wunderdroge zur Rückgewinnung der Vollbeschäftigung, wie Sie dies der Bevölkerung generell, vor allem der Jugend, immer einsuggerieren beziehungsweise vorgaukeln wollen.

Nehmen Sie im Sinne der Wahrheit und der Seriosität von dieser „Wunderdrogenankündigung“ Abstand, weil es keine Wunderdroge gibt und weil wir damit Hoffnungen erzeugen, die wir nie erfüllen können.

Meine Damen und Herren! Dirigismus – das wurde heute ebenfalls schon sehr oft angeschnitten –, Zwang, Fatalismus sind unserer Ansicht nach die falschen Methoden, neue, zusätzliche Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen und nicht nur bestehende zu konservieren.

Beenden Sie diesen falschen Weg, den Weg der Zwangsmaßnahmen, des Dirigismus! Beenden Sie die Ankündigungen dieses Weges, weil er uns in die Sackgasse führt!

Wir brauchen mehr Mut und mehr Phantasie zu einer Änderung der Wirtschaftsstruktur, zu einer Änderung der Wirtschaftspolitik, zu einem Stopp der Belastungen. Wir brauchen mehr Phantasie und mehr Mut – vielleicht ohne zu wissen, wieviel es genau bringen wird –, neue Beschäftigungsinitiativen zu setzen. Wir brauchen die Umstrukturierungen.

Denken wir zum Beispiel auch darüber nach, ob dieser Teufelskreis, etwas zerstören und dann wieder aufbauen – das erhöht natürlich auch die Wachstumszahlen –, wirklich der richtige ist. Nehmen Sie doch die ökologischen Fragen nicht als Gefahr, sondern als eine Chance an. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Sehen Sie doch, daß wir 40 Prozent der Energie verschwenden und daß das Einsparen jedes Energiebreiches neue Produkte, neue Arbeitsplätze für junge Menschen bringen würde. Sperren Sie Zwentendorf zu und verwenden Sie diese 100 Millionen Schilling zweckgebunden für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in diesem Bereich! Verwenden Sie die 30 S Wohnungsbeihilfe nicht zum Löcherstopfen, sondern für junge Menschen zur Einführung der Wohnstarthilfe, um neu investieren zu können.

Denken sie zum Beispiel darüber nach, wie wir im gesamten Bereich des Wohnungsbaues durch Wärmedämmung, durch andere Förderungen – 300 000 Wohnungen sind angeblich zu renovieren und zu reparieren – neue Arbeitsplätze schaffen könnten. Es hat zum Beispiel eine Studie „Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie“ ergeben, daß Reparieren arbeitsintensiver und billiger ist, als neu bauen. Wir sollten, glaube ich, die arbeitsintensiveren und die billigeren Varianten in unserer Wirtschaftspolitik bevorzugen.

Karas

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen zum Schluß nur eines sagen. In einem Buch von Luise Rinser steht der Satz:

„Die Mitternacht ist nicht das Ende des Tages, sondern der Beginn eines neuen Tages.“

Die einstimmige Beschlußfassung der heutigen Maßnahmen kann nicht das Ende dieser Diskussion sein. Wir dürfen auch diese Erwartungshaltung nicht hinaustragen, weil wir mit diesen Maßnahmen allein das Problem der Jugendarbeitslosigkeit noch lange nicht in den Griff bekommen haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Es kann nur der Schritt in eine richtige Richtung sein, nämlich über den herkömmlichen Bereich hinaus neue Maßnahmen zu setzen.

Es ist dies der Beginn einer Diskussion. Ich kann Ihnen sagen, daß ich im Klub der Österreichischen Volkspartei sicherlich alles daran setze und auch die Forderung stellen werde, daß wir alle Maßnahmen des Antrages Dr. Mock und alle Maßnahmen des Sofortprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die noch nicht Einzug gehalten haben in den zusätzlichen Bereichen des Entschließungsantrages, die generell neue Arbeitsplätze schaffen und nicht nur bestehende fördern, daß wir alle diese Maßnahmen im Parlament wieder einbringen, damit Sie immer damit konfrontiert sind und damit die Diskussion nie ein Ende hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) 12.01

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Cap. Ich erteile es ihm.

12.01

Abgeordneter **Cap** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bin auch etwas verwundert über den Verlauf der Debatte. Das ist aber wahrscheinlich der einzige Punkt, wo ich mich meinem Vorredner anschließen kann. Die Verwunderung hat eigentlich schon früher begonnen, nicht nur heute. Es gibt eigene parlamentarische Mysterien, an die man sich mit der Zeit als junger Abgeordneter gewöhnen muß; ich werde mich daran gewöhnen.

Die gewisse Härte dieser Debatte, die heute im Hohen Haus geführt wird, die zum Teil auch im Sozialunterausschuß geführt wurde und dann überraschend doch mit einer Drei-Parteien-Einigung geendet hat, zeigt, daß es in den verschiedenen Parteien das Bedürfnis und das Bestreben gibt, dieses Anliegen der Jugendbeschäftigung wirklich als ein sehr

wesentliches Anliegen zu begreifen und dies im Rahmen dieses Drei-Parteien-Antrages auch zum Ausdruck zu bringen.

Besonderer Dank gebührt hier der Förderungsinitiative des Sozialministers, der bei den Verhandlungen im Sozialunterausschuß einen sehr wesentlichen Beitrag geleistet hat.

Ich glaube aber weiter, daß es nicht nur um den Austausch von statistischen Zahlen und um den Austausch von Strategien gehen kann, wenn man diese Frage behandeln will. Ich glaube, daß es notwendig sein wird, zu berücksichtigen, was sich ein junger Arbeitsloser in Österreich denkt oder möglicherweise denkt, wenn er davon hört, daß wir über dieses Thema diskutieren und Beschlüsse fassen, um dieses Problem zu lösen. Dabei wird auch die Glaubwürdigkeit von uns allen hier eine große Rolle spielen.

Ein Arbeitsloser ohne Bezug wird natürlich daran interessiert sein, er wird an Veränderungen interessiert sein, nicht nur was seine eigene Lebenssituation betrifft, sondern auch was die Lebenssituation derer betrifft, die darüber beschließen, ob es Interventionen finanzpolitischer oder sonstiger Natur gibt, die seine Situation verändern.

Was mich traurig gestimmt hat, war der Umstand, daß dieses Thema quasi zwischen Scheibbs und Bagdad unter anderm abgehandelt wurde. Scheibbs: Deswegen traurig, weil der Abgeordnete Karas vergessen hat, die spezielle Problematik dieser Gegenden hinzuzufügen, wie schwierig es ist, Betriebsansiedlungen dort durchzuführen, wie schwierig es ist, dort die ÖVP-Bürgermeister von dieser Notwendigkeit zu überzeugen.

Und es bleibt die Frage, ob der Abgeordnete Karas diesen Anruf auch dem Landeshauptmann Ludwig mitgeteilt hat, denn er ist ja nicht irgend jemand, sondern der Landeshauptmann, und ob er Pläne hat, um eventuell gerade in dieser Region Maßnahmen zu setzen.

Das zweite ist, daß diejenigen, die ganz oben auf der Galerie heute hier zuhören, durch einen politischen Unterricht bereichert wurden. Man weiß ja, daß es hier Abgeordnete gibt, daß es einen Nationalratspräsidenten, einen Schriftführer gibt, aber man hat noch nicht gewußt, daß es auch einen Märchenonkel hier gibt. Das wird man jetzt in den Unterricht doch wohl irgendwie einbauen und sich darauf einstellen müssen. (*Abg. Dr.*

Cap

Schwimmer: Ich wollt', es wäre ein Märchen gewesen!)

Wenn hier von Märchen gesprochen wurde, so möchte ich vielleicht noch näher darauf Bezug nehmen und mich mit der Strategie befassen, die die ÖVP in dieser Fragestunde gerade an den Tag gelegt hat.

Ich glaube, es ist ein leichtes, sich herzustellen und zu sagen: 13 Jahre SPÖ-Regierung, und das Ergebnis ist wachsende Arbeitslosigkeit, wachsende Staatsverschuldung und so weiter und so fort; wir kennen das alles.

Ich war auch einer der Kritiker in den letzten 13 Jahren bei so manchen Maßnahmen, die gesetzt wurden. Aber wenn man heute das alles ausschließlich auf den nationalen Rahmen zu beschränken versucht und jeden internationalen Vergleich als eine Ausrede oder als eine Flucht zu interpretieren versucht, dann wird man der Sache nicht ganz gerecht. Denn die Internationalisierung der wirtschaftlichen Probleme, die Internationalisierung des Problems der Arbeitslosigkeit wird uns zwingen, daß wir, wenn wir dieses Thema hier diskutieren, das auch berücksichtigen. Daher ist es berechtigt, wenn man Vergleichszahlen über Arbeitslosigkeit in anderen Ländern, Vergleichszahlen über den Anteil der Jugendarbeitslosigkeit in anderen OECD-Ländern hier berücksichtigt und wenn das hier auch schon teilweise aufgezählt wurde.

Man kann auch nicht so tun, als wäre an der Krisenentwicklung, an der wirtschaftlichen und politischen Krisenentwicklung nur die Bundesregierung schuld, als gäbe es nicht neben verstaatlichten wirtschaftlichen Sektoren private wirtschaftliche Sektoren, als gäbe es nicht eine Weltwirtschaftskrise, als gäbe es nicht eine Überproduktion im ganzen OECD-Bereich, als gäbe es nicht Rohstoffverknappung, ökologische Krisenmomente, die in diese Dinge hineinspielen und vor allem, als gäbe es nicht die drohenden oder bereits einsetzenden Rationalisierungsschübe, die ebenfalls dafür sehr maßgeblich verantwortlich sind.

Mit diesen Entwicklungen müssen wir uns, wenn wir diese Frage behandeln wollen, auch auseinandersetzen. Nur vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen kann man dann beurteilen, ob die eine oder andere Maßnahme der Bundesregierung richtig war oder falsch. Dabei kommt es natürlich noch darauf an,

von welchem politischen oder sozialen Standpunkt man diese Frage betrachtet.

Vor dem Hintergrund der 30 bis 35 Millionen Arbeitslosen im OECD-Bereich sind doch diese Entwicklungen meiner Auffassung nach zu betrachten.

Es hat mich auch etwas erschüttert, daß man sich herstellt und sagt, das, was bisher geschehen ist, ist nichts gewesen. Wenn ich mir die Maßnahmen des arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramms 1983 und den Finanzierungsrahmen um die 400 Millionen, der dafür aufgewendet wurde, noch einmal durch den Kopf gehen lasse, so kann ich nicht sagen, das ist gar nichts, denn die 400 Millionen müssen ja von irgendwoher kommen. Das ist ein ziemlich großer Finanzierungsaufwand, und es ist versucht worden, durch punktuelle Maßnahmen und mit bestimmten Formen von Subventionen und Unterstützungen sehr gezielt zu helfen, um dieser Frage Herr zu werden.

Es geistert auch ein bisserl durch den Raum — das war wahrscheinlich einer der Hintergründe der damaligen, vor dem Sommer gestarteten Initiative der ÖVP — quasi in das Bewußtsein der Bevölkerung, der Menschen, der Jugendlichen hineinzutragen, die ÖVP hat jetzt erkannt, daß es eine wachsende Zahl von jungen Arbeitslosen gibt, und alle anderen haben in der Zwischenzeit entweder geschlafen oder haben das nicht gesehen, wollten es nicht sehen oder sonst etwas.

Abgesehen davon, daß das sehr durchsichtig ist und daß es sowieso fast niemand glaubt — vielleicht hier einige in der Fraktion der ÖVP, aber sonst kann ich mir das sehr schwer vorstellen —, hat es schon Maßnahmen in der Vergangenheit gegeben. Es wäre ungerecht, wenn man die verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Programme für Jugendliche dabei nicht berücksichtigt, es wäre nicht richtig, wenn man die Initiativen nicht berücksichtigt hätte, die der Sozialminister zum Beispiel bereits 1982 dazu gesetzt hat, wenn man das herunterspielt und auch mit Zahlenangaben jongliert.

Abgesehen davon, daß immer wieder mit der Anzahl der jungen Arbeitslosen jongliert wurde und auch sehr seltsame Presseaussendungen der ÖVP zu lesen waren, wurde auch mit der Frage jongliert: Wie viele Jugendliche wurden durch die Maßnahmen zum Beispiel des Jugendprogrammes 1982 des Sozialministers erfaßt?

Cap

Und da hört man halt von der einen Seite — also von Ihrer Seite in dem Fall —, daß das maximal 4 000 bis 5 000 waren, und in Wirklichkeit sind es ja viel, viel mehr, nämlich 29 000, und wenn man das dann noch weiter berücksichtigt, kommt eine viel größere Anzahl heraus, als eigentlich im Endeffekt von Ihnen angegeben wurde.

Und das hilft uns nicht. Denn wenn man sich auf der einen Seite herstellt und groß von nationaler Aktion und Gemeinsam-die-Kräfte-Anstrengen und Jetzt-einmal-die-Ärmel-Aufkrempeln und so spricht, dann stellt sich im Endeffekt heraus, daß hier doch versucht wird, einfach die Problemlösungskompetenz der Regierungskoalition der Sozialisten dadurch zu zerstören, daß man Panikmache betreibt und einfach falsche Zahlen verbreitet.

Ich möchte noch hinzufügen, daß der bisherige Erfolg — ich sage das jetzt ganz bewußt im Vergleich zu der Entwicklung in den anderen Ländern — im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit nicht nur durch die jeweiligen Beschäftigungsprogramme erzielt wurde, sondern daß das auch in einem sehr engen Zusammenhang mit den bisherigen Formen der Arbeitszeitverkürzung in den siebziger Jahren gestanden ist. Hätte das nicht stattgefunden, hätten wir um mindestens 200 000 Beschäftigte weniger und hätten jetzt eine Arbeitslosigkeit von 10,6, vielleicht sogar bis 11 Prozent. Wir wissen ja, daß die Jugendarbeitslosigkeit nicht getrennt von der gesamten Arbeitslosigkeit zu betrachten ist. Das heißt, der Anteil der jungen Arbeitslosen wäre weit höher, wenn es nicht diese Formen der Arbeitszeitverkürzung bereits in den siebziger Jahren gegeben hätte.

Ich warte eigentlich nur mehr auf eine Initiative der ÖVP in nächster Zeit, daß sie auch das wieder als erste erkennen zu müssen glaubt, diese Erkenntnis, und daß sie vielleicht hier einmal den Antrag stellt oder den Vorschlag macht oder einen Entschließungsantrag einbringt auf Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Warum nicht? Es kann einmal von Ihnen auch in dieser Richtung etwas kommen, um hier einen Beitrag für die Zukunft zu leisten, daß wir die Frage der Beschäftigung und im speziellen auch der Jugendbeschäftigung stärker in den Griff bekommen.

Wir haben auch im Sozialunterausschuß die Frage der Finanzierung und die Frage der Verteilung diskutiert. Und das sollte man in diesem Zusammenhang auch berücksichti-

gen: nicht nur jetzt rein technisch über mögliche Maßnahmen nachdenken, sondern man sollte sich fragen: Was hat das alles eigentlich für Konsequenzen?, besonders wenn es führende ÖVPler gibt, die immer wieder sagen: Nicht mit der Gießkanne gießen, sondern eher gezielt die Dinge anzugehen versuchen! Und wenn ich das mit dem Entschließungsantrag verglichen habe, der da von der ÖVP gekommen ist, habe ich mich immer wieder an diese Gießkannenargumentation erinnert. Ich habe also doch auch damals im Sozialunterausschuß gemeint, daß da ein Widerspruch besteht, vor allem bei diesen steuerpolitischen Maßnahmen, aber auch was die Frage dieses Steuerfreibetrages bis 12 000 Schilling betroffen hat, daß das eigentlich sehr im Widerspruch zu diesen Wahlkampfaussagen steht, die seinerzeit dazu geäußert wurden.

Es ist wichtig, daß man die Verteilungsfolgen dabei auch berücksichtigt, weil es ja nicht so ist, wie der Abgeordnete Karas vorhin gesagt hat: Jede zusätzliche Maßnahme ist zu begrüßen!, sondern weil man außer nach der unmittelbaren Wirksamkeit, was es beschäftigungspolitisch bringt, auch fragen muß, was die Finanzierungshintergründe sind; das Geld muß von wo aufgetrieben werden.

Und bitte, was sind irgendwo auch die verteilungspolitischen Hintergründe dabei? — Da gibt es ja Untersuchungen, die nachweisen, daß es zumindest nicht zu einer Verarmung der Selbständigen in Österreich gekommen ist. In dem von der ÖVP, ich glaube, im Februar formulierten Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird unter anderem auch davon gesprochen, daß die mißliche Situation in den Klein- und Mittelbetrieben unter anderem durch die hohe Steuerbelastung entstanden ist, die sich, international gesehen, in Österreich trotz Ihrer Argumentation nicht im Spitzenfeld befindet.

Es sind Argumente über die Probleme der Zinsbelastung drinnen. Gerade die ist sehr stark international beeinflusst, das wissen wir doch. Gerade die Amerikareisenden in Ihrer Fraktion müßten sehr genau wissen, woher der große Schub und der große Druck kommen und wodurch die Zinsbelastung eigentlich ausgelöst wird, und das hat natürlich Folgen in Europa und in so kleinen Ländern, wie Österreich letztendlich doch eines ist.

Ich meine daher, daß man das berücksichtigen muß und daß man sehen muß, daß einfach die Einkünfte aus Besitz und Unternehmung sehr, sehr stark gestiegen sind. Ich

Cap

kann mich erinnern, dazu einmal die Zahl von 15 Prozent gelesen zu haben. Die Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit stiegen um 4,7 Prozent.

Es ist zumindest eines erkennbar, wenn ich mir noch die Gewinne der Kapitalgesellschaften anschau, die bei 32,1 Prozent liegen, daß es nach 13 Jahren SPÖ-Regierung sowohl Beschäftigungsprogramme gegeben hat als auch sogar eine Verbesserung der Gewinnsituation der Betriebe unter Umständen, und ich kann daher nicht erkennen, wieso jetzt plötzlich diese Tränen entstehen, die dauernd in die Richtung weisen: Jetzt muß doch endlich einmal etwas getan werden!

Im übrigen ist ja sogar etwas getan worden, denn wenn ich mir das Maßnahmenpaket anschau — ich habe da alle Punkte aufgeschrieben —, sehe ich, daß sogar in die Richtung noch zusätzlich etwas getan worden ist, und daher habe ich diese einzelnen Punkte des Entschließungsantrages noch weniger verstanden.

Wir haben das ja auch in der Diskussion im Sozialunterausschuß sehr ausführlich behandelt, wobei ich sagen möchte, die Abgeordnete Partik-Pablé hat sehr korrekt und sehr gezielt und sehr klar bereits zum Ausdruck gebracht, wo die Kritikpunkte im wesentlichen anzubringen sind. Gerade zum Beispiel bei diesem einen Punkt, der die Erhöhung der bestehenden steuerlichen Investitions- und Innovationsförderung für bestimmte Betriebe betroffen hat.

Da haben wir uns auch sehr lange unterhalten müssen, was „zusätzlich“ überhaupt ist: ab wann, ab 1982, ab 1981? Ab wann ist „zusätzlich“? „Zusätzlich“ wäre eigentlich seit 1980, wenn man sich die arbeitsmarktpolitische Entwicklung genau ansieht. Aber im Endeffekt wäre das jetzt sowieso nicht ein Anreiz, Jugendliche noch anzustellen. Es ist eigentlich nichts anderes als eine Maßnahme, die die Kosten senken soll, und dahinter steckt die Ideologie dieser Selbstheilungskräfte des Marktes, daß man einfach mit Kostensenkung automatisch schon erwirkt — in einer ganz seltsamen Automatik, die bis jetzt noch nirgends eingetreten ist, weder in Großbritannien noch in den Vereinigten Staaten noch sonstwo —, in einer ganz seltsamen Automatik, daß es dann plötzlich zu einer konjunkturellen Besserung kommt, daß also die Arbeitslosigkeit sinkt.

Weil das alles nicht bewiesen ist, deswegen ist es ja auch nicht in der Dreiparteieneini-

gung drinnen, weil das ja eine Vermutung ist, eine Hypothese, mit der man sich auseinandersetzen kann, die aber im Endeffekt eigentlich nur die Gewinnsituation der Betriebe verbessern soll und sonst gar nichts. Und da muß ich sagen: Die Untersuchungen, die es diesbezüglich gibt, zeigen doch sehr deutlich, daß es bereits Verbesserungen von Gewinnsituationen gegeben hat.

Aber es steht in diesem Programm noch etwas drinnen, und es lohnt sich, das wirklich durchzulesen — ich muß das ehrlich zugestehen —, hinsichtlich der mißlichen Situation der Klein- und Mittelbetriebe, in denen ja das Gros der Lehrlinge beschäftigt wird. Da hat man geglaubt, mit dem Titel: Helfen wir der Jugend, helfen wir den Lehrlingen!, etwas bewirken zu sollen, und in Klammer: Aber helfen wir gleich den Klein- und Mittelbetrieben, mit denen wir politisch doch in einem gewissen Naheverhältnis stehen, sagen wir, auf die Sprünge — obwohl sie eh schon auf den Sprüngen stehen.

Da drinnen wird also noch ein weiterer Punkt angeführt, der sehr interessant ist. Es wird nämlich davon gesprochen, daß die Situation der Klein- und Mittelbetriebe dadurch noch mißlicher wird, daß es immer wieder Drohungen mit arbeitsmarktpolitischen Zwangsmaßnahmen und mit der Propagierung radikaler Arbeitszeitverkürzungsmodelle gibt.

Dazu möchte ich nur sagen: Das ist ja nicht so mit dem Jugendeinstellungsgesetz, daß es da nicht auch Anhänger in Ihrer eigenen Fraktion gäbe. Ich schaue mir die „Arbeiter-Zeitung“ vom 13. März 1982 an, wo der Abgeordnete Taus sagt: „Für den Fall, daß es Jugendarbeitslosigkeit geben sollte, würde ich persönlich ein Jugendbeschäftigungsgesetz vertreten.“ — Hätte ich dieses Zitat damals schon gekannt, hätte ich es im Sozialunterausschuß in der einen Situation, wie wir darüber diskutiert haben, natürlich gesagt. Ich muß das heute nachholen und heute noch deponieren.

Auch der Abgeordnete Mock hat in seinen Hundert Tagen des Abgeordneten Mock gesagt: „Bei Inanspruchnahme einer steuerlichen Investitionsförderung werden wir gleichzeitig die Unternehmer, die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, verpflichten, zusätzliche Jugendliche einzustellen.“

Da ist also schon ein gewisses Zwangsmoment drinnen, wenn ich diesen Gedanken jetzt irgendwie legislativ umsetze, und es

Cap

zeigt doch, daß es auch in Ihren eigenen Reihen gewisse Anhänger dafür gibt, und wenn sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert, wird man irgendwie darauf rekurren müssen, um da wirklich effektiv zu nützen und effektiv in puncto Jugendbeschäftigung letztendlich Maßnahmen zu setzen.

Was die radikalen Arbeitszeitverkürzungsmodelle betrifft, so bin ich mir nicht ganz im klaren, was damit gemeint ist, aber ich warte ja darauf, daß seitens der ÖVP zum Beispiel in Richtung 35-Stunden-Woche vielleicht einmal nutzbringende Initiativen kommen.

Auf die weiteren Punkte dieses Entschließungsantrages möchte ich gar nicht eingehen, das wurde hier bereits behandelt — bis auf diese eine Absurdität, auf die ich noch kurz Bezug nehmen will, und zwar auf diesen Steuerfreibetrag in Höhe von 12 000 Schilling pro Jahr für jene Lehrlingsbetriebe, wo der Betriebsinhaber Lehrlinge selbst ausbildet und keinen angestellten Auszubildenden beschäftigt.

Es ist ja heute bereits nachgewiesen worden, daß das in erster Linie den gewinnstarken Unternehmungen zugute kommt. Ich habe mich da buchstäblich im Sozialunterauschuß zum Sprecher der gewinnschwachen Unternehmer machen müssen. Bitte, was heißt das jetzt? — Ich nehme eher an, daß bei den gewinnschwachen Unternehmen das Problem besteht, daß die zu wenig einstellen können, daß die vielleicht Abbauwünsche äußern. Seltsamerweise ist da eher die Aussage gekommen, zuerst einmal die Gewinnstarken zu fördern — ich frage mich, wo ist da überhaupt das Ende, oder was steckt da für eine Ideologie dahinter —, und dann erst kann man darüber reden, was mit den Gewinnschwachen ist.

Ich habe das etwas seltsam gefunden, daß das ausgerechnet von Ihrer Fraktion gekommen ist, wo hier doch eher zu erwarten gewesen wäre, daß es dazu eine umfassendere und gründlichere Position gibt, eine ausgearbeitetere Position, als man das in diesen Unterausschußsitzungen gehört hat.

Ich möchte abschließend folgendes sagen: Es soll niemand glauben, daß deshalb, weil es diesen Drei-Parteien-Antrag gibt, andere wichtige Forderungen nicht in Zukunft auch weiter relevant sind und vertreten werden sollen und vielleicht doch noch Zugang finden sollten zur Ebene ihrer Realisierung, was zum Beispiel den Berufsausbildungsfonds betrifft, der eine ganz entscheidende Maßnahme

wäre. Und es wäre wirklich gerecht — auch von der Finanzierungsüberlegung her — zu versuchen, das wirklich umzusetzen.

Zum Jugendeinstellungsgesetz habe ich schon gesprochen und zu den Formen der Arbeitszeitverkürzung; darum wird man letztendlich nicht herumkommen. Es bleibt einfach Tatsache, daß die Jugendbeschäftigung nicht nur eine politische Frage, nicht nur eine soziale Frage, nicht nur eine verteilungspolitische Frage ist, sondern daß die Jugendbeschäftigungsfrage auch eine demokratiepolitische Frage ist. Es ist daher in unser aller höchstem Interesse, daß gerade diejenigen, die sehr jung sind, die an ihrem Berufsanfang stehen, die quasi an ihrem Lebensanfang stehen, die Möglichkeit haben, sich zu entfalten, die Möglichkeit haben, eine Arbeit, eine Tätigkeit zu finden, um in den demokratischen, politischen und sozialen Gestaltungsprozeß unserer Gesellschaft eingegliedert werden zu können. Ich glaube, daß das auch ein sehr wichtiges und vordringliches Problem ist, mit dem wir uns gerade hier im Hohen Haus auseinanderzusetzen haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 12.23

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gugerbauer. Ich erteile es.

12.24

Abgeordneter Dr. **Gugerbauer** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man den Ausführungen der Opposition Aufmerksamkeit schenkt, so hat man so das Gefühl, daß das einzige, was wirklich Hochkonjunktur hat, die Schwarzmalerei ist, das Zweifeln, das Klagen und Kritisieren. Man fühlt sich ein bißchen an die apokalyptische Tunnelparabel von Franz Kafka erinnert, der „Unfall im Tunnel“: Man sieht das Licht am Anfang nicht mehr und auch nicht das Licht am Ende.

Ich glaube aber, daß wir gerade durch diese Entschließung des heutigen Tages einen Akzent für mehr Zukunft, für mehr Zutrauen in die Wirtschaft und für die Jugend setzen sollten. Wenn die neuen Prognosen für die Arbeitslosenraten sehr schlecht aussehen: 5,2 Prozent, 5,5 Prozent. Wenn dies Auswirkungen haben wird auf die Berufschancen der Jugend, dann müssen wir doch in diesem Haus jene Maßnahmen verabschieden, müssen jene Punkte durchsetzen, die für eine Besserung dieser Situation erforderlich sind.

International gesehen ist leider kein anhaltender Aufschwung in Sicht, weder in den Staaten noch in der Bundesrepublik. Aber die

Dr. Gugerbauer

Tatsache, daß sich Österreich im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen kann, daß Österreich im internationalen Vergleich gerade auch, was die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen angeht, gut dasteht, diese Tatsache berechtigt uns doch zum Optimismus, daß wir die Schwierigkeiten auch in Zukunft einigermaßen bewältigen werden können. Mir scheint das insbesondere deswegen wichtig, weil ja ein sehr enger Zusammenhang zwischen den Zukunftschancen der Jugend und ihrer Integration in unsere Gesellschaft besteht.

Es wurde vor wenigen Tagen im „Kurier“ eine Umfrage veröffentlicht, der zu entnehmen war, daß etwa 55 Prozent der jungen Menschen in Österreich Angst haben, keine Arbeit zu finden. Das deckt sich mit der Shell-Studie in der Bundesrepublik Deutschland, laut der 58 Prozent der Jugendlichen die Zukunft „eher düster“ eingeschätzt haben.

In diesem Zusammenhang wird ein Vakuum an Lebenssinn sichtbar, das Wirtschaftswachstum und Konsumglück sehr lang zugedeckt haben. Ich erinnere an einen Werbespot in unserem Land: „Shopping macht happy!“ Wenn diese Happiness nicht mehr gegeben ist, bleibt halt manches oder vieles offen. Teile der jungen Menschen drohen aus unserer Gesellschaft abzuwandern, sich eine Randexistenz aufzubauen. Friedrich Heer hat in diesem Zusammenhang einmal von Nullpunkt-Existenzen gesprochen.

Wir müssen handeln, und hier in diesem Haus müssen die entsprechenden Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Ich gehe davon aus, daß die Vorstellungen des Bundesministers und daß insbesondere auch die im Entschließungsantrag enthaltenen Maßnahmen praktikable Vorschläge enthalten, daß von diesen Vorschlägen tatsächlich eine Besserung ausgehen wird.

Herr Kollege Karas hat diese Vorschläge zwar als „unzulänglich“ bezeichnet, aber glaubt er denn wirklich, daß man die Schwierigkeiten mit dem heute schon mehrfach zitierten Märchen oder auch mit dem Wettbewerb der politischen Parteien bewältigen kann, wer sich in Vorschlägen überbietet? Kollege Karas hat der Jugend angeboten, es werde im Bundesjugendring ein „strukturierter Denkprozeß“ eingeleitet. Was sollen denn die jungen Menschen von einem „strukturierten Denkprozeß“ haben? Bitte, meine Herren Kollegen, vielleicht täte dieser Denkprozeß einmal der ÖVP ganz gut.

Abgeordneter Dr. Mock hat am 5. Juli von diesem Pult aus folgendes erklärt: „Es wäre eine Illusion, der Öffentlichkeit zu versprechen, man könnte die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen mit kurzfristigen Maßnahmen tatsächlich bekämpfen.“

Wenn diese Ansicht des Herrn Abgeordneten Mock stimmt, dann wird man natürlich davon ausgehen müssen, daß die Maßnahmen, die heute hier beschlossen werden, erst langsam greifen. Aber mit der Regierungspolitik ist es eben wie mit dem Wetter: geraunzt wird immer.

Wesentlich ist ein allgemeiner Wirtschaftsaufschwung. Auch hier kann man durchaus der Meinung des Dr. Mock vom 5. Juli zustimmen. Wesentlich ist ein allgemeiner Wirtschaftsaufschwung, der weitgehend abhängt von den Rahmenbedingungen, die geschaffen werden. Ich zitiere nochmals Dr. Mock, der verlangt hat, es müßten die Klein- und Mittelbetriebe wieder mehr Eigenkapital bekommen, es dürfe den Betrieben weniger Geld weggenommen werden, es müßte ihnen mehr Geld für Investitionen gelassen werden. Und weiters müßte, nach Ansicht Dr. Mocks, eine weitere massive Förderung der Forschung und Innovationstätigkeit vorgenommen werden.

Das alles sind Vorstellungen des Herrn Abgeordneten Mock zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich darf in diesem Zusammenhang ganz deutlich auf das Maßnahmenpaket der Bundesregierung hinweisen und darf erwähnen, daß jetzt die Gewerbesteuer abgeschafft wird. Es wird der Freibetrag für die Gewerbeertragsteuer erhöht. Es wird eine steuerliche Entlastung für das Betriebsvermögen geben. Es wird eine Erleichterung der Eigenkapitalbildung durch Steuerbegünstigung für im Betrieb gelassenen Gewinn herbeigeführt. Es wird eine Innovationsagentur gegründet. Es werden die Mittel für den Forschungsförderungsfonds aufgestockt. Es wird für die Exportförderung etwas getan und für die Betriebsansiedelung.

Dieses Maßnahmenpaket wird tatsächlich wirtschaftliche Rahmenbedingungen schaffen, die ganz wesentlich dazu beitragen, daß in die österreichische Wirtschaft wieder Optimismus zurückkommt. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die Österreichische Volkspartei weiß natür-

Dr. Gugerbauer

lich noch nicht so recht, wie sie auf dieses Maßnahmenpaket reagieren soll. Momentan möchte sie sich damit abfinden, das Maßnahmenpaket auf einen einzigen Punkt zu reduzieren, nämlich auf die Besteuerung der Zinsen. Die Österreichische Volkspartei weiß wieder einmal nicht, was sie will, aber das mit ganzer Kraft. Denn wenn Abgeordneter Kohlmaier gestern davon gesprochen hat, das Maßnahmenpaket sei sozial unausgewogen, ... (*Abg. Bergmann: Das Belastungspaket!*) Herr Kollege Bergmann, die Begriffsbestimmung wird sicher von der Regierung vorgenommen, es bleibt Ihnen unbenommen ... (*Abg. Heinzinger: Die Begriffe haben einen Wert an sich!*) Das sind vielleicht die Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei, die aber doch als eher irrelevant einzustufen sind.

Die Maßnahmen, die von der Bundesregierung gesetzt werden, können natürlich von der Österreichischen Volkspartei nicht nur unter dem Aspekt kritisiert werden, sie wären sozial unausgewogen oder, wenn man eine Stufe weitergeht, wie es die „Furche“ getan hat, es werde jetzt eine Umverteilung von unten nach oben vorgenommen.

Meine Herren! Sie müssen doch davon ausgehen, daß mit diesen Maßnahmen tatsächlich etwas für die Wirtschaft getan wird, um mit einer volkswirtschaftlichen Aktion zu erreichen, daß Arbeitsplätze gesichert werden. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Bergmann: Wer hat Ihnen denn das erzählt? Hat Ihnen das Staatssekretär Bauer erzählt? Sie sollten das nicht glauben!*)

Herr Kollege Bergmann! Sie können sich dann gerne mit dem Herrn Staatssekretär unterhalten, er wird Ihnen ein Privatissimum über Fragen der Finanzpolitik geben. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Peter: Wenn der Bergmann um das Privatissimum bettelt, so soll er es haben!*) Es wird ihm nichts bringen, das glaube ich schon. (*Abg. Probst: Bauer wird ihm das langsam und gut erklären! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich würde die Aufregung etwas zurückstecken und vorschlagen, daß Sie sich mit dem Maßnahmenpaket auseinandersetzen, Herr Kollege Fuchs. Sie wären doch der erste, der dazu aufgerufen ist, hier in diesem Haus zu erklären und anzuerkennen, daß jetzt für die Wirtschaft etwas getan wird, was eben auch den volkswirtschaftlichen Effekt haben soll, daß die Arbeitsplätze allgemein und insbesondere für die jungen Menschen sicherer gemacht werden.

Die jungen Menschen haben eben das Gefühl, daß diese Diskussion an den Problemen vorbeigeht, wenn die Opposition nicht bereit ist, tatsächlich wirksame Maßnahmen anzuerkennen. Diese jungen Menschen haben das Gefühl, daß sie selbst nicht ernst genommen werden, wenn diese Diskussion nicht ernster geführt wird.

Ich glaube daher, daß dieses Haus die Aufgabe hat, mit diesen ganz konkreten Maßnahmen, wie sie vom Bundesminister für soziale Verwaltung vorgeschlagen werden, wie sie im Entschließungsantrag ihren Niederschlag finden, der Wirtschaft und der Jugend Optimismus zurückzugeben.

Wir sind dazu bereit, und ich kann Ihnen versichern, daß die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung alle Maßnahmen setzen wird, um die Zukunft der jungen Menschen in diesem Land zu sichern. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) ^{12.34}

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Stummvoll. Ich erteile es ihm.

^{12.34}

Abgeordneter Dr. **Stummvoll** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Herren Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich war an sich nicht in die Rednerliste eingetragen, ich habe mich aber auf Grund der bisherigen Debatte spontan zu Wort gemeldet. Ich habe mir auf einen Zettel einige Stichworte aufgeschrieben, bei denen es um Grundsatzpositionen geht, die in der bisherigen Diskussion angeschnitten wurden und wo ich glaube, daß doch gewisse Klarstellungen notwendig sind.

Ich möchte zuerst eingehen auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Braun, der zwar, wie es seiner gesellschaftspolitischen Grundposition entspricht, wieder für staatliche Beschäftigungsprogramme und für staatliche Förderungsprogramme plädiert hat, aber dankenswerterweise doch auch darauf hingewiesen hat, daß es notwendig sei, primär die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Meine Damen und Herren! Darin stimmen wir überein, da haben wir sofort einen Konsens. Die Auffassungen gehen nur darüber auseinander, wie wir diesen wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Sie von den beiden Regierungsparteien glauben, Sie schaffen den wirtschaftlichen Aufschwung mit diesem Belastungspaket, das Sie vorgelegt haben. Wir haben uns ausgerechnet — ich möchte

Dr. Stummvoll

auf Einzelheiten nicht eingehen —, dieses Belastungspaket wird allein die Betriebe mit 14 Milliarden Schilling belasten, meine Damen und Herren.

Ich gebe zu, unter 14 Milliarden Schilling kann sich kaum einer etwas vorstellen. Ich darf Ihnen einen Vergleich bringen. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Woher haben Sie denn das?*) Wir werden darauf heute im Detail noch darauf eingehen können. Sie werden es noch hören, Herr Staatssekretär. Die Zahlen werden Ihnen noch sehr unlieb sein, wenn Sie die genau hören.

Ich darf vielleicht einen Vergleich herstellen. Die durchschnittliche Brutto-Lohn- und Gehaltssumme pro Beschäftigtem in der Wirtschaft beträgt weniger als 200 000 Schilling. Das heißt, ein Belastungsstoß von 14 Milliarden Schilling entspricht der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme von 70 000 Arbeitnehmern.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie nicht, daß die Betriebe diese Mittel zweimal verteilen können, einmal für diese steuerlichen Belastungen und Beitragserhöhungen und zum anderen zur Zahlung der Löhne und Gehälter? Die Betriebe haben diesen Spielraum nicht mehr! Wer ein Belastungspaket beschließt, das der Lohnsumme von 70 000 Arbeitnehmern entspricht, noch dazu in der heutigen schwierigen Situation, der darf sich nicht wundern, wenn die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, wie das ja auch erst unlängst das Wirtschaftsforschungsinstitut in seiner revidierten Prognose vorausgesagt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren von der Regierung! Sie kommen einfach um die alte Faustregel nicht herum, daß die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sind. Wenn hier von der „Investitionsunlust“ der Unternehmer gesprochen wurde, meine Damen und Herren, so haben wir schon einmal klargestellt: Es gibt in der Wirtschaft wahrscheinlich nichts, was sowenig mit Lust- und Unlustgefühlen zu tun hat, wie die Frage der Investitionsentscheidung. Das ist primär eine Frage des Rechenstiftes. Ein Unternehmer wird nur dann verantwortungsbewußt investieren, wenn er sich ausrechnen kann, daß er sein investiertes Kapital auch wieder verdienen wird, nur das ist entscheidend. Das ist keine Frage der Lust oder der Unlust.

Herr Sozialminister! Ich darf hier vielleicht an Sie persönlich diese Erinnerung knüpfen: Ich habe einmal einer Vorstandssitzung der

Industriellenvereinigung beigezogen, in der Sie referiert haben. Sie haben damals über Ihre Möglichkeiten referiert, wie man mit dem Förderungsinstrumentarium des Arbeitsmarktförderungsgesetzes den Betrieben helfen kann, die Arbeitskräfte halten, die Betriebe unterstützen kann. Sie haben dann zum Abschluß Ihrer Rede an die anwesenden Unternehmer appelliert: Macht Gebrauch von diesen Möglichkeiten! Warum greift ihr nicht zu? Es sind ja die Förderungsmillionen da!

Es ist damals bei dieser Sitzung ein Unternehmer aufgestanden und hat gesagt: Herr Sozialminister, als Unternehmer investiere ich nicht, weil ich von Ihnen eine Förderungsmillion bekomme, sondern als Unternehmer investiere ich nur dann, wenn meine Kalkulation ergibt, daß ich in Zukunft mit dieser Investition einen Gewinn erzielen kann.

Sehen Sie, genau darum geht es, genau hier liegt der Grundunterschied in der Wirtschaftsphilosophie: Sie glauben, mit Förderungsbeiträgen den wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen zu können, und ich sage Ihnen, Sie können den nur herbeiführen, wenn Sie die Rahmenbedingungen so setzen, daß die Betriebe einfach wieder Gewinne machen. Das gilt auch für die Jugendbeschäftigung.

Wenn der Herr Abgeordnete Braun — damit komme ich zu meinem zweiten Punkt — in seiner Rede ein bißchen locker die Unterstellung hat durchklingen lassen: Manche Betriebe halten jetzt zurück mit der Einstellungspolitik bei den Jugendlichen, die warten, daß sie noch höhere Prämien bekommen, so muß ich diese Unterstellung ganz energisch und entschieden zurückweisen.

Meine Damen und Herren! Die Unternehmer und die Betriebe haben in diesem Land Großartiges geleistet für die Jugendbeschäftigung. Wenn die Unternehmer und die Betriebe nicht diese Beschäftigungspolitik gemacht hätten, würden wir heute nicht immer noch relativ gut dastehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Jetzt an die Unternehmerverbände zu appellieren, sie sollten doch auch etwas unternehmen, ist ja geradezu grotesk! Ich darf das Wiener Beispiel zitieren. Die Wiener Handelskammer, der Herr Präsident Dittrich, ist von Stelle zu Stelle gelaufen, um ein Förderungsprogramm für die Lehrlinge zustande zu bringen. Nach vielen langen Vorsprachen hat er es dann durchsetzen können in Wien. Noch immer sind die Größenrelationen so, daß die Wiener

Dr. Stummvoll

Handelskammer in Wien für dieses Förderungsprogramm 3,75 Millionen Schilling jährlich aufwendet, die Arbeitsmarktförderung, das Landesarbeitsamt Wien 3 Millionen Schilling. Also hier bei diesen Initiativen, Herr Minister ... (*Bundesminister Dallinger: Für diese Aktion!*) Richtig, eine Aktion, für die die Initiative von der Handelskammer ausgegangen ist. Dann zu sagen: Bitte, Unternehmer, unternimmt doch endlich etwas!, das finde ich schon sehr grotesk.

Ein dritter Punkt. Es hat der Herr Abgeordnete Braun — es tut mir leid, daß er jetzt nicht mehr da ist — eine Presseaussendung der Wiener ÖVP zitiert. Er hat daraus zitiert, Funktionäre der Wiener ÖVP hätten erklärt, daß 5 Prozent der Pflichtschulabgänger unfähig wären für ein Lehrverhältnis. Und er hat es dann so interpretiert, sie wären geistig unfähig, die ÖVP würde sagen, 5 Prozent der Schulabgänger seien geistig unfähig. Das ist eine demagogische Verdrehung der Semantik, die ich ebenfalls zurückweisen muß.

Eines ist allerdings schon richtig, und das möchte ich auch sehr offen hier sagen: daß wir teilweise in den Betrieben erleben, daß aus unseren Pflichtschulen Schüler kommen, die einfach nicht entsprechend den Erfordernissen der Praxis ausgebildet sind. Und wenn es heute in Industriebetrieben vorkommt — und ich könnte Ihnen die Namen nennen —, daß in der Dienstzeit Direktoren und Prokuristen Hauptschulabsolventen Nachhilfeunterricht in Rechnen und in Deutsch geben, dann zeigt das, wohin eine sozialistische Bildungspolitik in den dreizehn Jahren geführt hat. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Gemeinsam mit der SPÖ und FPÖ! Irrtum!*)

Herr Klubobmann Peter, ich komme zum vierten Punkt. Ich stimme jenen Rednern bei, die davon gesprochen haben, daß in der Wirtschaft heute eine tiefe Verunsicherung herrscht. Völlig richtig. Das ist sehr kritisch deshalb, weil wir alle wissen, daß gerade in der Wirtschaft das Psychologische, das Atmosphärische, das Klimatische, das Vertrauen eine ungeheuer große Rolle spielt. Aber, meine Damen und Herren, so zu tun, als würde diese Verunsicherung durch die Opposition ausgelöst werden, ist ja geradezu lächerlich. Gehen Sie hinaus in die Betriebe, reden Sie mit den Unternehmern, reden Sie mit den Betriebsräten, reden Sie mit den vielen Beschäftigten, wer hier wirklich verunsichert, Herr Sozialminister, das ist keine persönliche Attacke. Gehen Sie hinaus in die Betriebe, Sie werden es überall hören.

Ihre ständigen Ausritte, indem Sie jeden zweiten Tag eine neue Belastung ankündigen, indem Sie die 35-Stunden-Woche plus Überstundenverbot ankündigen, indem Sie neue Beitragserhöhungen ankündigen sowie einen weiteren Ausbau der kollektiven Mitbestimmung und ähnliches, das verunsichert.

Wieder keine persönliche Attacke, aber es ist einfach ein Faktum, daß heute Sie, Herr Sozialminister, in unserem Lande eine Art politisch-psychologische Investitionsbremse darstellen. Das ist ein Faktum heute. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich kann von einem Unternehmer, auch wenn uns das Problem der Jugendbeschäftigung noch so sehr ein Anliegen ist, nicht immer erwarten, daß er zukunftsfreudig investiert, wenn er nicht weiß, welche neue Belastung ihm morgen schon wieder auf den Kopf fällt, wenn er nicht weiß, mit welcher Arbeitszeit er morgen überhaupt noch kalkulieren kann, ja wenn er nicht weiß, ob er überhaupt morgen als Unternehmer noch selbständig disponieren kann. So, Herr Minister, geht es sicherlich nicht.

Ich wurde unlängst — darf ich dies vielleicht einstreuen — eingeladen — Herr Minister, es ehrt Sie, daß Ihr Name bereits zum Ausdruck einer bestimmten Politik wurde —, einen Vortrag über „Dallingerismus“ zu halten. Ich habe Dallingerismus so definiert — darf ich Ihnen das sagen —: Dallingerismus ist der Inbegriff einer überzogenen Sozialpolitik, die nicht nur durch ihr Inkrafttreten, sondern allein schon durch ihre Ankündigung wirtschaftlichen Schaden anrichtet — und genau dort befinden wir uns heute —, daß die Betriebe zutiefst verunsichert sind durch diese ständigen Ausritte von Ihnen, Herr Sozialminister. Das können dann Prämien und einzelne Subventionen natürlich nicht gutmachen, weil da ist das Klima an sich schon gestört.

Ein Wort auch noch zur Frau Abgeordneten Partik-Pablé; sie ist leider nicht mehr hier im Saal, aber vielleicht kann ihr das einer ihrer Kollegen ausrichten.

Sie hat sich sehr negativ zur Frage der Rationalisierungen geäußert und hat Formulierungen gebraucht wie: die Arbeitnehmer, die Arbeitsplätze fallen Rationalisierungen zum Opfer. Bitte glauben Sie nicht, daß ein Betrieb gleichsam mutwillig, um die Arbeitnehmer zu schädigen, eine Rationalisierung durchführt. Für die Betriebe im harten Konkurrenzkampf ist es aber die einzige Überle-

Dr. Stummvoll

benschance, die sie haben. Denn die größte Gefahr für die Beschäftigten in Österreich wäre, daß wir technologisch hinter dem Ausland zurückbleiben.

Ich sage Ihnen eines sehr offen: Allen, wie wir hier sind, jedem von uns tut der Verlust eines Arbeitsplatzes weh. Und jeder Arbeitslose ist um einen zuviel. Aber eines sage ich auch sehr offen: Mir ist immer noch lieber, es werden durch Rationalisierungsinvestitionen einzelne Arbeitnehmer freigesetzt, für die man Ersatzarbeitsplätze schaffen kann, als der ganze Betrieb geht zugrunde, weil er von der technischen Entwicklung überholt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein letzter Punkt, ebenfalls aus der Rede der Frau Abgeordneten Partik-Pablé. Sie hat wörtlich davon gesprochen, daß größte Erfolge durch punktuelle Maßnahmen zu erreichen sind.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, hier geht es um eine grundsätzliche Frage. Das ist ja der verheerende Irrtum der bisherigen Wirtschaftspolitik gewesen: Immer zu glauben, ich kann mit punktuellen Einsätzen, mit isolierten Instrumenten, mit Herumdoktern an einzelnen Symptomen das Problem lösen. Bitte, uns wäre es viel lieber, um das sehr deutlich auch zu sagen, wir würden die Prämien und das alles nicht brauchen und wir hätten wieder jenes Eigenkapital und jene Gewinne, die wir 1970 gehabt haben, als die sozialistische Alleinregierung damals das Ruder übernommen hat. Das haben wir nicht, wir brauchen heute als Hilfsmittel auch gezielte isolierte Instrumente gerade im Bereich der Jugendbeschäftigung, aber solche punktuelle Maßnahmen allein werden uns nie zum Ziel führen.

Um es sehr einfach zu formulieren — Herr Minister, Sie wissen das, ich habe es im Beirat für Arbeitsmarktpolitik mehrmals auch Ihnen gesagt, und Sie anerkennen das ja an sich auch verbal —: Die beste Arbeitsmarktpolitik, meine Damen und Herren, kann eine gute Wirtschaftspolitik nicht ersetzen. Wir brauchen primär einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik auch im Sinne der Sicherung der Jugendbeschäftigung. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.48

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

12.48

Bundesminister für soziale Verwaltung

Dallinger: Meine sehr geehrten Damen und Herren! In einem kann ich dem Herrn Dr. Stummvoll vollinhaltlich zustimmen: daß man nicht mit arbeitsmarktpolitischen Hilfsmaßnahmen die wirtschaftliche Situation verändert und auch nicht die Arbeitsmarktsituation grundsätzlich und prinzipiell, sondern daß wir durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik und gesamtwirtschaftliche Maßnahmen versuchen müssen, die Dinge in den Griff zu bekommen. Hier bin ich vollinhaltlich damit einverstanden. Und es widerlegt zum Teil auch einige Vorbringen der Vorredner aus Ihrer Fraktion, die meinen oder behaupteten, daß ich die Auffassung vertreten habe, daß man mit den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auch auf dem Lehrlingssektor allein Hilfe geben könnte, um das Problem zu lösen.

Einmal mehr stelle ich hier fest, daß es Aufgabe der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit ist, für den notwendigen Berufsnachwuchs zu sorgen, die Lehrlinge heranzubilden, die die späteren Facharbeiter und die in den einzelnen Bereichen Tätigen sein werden und die dann in späteren Jahren mit den Unternehmern zusammen die österreichische Wirtschaft bilden. Wir wissen das. Wir wissen, daß wir Zeiten entgegen gehen, wo wir einen Lehrlings- und Jugendlichenmangel in der Wirtschaft haben werden. Jetzt gilt es, Überbrückungsmaßnahmen zu setzen, einerseits durch Aktivitäten der Wirtschaft selbst und durch Hilfsmaßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung.

Nur so habe ich das Jugendbeschäftigungsprogramm 1982, habe ich das Jugendbeschäftigungsprogramm 1983 verstanden, habe ich die zusätzlichen Maßnahmen verstanden, die ich im Verlaufe der Ausschlußberatungen zugesagt und auch schon eingeleitet habe. So war es auch im Ausschuß zu verstehen, daß man dort zu einer Übereinstimmung kam, die ich heute hier in der Diskussion vermissen.

Denn es ist das Phänomen, das sich hier in den parlamentarischen Körperschaften zeigt, daß man im Ausschuß nach mühevollen Beratungen, nach Einbringung von gutem Willen von allen Seiten zu einer Einigung kommt und dann heute das hier so darstellt, als ob dort überhaupt nichts geschehen wäre, als ob die entscheidenden Bestimmungen in den wirklich entscheidenden Fragen, wie der Herr Dr. Schwimmer gemeint hat, daß darüber keine Einigung vorhanden gewesen sei, weil er wahrscheinlich annimmt, daß die entscheidenden und die wichtigsten Fragen nur jene gewesen sind, die im Vorschlag der ÖVP beinhaltet waren.

Bundesminister Dallinger

Meine Damen und Herren! Ich möchte die Situation heute, Stichtag heute, bei den Jugendlichen nicht verschönern, aber auch nicht dramatisieren. Wir haben heute auf den Stichtag genau um rund 1 500 Lehrstellensuchende mehr als am gleichen Tag des Vorjahres. Das ist unangenehm genug, weil es immerhin noch rund 7 350 Jugendliche sind, die einen Lehrplatz suchen, denen aber an Lehrplatzangebot nur 2 290 Plätze gegenüberstehen.

Im Vorjahr, am gleichen Tag, waren Suchende 5 729 und Lehrstellenangebote 2 195. Wir haben also eine graduelle Verschlechterung, die etwa der entspricht, die wir auch auf anderen Gebieten der Arbeitslosigkeit haben. Wir werden aber durch gemeinsame Kraftanstrengungen in der Lage sein, noch in den nächsten Wochen und Monaten diese jungen Menschen auf Lehr- und Arbeitsplätzen unterzubringen, weil die zusätzlichen Maßnahmen greifen werden, weil ich meine Mitarbeiter beauftragt habe, regionalpolitische Sonderprogramme auszuarbeiten, weil wir noch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen werden, um eine Förderung zu erreichen, und weil wir alles tun werden, um Jugendarbeitslosigkeit in Österreich zu verhindern.

Sie sehen daraus, meine Damen und Herren, daß wir, was die Jugendlichen betrifft, durchaus erfolgreich agieren, wenngleich wir noch nicht am Endziel angelangt sind. Wir werden daher — und das der Frau Abgeordneten Tichy-Schreder zur Beruhigung — auch heuer kein Jugendeinstellungsgesetz brauchen. Aber nicht deswegen, weil sie es als Versicherung der Unternehmer bezeichnet, sondern weil wir vorher positive Maßnahmen gesetzt haben, die die letzte aller Möglichkeiten — und ich habe sie immer als solche bezeichnet — eben nicht notwendig macht. Aber ich würde mich auch nicht scheuen, das hier klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, wenn eine solche Maßnahme notwendig wäre.

Nun zu den gesamtwirtschaftlichen Maßnahmen.

Herr Dr. Stummvoll hat gemeint, daß bei der damaligen Versammlung der Vereinigung österreichischer Industrieller die Unternehmer gemeint haben, sie wollen nicht irgendwelche Hilfsmaßnahmen in Anspruch nehmen, weil das ja keine positive Investition ist. Und sie distanzieren sich auch mehr oder weniger von solchen Aktionen, die zumindest im Kreise der Industrie ja nicht sehr gefragt

sind. Herr Dr. Stummvoll, ich weiß nicht, ob es Sie beruhigt oder beunruhigt: Einige der Herren von damals waren zwischenzeitlich bei mir, haben durchaus ein günstiges Gesprächsklima vorgefunden, haben auch die Hilfe der Arbeitsmarktverwaltung erfahren, und die Hilfe war auch wirksam.

Also so, wie Sie das hier immer darstellen, als ob das die Ablehnung der Wirtschaft in einer Gesamtheit sei, der Staat soll sich zurückziehen aus der Wirtschaft, er soll eine Randposition einnehmen, in Vorarlberg, in Tirol und anderswo braucht man diese Hilfe nicht, die vielleicht im Osten Österreichs in Anspruch genommen wird — mehr denn je kommen jetzt die Herren aus dem Westen, um sich zu informieren, welche Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung sie haben können. Und es ist daher durchaus eine Übereinstimmung zu erzielen im beiderseitigen Wollen, einerseits der Wirtschaft zu helfen und andererseits zu verhindern, daß es Arbeitslose gibt.

Und noch etwas, meine Damen und Herren, damit wir auch darüber Klarheit haben, Herr Dr. Schwimmer, und das ist kein Märchen, das ist bittere Realität, daß in Italien 60,2 Prozent aller Arbeitslosen junge Menschen sind, die unter 25 Jahren sind. 1 335 000 junge Menschen unter 25 Jahren waren im August dieses Jahres in Italien arbeitslos. Es waren in Großbritannien 1 226 000 — 38 Prozent aller Arbeitslosen —, in Spanien 1 247 000 — 53,2 Prozent aller Arbeitslosen —, in Australien 385 000 arbeitslose Jugendliche — 51,5 Prozent aller Arbeitslosen.

Auch in den Arbeitslosenraten in der Welt ist es so — nicht weil wir ausländische Vergleiche hier heranziehen wollen, um uns des Lobes zu preisen, sondern weil die Fakten einfach so sind —, daß eben, wie Braun schon erwähnt hat, in Holland Ende August eine Arbeitslosenrate von 17,7 Prozent zu verzeichnen gewesen ist. Hätten wir eine gleiche in Österreich — und Holland ist mit uns in verschiedener Hinsicht wirtschaftlich und größenordnungsmäßig vergleichbar —, dann hätten wir 480 000 Arbeitslose im August gehabt. Tatsächlich haben wir etwa 80 000 gehabt, eine Arbeitslosenrate von 3 Prozent, dort von 17,7 Prozent; in Belgien 15,6 Prozent, in Spanien über 17 Prozent und anderes mehr.

Das sind doch Fakten, meine Damen und Herren, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, die ja nicht spurlos an der Realität in Österreich vorbeigehen und wo wir auch

Bundesminister Dallinger

natürlich die Konsequenzen in gewisser Weise daraus zu ziehen haben.

Und wenn daher über Lösungsmodelle und Lösungsvorschläge auf internationaler Ebene diskutiert wird, dann ist es ja eigenartig — und auch das für Sie im speziellen, Herr Dr. Stummvoll —, wenn in einer Meldung vom 15. 9., also vor wenigen Tagen, die EG-Kommission, der Ministerrat der EG-Kommission sich für eine Kürzung der Arbeitszeit und für die Begrenzung der Überstunden ausgesprochen hat. Also die sind scheinbar auch schon den Irrtümern von mir verfallen, daß sie Arbeitszeitverkürzung und eine Verhinderung der Überstunden verlangen. Da habe ich schon sogar den sehr konservativen Graf Lambsdorf in der Bundesrepublik angesteckt, der kürzlich auch in einem im österreichischen Fernsehen wiedergegebenen Interview zum Ausdruck gebracht hat, man müsse die Arbeitszeit verkürzen, es führe kein Weg an der Arbeitszeitverkürzung vorbei.

Da hat der konservative CDU-Präsident der Arbeitsmarktverwaltung in Deutschland vor wenigen Tagen gesagt, nur Arbeitszeitverkürzung bringt weniger Arbeitslose. Ich könnte Ihnen hier eine Reihe von anderen Zitaten bringen, und ich könnte Ihnen in Erinnerung rufen, was Sie besser als ich wissen, daß kürzlich auch der Wirtschafts- und Sozialbeirat der Paritätischen Kommission, ein paritätisch besetztes Forum, schließlich und endlich zum ersten Mal mit Zustimmung der Unternehmer zum Ausdruck gebracht hat, daß Arbeitszeitverkürzung eine arbeitsverteilende Wirkung hat. Und das werden Sie mir doch nicht bestreiten. Das steht wortwörtlich dort drinnen. Natürlich gibt es eine Reihe von Wenn und Aber, natürlich, das weiß ja jedes Kind. (*Abg. Dr. Schwimmer: Eine Absage an Ihre Pläne!*) Das ist keine Absage, das interpretieren Sie so, weil Sie jetzt erstmalig zugeben müssen, was Sie immer bestritten haben, und wo Sie Menschen, die das behauptet haben, psychiatriereif erklärten, daß Arbeitszeitverkürzung arbeitsverteilende Wirkung hat. Erzählen Sie dieses Märchen in Bagdad, Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer, dann werden Sie auch dort hören, daß es Zustimmung in allen Teilen der Welt zu dieser Maßnahme gibt, die keine resignative Maßnahme ist, weil sie ja nicht als Einzelmaßnahme gesehen werden darf.

Es ist ja völlig falsch, hier zu behaupten, daß irgend jemand gesagt habe, das wäre eine Wunderdroge, ein Allheilmittel, das Alleinseigmachende. Überhaupt nicht! Eine von vielen Maßnahmen, die gesetzt werden muß,

ist auch die Arbeitszeitverkürzung, aber keinesfalls irgendwie eine Einzelmaßnahme, die Abhilfe schaffen kann gegen die weltwirtschaftliche Entwicklung und im Hinblick auf die technologische Bedrohung.

Einmal mehr möchte ich das hier sagen, damit das nicht immer wieder falsch in die Diskussion eingebracht wird, als ob irgend jemand die Meinung hätte oder haben könnte, daß diese Maßnahme allein helfen wird.

Und wenn Sie den Gewinnvergleich, Herr Abgeordneter Dr. Stummvoll, vom Jahre 1970 hier in Erinnerung rufen und diese Zeiten wieder herbeiführen wollen, dann muß ich Ihnen sagen, daß ich das in bestimmter Weise nicht tun möchte, denn im Jahre 1970 hatten wir um rund 350 000 Beschäftigte weniger als selbst jetzt in der Krisenzeit des Jahres 1983. Um 350 000 Beschäftigte haben wir 1970 weniger gehabt, als das heute der Fall ist. (*Ruf bei der ÖVP: Selbständige!*)

Nein, das waren nicht nur die Selbständigen, das ist ja nicht möglich, weil es ja eine so große Zahl nicht gegeben hat, sondern wir haben den Eintritt vieler Menschen, die damals nicht berufstätig gewesen sind, in das Erwerbsleben ermöglicht, und wir haben daher eine so hohe Beschäftigtenzahl, die das mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringt.

Und wenn ich wieder auf den Stichtag heute bezogen sagen kann, daß wir zwar eine leichte Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber Ende August registrieren, so ist es doch so, daß wir zwar — und das ist überaus beklagenswert, das möchte ich keineswegs leugnen — 93 422 Arbeitslose haben — was einer Arbeitslosenrate von 3,3 Prozent entspricht; das ist mehr als genug —, aber das ist ein Drittel bis zu einem Viertel dessen, was in vergleichbaren anderen Industrieländern Europas und der Welt gemessen wird. (*Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.*)

Und das ist ein Erfolg dieser Regierung, das ist ein Erfolg dieser Wirtschaftspolitik.

Und wenn wir bei den Jungen auch eine gute Position haben und durch die jetzt gemeinsam zu beschließenden Maßnahmen das vielleicht noch graduell verbessern können, so bin ich der Auffassung, daß wir zwar die Sorgen und Nöte in aller Öffentlichkeit darstellen sollen, daß wir aber gleichzeitig die von uns vorgeschlagenen Lösungsmodelle und Lösungsvorschläge hier in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen und uns gemein-

Bundesminister Dallinger

sam bemühen müssen, mit diesem Problem fertig zu werden.

Es ist das nicht das Problem des Sozialministers, es ist das nicht das Problem eines einzelnen oder mehrerer Minister, es ist das nicht das Problem des Parlaments allein, es ist das das nationale, ich sage es noch einmal, Anliegen aller Österreicher, den jungen Menschen in diesem Lande eine Hoffnung, eine Perspektive für die Zukunft zu geben, und das nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 13.01

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder. Ich erteile es ihr.

13.01

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Da ich nun festgestellt habe, daß ich als Letztredner auftrete und der Ausschußobmann Egg seine Wortmeldung zurückgezogen hat, habe ich die Gelegenheit, gleich auch dem Herrn Bundesminister Dallinger direkt zu antworten.

Zunächst möchte ich schon eines feststellen, Herr Bundesminister: Ich glaube, so ist es nicht herausgekommen, daß im Ausschuß nichts geschehen ist. Gerade meine Kollegen Schwimmer, Karas und Stummvoll haben gesagt, daß wir im Ausschuß eine gute Zusammenarbeit gehabt haben und daß schon etwas herausgekommen ist. Nur ist für unsere Begriffe zu wenig herausgekommen.

Das möchte ich auch erläutern, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben unser Jugendbeschäftigungsprogramm, unser Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, im Februar dieses Jahres vorgestellt und gesagt: Es muß etwas passieren. Und natürlich haben Sie sich da Zeit gelassen.

Wenn der Herr Abgeordnete Cap sagt, wir wollten die nationale Aktion haben, muß ich ihm sagen, daß er bei der ersten Debatte über die Erklärung des Herrn Bundesministers Dallinger über Maßnahmen zur Sicherung der Jugendbeschäftigung etwas zu wenig aufgepaßt hat. Denn im letzten Satz seiner Erklärung hat der Herr Bundesminister Dallinger gesagt: Diesem Ziel müssen wir alle sonstigen Interessen unterordnen, und nur dieser Zusammenschluß aller Kräfte in Form einer nationalen Aktion zur Sicherung der Jugendbeschäftigung wird die Jugendarbeitslosigkeit auch in der Zukunft von Österreich fernhalten können.

Die nationale Aktion, Herr Abgeordneter Cap, hat der Herr Bundesminister Dallinger hier vorgebracht. Wir unterstützen sie. Das möchte ich hinzufügen. Es ist auch in unserem Interesse, daß die Jugend beschäftigt wird.

Und da möchte ich zunächst dem Herrn Bundesminister dafür danken, daß er gesagt hat, das Jugendeinstellungsgesetz kommt nicht. Herr Bundesminister, ich möchte Sie aber gleich um etwas bitten: Nehmen Sie diese Rute aus dem Fenster. Und zwar ganz bewußt, denn es ist wirklich eine Verunsicherung für die Betriebe. Lassen Sie sie heraußen, und bemühen wir uns, viel mehr, viel stärker auf neue Aspekte, die von unserem Antrag ausgehen, einzugehen. Denn das, was wir hier beschlossen haben, ist sozusagen der kleinste Nenner. Ich weiß auch warum: Weil der Herr Bundesminister Dallinger sich gedacht hat: Warten wir ab, wie die Situation ist. Die Budgetsituation ist gespannt, so viel Geldmittel können wir nicht herausnehmen. Warten wir ab. — Doch abwarten auf Kosten der beschäftigungslosen Jugendlichen, das ist mir zu wenig! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für Sie ist am wichtigsten, die Lehrlinge unterzubringen. Herr Bundesminister, Sie haben heute den Stichtag genannt. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie gesagt haben, daß wir jetzt um 1 500 mehr Lehrstellensuchende haben als im vergangenen Jahr. Denn nachdem Sie die genaueren Ziffern genannt haben, kommt nämlich heraus, daß das keine graduelle, sondern eine starke Verschlechterung gegenüber dem vergangenen Jahr ist: Im vergangenen Jahr gab es 2 700 Lehrstellensuchende, und heuer gibt es 5 000. Das ist fast eine Verdoppelung.

Das ist schon eine Gefahr, und ich glaube auch zu wissen, warum die Situation jetzt so kraß ist: Weil die Maßnahmen für die Lehrlingeinstellung und für die Lehrlinge ausbildenden Betriebe doch etwas zu spät gesetzt worden oder zu spät bekannt geworden sind. Und daß wir Maßnahmen brauchen, ist uns allen bewußt.

Jetzt möchte ich noch auf einige Punkte eingehen, die heute während der Debatte angeschnitten worden sind.

Herr Bundesminister Dallinger! Sie haben genauso wie der Herr Kollege Braun und der Herr Kollege Cap hervorgehoben, wie die Arbeitslosenziffern der Jugendlichen in den anderen europäischen Staaten und teilweise auch in der übrigen Welt, Australien, Amerika

Ingrid Tichy-Schreder

et cetera, sind. Das stimmt alles, ist völlig richtig, denn die Ziffern lassen sich ja nicht abstreiten. Aber es gibt den Unterschied, daß wir hier in Österreich ein ganz anderes Wirtschaftsgefüge haben als in den anderen Staaten, und daß wir auch eine andere Berufsausbildung haben als in den anderen Staaten. Das ist ja unser Vorteil. Wir haben eine klein- und mittelbetriebliche Struktur. Wir haben bei der Lehrlingsausbildung ein duales Berufsausbildungssystem, das weltweit anerkannt wird, und es wird gefordert, daß andere Länder das auch einführen.

Deshalb, aus diesem Grund, haben wir mit den arbeitslosen Jugendlichen weniger Probleme. Aber natürlich kommt jetzt die Weltwirtschaftslage und die wirtschaftliche Situation dazu, und daran ist nicht nur die Weltwirtschaftslage schuld, sondern auch die hausgemachte Situation, und zwar die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung. Weiterhin ist die Politik der sozialistischen Koalitionsregierung daran schuld, daß die Wirtschaftslage hausgemacht verschlechtert worden ist. Wir werden noch die Möglichkeit haben, über ihr Belastungspaket später zu sprechen.

Wir haben eben verlangt, daß sich die Wirtschaftspolitik ändern, ein Kurswechsel stattfinden soll. Und da möchte ich dem Herrn Kollegen Braun schon etwas sagen, weil er zu Beginn gesagt hat, wir fordern eine Auflockerung der Jugendschutzbestimmungen.

Wir wollen keine Auflockerung der Jugendschutzbestimmungen. Wir sind für den Schutz der Jugendlichen. Nur bitte, man wird noch reden können über Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten. Und man muß doch einmal klar sagen können, daß es innerhalb der Jugendlichen Unterschiede gibt, je nachdem, ob er ein Lehrling oder ein junger Arbeitnehmer ist. Und das soll man heraus... (*Zwischenruf des Abg. Braun.*)

Moment. Darüber müssen wir auch reden können! Wir wollen keinen Schutz aufheben, sondern wir wollen reden und eine berufsbezogene Ausbildung gewährleisten können. Es hat bestimmte, Herr Kollege Braun, Sie wissen es, es hat natürlich... (*Abg. Braun: In einer ÖVP-Presseaussendung steht das drinnen!*) Herr Kollege Braun! Hören Sie mir zu. Es steht auch drinnen – was wichtig ist –, daß die Berufsausbildung erfolgreich sein soll, daß der Lehrling eine gute, qualitative Ausbildung haben soll. Auf diese legen Sie ja sehr viel Wert! Und es soll in dem Zeitrahmen die Ausbildung durchgeführt werden, wo er

auch gut ausgebildet werden kann. Und damit hat das Gastgewerbe zu tun.

Daß es dort und da – und das gebe ich ohne weiteres zu – auch Übergriffe gibt, dagegen wende ich mich, und diese Übergriffe sollen auch angezeigt werden. Das ist wichtig, denn wir wollen die schwarzen Schafe an den Pranger stellen. Wir wollen die Lehrlinge gut ausbilden und auch ihren Schutz gewährleisten. Aber unterschieben Sie uns nicht das Feindbild, wir wollen die Jugendlichen ausbeuten. Das wollen wir nicht, sondern wir wollen eine gute Ausbildung für die Jugendlichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Jetzt möchte ich aber weiters auch noch – und das hat jetzt breiten Raum beim Herrn Bundesminister Dallinger eingenommen, und auch der Herr Kollege Cap ist darauf eingegangen – auf die Arbeitszeitverkürzung eingehen. Die Arbeitszeitverkürzung scheint das Allheilmittel des Herrn Bundesministers Dallinger zu sein. (*Bundesminister Dallinger: Da haben Sie schlecht zugehört!*) Herr Bundesminister, hören Sie mir jetzt zu! Sie werden schon draufkommen, was ich jetzt sage. (*Abg. Braun: Sie werden auch noch draufkommen!*) Ja, Herr Kollege Braun, auch Sie werden draufkommen. Es ist ein Wettstreit der Ideen. Nur bitte ich um eines: Beim Wettstreit der Ideen nicht zu glauben, daß die Idee, die man hat, die einzig richtige ist.

Nun möchte ich die Beiratsstudie, auf die sich der Herr Bundesminister Dallinger bezogen hat, heranziehen, denn er hat sie ganz anders interpretiert, als da drinnen steht.

Was hat die Beiratsstudie gemacht? Sie hat versucht, das Modell der 35-Stunden-Woche, die der Herr Sozialminister Dallinger so sehr anstrebt, zu errechnen. Was ist passiert? Die Rechenmaschinen vom Wirtschaftsforschungsinstitut und vom Institut für Höhere Studien haben versagt. Sie konnten dieses Modell nicht ausrechnen. Das heißt, das Modell der 35-Stunden-Woche hat versagt. Es konnte nicht errechnet werden. Und das besagt etwas. Es besagt nämlich, daß man gar nicht errechnen kann, was diese 35-Stunden-Woche bringt. Was wurde daraufhin gemacht? Es wurde das Modell der 38-Stunden-Woche herangezogen. Und der Herr Bundesminister Dallinger ist immer derjenige, der sagt: Voller Lohnausgleich. Doch was hat die Beiratsstudie festgestellt? Voller Lohnausgleich bei der 38-Stunden-Woche hat keine Wirkung, das heißt, bei vollem Lohnausgleich kommt eine gegenteilige Wirkung heraus. Eine Verkürzung auf eine 38-Stunden-Woche ist nur mög-

Ingrid Tichy-Schreder

lich, wenn es nicht nur keinen Lohnausgleich, sondern eine Lohnreduzierung gibt.

Die Beschäftigungswirkung ist geringer als prognostiziert, geringer als von Ihnen behauptet, Herr Bundesminister. Als Beispiel wurde Frankreich herangezogen; dort ist es ausprobiert worden. In Frankreich wurde die Arbeitszeit um 4,6 Prozent reduziert. Um wieviel Prozent ist die Beschäftigungsziffer gestiegen? — Um 0,3 Prozent. Das heißt wiederum, das Modell funktioniert nicht, es wirkt nicht. Bei den Berechnungen dieses Modells konnten unsere Klein- und Mittelbetriebe nicht berücksichtigt werden. Was aber ist Österreich? — Eine Wirtschaftsstruktur von Klein- und Mittelbetrieben! Nicht berücksichtigt — infolgedessen: wirkungslos. Das heißt, 85 Prozent der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich konnten in diesem Modell nicht berücksichtigt werden. Herr Bundesminister! Dieses Modell funktioniert nicht, das ist eine Absage an dieses Modell.

Ich würde folgendes sagen: Man muß eine Arbeitszeitverkürzung differenziert betrachten, nicht generell. Sie wollen alles über einen Kamm scheren, das finde ich schlecht. Warum glauben Sie den einzelnen Menschen nicht? Warum überlassen Sie die Bestimmung über seine Arbeitszeit nicht dem einzelnen? Warum muß es generell gehen? Warum kann man nicht flexibler werden und dem einzelnen überlassen, wie lange er arbeiten möchte und wo er arbeiten möchte? Das ist für mich der generelle Punkt, hier scheiden sich sozusagen unsere Geister, weil Sie sagen, daß Sie glauben zu wissen, was den Menschen gut tut; wir aber sagen: Der Mensch weiß selber, was ihm gut tut, er soll entscheiden, nicht andere sollen für ihn entscheiden, sondern er selbst soll entscheiden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade das ist auch ein Punkt, wo ich an den vielfach geforderten Berufsausbildungsfonds anknüpfen möchte. Der Berufsausbildungsfonds ist auch so ein Wort, wo man glaubt, Gerechtigkeit ziehe ein et cetera. Es klingt so schön, wenn es heißt, beim Berufsausbildungsfonds kann ein Ausgleich zwischen den Betrieben erreicht werden, die eine betriebliche Ausbildung vorsehen, und jenen Betrieben, die dann die Fachkräfte übernehmen, die aber selbst keine betriebliche Ausbildung durchführen. Das hört sich sehr schön an, aber dem ist nicht so. Ich werde Ihnen gleich an einigen Beispielen zeigen, warum dieser Berufsausbildungsfonds nicht das Gegebene sein kann. Der Berufsausbildungsfonds bringt erstens keine zusätzlichen Mittel auf, denn die Ausbildung erfolgt einzelbe-

trieblich, es würde daher zusätzliche Bürokratie mitfinanziert werden. Und noch etwas: Wir kennen die Fonds: Familienlastenausgleichsfonds und Entgeltfortzahlungsfonds. Was geschieht denn da? Es ist dann Geld da, das Geld wird schön abgezogen und wird woanders hingegeben, weil es im Budget gebraucht wird. Sehr verehrter Herr Bundesminister! So einfach geht das nicht, daß mit einem Fonds Geld aus den Betrieben herausgezogen wird und dann für etwas anderes verwendet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

2. Die Kostentragung der betrieblichen Ausbildung ist sehr kompliziert, ein kompliziertes System, denn nicht jeder Betrieb braucht Fachkräfte, die betrieblich ausgebildet sind. Es gibt auch das Schulsystem, und da muß man sagen: Praktisch müßten die Betriebe dem Staat das Geld für die Mitarbeiter zurückzahlen, die die Schulen ausgebildet haben. Das System ist differenziert und kompliziert. Wenn Sie hier eingreifen und glauben, ein gerechteres Modell zu finden, dann müssen Sie aber wirklich alles betrachten, denn das Wirtschaftssystem ist nicht einfach, sondern kompliziert. Es ist auch bei der Kostentragung wieder nicht der Unterschied zwischen den großen und den kleinen Betrieben berücksichtigt worden.

3. Interessantes hat auch die Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt. Dort hat es das gegeben, es ist zurückgestellt worden, auch in der Schweiz ist es gar nicht diskutiert worden; dort hat man den Nachweis erbracht, daß die Lohn- und Gehaltssumme, die herangezogen wird, um den Fonds zu speisen, nicht nur relativ konjunkturabhängig ist, sondern auch eindeutig eine Bevorzugung der kapitalintensiven Betriebe bedeutet, und zwar deshalb, weil meistens die kapitalintensiven gegenüber den arbeitsintensiven Betrieben auch die ertragsstärkeren Betriebe sind. Es ist eine Umverteilung zugunsten der eher ertragsstarken und teilweise auch großen Betriebe zu Lasten der übrigen Wirtschaft.

4. Wer sagt, daß der Fonds die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe stärkt? Das Gegenteil ist der Fall. Es kann passieren, daß sich ein Betrieb sagt: Da kaufe ich mich frei. Wir haben so etwas nämlich schon, und zwar beim Invalideneinstellungsgesetz, wo verschiedene Betriebe, anstelle jemanden einzustellen, lieber eine Abgabe bezahlen, das heißt, es besteht die Gefahr des Freikaufens.

5. Einer der gravierendsten Punkte ist für mich die Gefahr der Abkoppelung der Ausbil-

Ingrid Tichy-Schreder

dung vom Arbeitsmarkt. Das Positive an dem dualen Berufsausbildungssystem ist, daß die Arbeitskräfte dort, wo Bedarf besteht, ausgebildet werden. Das heißt, die Betriebe, die Arbeitskräfte, Fachkräfte brauchen, bilden aus.

Was passiert, wenn dieser Fonds kommt, wenn man sozusagen die Qualität verbessern will und der Fonds feststellt, welcher Betrieb besonders qualifiziert ausbildet? Handelt es sich dabei um Betriebe beziehungsweise um Berufe, die in Zukunft bestehen werden? Wer bestimmt das? Da ist mir die Fehlerquelle viel zu groß. Denn in diesem Fonds sitzen Leute, die am grünen Tisch entscheiden. Da zeigt sich folgendes: Die berufsbildenden Schulen — wir sehen ja jetzt, woran die Jugendlichen leiden —, die Handelsschulen, Handelsakademien vermitteln zwar eine gute Ausbildung, aber für viele Absolventen gibt es keinen Arbeitsplatz. Sie sind sozusagen am Arbeitsmarkt vorbei ausgebildet worden. So etwas kann mit dem Berufsausbildungsfonds passieren.

6. Wenn einzelne im Berufsausbildungsfonds entscheiden, ist das Risiko der Fehlerhaftigkeit viel größer. Wenn aber mehrere Betriebe ausbilden, wenn die Entscheidung bei mehreren Branchen und Betrieben liegt, ist die Fehlerquelle minimiert, und es ist viel einfacher, richtig berufsbezogen auszubilden.

Heute ist schon eine junge Dame angeführt worden, die im „Morgenjournal“ über ihre Arbeitslosigkeit berichtet hat. Ich weiß nicht, welchen Eindruck sie von der heutigen Diskussion hat. Denn heute hat sich die Diskussion hauptsächlich auf die Maßnahmen für Lehrlinge und relativ wenig auf Maßnahmen für Jugendliche zwischen 19 und 25 Jahren bezogen.

Ich weiß, Herr Bundesminister Dallinger hat im Ausschuß immer wieder gesagt: Wir können keinen geteilten Arbeitsmarkt haben, denn dann haben wir die Gruppen 25 bis 35, 35 bis 45 et cetera. Meine Damen und Herren! Die Lehrlinge kommen sozusagen mit 15 auf den Arbeitsmarkt, aber bei den jungen Menschen, die eine berufsausbildende Schule, eine höhere Schule absolvieren, verschiebt sich das Alter. Sie sind 19 bis 25. Für diese Jugendlichen haben wir hier zu wenig beschlossen. Das bedauere ich zutiefst, wirklich zutiefst. Denn die 17jährigen, 18jährigen suchen Posten, und für sie haben wir hier zu wenig Maßnahmen gesetzt.

Aus diesem Grund, Herr Bundesminister,

bedauere ich es wirklich, daß man unserem Antrag im Ausschuß nicht zugestimmt hat. Man sollte den Ausschuß für permanent erklären, immer wieder die aktuelle Situation betrachten. Denn es soll wirklich möglichst allen Jugendlichen geholfen werden, einen Arbeitsplatz zu finden. Es ist nicht damit getan, daß wir das kleine Maßnahmenpaket abgeschlossen haben, sondern wir müssen trachten, mehr für die jungen Menschen zu tun. Es ist wirklich egal, von welcher Partei die Initiative kommt. Den jungen Leuten soll geholfen werden. Das sollte unser Anliegen sein! Aus diesem Grund appelliere ich an Sie: Verschließen Sie sich nicht und fragen Sie nicht, wie die Entwicklung weitergehen wird, sondern denken Sie primär an die Hilfe für die jungen Menschen, die Arbeit suchen!

Kollege Karas hat gesagt, daß viele junge Leute Arbeitsplätze suchen. Ich selbst habe einer Handelsakademikerin einen Arbeitsplatz angeboten. Das Traurige war: Mein Betrieb war der einzige in Wien, der einen Handelsakademiker oder eine Handelsakademikerin ohne Praxis aufnimmt. Wissen Sie, wie leid mir die jungen Menschen getan haben, die mich angerufen und gefragt haben, ob ich nur einen aufnehmen kann. Sie schildern mir ihre Schicksale und erzählen, bei wie vielen Firmen sie sich vorgestellt haben. Wissen Sie, wie desillusionierend so etwas ist?

Da müssen wir wirklich Überlegungen anstellen. Wir sitzen hier und haben es — unter Anführungszeichen — „leicht“, wir haben unsere Arbeitsplätze. Aber den jungen Leuten, die die geschilderten Frustrationen haben, denen muß geholfen werden. Aus diesem Grund bitte ich Sie, jetzt nicht zu sagen, nur für die Lehrlinge müsse etwas geschehen, sondern es geht darum, auch für die, die von den berufsbildenden Schulen kommen, wirklich Maßnahmen zu setzen, damit wir die Jugendarbeitslosigkeit auch in diesem Bereich bekämpfen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.19

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die vom Ausschuß beantragte Entschliebung in 58 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Entschliebung ihre Zustimmung geben, sich

Präsident Dr. Stix

von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 1.)

2. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (10 der Beilagen): Änderung des Artikels XI Abs. 3 lit. a sowie der Anhänge I und II des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen) (65 der Beilagen)

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Änderung des Artikels XI Abs. 3 lit. a sowie der Anhänge I und II des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen).

Berichterstatte ist die Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder. Ich bitte sie, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatte Ingrid Tichy-Schreder: Hohes Haus! Ich berichte über die eben genannte Regierungsvorlage.

Auf einer außerordentlichen Tagung der Vertragsparteien in Bonn am 22. Juni 1979 wurde gemäß Artikel XVII eine Änderung des Artikels XI Abs. 3 lit. a des Washingtoner Artenschutzübereinkommens beschlossen. Es wurden dem Artikel XI Abs. 3 lit. a die Worte „und Finanzbestimmungen zu beschließen“ angefügt. Lit. a ermächtigt die Vertragsparteien, alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um dem Sekretariat die Durchführung seiner Aufgaben zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Finanzbestimmungen zu erlassen. Da dies in der ursprünglichen Fassung des Übereinkommens nicht zum Ausdruck gekommen war, hat man durch den Beschluß von Bonn diese Lücke gefüllt.

Die seinerzeit vom Nationalrat genehmigte Fassung des Washingtoner Artenschutzübereinkommens enthält noch nicht jene Änderungen der Anhänge I und II des Übereinkommens, die auf der Konferenz der Vertragsparteien anlässlich ihrer dritten Tagung in New Delhi im Jahre 1981 angenommen wurden. Die Änderungen betreffen die Neuaufnahme beziehungsweise Streichung oder Umreihung gefährdeter Arten wildlebender Tiere und Pflanzen. Da die Anlagen integrierender Bestandteil des auf Gesetzesstufe stehenden Übereinkommens sind, bedürfen ihre

Änderungen gleichfalls der Genehmigung durch den Nationalrat.

Der Handelsausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 22. September 1983 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatte der Abgeordnete Dkfm. Löffler sowie der Vizekanzler und Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger beteiligten, wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses des Staatsvertrages zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Handelsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Abschluß des Staatsvertrages: Änderung des Artikels XI Abs. 3 lit. a sowie der Anhänge I und II des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen) (10 der Beilagen) die Genehmigung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke der Frau Berichterstatte für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Hubinek. Ich erteile es ihr.

13.23

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß schon, daß es nicht ganz leicht ist, nach einer Debatte über das Jugendbeschäftigungsprogramm und über Probleme der Jugendarbeitslosigkeit ein Anliegen zu vertreten, dessenthalb man gelegentlich als Spintisierer betrachtet wird, wenn es nämlich gilt, gefährdete Tierarten zu erhalten.

Ich glaube aber dennoch, daß diese Novelle, die an sich nur die Hinzufügung von finanziellen Bestimmungen vorsieht, Anlaß ist, ein Anliegen zu vertreten, das nicht nur mir am Herzen liegt, sondern sicherlich in Österreich eine große Zahl von Menschen berührt. Vielleicht sollte man nicht nur den aktuellen Tagesstreit, die aktuellen, brennenden Probleme sehen, sondern darüber hinaus auch Fragen behandeln, die mit dem Schlagwort „Lebensqualität“ zu umreißen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Österreich bringt man den Problemen der Erhaltung gefährdeter Arten ein eher gespal-

Dr. Marga Hubinek

tenes Interesse entgegen. Ein Teil der Menschen reagiert übersensibel. Ich darf Sie erinnern: Wenn die Feuerwehr ausrückt, um ein verrirrtes Kätzchen zu bergen, dann werden Sie das in allen Zeitungen auf Seite 4 oder 5 finden, und gleiche emotionelle Resonanz haben Sie erlebt, wie in allen Tageszeitungen gestanden ist, daß ein Sadist eine Katze in eine Waschmaschine gegeben und diese in Betrieb gesetzt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sosehr wir hier emotionell reagieren, sind wir auf der anderen Seite völlig unbekümmert, wenn wir uns aus Prestige Gründen in einen Pelzmantel hüllen, der aus dem Fell von von Ausrottung besonders bedrohten Tieren stammt. Wir haben Schuhe aus Schlangenleder, es gibt nun neuerdings Handtaschen aus Straußenleder, es gibt Koffer aus Elefantenhaut und ähnliches. Es zeigt sich, daß aus einem gewissen Prestigebedürfnis heraus sich manche Menschen in Österreich und vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland seltene Tiere halten — ich erinnere an den Abschluß des entlaufenen Pumas im Burgenland — oder daß man sich seltene Vögel in Volieren hält.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man vergißt offensichtlich, daß die Erfüllung dieser Prestigeüberlegungen die gefährdeten Tierarten reduziert. Hier spielen auch ein bißchen Regierungsstellen mit, die dieses Gesetz mit Augenzwinkern exekutieren.

So bin ich informiert, daß man in Kreisen des Außenamtes arabischen Scheichs besonders gefällig sein wollte, bei denen es offenbar ein besonderes Freizeitvergnügen ist, mit Greifvögeln auf die Jagd zu gehen. Daher wurde von seiten des Außenamtes eine Ausnahmeregelung durchgesetzt, daß geschützte Greifvögel in arabische Länder gelangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das heute vorliegende internationale Gesetz stößt in Österreich auf zwei große Schwierigkeiten. Einerseits ist es das Prestigebedürfnis — ich durfte es vorhin ausführen —, das natürlich bedeutet, daß lebhafter Schmuggel betrieben wird. Es klingelt halt die Kasse, wenn man seltene Tiere über die Grenzen Österreichs schmuggeln kann, auch wenn die Hälfte dabei verwendet, weil sie im Kofferraum eingepfercht wurden. Die Hälfte wird vielleicht überleben, und die Kasse klingelt.

Es begünstigt auch Wilddiebstähle aller Art. Verantwortungsvolle Förster — so hat man mir erzählt — müssen Horste von Edelfalken

und Adlern Tag und Nacht bewachen, weil sie sonst illegal ausgehorstet werden.

Die zweite Schwierigkeit besteht darin, daß die Zollbeamten zwar guten Willens, aber oft überfordert sind, zu erkennen, ob es sich um eine geschützte Spezies handelt oder nicht. Natürlich kommt dazu, daß Österreichs Zollämter besonders frequentiert sind, etwa während des sommerlichen Reiseverkehrs.

Ich glaube, es wäre nicht nur notwendig, die Zollbeamten zu schulen, sondern auch die Zahl der Zollämter, wo diese Transporte passieren, zu reduzieren. Und das dritte wäre, einen Expertenpool zu schaffen, der im Zweifelsfall Auskunft gibt.

Als wir das erste Mal das Gesetz hier im Haus behandelt haben, hat Frau Staatssekretär a. D. Albrecht zugesagt, nach einem halben Jahr dem Hohen Haus einen Bericht zu geben, wie dieses Gesetz funktioniert, um etwaige Schwächen zu beseitigen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit an den Herrn Handelsminister und Vizekanzler den Appell richten, eine Zusage der Frau Staatssekretär a. D. Albrecht einzulösen und einen Bericht zu reklamieren, um zu sehen, wo die Schwachstellen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch in aller Kürze bei dieser Gelegenheit einen Appell zu richten. Ich glaube, es muß unser aller Anliegen sein, trotz aller drängender aktueller anderer Probleme, die gefährdeten Arten zu erhalten, einfach weil es um die Vielzahl der Tier- und Pflanzenwelt geht, die auch unsere nachfolgenden Generationen erleben sollen.

Wir alle wissen, daß man Gesetze nicht überschätzen soll. Ich glaube, wichtig ist es, und dahin können wir alle wirken, hier eine gewisse Bewußtseinslage zu schaffen, ein Unrechtsgefühl zu erzeugen, wenn ich mich heute in das Fell eines von der Ausrottung bedrohten Tieres hülle, einen Pelzmantel aus seltenen Fellen habe oder wenn ich einen Mantel aus Robbenfell trage, obwohl wir alle wissen, welch grausame Massaker die Robben erleiden.

Es wird also hier von uns allen abhängen. Es hat sich gezeigt, der schwunghafte Handel und die Jagd nach Singvögeln in der Türkei waren schlagartig zu Ende, seit sie nicht mehr in die Bundesrepublik Deutschland exportiert werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dr. Marga Hubinek

Neben der Schaffung einer Bewußtseinslage, um den Markt zu beeinflussen, denn wenn die Nachfrage nicht gegeben ist, wird das Geschäft nicht mehr lukrativ genug sein, noch ein prinzipielles Anliegen, das vielleicht nur am Rande mit diesem Gesetz zu tun hat, das aber Aktualität hat, weil es am Montag vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates behandelt wurde. Sie alle haben wahrscheinlich die Briefe von Tierschützern bekommen oder den Demonstrationszug am vergangenen Freitag erlebt, als engagierte Tierschützer versucht haben, die österreichischen Vertreter beim Europarat zu überzeugen, daß sie am Montag gegen eine Konvention stimmen sollen, die die Fragen des experimentellen Tierversuches regelt. All die Fragen, die wir unter dem Begriff Vivisektion subsumieren, sollten am Montag in einer Konvention behandelt und abgestimmt werden.

Nun, es liegt in der Natur der Sache, wenn 21 Länder im Europarat zusammengeschlossen sind, daß man dort nicht leicht die Gesetzgebung harmonisieren kann. Leider hat sich die Konvention an Zuständen unserer südlichen Nachbarn orientiert, wo man Tierschutz weitgehend als Fremdwort empfindet. Die Konvention hätte einen Rückschritt bedeutet, vor allem für Österreich und für die westeuropäischen Länder, und hätte einer starken Lobby der Pharma- und Kosmetikindustrie recht gegeben, die erreichen wollte, daß der Tierversuch weitgehend legalisiert wird, und zwar ohne Rücksicht darauf, wie qualvoll er ist, und auch alle pseudowissenschaftlichen Versuche sanktioniert werden.

Lassen Sie mich bitte nur ein Beispiel nennen: die pseudowissenschaftlichen Versuche an Schimpansen, wo man die Schimpansen köpft und dann die Köpfe austauscht. Nun, bei allem Verständnis für die Transplantation würde ich mir für die menschliche Anwendung nicht wünschen, mit dem Kopf irgendeines anderen Kollegen hier durch den Saal zu gehen. (*Bewegung bei der SPÖ.*) Ohne nun Namen nennen zu wollen, meine ich doch, daß hier die wissenschaftlichen Ergebnisse stark anzuzweifeln sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man erlebt im politischen Leben selten eine Genugtuung. Nun, ich habe die Genugtuung am Montag erlebt, daß diese Konvention trotz einer sehr starken Lobby der Befürworter mit ganzen drei Stimmen doch abgelehnt wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und jetzt komme ich eben zum nationalen

Anliegen. International haben wir es nicht geschafft oder zunächst nicht geschafft, eine befriedigende Konvention zustande zu bringen. Aber ich habe mir heute erlaubt, eine Anfrage an den Herrn Wissenschaftsminister zu richten, ob hier nicht eine nationale Regelung Platz greifen kann, die den Tierversuch, den experimentellen Tierversuch weitgehend einschränkt.

Auch der Herr Minister Steyrer hat als Arzt am Freitag erklärt, daß der Tierversuch im medizinischen Bereich weitgehend entbehrlich ist. Also ein Arzt sagt es, weil er meint — und das haben Experten bestätigt —, das, was beim Tier verträglich ist, muß noch lange nicht beim Menschen verträglich sein, nämlich die Anwendung von verschiedenen Medikamenten, und heute gibt es alternative Tests, die viel verlässlicher sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen nicht den Appetit verderben, aber ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß heute Tierversuche geschehen, wo Versuchstiere uneingeschränkt bei lebendem Leib verbrannt, verbrüht, erstickt, zerquetscht werden können, vergiftet werden können, daß man sie verhungern, verdursten läßt, daß man sie in Glasgefäße einsperrt, um den Angstschweiß zu testen und ähnliches.

Ich meine — und damit komme ich zum Abschluß —, es sollte ein Anliegen sein — und das ist ja sicherlich auch eine Frage der Lebensqualität —, daß wir die Tiere human behandeln, daß wir versuchen, auf alternative Methoden auszuweichen, und daß wir vor allem hier nicht eine Alternative akzeptieren: Menschen in der Sahelzone lassen wir verhungern, wir lassen zu, daß jährlich Hunderttausende von Ungeborenen abgetrieben werden, also was kümmert uns die Not der gequälten Kreatur. Ich glaube, daß es ein zutiefst humanes Anliegen ist, allen drei Gebieten unsere besondere Sorgfalt zuzuwenden: mehr Geld in die Entwicklungshilfe zu investieren, sich um die Ungeborenen zu kümmern, Maßnahmen zu setzen, daß es nicht dazu kommt, aber vor allem auch die leidende Kreatur zu schützen.

Daß wir dieser Novelle unsere Zustimmung geben, mag wohl verständlich sein. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{13.35}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. Steger. Ich erteile es ihm.

13.35

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizkanzler Dr. **Steger**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst festhalten, daß diese Regierung keineswegs daran denkt, das Artenschutzübereinkommen mit Augenzwinkern zu handhaben, sondern es ist, Frau Abgeordnete Dr. Hubinek, selbstverständlich weiterhin so, daß Österreich in seiner führenden Rolle verbleibt, was den Schutz von Pflanzen und den Schutz von Arten im internationalen Bereich anlangt. Diese Haltung wurde etwa auch im Europarat immer wieder von österreichischen Abgeordneten eingenommen. Wir wollen zeigen, daß wir weiterhin vorangehen werden bei der Anwendung von Bestimmungen, die in anderen Ländern vielleicht laxer gehandhabt werden.

Sie haben aber, sehr geehrte Frau Abgeordnete Dr. Hubinek, die Frage des Berichtes aufgeworfen, der Ihnen seinerzeit von der Frau Staatssekretär Albrecht zugesagt wurde. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß der Bericht über den Zeitraum 27. April 1982 — das war der Tag des Inkrafttretens dieses Washingtoner Artenschutzübereinkommens — bis 31. Dezember 1982 im Rohentwurf bereits fertig ist und in wenigen Wochen nach einer Überarbeitung dem Parlament zugeleitet werden wird, und ich möchte ausdrücklich die Zusage erneuern, daß der Bericht jeweils, bevor wir ihn im internationalen Bereich einsetzen, auch den Abgeordneten dieses Hauses zugänglich gemacht werden soll.

Darüber hinausgehend, Frau Abgeordnete und meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich dem Hohen Haus bekanntgeben, daß es auf Initiative der Frau Stadtrat Seidl Gespräche gibt zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die zwischen dem Land Wien, meinem Ressort und der Bundeswirtschaftskammer stattfinden sollen, um bei Tierquälerei, bei den Tierversuchen doch dem Umstand Abhilfe zu schaffen, daß wir gewerberechtlich gewisse Schwierigkeiten haben, derartiges eindämmen zu können. Die Gespräche sind begonnen worden, und ich bin zuversichtlich, daß sie möglichst bald zu einem positiven Abschluß kommen können.

Österreich hat eine Bevölkerung, die sehr tierliebend ist. Man muß aber sicher immer wieder, auch bei der Rechtsordnung, aufpassen, daß nicht durch die Hintertüre für einige wenige Außenseiter Tierquälerei ermöglicht oder erleichtert wird. Deswegen diese gemeinsamen Anstrengungen, und ich darf Sie, Frau Abgeordnete, jetzt schon einladen, auch

daran mitzuwirken mit Ihren Vorstellungen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 13.38

Präsident Dr. **Stix**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gärtner. Ich erteile es ihm.

13.38

Abgeordneter **Gärtner** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Frau Abgeordnete Hubinek hat zu dieser Gesetzesänderung gesprochen, und ich kann ihr nur im ganzen zustimmen. Ich weiß auch, daß sie sich jahrelang im Parlament beziehungsweise im Ausschuß bemüht hat, daß es überhaupt zu diesem Gesetz gekommen ist. Das muß ich hier in fairer Weise feststellen.

Wir haben heute, meine Damen und Herren, eine Gesetzesänderung zu beschließen, die unter anderem dem Schutz der Tiere und Pflanzen dient. Dieses Gesetz reiht sich an zwei andere Gesetze an, und zwar zum ersten an das Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und deren natürlicher Lebensräume, das wir 1982 ratifiziert haben, und zum zweiten an das Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung, das wir im März 1983 beschlossen haben.

Meine Damen und Herren! Alles, was auf diesem Gebiet geschieht, ist zu begrüßen. Österreich — das Landwirtschaftsministerium, das Gesundheitsministerium, das Handelsministerium — hat hier manches getan und geleistet. Aber alle Abkommen sind nutzlos, wenn sie nicht mit Leben erfüllt werden, mit Leben nicht nur vom Gesetzgeber, sondern von allen Menschen in unserem staatlichen Gemeinwesen.

Diese Übereinkommen können aber nicht das Ende einer Debatte sein. Diese Debatte muß ständig weitergeführt werden und die neuen Notwendigkeiten in die Gesetzesmaterie einbinden. Was würde sein, wenn die Vielfalt unserer Tier- und Pflanzenwelt ständig verkleinert würde? Können wir das heute sagen? Wissen wir das? Wissen wir, was sich darstellt, wenn wir, wie das bis vor kurzem auch bei uns noch geschehen ist, unsere Feucht- und Mooregebiete zuschütten und trocknenlegen würden? Wie könnte sich zum Beispiel das Trinkwasser erneuern? Nicht ausdenkende negative Folgen würden sich hier auftun.

Gärtner

Meine Damen und Herren! Maßnahmen sind zu ergreifen, solange sie noch einen Sinn haben. Ein einziges zusammenhängendes System von Lebensläufen, in die Fauna und Flora genauso eingebunden sind, stellt sich uns dar. Das, glaube ich, gilt es zu bewahren. Rund 120 Pflanzenarten, 55 Säugetierarten, viele Vogelarten, 34 Arten von Reptilien und 17 Arten von Amphibien sind heute in ihrem Bestande bedroht.

Wenn wir vor kurzem gehört haben, daß es Menschen gibt, die in unsere Wälder gehen und dort Ameisenhaufen in Plastiksäcke und in Koffer packen und sie mit ins Ausland nehmen, um die Ameisen dort als Fischfutter zu verwenden, dann muß ich sagen: Hier muß diesen Dingen Einhalt geboten werden! Ich habe nur das eine Beispiel genannt, weil gerade die Ameise zur Vertilgung der Insekten und damit zum Schutze unserer Wälder dient.

Diese Tiere, die ich hier aufgezählt habe, leben in Biotopen, die wir zu schützen und zu erhalten auch verpflichtet sind. Heute ist es doch so, daß die Nutzung anderer Tierarten — und wir glauben, daß das richtig ist, und wir freuen uns darüber — unter Kontrolle geschieht. Bei vernünftiger Handhabung der Gesetze und bei laufenden Verbesserungen dieser Gesetze erreichen wir ganz bestimmt eine Ausgewogenheit zwischen Ökonomie und Ökologie.

Auch die heutige Gesetzesänderung gibt uns wieder ein Instrument mehr in die Hand, daß diese Schutzpolitik für die Kreatur mehr denn je gewährleistet erscheint. Wir sollten nicht, wie ich glaube, mit geschlossenen Augen diese Problematik an uns vorbeigehen lassen. Humanität und Ästhetik gegenüber der Kreatur stellen uns auf eine höhere Stufe, und diese Stufe müssen wir uns bewahren. Nur Einsicht und das richtige Verhältnis zur Umwelt, zur Kreatur können das im Gesetz verlangte Humanitätsgefühl aufkommen lassen.

Solche Gesetze, meine Damen und Herren, sind dazu angetan, sie vor allem unseren jungen Menschen nahezubringen. Ich kann mir denken, daß von ihrem Beruf erfüllte Lehrer den Tierschutz, den Pflanzenschutz und den Umweltschutz überhaupt ständig als Unterrichtsprinzip den jungen Menschen vorstellen. Nicht nur der Bundesminister, nicht nur der Gesetzgeber, sondern wir alle haben die Pflicht, die Menschen auf diesem Gebiet zu sensibilisieren.

Ich habe es hier von diesem Pult aus schon einmal gesagt: Wir haben zu gewährleisten, daß unser kleiner Planet künftigen Generationen in einem Zustand überliefert wird, der auch ihnen ein Leben in menschlicher Würde garantiert. Österreichs Wirken auf diesem Gebiet — der Bundesminister hat das eben gesagt — muß so stark sein, daß es auf viele Bevölkerungsschichten und Menschen ausstrahlt.

Das hätte ich zu dieser Problematik zu sagen. Meine Fraktion wird natürlich dieser Änderung zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)* ^{13.43}

Präsident Dr. **Stix**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht die Frau Berichterstatter ein Schlußwort? — Danke. Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 10 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig **a n g e n o m m e n**.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Präsident Dr. **Stix**: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Michael Graff und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung von Vorfällen im Zusammenhang mit Akten des Bundesministeriums für Finanzen.

Zunächst bitte ich den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Grabher-Meyer, um die Verlesung des Antrages.

Schriftführer **Grabher-Meyer**: Antrag der Abgeordneten Dr. Graff, Steinbauer und Genossen betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Nationalrates zur Untersuchung von Vorfällen im Zusammenhang mit Akten des Bundesministeriums für Finanzen.

Die Abgeordneten Mühlbacher, Grabher-

Schriftführer

Meyer und Genossen haben im Zusammenhang mit der Debatte über die Einsetzung eines „Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Verdachtes der Rechtsbeugung im Bundesministerium für Finanzen unter den Finanzministern Dr. Androsch und Dr. Salcher“ einen Entschließungsantrag entworfen, dann aber nicht eingebracht, durch den dem Bundesminister für Finanzen bestimmte Untersuchungen aufgetragen werden sollten.

Die gefertigten Abgeordneten sind der Auffassung, daß eine solche Untersuchung nicht durch Personen vorzunehmen ist, die selbst Zugang zu den betreffenden Akten hatten, und daß nur eine parlamentarische Untersuchung die vollständige Aufklärung des Sachverhaltes gewährleistet.

Sie stellen daher den inhaltlich mit dem Untersuchungsgegenstand des Antragsentwurfes Mühlbacher und Grabher-Meyer übereinstimmenden

Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung von Vorgängen im Zusammenhang mit Veröffentlichungen aus Akten des Finanzministeriums betreffend den ehemaligen Vizekanzler Dr. Androsch, insbesondere

1. inwieweit Veröffentlichungen von angeblichen Aktenteilen mit den Originalakten des Finanzministeriums übereinstimmen,

2. auf welche Weise dem Steuergeheimnis und der Amtsverschwiegenheit unterliegende Aktenteile an die Öffentlichkeit gelangt sind und

3. ob alle erforderlichen straf- und dienstrechtlichen Schritte eingeleitet wurden,

wird gemäß § 33 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Nationalrates ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der aus 11 Abgeordneten im Verhältnis 5 SPÖ : 5 ÖVP : 1 FPÖ besteht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Berichterstatter.

Die Durchführung einer Debatte wurde weder verlangt noch beschlossen.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Dr.

Michael Graff und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. **A b g e l e h n t.**

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Schüssel, Dipl.-Ing. Riegler, Dr. Helga Rabl-Stadler, Heinzinger und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Belastungs- und Verschwendungspolitik der sozialistischen Koalitionsregierung (209/J)

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zur Behandlung der dringlichen Anfrage.

Ich bitte zunächst den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Grabher-Meyer, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer **Grabher-Meyer:** Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Schüssel, Dipl.-Ing. Riegler, Dr. Helga Rabl-Stadler, Heinzinger und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Belastungs- und Verschwendungspolitik der sozialistischen Koalitionsregierung.

Mit dem Belastungspaket präsentiert die sozialistische Koalitionsregierung nunmehr den österreichischen Steuerzahlern die Rechnung für die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Alleinregierung.

Unter der Regierung Kreisky ist die Gesamtabgabenquote von 35,7 Prozent im Jahre 1970 auf 42,5 Prozent im Jahre 1981 angestiegen. Das heißt, daß der Bürger von jedem verdienten Hunderter bereits 42 S abgeben muß.

Unter der Regierung Kreisky ist das Budgetdefizit von 7,2 Milliarden Schilling im Jahre 1970 auf rund 95 Milliarden Schilling angewachsen.

Unter der Regierung Kreisky ist in den achtziger Jahren die Zahl der Arbeitslosen um rund 70 000 gestiegen.

Unter der Regierung Kreisky ist die Belastung der Masseneinkommen mit Steuern, Abgaben und Tarifen um rund zwei Drittel gestiegen. Hauptschuld an dieser Entwicklung tragen die sechs seit 1976 beschlossenen Belastungswellen:

Schriftführer

1. Belastungswelle 1976 10 Milliarden Schilling,
2. Belastungswelle 1977 3 Milliarden Schilling,
3. Belastungswelle 1978 14 Milliarden Schilling,
4. Belastungswelle 1980 4 Milliarden Schilling,
5. Belastungswelle 1981 8 Milliarden Schilling,
6. Belastungswelle 1982/83 3 Milliarden Schilling.

Die Belastungswellen haben keine positiven Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft gehabt: Sie haben vielmehr zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums geführt, zu einem Anstieg der Ausgleichs- und Konkurse und zu einem raschen Anwachsen der Staatsdefizite.

Gleichzeitig wurde entgegen allen Versprechungen besonders in den letzten Jahren die Verschwendung öffentlicher Gelder fortgesetzt. So zum Beispiel beim AKH, beim Konferenzpalast, bei den ÖBB, bei der öffentlichen Verwaltung, bei den Repräsentationen, den Ministerbüros und der Regierungspropaganda.

Die Bilanz nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung ist negativ: Hohe Steuern, hohe Staatsverschuldung und hohe Arbeitslosigkeit.

Die sozialistische Koalitionsregierung Sinowatz/Steger hat erklärt, daß sie diesen Kurs fortsetzen will.

Statt zu sparen und die öffentliche Verschwendung zu stoppen, werden die Bürger neuerlich und massiv zur Kassa gebeten.

Erste Darstellungen über das Belastungspaket der sozialistischen Koalitionsregierung deuteten eine gewisse Sparbereitschaft an. Von den angekündigten Einsparungen in der Höhe von 10 Milliarden Schilling wurde aber nur ein Bruchteil in das Konzept aufgenommen.

Im Gegensatz zur Propaganda der Regierung lautet das Verhältnis von „Belastung der Bürger“ und „Einsparung der Regierung“ tatsächlich 30 : 2.

30 Milliarden Schilling an Belastungen stehen nur knapp 2 Milliarden Schilling an Einsparungsankündigungen gegenüber.

Die Auswirkungen dieser Politik werden alle Österreicherinnen und Österreicher sehr rasch zu spüren bekommen:

Das Wirtschaftswachstum wird hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Die Preise werden zusätzlich steigen.

Die Arbeitslosigkeit wird verstärkt.

Familien und Pensionisten werden besonders zu leiden haben.

Im Durchschnitt werden dem einzelnen Steuerzahler im nächsten Jahr zusätzlich rund 8 000 S von seinem Einkommen abgenommen. Das heißt: Der Gegenwert eines zwei- bis dreiwöchigen Urlaubs auf einer sonigen Mittelmeerinsel ist der Preis für die Politik der sozialistischen Koalitionsregierung.

Die Milliarden, die der Steuerzahler von seinem schwerverdienten Geld hergeben muß, werden aber wieder nicht für die Sicherung der Zukunft Österreichs verwendet, sondern für die Bezahlung rasch steigender Defizite, Schulden und Zinsen.

Wo immer man hinblickt, tun sich große Finanzierungslücken auf, die gestopft werden müssen. Gespart wird fast nirgends. Für Investitionen in die Zukunft ist kein Geld da.

Die Wähler haben am 24. April 1983 ein deutliches Signal gesetzt, daß sie einen Kurswechsel in Österreich wollen; einen Kurswechsel, der Schluß macht mit der Belastungspolitik und endlich zu einem sparsamen und sinnvollen Einsatz von Steuergeldern führt.

Denn es ist längst offensichtlich, daß bei Verwirklichung eines durchdachten Sparkonzepts das Defizit des Staatshaushaltes in den von der Regierung vorgegebenen Grenzen zu halten wäre, ohne daß Steuern erhöht werden müßten.

Um die sozialistische Koalitionsregierung neuerlich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher einen zukunftsorientierten Kurswechsel herbeizuführen, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Schriftführer**Anfrage:**

1. Mit welchen negativen Auswirkungen des Belastungspakets auf die Preisentwicklung (Inflationsrate 1984) rechnet die sozialistische Koalitionsregierung im nächsten Jahr?

2. Mit welchen negativen Auswirkungen des Belastungspakets auf das Wirtschaftswachstum rechnet die sozialistische Koalitionsregierung im nächsten Jahr?

3. Mit wie vielen Arbeitslosen rechnet die sozialistische Koalitionsregierung im nächsten Jahr?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Schriftführer für die Verlesung.

Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Schüssel als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage das Wort.

13.54

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Vor der Wahl schien die Welt noch in Ordnung zu sein. Kreisky hat damals erklärt: „Überall auf der Welt sieht es so aus wie in den dreißiger Jahren — in Österreich ist vieles anders. Heute kommen die großen Bankiers zu uns, weil sie froh sind, wenn wir bei ihnen etwas ausborgen. Wir haben uns Geld ausgeborgt, und das ist eigentlich das berühmte Geheimnis des österreichischen Wunders, auf das die im Ausland jetzt offenbar auch gekommen sind und das sie uns jetzt nachmachen.“

Wenn man dieser Meinung war, genügte es natürlich, ein kleines Mallorca-Paket — 10, 12 Milliarden Schilling — zu schnüren, es genügte natürlich, gegen alle Sparpläne der ÖVP zu wettern und zu polemisieren, man konnte eine Mehrwertsteuererhöhung, wie sie die Deutschen von 13 auf 14 Prozent geplant haben, als zutiefst unsozial ablehnen. Und es konnte auch die Freiheitliche Partei noch Versprechen abgeben: Kein Konferenzzentrum, keine Zustimmung zur Quellensteuer.

Dann folgten zehn Monate beispielloser wirtschaftspolitischer Verunsicherung, und

jetzt, nach der Wahl, sind die Befürchtungen der ÖVP voll bestätigt worden. Vizekanzler Steger: „Wir waren ohnehin illusionslos beim Regierungseintritt, was die derzeitige Budgetsituation betrifft, und waren dann trotzdem überrascht, als sie sich noch schlechter darstellt hat, als wir vermutet haben.“

Wenn man die Probleme wirklich angehen will, dann muß man halt auf allen Ecken und Enden zu kratzen anfangen. Man muß sparen, wo immer es geht.“

Meine Damen und Herren, die Budgetkrise ist voll da. Heuer 95 Milliarden Schilling Defizit, das sind 8 Prozent des österreichischen Jahresvolkseinkommens, der höchste jemals erreichte Wert. Und die Budgetkrise wird bestätigt im Koalitionspakt, sie wird bestätigt in der Regierungserklärung und auch durch das Belastungspaket, das Sie vorgelegt haben.

In diesem Belastungspaket ist all das drinnen, was wir bei der Auflösung des Nationalrates im Feber bereits vorausgesagt haben: Neben der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, Gebühren- und Tarifierhöhungen eine Mehrwertsteuererhöhung und auch die Zinsertragssteuer. Und jetzt sagen wir Ihnen eines, meine Damen und Herren von der Koalitionsregierung:

Auch wir sind der Meinung, daß es richtig ist, gegen diese Budgetkrise Maßnahmen zu setzen. Überhaupt keine Frage. Es war sogar hoch an der Zeit. Man konnte gar nicht länger warten. Aber die Unterschiede zwischen der Volkspartei und den beiden Koalitionsparteien treten jetzt besonders klar zutage. Die Volkspartei will die Ursachen der Krise bekämpfen und zugleich einen wirtschaftlichen Aufschwung sicherstellen. Sie aber, meine Damen und Herren, schönen bestenfalls die Oberfläche des Krisengebäudes und verwalten den Abschwung. (Beifall bei der ÖVP.)

Was ist das Ziel Ihres vorgelegten Belastungspakets? Wörtlich Salcher im Regierungspapier: „Die Maßnahmen sind vom Grundsatz geleitet, durch die Kombination von Ausgabeneinsparungen, Anhebung der Einnahmen und gezielte wirtschaftsbelebende Maßnahmen eine Budgetkonsolidierung herbeizuführen“ — und jetzt kommt das Wichtigste —, „ohne dabei Beschäftigung, Wachstum und sozialpolitische Zielsetzungen zu gefährden.“

Meine Damen und Herren! Wir werden Sie jetzt an dieser Zielsetzung messen, und ich

Dr. Schüssel

werde Ihnen nachweisen, daß Sie mit dem vorgelegten Paket die von Ihnen genannten Ziele niemals erreichen können, im Gegenteil, sie sogar gefährden!

Erste These: Die Ursachen werden von Ihnen überhaupt nicht bekämpft.

Professor Seidl — einst wenig gefragter Staatssekretär, jetzt plötzlich vielgefragter Chefberater der Bundesregierung in Wirtschaftsfragen — hat heuer im Sommer in Alpbach folgendes erklärt:

„Nicht die Fehlprognosen der Ökonomen, sondern wirtschaftspolitische Entscheidungen der Regierung sind schuld am Ausufern der Staatsschuld.“ — Hans Seidl, Ihr ehemaliger Staatssekretär, jetzt Ihr Berater!

Und die Fehlentscheidungen, die gesetzt wurden, sieht man am besten bei der Entwicklung der öffentlichen Ausgaben seit 1970. Immer wieder — nicht erst jetzt — wird geredet vom Sanieren, vom Stabilisieren, vom Konsolidieren und was an treudeutschen Worten mehr im Politvokabular drinnen ist. Die Wahrheit ist: In all den Jahren ist der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand unentwegt gestiegen. 1970 gab der Staat — und alles, was so dazugehört — 42 Prozent des Volkseinkommens aus, 1975 waren es 50 Prozent, 1980 bereits 52 Prozent, und im kommenden Jahr wird dieser Anteil auf über 56 Prozent ansteigen.

Das heißt, meine Damen und Herren — und da müssen die Österreicher herhören, davon sind sie betroffen —: In 13 Jahren Ihrer Regierung wuchs der Appetit des Staates auf das, was wir alle erarbeiten, um ein Drittel. Und solange sich das nicht ändert, meine Damen und Herren von der Koalition, so lange kann es keine Budgetsanierung geben. Daran wird kein Belastungspaket etwas ändern, keine Steuerhöhung oder sonst irgend etwas.

Bundeskanzler Sinowatz hat sich nach Abschluß der offensichtlich relativ schwierigen Verhandlungen über das Belastungspaket erleichtert gezeigt und hat gemeint: Wir sind ein schönes Stück Weges weitergekommen.

Ja, meine Damen und Herren, das glaube ich auch: Ein schönes Stück Weges in der gleichen Sackgasse wie bisher.

Zweite These: Hände weg von der Steuer-schraube, sie bringt nichts mehr.

Mit diesem Belastungspaket, doppelt so teuer und doppelt so schwer wie das einst in Mallorca erfundene, wird Österreich in einem einzigen Bereich 1984 — ausgerechnet 1984! — auf der wirtschaftlichen Überholspur zur absoluten Spitze bleiben. Und zwar: bei den Belastungen mit Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen. Nur die Schweden, Belgier, Holländer, Dänen und Franzosen haben eine noch höhere Steuerquote als wir. Und alle wissen, daß diese Entwicklungen dort weder dem Arbeitsmarkt noch dem Wachstum und der politischen Stabilität gutgetan haben.

Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler: Welcher ökonomische Scharlatan hat Ihnen eingeredet, daß Steuererhöhungen ein taugliches Mittel sein können, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder anders, Herr Bundeskanzler: Welche Wirtschaftswissenschaftler unterstützen denn überhaupt Ihr Konzept, mittels massiver Erhöhungen etwa der Mehrwertsteuer einen wirtschaftlichen Aufschwung sicherzustellen? *(Abg. Heinzinger: Steger!)* Gibt es einen einzigen sozialistischen Ökonomen der Ihren Zickzackkurs wirklich verteidigen kann, Anfang dieses Jahres die Lohn- und Einkommensteuer um Milliarden zu senken, um neun Monate später um ein Vielfaches die Mehrwertsteuer in die Höhe zu schnalzen? Gibt es einen einzigen sozialistischen Ökonomen? Das würde mich interessieren. *(Ruf bei der ÖVP: Nowotny!)* Nein, Nowotny wird von mir hier in Schutz genommen, er war anderer Meinung! *(Ruf des Abg. Graf.)*

Es ist nicht meine Aufgabe, sozialistische Steuerideologien gegen die koalitionäre Finanzwirklichkeit in Schutz zu nehmen, aber, meine Damen und Herren — von der Linken im besonderen —, erinnern wird man sich und erinnern wird man Sie doch dürfen, daß vor ziemlich genau 120 Jahren, im Oktober 1863, einer der Schöpfer der Sozialdemokratie, Lassalle, vor dem Königlichen Kammergericht in Berlin sich gegen die Anklage verteidigen mußte, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich verhetzt zu haben. Damals hielt er seine berühmte Rede: Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen.

Der Kernsatz von Lassalle war: „Die indirekte Steuer, meine Damen und Herren, ist somit das Institut, durch welches die Bourgeoisie das Privileg der Steuerfreiheit für das große Kapital verwirklicht und die Kosten des Staatswesens den ärmeren Klassen der

Dr. Schüssel

Gesellschaft aufbürdet. Jemand, der zwanzig-, fünfzig-, ja hundertmal so reich sei wie ein anderer, verzehre deshalb nicht zwanzig-, fünfzig- oder hundertmal soviel Salz, Brot, Fleisch, Bier oder Wein, habe nicht fünfzig- oder hundertmal soviel Bedürfnis nach Ofenwärme wie ein Arbeiter oder Pensionist.“

Meine Damen und Herren! Ich halte dieses Grundsatzkonzept gar nicht für richtig, aber erinnern wird man eine sozialistische Regierung, und sei sie auch eine sozialistische Koalitionsregierung, daran, was eigentlich ihre ursprünglichen Theorien, ihre eigenen Grundsätze gewesen sind, die Sie jetzt kalt über Bord werfen, weil es Ihnen so paßt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

So weit ist es mit einer Regierung gekommen. Sie ist an einem Punkt der Umverteilungspolitik angelangt, bei einem Nullsummenspiel, bei dem keiner gewinnt, auch nicht der Staat, der letztlich die wirtschaftlichen Kräfte abwürgt, sondern alle nur verlieren können.

Mit dem jetzigen „Normal-“ — bitte Anführungszeichen! — „Normalmehrwertsteuersatz“ von 20 Prozent rückt Österreich an die dritte Stelle aller OECD-Staaten. In Deutschland sind es nach der Erhöhung durch die Koalition 14 Prozent. Die Schweiz hat einen Normalmehrwertsteuersatz von 9,3 Prozent. Und das sind unsere wichtigsten marktwirtschaftlichen Nachbarn, das sind unsere wichtigsten Handelspartner. Österreich an dritter Stelle aller Länder!

Aus sozialen Gründen — wohlgermerkt: aus sozialen Gründen! — gibt es in den meisten OECD-Ländern einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz. In Österreich — das sage ich mit voller Absicht — geben Sie diese soziale Absicht auf, wenn Sie die Nahrungsmittel nun etwa um ein Viertel mehr besteuern, wenn Sie Strom und Energiekosten um mehr als die Hälfte zusätzlich besteuern. Da ist nichts mehr von sozialen Erwägungen oder Gefühlen zu spüren. Nur Irland, ein Land mit immerhin zweistelliger Arbeitslosenrate — wahrlich kein Vorbild —, wird dann noch einen höheren ermäßigten Mehrwertsteuersatz haben als Österreich.

Meine Damen und Herren von der Koalition! Dieses Belastungspaket ist zutiefst unsocial. Allein bei den Grundbedürfnissen Wohnen, Essen, Energie wird eine durchschnittliche Familie pro Jahr 3 000 S Mehrkosten zu tragen haben. Mehrkosten von 3 000 S nur bei den Grundbedürfnissen!

Vielleicht wissen Sie es gar nicht mehr, vielleicht haben Sie sich von der Realität schon sehr weit weg entfernt, aber in Wien sind in den Monaten September 1982 bis zum heurigen Mai 10 000 Gasanschlüsse gesperrt worden, über 9 000 Stromanschlüsse abgedreht worden, 13 000 Haushalte haben bereits Zahlungsrückstände über ein halbes Jahr, 15 000 Wiener Haushalte sind gegenwärtig nicht in der Lage, ihre Mietkosten zu begleichen. Meine Damen und Herren! Und das alles vor Inkrafttreten Ihres Belastungspakets!

Haben Sie wirklich alles Gefühl für soziale Dimensionen verloren, daß Ihnen diese Dinge und diese Entwicklungen offenbar völlig gleichgültig sind (*Beifall bei der ÖVP*), daß Sie jetzt gnadenlos die Ärmsten der Armen mitbesteuern? — Alle anderen auch, aber die Armen trifft es halt mehr.

Und da nehme ich jetzt Professor Nowotny in Schutz, er ist einer der wenigen, die sich wenigstens öffentlich dagegen zur Wehr gesetzt haben. Er hat in einem Interview im „Unternehmer“ folgendes ausgeführt: „Was die Mehrwertsteuer betrifft, würde ich mich deutlich gegen eine Anhebung des Mehrwertsteuersatzes aussprechen. Zunächst aus sozialen Gründen, weil die Mehrwertsteuer die unteren Einkommensschichten stärker trifft als die oberen, und dann auch aus politisch-psychologischen Gründen, denn die Mehrwertsteuer zählt zu jenen Abgaben, die man am stärksten und am unmittelbarsten erlebt.“ (*Abg. Mühlbacher: Aber Sie wissen schon, daß die Mehrwertsteuer gestaffelt ist? — Abg. Graf: Sie waren nicht herinnen, wie er das gesagt hat! Sie waren gerade draußen!*) Ja, bitte, Sie waren leider nicht herinnen, ich habe gerade erwähnt: Wir sind jetzt in der Spitzengruppe der OECD, Kollege Mühlbacher.

Die OECD — und dieses Argument von Professor Nowotny ist ja sehr interessant —, die OECD schätzt ohnehin schon den Anteil der Schattenwirtschaft in Österreich auf etwa 8,6 Prozent am Volkseinkommen. Und damit liegen wir vielleicht jetzt noch im Mittelfeld, aber es ist eine alte Faustregel, daß die Untergrundwirtschaft umso stärker wird, je höher die Umsätze mehrwertbesteuert werden. Das haben Sie doch, Herr Professor Nowotny, mit den „politisch-psychologischen Gründen“ gemeint. Ich hoffe nur, Sie haben auch den Mut, heute am Rednerpult zu dieser damaligen Meinung zu stehen, wo es vielleicht härter und unangenehmer ist als früher.

Da hat sich nämlich beispielsweise im Jän-

Dr. Schüssel

ner der damalige Stellvertretende Parteivor-sitzende Blecha massiv gegen eine Mehrwert-steuererhöhung ausgesprochen; sie würde nämlich die Teuerungsrate „auf etwa 6 Pro-zent in die Höhe treiben“.

Sinowatz nach der Wahl: „Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sei 1984 nicht ins Auge gefaßt“; aus sozialen Gründen.

Und im „Basta“ hat der Finanzminister Sal-cher im Juli 1983 folgendes erklärt: „Ich weiß wohl, daß die Mehrwertsteuer vor allem den belastet, der sein Einkommen großteils zum täglichen Leben braucht, und nicht den, der ein Viertel des Gehaltes auf dem anonymen Sparsbuch liegen läßt. In diesem Kalenderjahr kommt die Erhöhung sicher nicht. Und wenn die finanziellen Forderungen meiner Mini-sterkollegen in den nötigen Grenzen bleiben, kann man darauf ganz verzichten.“

Was stimmt jetzt? Sind die sozialen Gründe weggefallen, oder haben sich die Forderungen der Ministerkollegen nicht in Grenzen gehalten? Vielleicht wäre den ärmeren Schichten mehr gedient gewesen, wenn die Ministerkol-legen sich zurückgehalten hätten und nicht erst die Steuerschergen, die jetzt ausschwär-men werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was ist mit der Zinsensteuer, meine Damen und Herren von der Koalition? — Da gab es einmal — ich erinnere mich dunkel und viele von Ihnen vielleicht sogar sehr klar — eine Garantie. Herr Bundeskanzler, da gab es eine Garantie, diese Zinsensteuer würde die klei-nen Sparer nicht treffen. Haben Sie das gesagt? — Natürlich, im Wahlprogramm stand es drinnen. *(Ruf bei der ÖVP: Hat er vergessen!)* Der ÖGB hat das verlangt. Die Freiheitlichen haben sich überhaupt gegen diese Steuer ausgesprochen.

Und was ist, bitte, mit dem Koalitions-pakt, nicht einmal vier Monate alt? Da steht drin-nen, daß auf anonyme Wertpapiere und Anla-gen eine Anonymitätsgebühr von 20 Prozent des Zinsertrages eingeführt werden sollte, wobei die Freigrenze von 7 000 auf 10 000 erhöht werden sollte, um den kleinen Sparer davon auszunehmen!

Meine Damen und Herren und liebe Öster-reicher! Unterschrieben ist dieser Koalitions-pakt immerhin von den Herren Kreisky, Sino-watz, Czettel, Fischer, Steger, Peter, Schender und Grabher-Meyer. So genau hat man sich das damals überlegt.

Und dann ist man draufgekommen, daß das

komplizierter durchzuführen ist, als man es sich seinerzeit gedacht hat, und man hat es sich einfach gemacht und lieber gleich alle geschröpft.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition, gerade die kleinen Sparer werden jetzt zum Handkuß kommen. Die Großanleger werden es sich richten können. Und zahlen wird es die kreditnehmende Wirt-schaft und da wieder nicht die Großen! Die Klein- und Mittelbetriebe werden zum Hand-kuß kommen! Wieder ein gebrochenes Ver-sprechen mehr.

Wir sagen Ihnen: Noch mehr Steuern brin-gen nichts. Sie bringen mehr Steuerwider-stand, sie bringen mehr Schattenwirtschaft. Das ist alles.

Meine Damen und Herren von der Linken! Es ist doch eigentlich absurd: Vor der Wahl schenkt die Regierung der Bevölkerung, die, nebenbei bemerkt, gar nicht darauf gewartet hat, zwei zusätzliche Urlaubstage. Und nach der Wahl verlangt sie dafür acht Tage weitere Steuerfron. Das ist ein merkwürdiges Mißver-hältnis! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritte These: Wie wirkt sich denn dieser — laut Holger Bauer — „brutale Griff in die Taschen der Österreicher“ — ich zitiere Sie wörtlich — eigentlich aus? Sicher wird es zunächst einen kleinen Kaufboom geben, die Leute werden rasch noch vor Inkrafttreten dieser exorbitant hohen Mehrwertsteuersätze einkaufen und die Zinsen abheben. Das wis-sen wir ja alles bereits von den Kontenbewe-gungen. Aber dann, 1984 — das garantiere ich Ihnen jetzt schon —, wird die Flagge der österreichischen Wirtschaft auf Halbmast wehen. Anderswo wird vielleicht der immer wieder angekündigte Konjunkturaufschwung kommen. In Österreich wird er mit Ihrer Steuerpolitik jedenfalls abgewürgt werden.

Es ist vielleicht ein Zufall, aber interessant: Gerade heute, an diesem Tag, an dem wir die dringliche Anfrage einbringen, haben beide Prognoseinstitute, WIFO und IHS, ihre Wirt-schaftsprognosen der Öffentlichkeit vorge-legt. Das IHS hat sogar eine Sonderrechnung gemacht, wie sich dieses Maßnahmenpaket auswirken wird. Beide Institute — und dort sitzen bei Gott genügend Leute, die Ihnen nahestehen — haben übereinstimmend ver-nichtende gesamtwirtschaftliche Auswirkun-gen berechnet. Das Wachstum wird im kom-menden Jahr durch Ihre Belastungen, Herr Bundeskanzler, um 1 Prozent niedriger sein. Der private Konsum wird durch Ihre Maßnah-

Dr. Schüssel

men um 1 bis 1,5 Prozent zurückgedreht. Die Inflation wird durch Ihr Paket um 2 Prozent ansteigen, und die Arbeitslosenzahl wird um 20 000 in die Höhe gehen. Die Zinsen werden durch die Zinsenertragsteuer weiter steigen um etwa ein halbes bis ein dreiviertel Prozent, und die Investitionen werden gebremst. Das ist deshalb besonders tragisch, weil wir ohnedies schon ein katastrophales Investitionsniveau haben: Real bei den Industrieinvestitionen wie im Jahre 1976, in der Bauwirtschaft unter dem Wert von 1972. Die industrielle Investitionsquote ist von 9 Prozent zu Beginn der sechziger Jahre auf jetzt 5,7 Prozent zurückgegangen.

Und das Wirtschaftsforschungsinstitut sagt trocken: Dieses Maßnahmenpaket bringt generell eine Dämpfung des Wirtschaftswachstums, bedeutet eine Umverteilung zum Staat, weg von den Unternehmen, weg von den Betrieben, auch weg von den privaten Haushalten.

Jetzt kommt etwas sehr Bitteres, Herr Bundeskanzler: Dieser Umverteilungsversuch belastet gewaltig die nächste Lohnrunde. Noch nie haben Steuerpolitik und Budgeterstellung so stark Einfluß genommen auf eine Lohnverhandlungsrunde mit den Gewerkschaften. Denn diese hausgemachte Kosteninflation, 2 Prozent etwa, bringt die Gewerkschaften in eine gewaltige Zwickmühle. Entweder, meine Damen und Herren von der Linken, werden die Gewerkschaften munter drauflos verlangen, daß bei den Lohnverhandlungen dieses Maßnahmenpaket eingerechnet wird, sodaß es die Arbeitnehmer nicht trifft. Das ist natürlich schon deshalb ein Witz, weil ein und derselbe Schilling nicht gleichzeitig in die leere Staatskasse und ins Lohnsackerl der Arbeitnehmer hineinfallen kann. Wenn die Gewerkschaften sich so verhalten, dann, meine Damen und Herren, gute Nacht wettbewerbsfähige österreichische Betriebe. Und die werden ohnedies schon an der Mehrwertsteuererhöhung zu würgen haben, die ja nur teilweise überwältzt werden kann. Beim Fremdenverkehr, meine Damen und Herren, schau ich mir an, ob bei diesem Kostendruck und in diesem Wettbewerb das überhaupt weitergegeben werden kann.

Oder die Gewerkschaften verhalten sich verantwortungsbewußt und halten sich vernünftigerweise im Interesse der Sicherheit der Arbeitsplätze zurück. Dann heißt das Reallohnverluste, meine Damen und Herren von der Linken, ganz trocken! Und dann sind nicht die Gewerkschaften, dann sind nicht die bösen Arbeitgeber daran schuld, sondern ein-

zig und allein diese Regierung. Das muß klar gestellt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Siebürden da eigentlich den Gewerkschaften eine ungeheure Verantwortung auf. Meine Damen und Herren von der Regierung! Sie machen es sich da sehr leicht. Sie sagen: Zuständig für die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, zuständig für die Sicherheit der Arbeitsplätze sind die Gewerkschaften. Wir werden sehen, wie die verhandeln, wobei der wirtschaftliche Spielraum längst weg ist durch mutwillige Experimente wie Urlaubsverlängerung, letzte Etappe der Arbeiterabfertigung, die jetzt mit 1984 in Kraft treten werden.

Vierte These: Dieses Paket bringt Ihnen bestenfalls eine kurzfristige Atempause. Es wirkt nur im Jahre 1984. In den kommenden Jahren – um das nur ein bißchen zu verdeutlichen – wird nämlich der Finanzschuldenaufwand, also das, was wir für Zinsen, Tilgungen bezahlen müssen, jährlich durchschnittlich um 17, 18 Prozent steigen! Bei einer Fortsetzung Ihrer Budgetpolitik heißt das, daß die Budgetausgaben jährlich mindestens um 8,5 Prozent steigen werden, das ist mehr, als das Volkseinkommen überhaupt wachsen kann. Das beweist ganz klar, daß ohne massive Einsparungen auf der Ausgabenseite das Budget niemals saniert werden kann.

Auch dieser „brutale Griff in die Taschen der Bürger“ – Holger Bauer – und es ist ein brutaler Griff, denn eine Steigerung von 2 Prozent der Steuerquote hat es in der Geschichte der Zweiten Republik noch nie gegeben; das ist ein Anstieg, der in Prozent doppelt so hoch ist wie der seinerzeit von Ihnen so sehr kritisierte Korensche Paukenschlag – bringt Ihnen bestenfalls ein Jahr Atempause. Schon 1986 wird der Anteil des Nettodefizits genau gleich hoch sein wie heuer.

Meine Damen und Herren! Es kommt noch ärger. Die gesamten Steuermehreinnahmen, die netto aus diesem Belastungspaket dem Bund bleiben, werden schon nächstes Jahr nicht ausreichen, um die zusätzlichen Ausgaben für Zinsen und Tilgungen, das sind 12 Milliarden Schilling, zu decken. Und so werden Sie auch im nächsten Jahr und in den folgenden Jahren immer wieder an die Tür der Wirtschaft und der Steuerzahler klopfen und neue Belastungspakete erfinden. Aber da wird schon vieles ausgereizt sein, wie zum Beispiel die Mehrwertsteuer.

Eines habe ich noch vergessen: Die große

Dr. Schüssel

Steuerreform 1985, von der Salcher immer wieder spricht, braucht nicht – das hat er selber gesagt – aufkommensneutral zu sein. Er erwartet sich – wörtlich – davon „einen bedeutsamen Beitrag auch für das Budget“. Na das ist eine gefährliche Drohung für den Österreicher. Das heißt nämlich, daß rund um diese Steuerreform 1985 neue gigantische Belastungen kommen werden, vielleicht die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts. Wer weiß, was Ihnen in letzter Panik dann noch alles einfallen wird.

Und auch im Sozialbereich genügt Ihnen nicht mehr die Gartenschere, sondern Sie verwenden bereits die Axt. Wir sagen Ihnen auch hier ganz trocken: Wir wissen, es nützt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir wissen genau, wie die Lage ist. Aber wir erwarten von Ihnen ein Gesamtkonzept und nicht eine scheibchenweise Demontage des Sozialnetzes in Österreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und genau das passiert jetzt: Halbierung der Freigrenzen bei den Ruhensbestimmungen, völliger Wegfall von Freigrenzen bei der vorzeitigen Alterspension. Der einzige Ansatz einer flexiblen Pension wird einfach abgeschafft. Und Sie diskutieren im Sozialministerium und in der SPÖ ja noch ganz andere Dinge: Ruhen von Pensionen zur Hälfte, wenn zwei oder mehrere zusammentreffen, inklusive Witwer- und Witwenpension, Unfallrente. Sie wollen die gesamte Beitragszeit durchrechnen, Sie wollen Familienleistungen kürzen, Ersatzzeiten streichen, halbieren. All das ist in Ihren Papieren drinnen.

Man kann mit uns sicherlich über alles reden, Herr Bundeskanzler, und die Bevölkerung kennt genau die Bedeutung des Wörtchens „Verzicht“, viel besser vielleicht als manche bei Ihnen. Aber ein solches Konzept muß sinnvoll sein, sozial ausgewogen und durchdacht, und es muß das Gefühl da sein, daß es diese Regierung ehrlich meint, und nicht der Eindruck, daß hier scheibchenweise demontiert wird.

Das ist ja nur der erste Schritt, und viele werden folgen. Und da können wir nicht mitgehen, meine Damen und Herren von der Koalition.

Fünfte These: Ich zitiere jetzt Vizekanzler Steger wörtlich aus der „Wiener Zeitung“: Besonderen Wert legte Steger auf die Feststellung, daß das Budget 1984 – und jetzt halten Sie sich wirklich fest! – „erstmal seit Jahren den Klein- und Mittelbetrieben wieder

Hoffnung gebe und vor allem eine Stärkung des betrieblichen Eigenkapitals ermögliche“.

Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, daß in diesem Paket auch etwas an steuerlichen Erleichterungen für die Wirtschaft drinnen ist. Ich bin der letzte, der das nicht anerkennt. Das sind zum Teil uralte Forderungen der Wirtschaft. Da waren wir vom Wirtschaftsbund, von der Bundeskammer, von der ÖVP schon x-mal vorstellig. Jetzt ist einiges drinnen, 2 Milliarden Schilling wert für das kommende Jahr. Das ist die eine Seite der Medaille. Aber die andere Seite der Medaille sollten Sie auch erwähnen, daß dem nämlich gewaltige Belastungen der Wirtschaft gegenüberstehen, die Sie nie erwähnen, weder Sie, Herr Staatssekretär, noch der Herr Vizekanzler, der hier Hoffnungsbilder vorgaukelt.

Ich darf Ihnen vorrechnen, was hier an Belastungen auf uns zukommt: Höhere Sozialversicherungsbeiträge, Arbeitslosenversicherung – Arbeitgeberanteil, Einrechnung des 14. Bezugs et cetera – 1,8 Milliarden Schilling.

Höhere Gebühren bei Bahn und Post, soweit sie die Wirtschaft treffen – 1,2 Milliarden Schilling.

Höhere Steuern, die rein die Wirtschaft treffen, darunter Straßenverkehrsbeitrag, jener Teil der Kfz-Steuer, der die Betriebe trifft – 1,8 Milliarden Schilling.

Dazu kommen Arbeiterabfertigung, letzte Etappe – 1 Milliarde, Verlängerung des Mindesturlaubs, erste Etappe – 2,7 Milliarden.

Mangelnde Überwälzbarkeit der Mehrwertsteuer. Das WIFO rechnet damit, daß die Mehrwertsteuer vielleicht mit 75 Prozent überwälzt werden kann. Das IHS sagt sogar, nur 70 Prozent. Das bedeutet, daß der Rest von den Gewinnen der Betriebe aufgefangen werden muß. Das ist eine Belastung von 3,7 Milliarden.

Höherer Beitrag für die Selbständigen in der eigenen Pensionsversicherung – eine Viertelmilliarde.

Erhöhung des Zinsniveaus für die kreditnehmende Wirtschaft – 1,2 Milliarden.

Zusammen eine zusätzliche Belastung von 14 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Das nennen Sie Hoffnungsschimmer? Das ist für mich das

Dr. Schüssel

krasse Mißverhältnis von 14 zu 2. Das ist ein besonderes Beispiel von Zynismus, jemandem 2 000 S hinzuhalten, ihm mit der anderen Hand 14 000 S wegzunehmen und ihm strahlend zu versichern, daß das der erste Hoffnungsschimmer seit Jahren sei. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sechste These: Sparen bleibt für Sie ein Fremdwort. Die Budgetsanierung wurde von der Koalition als die wirkliche Bewährungsprobe bezeichnet. Während alle Länder von Belgien bis Dänemark, von Italien bis Deutschland und Frankreich Sparprogramme beschlossen haben, sind die Mitglieder dieser Regierung aber allein schon beim Gedanken daran zutiefst verstört. Diese Regierung ist so wenig belastbar, daß sie sich einfach dazu entschlossen hat, nicht selbst zu sparen, sondern den Steuerzahler zur Kasse zu bitten, nach dem alten Wort von Milton Friedman, es gebe vier Arten, Geld auszugeben: Man gibt sein Geld für sich aus, dabei ist man besonders sparsam. Man gibt sein Geld für andere aus, da werden die Menschen schon großzügiger. Man gibt fremdes Geld für sich aus, da fallen die meisten Schranken. Man gibt Fremder Geld für andere aus, da gibt es dann kein Halten. Und das ist Ihr Rezept, meine Damen und Herren von der Linken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und so gesehen, ist das Belastungspaket eine schwere Enttäuschung. Holger Bauer, offensichtlich einer der Ehrlichsten in dieser Regierung, hat selber bei der Vorstellung erklärt, die Höhe der Einsparungen sei aus dem vorgelegten Papier nicht klar ersichtlich. Aber natürlich ist klar ersichtlich, was hier gespart wurde. Die Sparanstrengungen sind nur so mikroskopisch klein, daß man ganz genau hinschauen muß, um sie auch wirklich zu erkennen. Unser Wirtschaftssprecher Robert Graf hat nachgewiesen, daß Sie nicht im Verhältnis 2 zu 1, Belastung zu Sparen, vorgegangen sind, sondern daß Sie 30 Milliarden Schilling Belastungen planen und nur 2 Milliarden einsparen wollen.

Das meiste, was Sie als Sparkonzept bezeichnen, ist in Wirklichkeit ganz etwas anderes. Die 3 bis 4 Milliarden Schilling in der Sozialversicherung — da wird nichts gespart. Das ist eine reine Umschichtung, die wenige Jahre später wieder auf den Kopf fällt. Sie haben den Entgeltfortzahlungs-Erstattungsfonds beim Hauptverband einfach um eine halbe Milliarde Schilling enteignet, reine Arbeitgebergelder abgezweigt und dem Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungen zugewiesen. Sie haben die Reserven der Unfallversicherung, reine Arbeitgebergelder,

um 400 Millionen Schilling enteignet. Nichts gespart!

Wenn Sie davon reden, daß der Familienlastenausgleich entlastet wird, dann ist das reine Kosmetik. Sie weisen jetzt halt einige Steuern dem Fonds direkt zu und nicht über das Budget. Wenn Sie so wollen, so ist das, was hier als Sparen bezeichnet wird, in Wahrheit ein Einnahmenentfall für den Bund in der Größenordnung von 2,8 Milliarden Schilling.

Die Streichung von Steuerbegünstigungen für Ledige, Mitgift, außereheliche Kinder, ja, meine Damen und Herren, das sind Steuererhöhungen. Das sind doch keine Sparanstrengungen.

Ein Detail, ganz klein, aber sehr bezeichnend im Sparkonzept: Haus- und Grundstücksankäufe werden für diplomatische Vertretungen zurückgestellt. Klingt sehr gut. Zum gleichen Thema steht in den Erläuternden Bemerkungen zum Budgetvoranschlag 1983: „Da im Ausland die Mieten exorbitant gestiegen sind, ist es mittelfristig wirtschaftlicher, die Unterbringung der Vertretungsbehörden in bundeseigenen Gebäuden zu forcieren.“

Was Sie da jetzt als Sparen bezeichnen, ist mittelfristig eigentlich sogar eine Mehrausgabe. Eine Verhöhnung der Bürger, hat Ronald Barazon in den „Salzburger Nachrichten“ es genannt — und ich unterstreiche das voll —, ist der Fall der 30 S Wohnbeihilfe, einer der größten Brocken Ihres Sparkonzepts. Sie sparen etwas ein? Die Betriebe zahlen weiter eine Kopfsteuer, nur die Arbeitnehmer sehen nichts davon. Der Bund nimmt alles für sich.

Wir haben Mut, Entschlossenheit und Planmäßigkeit bewiesen, sagte der Bundeskanzler Sinowatz. Haben Sie nicht, Herr Bundeskanzler! Haben Sie nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)* Natürlich könnte man vieles machen. Wo steht geschrieben, daß der Staat alles tun muß? Eine Wien-Film — 350 Millionen Verlust. Ein eigenes Verkehrsbüro — 300 Millionen Sanierungsbedarf. Wo steht geschrieben, daß die DDSG ein eigenes gigantisches Bürogebäude braucht, aber kein Geld hat, um ein gewinnbringendes Ausflugsschiff anzukaufen, das noch dazu die Werft auslasten würde.

Und natürlich steht nach wie vor unser Sparkonzept zur Diskussion, das wir vor der Wahl vorgelegt haben. Kein radikaler Budgetschnitt, aber ein konsequentes mehrjähriges

Dr. Schüssel

Konzept, um einerseits das Budget zu sanieren und andererseits eine wirtschaftliche Vorwärtsstrategie zu entwickeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das Zauberwort, wenn Sie so wollen, heißt Umschichten! 3 Prozent der Gesamtausgaben so umschichten, daß zwei Drittel eingesetzt werden für wirtschaftsfördernde Maßnahmen, Investitionen, Wirtschaftsbelebung et cetera, ein Drittel, also ein Prozent der Gesamtausgaben, eingespart werden durch vorzeitiges Rückzahlen der Staatsschuld.

Meine Damen und Herren! Wer sagt, daß bei Ausgaben von 400 Milliarden Schilling nicht einmal 1 Prozent eingespart werden soll, der soll den Hut nehmen, der hat in einer österreichischen Regierung nichts verloren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Da gibt es noch ein großes Mißverständnis beim Wort „Sparen“. Sparen heißt zuallererst für uns, die Ausgabenzuwächse zu reduzieren. Nehmen Sie an, die Einnahmen würden gleich stark steigen wie das Bruttoinlandsprodukt und es gelänge Ihnen, die Ausgaben um 1, 1½ Prozent schwächer auszuweiten – nicht zu kürzen, schwächer auszuweiten –, dann wäre in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre das Defizit bereits geringer als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre.

Aber auch das muß eine Regierung wollen und das muß sie dann konsequent mehrere Jahre durchhalten, sonst geht es nicht.

Johann Nestroy hat im Revolutionsjahr 1848 im Stück „Die Anverwandten“ – es dürfte sich um ein Koalitionsleitmotiv handeln – folgendes geschrieben:

„Weh dem, der heutzutage zum Mittelstand gehört, denn das ist der eigentlich Gebrandschatzte. Der Arme, der nichts hat, der behält das Seinige, und der ganz Reiche, der tut sich nicht weh.“

Meine Damen und Herren von der Koalition! Johann Nestroy hat offensichtlich damit das Motto Ihrer Regierungsarbeit beschrieben.

Österreich kann sich und die Österreicher können sich in den kommenden vier Jahren auf einiges gefaßt machen, und das Belastungspaket, das uns vorliegt, ist der erste schwerste Paukenschlag dazu. *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)* ^{14.32}

Präsident Dr. Stix: Zur Beantwortung der

Anfrage hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz gemeldet.

^{14.32}

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich, ehe ich auf die konkreten Fragestellungen antworte, doch einiges zur dringlichen Anfrage an sich und zur Begründung dieser dringlichen Anfrage durch Herrn Abgeordneten Schüssel bemerke.

Das war eine Rede mit sehr harten Argumenten, mit Argumenten, die auch mich bisweilen getroffen haben, eine Rede mit intellektuellem Gehalt – das gebe ich gerne zu. Aber eben weil ich die Intellektualität des Herrn Abgeordneten Schüssel so hoch einschätze, wird er mir erlauben, daß ich mich auch mit der Frage auseinandersetze, ob es eine gute Oppositionsrede gewesen ist, die er hier gehalten hat, von welcher Qualität sie war. *(Abg. Kraft: Das sind Ihre Sorgen?)* Sehen Sie, Sie wollen offensichtlich nicht diese geistige Auseinandersetzung. Sie wollen nur das Klischee haben und Sie wollen nur diese simplen Denkmuster hier bereden und Sie wollen gar nicht die geistige Auseinandersetzung. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Vetter: Oberlehrer spielen!)*

Es war zweifellos eine Analyse dieses Maßnahmenpakets, eine interessante Analyse. Aber es war eine Analyse von einem rein negativen Standpunkt. Das ist sicher die Aufgabe der Opposition, die negative Seite der Politik in den Vordergrund zu stellen. Ich frage mich aber wirklich, ob es im Zusammenhang mit einem Problem, wie es die mittelfristige Budgetkonsolidierung in unserer Zeit darstellt, genügt, nur von Belastungen zu reden, und es nicht auch notwendig ist, alle anderen Fragen, Probleme, alle anderen Schwierigkeiten, alle anderen Eventualitäten und Herausforderungen zu nennen und darüber zu reden.

Genügt es wirklich, daß man dabei bleibt, daß man das Ganze als Belastungspaket abtut *(Abg. Graf: Herr Bundeskanzler! Nicht abtun, ablehnen tun wir das!)*, um damit eine Etikette gewissermaßen für die Propaganda der nächsten Monate zu finden, oder ist es nicht notwendig und ist es nicht richtig, daß wir uns über die Gesamtheit dieser ganzen Problematik unterhalten und uns darüber aussprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und zwar deswegen, meine ich, sollten wir in dieser Form darüber reden, weil wir doch alle wissen, daß es in der Zeit, in der wir Poli-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

tik zu machen haben, so schwierig geworden ist, in dieser Welt den richtigen Weg zu finden.

Wir sind eben heute in einer Zeit, vier Jahre Rezession, in der es in der ganzen Welt bitte die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gibt. Wir sind gleichzeitig in einer Zeit eines ungeheuren Strukturwandels, der uns zweifellos in den nächsten Jahren viel zu schaffen machen wird, und gleichzeitig in einer Zeit, in der viele junge Menschen andere Lebensvorstellungen entwickeln, als das bisher der Fall gewesen ist. Es ist eine Zeit mit riesigen Gefahren und eine Zeit mit großen Chancen unter Umständen, wenn wir die Aufgaben bewältigen. Und es genügt nach meinem Dafürhalten nicht, bloß ein negatives Problembewußtsein in der Zeit zu schaffen, ohne daß wir nicht auch eine konstruktive Alternative für eine Problemlösung andeuten. Und das hat mir bei der Rede des Herrn Abgeordneten Schüssel überhaupt gefehlt, weil es überhaupt keinen Ansatz für eine Alternative in der Zeit gibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Noch einiges dazu wieder deswegen, weil ich die Intellektualität des Herrn Abgeordneten Schüssel schon aus der Zeit, als wir uns über Bildungspolitik auseinandergesetzt haben, so schätze. Gestatten Sie mir noch eine grundsätzliche Bemerkung dazu.

Ich habe das Gefühl, daß eine große Gefahr in unserer Zeit darin besteht, daß wir dazu neigen, wirtschaftspolitische Entwicklungen in einem Maße zu dramatisieren, daß wir den realen Bezug zu den Aufgaben nicht mehr finden, die es heute gibt. Das verunsichert die Menschen und das verunsichert bitte auch die Wirtschaft nach meinem Dafürhalten.

Und noch eines: Ich habe das Gefühl, daß das auch jeden Optimismus in Frage stellt, der notwendig ist, um in einer Zeitwende, in einem Strukturwandel, in einer Veränderung der wirtschaftlichen Bedingnisse mit den Problemen fertig zu werden. Das soll nicht heißen, daß nicht Kritik geübt werden soll, meine Damen und Herren. Ganz im Gegenteil: Ich glaube, daß das notwendig ist, und ich bin überzeugt davon, daß wir diese Aussprache hier im Parlament notwendig haben. Sie ist richtig.

Nur bitte ich zu bedenken, daß dabei auch Gefahren damit verbunden sind. Die Verunsicherung, die Angst in der Gesellschaft, das bringt nämlich so leicht die Illusion, als ob es in dieser Zeit perfekte Lösungen gebe, sozusa-

gen Lösungen, die auf allen Gebieten hundertprozentig sein können.

Uns ist völlig klar, Herr Abgeordneter Schüssel, meine Damen und Herren, daß Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung auf der anderen Seite Schwierigkeiten mit sich bringen, auf der anderen Seite Belastungen bedeuten. Das wissen wir. Aber Patentrezepte gibt es nicht, sondern wir müssen dabei vieles auf uns nehmen, um das große Ziel der Erhaltung dieser guten Politik, die wir in den letzten Jahrzehnten für Österreich gemacht haben, in den nächsten Jahrzehnten für Österreich auch weiterverfolgen zu können. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ihre Zwischenrufe zeigen mir noch einmal, daß Sie gar nicht über die Kompliziertheit des Problems nachdenken wollen, sondern daß Sie bei diesen simplen Denkmustern bleiben möchten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich sage Ihnen aber eines: daß die Politik erschwert werden wird dadurch, wenn wir in einer Zeit einer zunehmenden Kompliziertheit sozusagen nicht bereit sind, das den Menschen zu sagen, und ich stehe dazu, allen Österreicherinnen und Österreichern zu sagen, daß das, was heute zu tun ist, kompliziert ist, schwierig ist, schwer durchschaubar ist, daß wir dabei Opfer verlangen müssen, daß wir dabei vieles tun müssen, das manchem nicht gefällt, aber daß das die Voraussetzung ist dafür, daß wir mit den Problemen von morgen und übermorgen fertig werden können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich weiß schon, daß diese Kompliziertheit und all das, was sozusagen dazu verführt, in sehr, sehr einfachen Gedankengängen etwas darzustellen, auch eine Verführung für eine Politik des Populismus ist.

Ich sage Ihnen, daß das eine große Gefahr ist, und ich sage Ihnen noch einmal, daß dieser Populismus mir auch in der eigenartigen Abfolge parlamentarischer Sitzungen bewußt wird. Da haben Sie uns vor einigen Monaten im Sommer zu einer Sondersitzung des Parlaments zusammengerufen und uns sodann aufmerksam gemacht auf die Gefährlichkeit des Budgetdefizits. Und heute bringen Sie eine dringliche Anfrage ein, weil wir mit der Budgetkonsolidierung die ersten Schritte in die Richtung gesetzt haben, daß das Budgetdefizit nicht ausufern kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und noch eines dazu. Es ist sicherlich nicht leicht gewesen, die Vorarbeiten für das Bud-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

get 1984 zu leisten; ich gebe gerne zu, daß das nicht leicht gewesen ist. Sie haben ja selbst gesagt, das ist die Gretchenfrage für die Koalition, die sich stellen wird. Sie haben daran gezweifelt, ob es uns möglich sein wird, in dieser Situation ein Budget für das nächste Jahr vorzubereiten. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Ein vernünftiges Budget!*)

Ich kann heute sagen: Ja, dieses Budget steht, wir halten das Budget, wie es jetzt vorbereitet wird, für richtig für das nächste Jahr und für die nächsten Jahre. In diesem Budget ist das enthalten, was Sie immer von uns verlangt haben und was heute in diesem Bericht vom Wirtschaftsforschungsinstitut als Titel gewählt ist, nämlich: „Budgetkonsolidierung erhält Vorrang“. Das ist die Politik, die wir jetzt machen und die Sie von uns verlangt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte überhaupt davor warnen, meine Damen und Herren, das Budget ausschließlich unter dem Aspekt der Einsparungen und Einnahmensteigerungen zu sehen. Wir werden mit diesem Budget 1984 einen Schritt setzen, der es uns nicht nur kurzfristig, sondern wirklich auf mittlere Frist ermöglicht, den Handlungsspielraum zu erhalten und damit auch die Handlungsfähigkeit weiter fortzusetzen.

Dieser Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts, der heute schon zitiert wurde vom Herrn Abgeordneten Schüssel, hat folgende Passage – ich zitiere –: Die wirtschaftspolitische Beurteilung dieser Maßnahmen kann sich nicht auf die kurzfristigen und konjunkturellen Wirkungen beschränken, wie dies in der Konjunkturprognose, wie das gesagt wurde, der Fall ist. Struktur- und budgetpolitische Akzente entfalten ihre volle Wirksamkeit voraussichtlich erst in einem mittelfristigen Zeitraum. – Das wollten wir damit, genau das wollen wir mit dem Budget 1984 erreichen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Noch eines: Das Budget und überhaupt die Budgetpolitik hat nicht nur eine konjunkturpolitische und eine wachstumspolitische Bedeutung. Im Grunde genommen stellt dieses Budget für 1984, wie überhaupt jedes Budget, den Rahmen für die Erhaltung unseres gesamten gesellschaftlichen Systems dar. Das geht von der Verwaltung, die von Ihnen immer als Bürokratie abgetan wird, die aber in einem modernen Staat am Ende des Jahrhunderts von einer ungeheuren Servicebedeutung für das Leben der Menschen ist, bis hin zur Investitionstätigkeit, die der Staat entfaltet und die für die Wirtschaft von so großer

Bedeutung ist. Das reicht von der Verbesserung der Infrastruktur – im letzten Jahrzehnt ist wahrhaftig in Österreich die Infrastruktur in einer ungeheuren Weise, wie das nie zuvor der Fall gewesen ist, verbessert worden (*Beifall bei der SPÖ.*) – bis hin zum sozialen Ausgleich, der auch eine Grundlage dafür ist, daß heute Österreich ein so hohes Ansehen in der ganzen Welt genießt. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Ohne den Staatshaushalt wäre die Existenz einiger Wirtschaftssektoren wie zum Beispiel jener der Landwirtschaft heute überhaupt nicht mehr denkbar. Auch das muß einmal klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden: Wenn es um Belastungen geht, wenn es um Steuererhöhungen geht, wenn es um Einschränkungen geht, dann geschieht das letzten Endes deswegen, damit dieses System, dieses Gesellschaftssystem und dieses Lebenssystem von heute, optimal gestaltet werden kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe am Montag und am Dienstag in Amerika am Rande der UNO mit einigen Ministerpräsidenten gesprochen. Ich weiß schon, daß diese Gespräche immer sehr kurz sein müssen. Aber eines ist mir wieder klar geworden bei diesen Gesprächen: daß Österreich im internationalen Vergleich eine ganz ausgezeichnete Position einnimmt und daß wir weitaus bessere Ausgangspositionen haben, als das sonstwo der Fall ist.

Wir haben eben in diesen zehn Jahren ein jährliches Wirtschaftswachstum pro Kopf von etwa 2,5 Prozent gehabt. Das ist viel mehr als überall sonst in der Welt.

Wir haben die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft unerhört stärken können. Es spricht für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, daß wir, gemessen am Export aller westlichen Industrieländer, unseren Marktanteil in diesem Zeitraum um 4 Prozent erhöhen konnten.

Und die österreichische Leistungsbilanz ist nun bereits im zweiten Jahr aktiv. Ich weiß aus diesen Gesprächen von vorgestern und vorgestern, wie sehr diese Sorge bei einigen Staaten heute vorherrscht. (*Abg. Dr. Graf: Und deswegen waren Sie in Amerika? So wichtig waren diese Gespräche?*)

Herr Abgeordneter! Ja, so wichtig waren diese Gespräche, weil sie zeigen, daß wir unter einer anderen Voraussetzung an die Lösung der Fragen von morgen herangehen können. Das zu sagen ist notwendig, damit

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

wir den richtigen geistigen Standort für diese Arbeit finden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir können damit die Politik des harten Schillings fortsetzen.

Hinsichtlich der Beschäftigungssituation ist es gar keine Frage, daß wir gewaltige Sorgen haben, daß wir uns Gedanken machen darüber, daß die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren absolut gestiegen ist. Aber unsere Arbeitslosenrate, die wir heute haben, ist immer noch weit, weit geringer als in anderen Ländern. Wir werden uns bemühen müssen, diesen Abstand zu den anderen Ländern auch in den nächsten Jahren halten zu können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte die Situation nicht beschönigen, meine Damen und Herren. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir wahrhaftig schwierige Aufgaben haben und daß große Probleme vor uns stehen, die uns herausfordern werden, unsere ganze Kraft und unsere ganze Intellektualität einzusetzen, um damit fertig zu werden.

Aber unsere Wirtschaft, das sage ich ganz besonders Ihnen, Herr Abgeordneter Schüssel, ist viel stärker — Sie wissen es! —, als die Wirtschaft vor eineinhalb Jahrzehnten gewesen ist, und steht in keinem Vergleich zu der Wirtschaft Österreichs in dieser klassischen Wirtschaftskrise der zwanziger und dreißiger Jahre.

Sie haben die Regierungserklärung und den Koalitionspakt erwähnt. Mag sein, daß in einzelnen Passagen manches geändert werden mußte, das gebe ich gerne zu. Aber wir haben in der Regierungserklärung und im Koalitionspakt alles das, was jetzt geschehen ist, praktisch vorher den Österreichern gesagt und haben wirklich planmäßig und wirklich mutig mit dieser Budgeterstellung für 1984 dem Rechnung getragen, was wir damals gesagt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber bitte vergessen Sie nicht, daß sich tatsächlich die Rahmenbedingungen für unsere Politik und für die Wirtschaft in Österreich in den achtziger Jahren gewaltig verändert haben. Ich sagte schon: Wir befinden uns in einer vierjährigen Rezession, das Volumen des Welthandels ist 1982 zum drittenmal in der Nachkriegsgeschichte gesunken, und auch im heurigen Jahr ist keine Besserung zu erwarten.

Drei Jahre gibt es kein nennenswertes Wirtschaftswachstum in den wichtigsten Staaten, und die Zahl der Arbeitslosen — ich

wiederhole es — hat sich in den Industriestaaten auf 33 Millionen Menschen erhöht, das sind um 3 Millionen mehr als noch vor Jahresfrist. Und Ende 1984 werden es nach einer Prognose sogar mehr als 35 Millionen Menschen sein.

Bildlich gesprochen handelt es sich dabei gar nicht mehr nur um eine Wetterverschlechterung, sondern offensichtlich um eine tiefgreifende Klimaänderung, mit der wir zu rechnen haben.

Österreich ist durch seine internationalen Verbindungen natürlich sehr stark mit diesem Geschehen in der Weltwirtschaft verbunden. Das ist überhaupt keine Frage. Wir haben — das gebe ich auch gerne zu — die Krise im letzten Jahrzehnt — denn seit 1975 haben wir eigentlich diese Krise in der Welt — über den Bundeshaushalt bekämpft. Wir haben sie auch erfolgreich bekämpft, wie ich vorhin gesagt habe, und daher, ohne zu dramatisieren, das Budgetdefizit und die Staatsschulden. *(Abg. Dr. Mock: Da hat dann der Salcher nicht recht!)*

In dieser Situation ist eine raschere Erhöhung der Staatsschuld nicht hinzunehmen. Wir haben daher alles getan, um hier eine Verbesserung der Situation einzuleiten. Wir haben dabei einen mittleren Kurs gewählt. Wir glauben, daß die beschäftigungspolitischen und wirtschaftsfördernden Maßnahmen, die wir gesetzt haben, richtig sind. Wir haben eine Budgetpolitik der scharfen Restriktion vermieden, weil damit wieder große volkswirtschaftliche Kosten in der Form von Arbeitslosigkeit und Produktionsausfällen verbunden gewesen wären. Wir haben uns letzten Endes — ich sagte es schon — zu dieser Budgetpolitik entschlossen, um mittelfristig den notwendigen Spielraum für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu sichern.

Meine Damen und Herren! Ein Wort noch zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schüssel. Natürlich ist es so, daß auch wir über die Probleme in Zusammenhang mit den indirekten Steuern nachdenken. Es ist nicht so, daß das für uns von vornherein etwas ist, mit dem wir zufrieden sind. Aber als Lassalle diesen Satz gesagt hat, Herr Abgeordneter Schüssel, da gab es soziale Zustände, die mit den heutigen sozialen Zuständen eben nicht zu vergleichen sind. Da war dieser Staat jedenfalls nicht ein Staat wie heute, von dem wir sagen, daß dieser Staat unser aller Staat geworden ist und daß wir daher alle dafür

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

letztlich Verantwortung tragen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Und weil wir das Ganze sehen, Herr Abgeordneter Schüssel, und weil wir bei dieser Arbeit für das Maßnahmenpaket keineswegs nur an Belastungen gedacht haben, haben wir uns überlegt — und das hätten Sie eigentlich in Ihrer Eigenschaft als Vertreter der Wirtschaft sagen sollen —, daß zum Beispiel die Mehrwertsteuer eine Steuer ist, die dazu beiträgt, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und uns in der Exportwirtschaft gute Verhältnisse zu schaffen. Auch das muß hier offen ausgesprochen werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Und noch eines, wieder um das Ganze zu sehen. In der Begründung der Anfrage sind eine Reihe von Belastungswellen angeführt. Fast jedes Jahr hat es nach Ihrer Vorstellung eine Belastungswelle gegeben.

Jetzt frage ich mich: Wieso ist es dann möglich gewesen seit 1970, daß das Einkommen der Österreicher real um über 60 Prozent gestiegen ist, wenn es so viele Belastungswellen gegeben hat? *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Und wieso ist es möglich, wenn es nur Belastungswellen gegeben hat, daß wir 500 Milliarden Schilling zur Verbesserung der Infrastruktur in Österreich ausgegeben haben, vom Schulbau bis zum Spitalbau, von der Wirtschaftsförderung bis zu den Fragen der Seenreinhaltung und den anderen Aufgaben?

Und noch eines: Wieso ist es dann möglich gewesen bei diesen vielen Belastungswellen, Herr Abgeordneter Schüssel, daß die Wirtschaftskraft in Österreich so gestiegen ist und daß sich die Wirtschaft in Österreich so entwickeln konnte, wie wir das heute, fünfzehn Jahre später etwa, sagen können? *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Noch einmal: Wir wollen den Menschen bewußt nicht die Illusion vermitteln, daß diese gewaltigen budgetpolitischen Maßnahmen ohne Opfer zu verwirklichen sind. *(Abg. Steinbauer: Opfern Sie den Salcher!)* Ich muß sagen: Jawohl, dieses Budget, das wir erstellen, kann kein Geschenk sein, aber es ist ein Programm für die nächsten Jahre. Es ist die Gewißheit für die Österreicher, daß wir die Probleme bewältigen werden, die auf uns zukommen, und daß wir damit die Voraussetzung schaffen und die Grundlage, daß es auch in

Zukunft in Österreich ein hohes Maß an Arbeit, an Lebensstandard und sozialer Sicherheit geben wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich beantworte die mir gestellten Fragen wie folgt:

Ad 1: Es hängt weitgehend von der konjunkturellen Entwicklung ab, wieweit sich Steuererhöhungen, etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze, tatsächlich auf das inländische Preisniveau niederschlagen werden. Das Wirtschaftsforschungsinstitut rechnet mit einem Preisanstieg für das Jahr 1984 von 5,3 Prozent. Damit wird Österreich auch im nächsten Jahr weiterhin unter den preisstabilsten Ländern liegen.

Ad 2: Die Bundesregierung hat in dem in der Sondersitzung des Ministerrates am 16. September 1983 beschlossenen Paket eine Reihe von wirtschaftsfördernden Maßnahmen gesetzt, um auf diese Weise restriktiven Auswirkungen der Budgetkonsolidierung entgegenzutreten.

Ad 3: Wie bereits in der Frage 2 ausgeführt, erwartet die Bundesregierung, daß von den wirtschaftsfördernden Maßnahmen Wachstums- und Beschäftigungseffekte ausgehen, die dafür sorgen werden, daß Österreich auch weiterhin im internationalen Vergleich einen relativ niedrigen Arbeitslosensockel aufweisen wird. Das Wirtschaftsforschungsinstitut rechnet mit einer Arbeitslosenrate von 5,5 Prozent.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß: Jawohl, ich glaube, wir sind mit Mut an die Arbeit gegangen. Die Koalition war imstande, mit entschlossener Arbeit die Vorarbeiten für das Budget zu erstellen, und wir haben diese Arbeit planmäßig geleistet. *(Lang anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Vetter: Der Schüssel war besser!)* 14.58

Präsident Dr. Stix: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß der Geschäftsordnung kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

14.58

Abgeordneter Dipl.-Ing. Riegler (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe vorgehabt, in der Debatte zu dieser dringlichen Anfrage auch positiv anzuerkennen, was an einer realistischeren Einschät-

Dipl.-Ing. Riegler

zung der Situation seitens der Bundesregierung erkennbar war. Ich glaube, daß mein Kollege Dr. Schüssel mit seinem Beitrag in einer sehr differenzierten Darstellung die Grundlage für eine sachliche Diskussion geboten hat. Ihre Beantwortung, Herr Bundeskanzler, hat aber eine solche sachliche Debatte sehr erschwert. *(Bewegung bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es ist hier das andere Gesicht des Herrn Dr. Sinowatz sichtbar geworden. *(Abg. Wille: Geh bitte!)* Ich sage Ihnen offen, Herr Bundeskanzler: So wird es nicht gehen, daß Sie hier schulmeistern und der Opposition vorschreiben, wie sie hier zu argumentieren hat. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Herr Kollege Riegler! Sie sind gut beraten, wenn Sie die Leistungen anerkennen!)*

Herr Bundeskanzler! Die Opposition hat die parlamentarische Aufgabe, die Regierungspolitik kritisch zu betrachten. Wir lassen uns von Ihnen nicht vorschreiben, in welcher Art wir uns hier mit Ihnen auseinanderzusetzen haben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und, Herr Bundeskanzler, wenn Sie aus guten Gründen, weil die Probleme groß genug sind — verstaatlichte Industrie —, sagen, Sie wollen sachliche Gespräche, dann muß ich Ihnen sagen: Ihre Art, hier die Oppositionspartei abzukanzeln, schafft nicht die Voraussetzung, solche sachlichen Gespräche zu verbessern. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Braun: Das ist eine Drohung!)* Eine Feststellung, meine Damen und Herren, eine reine Feststellung! *(Abg. Braun: Ich bin neugierig, ob Sie das bei der Landwirtschaft auch so handhaben!)*

Herr Bundeskanzler! Die Österreichische Volkspartei hat nicht erst in diesen Wochen und Tagen, sondern schon Jahre hindurch konstruktive Alternativen vorgelegt. Sie haben es in einer Überheblichkeit sondergleichen ignoriert. Ich nenne nur einige Beispiele:

Unter Parteiobmann Dr. Taus im Jahr 1978 der Versuch, ein gemeinsames Energiekonzept zu erstellen. Damals von Ihrem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden dazu gesagt: Wozu brauchen wir die ÖVP?

1978: Konzept zur positiven Entwicklung der verstaatlichten Betriebe, ist vom Tisch gewischt worden.

Alle Ansätze zur Entwicklung eines langfristigen Budgetkonzepts, etwa unseres Klub-

obmannes Dr. Stefan Koren, rechtzeitig aufgezeigt, und heute bewahrheitet sich alles, was er damals gesagt hat, sind ignoriert worden. Und dann kommen Sie bitte nicht her und sagen, hier würde nur negativ argumentiert.

Sie von der Sozialistischen Partei haben 13 Jahre allein regiert. Sie haben gesagt, Sie würden die Probleme abschotten vor den österreichischen Grenzen. Nichts ist abgeschottet worden, sondern Sie haben eine Scheinwelt gepflegt auf Kosten der Zukunft, auf Kosten des Ausverkaufes unserer Staatsfinanzen.

Wenn Sie heuer im Frühjahr nach der Nationalratswahl trotz eines deutlichen Signals des Wählers der Auffassung waren, die Österreichische Volkspartei soll aus der Regierungsverantwortung ausgeschlossen bleiben — ist Ihr gutes Recht, Ihre politische Entscheidung —, wenn Sie glauben, daß es richtiger ist, in der Situation Österreichs eine Regierungsbasis zu haben, die eine große und starke politische Kraft nicht einbindet, ist das Ihre Sache. Wir waren der Auffassung, daß es vernünftiger wäre, möglichst alle Kräfte einzubinden, weil es darum geht, zukunftssträchtige Entscheidungen auch gemeinsam zu verantworten. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie heute gesagt haben, die Österreicher werden vieles auf sich zu nehmen haben, das stimmt. Aber sie haben vieles auf sich zu nehmen, weil sie die Folgen einer falschen Politik unter der Führung Dr. Kreiskys jetzt auszubaden haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und das ist es ja in der Tat: Das Erbe Kreisky-Androsch, fortgesetzt jetzt durch Salcher, wird voll sichtbar. Die rot-blaue Koalition hat keinen anderen Ausweg gewußt, als wie Ihr Staatssekretär Dr. Bauer es genannt hat: Den brutalen Zugriff auf die Tasche des Österreichers.

Das Erbe ist meines Erachtens deshalb so schlimm ausgefallen, weil eben jahrelang trotz aller Warnungen ein falscher Kurs fortgesetzt wurde.

Sie haben immer gesagt, in Österreich ist es so viel besser als im Ausland. Tatsächlich aber — und viele unserer Debattenredner haben das immer wieder aufgezeigt — haben wir sehr ähnliche Probleme wie alle westlichen Industriestaaten, ähnliche Probleme, nur sind sie zum Teil durch das Aufbauen

Dipl.-Ing. Riegler

einer Scheinwelt beiseitegeschoben worden. Die Scheinwelt des Dr. Kreisky mußte aufrechterhalten bleiben.

Ich erinnere mich an die Reden des Klubobmannes Dr. Fischer, die er hier jahrelang gehalten hat, wo genau dieses Rezept immer wieder abgespult wurde. (*Abg. Wille: Mir scheint, das sind die hohen Subventionen da und dort! Darüber denken Sie einmal nach!*)

Man hat es vermieden, Herr Klubobmann Wille, rechtzeitige Entscheidungen für zukunftsfruchtige Entwicklungen einzuleiten.

Meine Damen und Herren! Ich habe nur 20 Minuten, ich kann hier nicht auf lange Zwischenrufe eingehen. Der Grundfehler — und den werden wir immer wieder aufzeigen, weil Sie genau in diesem Fehler bleiben — ist die Spirale Verschwendung ... (*Zwischenruf bei der SPÖ: Die Landwirtschaft!*)

Die Landwirtschaft war nicht die Ursache. Die Verschwendung von Steuergeldern ist die Ursache, die Folge ist die Belastung der Steuerzahler. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Verschwendung, Belastung, Auszehrung der Betriebe, ob privat oder verstaatlicht, und letztlich dadurch die Gefährdung der Arbeitsplätze. Das ist der falsche Weg, den Sie wirtschaftspolitisch gegangen sind und, wie wir jetzt sehen, gerade durch dieses Belastungspaket, auch weiterhin gehen werden. Darum kritisieren wir das, darum halten wir die Auseinandersetzung darüber für notwendig im Interesse der Österreicher und der Zukunftsgestaltung unseres Landes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte nur mit wenigen Fakten diese Entwicklung eines falschen wirtschaftspolitischen Kurses nochmals aufzeigen. Ich sage erstens: Der Grundfehler bleibt, daß Sie in der Spirale Verschwendung von Steuergeldern und als Folge immer neue und zusätzliche Belastungen der Bürger weitergehen. Es ist dann ganz klar, so wie es mein Kollege Schüssel gesagt hat, daß diese bisher gewaltigste Belastungsmaßnahme, die jetzt ins Haus steht, nicht die letzte ist, sondern im Gegenteil, die nächste bereits wieder provoziert wird.

Sie haben in den sechs Belastungspaketen den Österreichern 42 Milliarden zusätzliche Ausgaben aufgebürdet, und wir haben jetzt als bisher größten Brocken eine Belastungslawine — „Paukenwirbel“ hat der Wirtschaftspublizist Horst Knapp gesagt — von 30 Milliarden Belastungen, 10 Milliarden Umschich-

tungen, aber Einsparungen in erster Linie auf Kosten der Bürger.

Finanzminister Salcher am 17. September 1983: Er erwartet von der großen Steuerreform 1985 — Zitat der „Kleinen Zeitung“ — „bedeutsame Beiträge auch für das Budget“. Das heißt, Sie haben bereits die Offenbarung für die nächste Entwicklung vor sich liegen.

Zweitens: Dr. Lehner vom Institut für Wirtschaftsforschung hat ganz klar und präzise bei einer Tagung in Bad Ischl am 26. September die Konsequenz dieses Pakets aufgezeigt, nämlich — wörtliches Zitat —: „Es erfolgt eine Umverteilung zum Staat, weg von den Unternehmern und auch von den privaten Haushalten.“

Genau das ist der falsche Weg, den wir hier kritisch herausstellen, wobei diese Ausgaben des Staates ja nicht für neue Investitionen eingesetzt werden können, sondern die Folgen der Schuldenentwicklung sind, aufgefressen werden von den höheren Zinsen und Schuldentilgungen.

Hier liegt, meine Damen und Herren, der Umfaller des kleinen Koalitionspartners FPÖ. Ich zitiere Ihren Parteiboss Dr. Steger vom 27. November 1982 in der „Kronen-Zeitung“: „Die FPÖ verspricht: Versprechen Nummer 4: Keine Erhöhung der gesamten Steuerbelastung.“ Die Einlösung des Versprechens haben wir jetzt vorliegen.

Oder der jetzige Dritte Präsident des Nationalrates Dr. Stix am 19. Jänner 1983, wörtliches Zitat, Stenographisches Protokoll: „Sie sprechen davon“ — sagte er —, „daß das Ganze ein Maßnahmenpaket zur Arbeitsplatzsicherung sei. Ich sage Ihnen, das ist eine Ausrede. Das ist ein Maßnahmenpaket zur Umverteilung von Kaufkraft aus privaten Händen in die Hand des Staates.“

Herr Dritter Präsident, genau das praktizieren Sie jetzt, nur in einem viel größeren Ausmaß, als es der sozialistischen Alleinregierung vorher je gelungen ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Drittens: Dieser politische Kurs, Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz, führt in einem hohen Maß auf einen sozial ungerechten Weg. Dr. Schüssel hat schon auf diese Problematik hingewiesen. Nur zwei, drei Beispiele: Sie richten ein neues Familienministerium ein mit allen Auswirkungen in den Kosten für Büro und so weiter, und Sie kürzen auf der

Dipl.-Ing. Riegler

anderen Seite die Geburtenbeihilfe. Das heißt, Sie treffen gerade jenen Teil der Bevölkerung, die kinderreichen Familien, die ohnehin jahrelang durch die Entwicklung der Steuer- und Sozialpolitik bereits benachteiligt waren. Wir glauben, lieber kein eigenes Ministerium, aber bessere Leistungen für die kinderreichen Familien. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist aufgezeigt worden: Pensionsanpassung für 1984 4 Prozent, zu erwartende Inflationsrate 5,5 Prozent. So weit sind wir. Das heißt: reale Kürzung für die Pensionisten.

Mehrwertsteuer für Energie — Auswirkung gerade auf die kleinsten Einkommensbezieher. Beispiele: Wiener Bevölkerung, Rückstände bei der Bezahlung der Gas- und Stromrechnungen sind genannt worden. Das ist meines Erachtens der Umfaller des großen Koalitionspartners, der Sozialistischen Partei.

Ich zitiere hier den Finanzminister Dr. Salcher vom 17. März 1983 — vor der Nationalratswahl. Auf das Mallorca-Paket, ohne Steiger-Zuschlag damals, angesprochen, hieß es: Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2 Prozent — sie hätte 11 bis 12 Milliarden Schilling gebracht — lehnte der Finanzminister aus zwei Gründen ab: Sie würde die Inflationsrate um 1,5 Prozent erhöhen und wäre sozial ungerecht, weil sie jene, die ihre Einkommen gänzlich für den täglichen Lebensbedarf brauchen, am stärksten belasten würde.

Richtig, genau das machen Sie. Das ist der Umfaller der Sozialistischen Partei!

Und es stimmt auch nicht, Herr Bundeskanzler, wenn Sie sagen, für die Wirtschaft wäre die Mehrwertsteuer aufwandsneutral. Das stimmt nur teilweise. Dr. Schüssel hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wesentliche Bereiche, etwa unsere Fremdenverkehrswirtschaft, gar nicht die Voraussetzung haben, diese Mehrwertsteuermehrbelastung in ihren Preisen auch entsprechend unterzubringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein vierter Punkt. Herr Bundeskanzler! Ihr Vorgänger, Dr. Kreisky, ist im Jahr 1970 mit dem sehr gut klingenden Wort angetreten, er werde durch seine Politik dazu beitragen, daß entlang der toten Grenze ein Gürtel des Wohlstandes geschaffen werde. Das hat sehr gut geklungen. Wie schaut es tatsächlich aus? Gerade mit diesem Belastungspaket verschärfen Sie die wirtschaftliche Zweiteilung in Österreich, die ohnehin bereits groß genug geworden ist und uns Sorgen genug bereiten müßte. Denn es ist ganz klar, daß die

Abschöpfung der Kaufkraft durch diese zusätzlichen Belastungen dort am stärksten ins Gewicht fällt, wo die Kaufkraft heute schon wesentlich kleiner ist.

Meine Damen und Herren! Eine Untersuchung aus dem Jahr 1981 zeigt beispielsweise, wenn die Kaufkraft im Österreichdurchschnitt mit 100 angenommen wird, im Bezirk Freistadt in Oberösterreich eine Kaufkraft von 54, in Rohrbach, Mühlviertel, von 60, in Deutschlandsberg, Weiz, Feldbach, Leibnitz, Radkersburg, Jennersdorf, Fürstenfeld und Hartberg Kaufkrafttraten von 60 bis 65 Prozent des österreichischen Durchschnitts. Und genau jene Regionen werden durch die Auswirkungen Ihrer Politik nochmals verstärkt unter die Räder kommen. Das heißt, weniger Kaufkraft, wo es ohnehin schon schwierig ist, das heißt, weniger Aufträge für die dortige Wirtschaft, weitere Abwanderung, weitere Auszehrung. Das ist eine weitere unsoziale Komponente Ihrer Politik! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und weil Sie immer wieder sagen: Ja wo sind die konkreten, konstruktiven Vorschläge? Herr Bundeskanzler! Wiederholt hat die Österreichische Volkspartei — bei der Sondersitzung 1980, im Jahr 1981, im Vorjahr — Anträge eingebracht für regionalpolitische Maßnahmen. Man kann sicher sagen, das sind Vorschläge, die man vielleicht so nicht ausführen kann. Wir wären diskussionsbereit gewesen. Sie haben nicht diskutiert darüber, sondern Sie haben einfach abgestimmt. Sie haben niedergestimmt. Sie haben weggeschwitzt. Und dann können Sie nicht mit dem Vorwurf kommen, die Opposition sei nicht bereit, konstruktiv zu argumentieren und zu handeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben beispielsweise — und zwar hat das unser Parteiboss Dr. Mock getan — heuer im Juli ein Konzept gegen die regionale Zweiteilung Österreichs vorgelegt mit einer Reihe von Vorschlägen für die Industriepolitik, für die Bauförderung, für die Gewerbeförderung, für die Land- und Forstwirtschaft. Sie waren nicht bereit, in eine Diskussion darüber einzutreten, sondern Sie haben das einfach ignoriert.

Wir haben ein Sofortprogramm für die Beschäftigung im ländlichen Raum vorgeschlagen und haben ausgerechnet, daß mit einem Mehreinsatz von 600 Millionen Schilling pro Jahr 28 000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten: 2 500 in einem Wegbau-Beschleunigungsprogramm, 7 500 in einem Programm zur Förderung der ländlichen Bau-

Dipl.-Ing. Riegler

substanz, 8 500 für ein Dorferneuerungsprogramm, 3 000 im Bereich der landwirtschaftlichen Sonderkulturen, Obstbau, Gemüsebau, Spezialkulturen für unsere Kleinstbetriebe, 6 000 Arbeitsplätze, wenn es uns gelingt, eine verstärkte Nutzung der Forstwirtschaft und der Verarbeitung dieser Produkte vorzunehmen.

Sie haben das alles ignoriert und sind nicht darauf eingegangen.

Und ein fünfter Punkt, und damit möchte ich abschließen: Sie haben in weiten Bereichen vorhandene wirtschaftspolitische Chancen nicht genutzt.

Herr Bundeskanzler, es ist schon sehr, sehr eigenartig, um es ganz vornehm auszudrücken, wenn Sie es so anklingen ließen in Ihrer Beantwortung, daß Steuererhöhungen deshalb notwendig seien — ich habe es zumindest so verstanden —, weil ja beispielsweise Ausgaben für die Land- und Forstwirtschaft in unserem System notwendig seien.

Meine Damen und Herren! Die Ausgaben für die Land- und Forstwirtschaft aus dem Bundesbudget haben die Steuererhöhungen auf keinen Fall hervorgerufen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn der Anteil der Förderausgaben für die Land- und Forstwirtschaft im Bundesbudget ist seit 1970 halbiert worden. Da sind 2 Milliarden Schilling Differenz! Die würden wir sehr notwendig brauchen, um die wichtigsten Maßnahmen finanzieren zu können.

Die Ausgaben für die Absatz- und Preissicherung sind auf ein Drittel herabgesetzt worden im Anteil an den Bundesausgaben. So schaut es aus. Die Ausgabenexplosion ist ganz woanders erfolgt: Bei den Verschwendungen, bei einer unnötigen Aufblähung von Zentralstellen, weil Sie neben die Beamten die politischen Aufpasser dazugestellt haben. Das sind einige der Ursachen. (*Abg. Dr. Mock: Einige von vielen.*)

Herr Bundeskanzler! Wir haben versucht, Ihnen die Probleme der Land- und Forstwirtschaft nahezubringen, und haben erwartet, wenn nun schon Belastungen erfolgen und wirtschaftspolitische Maßnahmen vorgenommen werden, daß zumindest das eine oder andere auch für die Land- und Forstwirtschaft drinnen ist. Es ist schon gesagt worden: Im Bereich der Wirtschaft ist das Verhältnis von Belastungen und Förderungen sehr unausgewogen. Aber für die Landwirtschaft

gibt es überhaupt nichts, und das ist für uns wirklich erschütternd gewesen.

Das Wort Land- und Forstwirtschaft kommt in Ihrem wirtschaftspolitischen Maßnahmenkonzept überhaupt nicht vor, meine Damen und Herren! Ja was bedeutet denn das: Ein Sektor, wo 600 000 Menschen berufstätig sind, 300 000 hauptberuflich, das sind sehr viele etwa im Vergleich zur verstaatlichten Industrie, obwohl wir diesen Bereich sehr hoch einschätzen, wo Aufträge im Wert von 40 Milliarden im Jahr an Gewerbe, Handel und Industrie vergeben werden, von dem unsere gesamte Landschaft gepflegt wird, wo im Bereich der Nahrung und der Rohstoffe Sicherheit gewährleistet wird, ein solcher Wirtschaftssektor ist dieser Bundesregierung kein einziges Wort in ihrem wirtschaftspolitischen Konzept wert! Das ist wirklich unverantwortlich und wirtschaftlich unvernünftig, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler: Jene Staaten, die geglaubt haben, auf ihre Bauern verzichten zu können, sind schlecht gefahren. Daher sage ich Ihnen abschließend aus der Sicht der Österreichischen Volkspartei: Man sollte die Situation klar und nüchtern aufzeigen und die konkreten Maßnahmen aus der Situation ableiten. Vor allem aber geht es darum, die Spirale Verschwendung und Belastung zu durchbrechen, den Motor der Wirtschaft anzukurbeln und eine gute Wirtschaftspolitik als Voraussetzung für soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Das ist der Weg, den wir wollen. Dafür werden wir eintreten, und daher können wir mit den Maßnahmen, die Sie vorgesehen haben, nicht mitgehen. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*) 15.19

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Dkfm. Bauer.

15.19

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dkfm. **Bauer:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Es können die Feststellungen und Behauptungen, die im Text der dringlichen Anfrage enthalten sind beziehungsweise jetzt von Debattenrednern der Fraktion der Österreichischen Volkspartei gemacht worden sind, ganz einfach nicht unwidersprochen bleiben. Nicht unwidersprochen bleiben gerade auch aus der Sicht des freiheitlichen Koalitionspartners in dieser Bundesregierung. Dies deswegen, weil sie streckenweise,

Staatssekretär Dkfm. Bauer

über weite Strecken hinweg, Herr Kollege Schüssel, ganz einfach falsch und unrichtig sind.

Es ist einfach nicht wahr, was Sie hier behaupten und was Sie in Ihre dringliche Anfrage hineinschreiben: daß diese Bundesregierung nicht dem gerecht geworden ist, was sie in der Regierungserklärung gesagt hat, daß sie nämlich entschlossen ist, eisern zu sparen, allerdings nicht kaputtzusparen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ. — Abg. Heinzinger: Seit zehn Jahren wird das versprochen! — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich werde es Ihnen gleich sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde es Ihnen gleich sagen.

Es ist auf Grund einer verstärkten Nullbasisbudgetierung, es ist auf Grund von Kürzungen im Ermessensausgabenbereich gelungen, 7,1 Milliarden Schilling einzusparen. Das ist ja nicht nichts.

Und es ist gelungen, es ist möglich gewesen — wir haben uns darüber nicht gefreut, aber wir waren dazu auf Grund der bekannten Umstände gezwungen —, durch Kürzungen und das Streichen von freiwilligem Sozialaufwand in der öffentlichen Verwaltung, etwa von Bonifikationen, Zuschlägen, durch Maßnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und durch eine Reduzierung der Geburtenbeihilfe weitere 3,5 bis 3,6 Milliarden Schilling einzusparen.

Ich gebe schon zu, hier kann man darüber debattieren, ob das Einsparungen sind? Aber es sind jedenfalls Einsparungen im Sinne budgetentlastender Maßnahmen.

Aber nicht mehr diskutieren bräuchten wir genau genommen über die zuerst genannten 7,1 Milliarden Schilling Einsparungen durch Nullbasisbudgetierung und Kürzungen im Bereich der Ermessensausgaben.

Ich kann Ihnen auch schon nachfühlen, daß Sie mir als Vertreter dieser Bundesregierung vielleicht nicht glauben, daß es wirklich möglich war, Einsparung in der Größenordnung von mehr als 10 Milliarden Schilling zuwege zu bringen. Aber Sie sollten doch zur Kenntnis nehmen, was in der Studie steht, auf die Sie sich berufen, die Sie heute zum Gegenstand Ihrer dringlichen Anfrage gemacht haben. Denn so, geht es ja nicht, daß man sich jene Zahlen und Daten herausucht, die einen

in den Kram passen, die zur Stützung der eigenen Argumentationslinie passen, und die anderen unter den Tisch fallen läßt.

Daher bitte ich, wenn Sie mir nicht glauben, dann seien Sie doch so freundlich und glauben Sie der Prognose, der Stellungnahme des Wirtschaftsforschungsinstitutes, in der auf Seite 12 klipp und klar steht, daß es Einsparungen im Ausmaß von 10,1 Milliarden Schilling gegeben hat, denen Mehreinnahmen, also Steuern-, Tarif- und Gebührenerhöhungen in der Höhe von 17,5 Milliarden Schilling gegenüberstehen.

Es ist schon so, wie wir das gesagt haben. *(Abg. Bergmann: Umschichtungen!)* Nein, hier sind die Umschichtungen nicht drinnen, Herr Kollege. Sie haben schon recht, es wäre nicht ganz korrekt, wenn man das mit dazu-rechnete. Die Umschichtungen sind in dieser Rechnung nicht enthalten. Es sind jene 30 S Wohnungsbeihilfe, die jetzt den Menschen nicht mehr gegeben werden, nicht enthalten, wenn ich sie aber trotzdem vom Arbeitgeber kassiere, ist das wahrlich keine Einsparung, da gebe ich Ihnen schon recht, sondern es werden diese in Summe 1,3 Milliarden Schilling den einzelnen Pensionsversicherungsanstalten zugeführt werden. Es ist daher keine Einsparung, ist keine Kürzung, sondern es ist eine Umschichtung. Daher ist sie in dieser meiner Rechnung und auch in der Rechnung des Wirtschaftsforschungsinstitutes natürlich nicht enthalten.

Es ist daher ganz einfach nicht wahr, wenn Sie in Ihr Papier hineinschreiben, daß es Belastungen in der Höhe von 30 Milliarden Schilling gibt und keine nennenswerten Einsparungen, daß es daher ein Verhältnis von 30 : 2 gebe. Das Verhältnis liegt in der Größenordnung von 2 : 1 in etwa. *(Zwischenruf des Abg. Bergmann.)* Ich habe es ja gerade in aller Deutlichkeit erklärt, Herr Kollege Bergmann. Ich sage noch einmal — Sie können sich das selber ausrechnen —: Die reinen Einsparungen im Bereich der Verwaltung durch Nullbasisbudgetierung und Kürzung der Ermessensausgaben betragen 7,1 Milliarden Schilling. Darüber brauchen wir, glaube ich, nicht zu diskutieren. Dem stehen Steuer- und Tarifierhöhungen von 17 Milliarden Schilling gegenüber. Ich glaube, darüber kann und soll es keine Debatte geben. Und wenn Sie es nicht glauben, Frau Kollegin Rabl-Stadler, dann darf ich Ihnen nachher dieses Papier des Wirtschaftsforschungsinstitutes überreichen, aus dem das ganz klar hervorgeht, daß alles ... *(Abg. Graf: Sie hat es auch!)* Warum sie dann das alles noch immer nicht glaubt,

Staatssekretär Dkfm. Bauer

verstehe ich nicht. (*Abg. Graf: Das sollten Sie aber verstehen!*) Sie geht offensichtlich nach dem Grundsatz vor: Und so schließ ich messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Aber das ist doch kein Grundsatz, der in der Politik Gültigkeit haben soll und darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das alles geschieht – und darauf möchte ich gerade den Herrn Kollegen Schüssel und auch den Herrn Präsidenten Graf, aber der weiß es ja ohnehin, ich nehme auch an, daß es der Herr Kollege Schüssel weiß, hinweisen –, alle diese Einsparungsmaßnahmen geschehen, ohne daß der Wirtschaft die nötigen Nachfrageimpulse durch die öffentliche Hand massiv entzogen werden.

Es ist allerdings, das gebe ich Ihnen schon zu, kein konservativer restriktiver Kurs à la Margret Thatcher oder Reagan in der Phase I, ein Kurs, von dem er schon längst abgegangen ist, weil er gemerkt hat, daß es eben so nicht geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war mir nicht ganz sicher, ob jetzt da der Vertreter des ÖAAB spricht oder des Wirtschaftsbundes (*Abg. Mag. Minkowitsch: Es war ein Vertreter der Volkspartei!*), aber ist ja auch ganz gleichgültig. Das alles geschieht, ohne die soziale Sicherheit in diesem Lande, die soziale Absicherung unserer Bürger grundsätzlich und entscheidend in irgendeiner Form in Frage zu stellen. Das muß auch in aller Deutlichkeit dazugesagt werden.

Darüber hinaus wird es eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung und damit zur Arbeitsplatzsicherung geben.

Nachdem der Herr Kollege Schüssel uns alle Belastungen hier im Detail, aus seiner Sicht zu Recht, die Rechnung stimmt ja nicht ganz, aber im Prinzip natürlich zu Recht hier vorrechnet, bitte ich um Verständnis dafür, daß ich jetzt als Antwort darauf – gerade an den Sprecher des Wirtschaftsbundes gerichtet – all das im Detail nenne, wenngleich nur in Stichworten, was hier in diesem Maßnahmenpaket an wirtschaftsbelebenden und damit arbeitsplatzsichernden Maßnahmen enthalten ist. Ich bitte um Verständnis dafür; ich werde es trotzdem sehr, sehr kurz machen.

Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer in drei Etappen. Da müssen Sie doch zustimmen, Herr Kollege Schüssel.

Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragssteuer.

Reduktion der Vermögenssteuer von Unternehmungen.

Steuerliche Verbesserungen für nicht entnommene Gewinne.

Durch diese vier Maßnahmen wird ohne Zweifel eine langjährige Forderung der österreichischen Wirtschaft realisiert, die Forderung nach Stärkung der Eigenkapitalbasis.

Durch die Gründung des Umweltfonds werden in den nächsten fünf Jahren rund 15 bis 20 Milliarden Schilling für Investitionen in und für die österreichische Wirtschaft und für unsere Umwelt mobilisiert werden.

Dem Wasserwirtschaftsfonds werden für die Aktion „Saubere Flüsse“ für 1984 3,5 Milliarden Schilling, das sind 110 Millionen Schilling mehr als im vergangenen Jahr, zur Verfügung stehen.

Für den Ausbau des Fernwärmenetzes werden in den nächsten Jahren an die 6 Milliarden Schilling durch Förderungs- und Stützungsaktionen mobilisiert werden.

Die Bundesmittel für die Forschungsförderung werden 1984 um rund 40 Millionen Schilling erhöht. Zusätzlich wird die Österreichische Nationalbank 100 Millionen Schilling für die wirtschaftsnahe Forschung, Herr Kollege Schüssel, zur Verfügung stellen.

Zur Belebung der industriell-gewerblichen Investitionstätigkeit wird die Finanzierung von strukturpolitisch relevanten Investitionsvorhaben durch Zinsenzuschüsse im Rahmen einer neuen zusätzlichen TOP 2-Aktion gefördert. Diese TOP 2-Aktion soll ab 1984 ein Kreditvolumen von 2 Milliarden Schilling fördern, Herr Kollege Schüssel.

Im Rahmen der Förderungsaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie werden 1984 zusätzlich Budgetmittel in der Höhe von 205 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden.

Die Textil-, Bekleidungs- und Lederaktion wird verbessert werden und auf das Gewerbe ausgedehnt werden, Herr Kollege Schüssel.

Für den Fremdenverkehr stehen im kommenden Jahr um 90 Millionen Schilling mehr zur Verfügung.

Staatssekretär Dkfm. Bauer

Der Bundesbeitrag für die gemeinsame Kleingewerbekreditaktion, Herr Kollege Schüssel, wird verdoppelt. Im Rahmen der BÜRGES wird eine eigene TOP-Aktion für Klein- und Mittelbetriebe eingeführt werden, Herr Präsident Graf und Herr Kollege Schüssel.

Zur Förderung regional- und strukturpolitisch wichtiger Investitionsvorhaben ist die verstärkte Förderung von Betriebsansiedlungen geplant. Zu diesem Zweck sind im Bundeshaushalt 1984 zusätzlich 250 Millionen Schilling vorgesehen.

Im Bereich des Wohnbaus, der ja bekanntlich seine Folgeaufträge besonders der mittelständischen Wirtschaft zur Verfügung stellt, werden entscheidende Impulse gesetzt, und zwar durch Sonderprogramme für die Schaffung von zusätzlich 10 000 Wohnungen, durch eine Zwischenkreditfinanzierung bei den Bausparkassen und durch eine Verlängerungsprämie bei den Bausparverträgen. Damit wird den Bausparkassen in den Jahren 1983 bis 1985 ein Finanzierungsvolumen von insgesamt mehr als 36 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Das ist beinahe eine Verdoppelung dessen, was ohne diese Förderungsmaßnahmen zur Verfügung gestanden wäre.

Es wird die Bildung von Exportgemeinschaften und die Errichtung von Vertriebs Einrichtungen im Ausland ebenso gefördert wie die Einrichtung und Durchführung spezieller Ausbildungskurse für Exportfachleute.

Für die Kredite des Exportfonds soll der Zinssatz von 6,5 Prozent auf 6 Prozent gesenkt werden. Durch eine Senkung und Vereinheitlichung des Zinssatzes für Exportkredite wird weiters unserer exportorientierten Unternehmerschaft die Finanzierung ganz wesentlich erleichtert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist, glaube ich, ein Maßnahmenpaket, das nüchtern, sachlich, objektiv und fair betrachtet, ganz wesentlich zur Belebung, zur Konjunkturstützung und damit zur Arbeitsplatzsicherung im kommenden Jahr beitragen wird. Wer das nicht sieht, der will es ganz einfach nicht sehen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Trotz dieser Maßnahmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die alle etwas kosten beziehungsweise einen Steuerentfall bedeuten, wird es möglich sein, das Bruttodefizit des kommenden Jahres auf dem Niveau des heurigen Jahres zu stabilisieren. Ich weiß

schon, das ist an sich ein geringer Trost, aber es ist immerhin der erste Schritt in eine, wie wir glauben, richtige Richtung. Es kommt ja letztlich auf die Neuverschuldung – das haben Sie richtigerweise in Ihr Papier hineingeschrieben – und auf die daraus resultierende ständige höhere Mehrbelastung des Bundeshaushaltes durch Zinsen und Rückzahlungen an. Daher werden wir trotz dieses Förderungspaketes im kommenden Jahr das Nettodefizit, also die Neuverschuldung, sowohl in absoluten Zahlen als auch in Prozenten vom Bruttoinlandsprodukt gerechnet, senken können, und zwar in absoluten Zahlen um etwa 7 Milliarden Schilling, gerechnet vom Bruttoinlandsprodukt von derzeit 6 auf etwa 5 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ich weiß nicht, ob Sie selber wirklich glauben, ob die Damen und Herren in der Propagandaabteilung Ihrer Partei wirklich glauben, daß all die wirtschaftsbelebenden, steuerentlastenden Maßnahmen und das Senken des Nettodefizits ohne jedwede Steuererhöhung möglich gewesen wären. Das können Sie doch selber nicht glauben. Ich habe, wie gesagt, niemanden – mit Ausnahme Ihrer Propagandisten – gehört, der dies ernsthaft behauptete. Das gibt es ganz einfach nicht.

Ich darf hier einen unverdächtigen Kronzeugen aufrufen, nämlich Ihren ehemaligen Klubobmann, den jetzigen Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank, Herrn Professor Stefan Koren, meinen alten Lehrer – „alt“ meine ich höchstens im Sinne des Altersunterschieds – beziehungsweise seinerzeitigen Professor auf der Hochschule für Welthandel. Er hat in einem Interview in der „Wochenpresse“ wörtlich gesagt: „Jede Verbesserung des Saldos, also ein Abbau des Defizits, muß auf beiden Seiten erfolgen, sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig.“ – Soweit das wörtliche Zitat des Herrn Professors Dr. Koren. Genau das haben wir getan, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn Sie das bei Licht betrachten, dann müssen Sie die Dinge auch so sehen, wie ich es hier in aller Kürze zu schildern versucht habe.

Weil so viel von diesem eingeschlagenen Kurs, von diesem Mittelweg zwischen restriktiver Politik auf der einen und Deficit spending auf der anderen Seite gesprochen und das so heftig kritisiert worden ist, darf ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, auch hier wieder einen unver-

Staatssekretär Dkfm. Bauer

dächtigen Zeugen präsentieren, der dieses Maßnahmenpaket der Bundesregierung beschrieben hat. Es ist der Leiter der Wirtschaftsredaktion der Zeitung „Die Presse“; sicherlich kein Organ, das in einem ganz besonderen Naheverhältnis zur Bundesregierung steht.

Herr Dr. Horwitz beleuchtet in einem sehr umfassenden Beitrag dieses Maßnahmenpaket. Er charakterisiert es als „den in Österreich seit jeher gegangenen goldenen Mittelweg“ und sagt dann — ich zitiere wörtlich —: „Das zeigt sich ganz deutlich am gestern veröffentlichten Paket. Es ist mit allen Einschränkungen, die Steuererhöhungen nun einmal grundsätzlich bedeuten, eher wirtschaftsfreundlich. Die Mehrwertsteuer ist jedenfalls exportneutral, weil die entrichteten Beträge bei jeder Ausfuhr rückerstattet werden. Bei Inlandslieferungen ist die Mehrwertsteuer für Unternehmungen zumindest theoretisch ganz kostenneutral.“ (Abg. Dr. Schüssel: „Theoretisch“!) Sie haben ja selber gesagt, Sie glauben, es wird zwischen 70 und 75 Prozent Kostenneutralität geben. Das ist ein Faktum. Dann schließt Herr Dr. Horwitz: „Die beschlossenen Ankurbelungsmaßnahmen“ — er nimmt also zur Kenntnis, daß es so etwas gibt; das sollte einmal festgehalten sein — „enthalten eine geschickte Kombination von sozialistisch motivierter Direktförderung und liberaler genereller Verbesserung des Wirtschaftsklimas.“

So beschreibt Herr Horwitz in der Zeitung „Die Presse“ diesen wirtschafts- und budgetpolitischen Kurs der sozialliberalen Koalitionsregierung. Ich habe dem nichts hinzuzufügen, außer die Bitte: Nehmen Sie auch einmal zur Kenntnis, daß die Dinge nicht so negativ zu sehen sind, wie Sie sich das aus oppositioneller Sicht zu tun bemühen.

Gestatten Sie mir, Hohes Haus, abschließend nochmals auf das Problem der Einsparungen hinzuweisen und noch einmal die Auffassung der Österreichischen Volkspartei aufzugreifen, die da, wie gesagt, lautet: All das wäre auch ohne einnahmenseitige Maßnahmen möglich gewesen.

In dem Zusammenhang noch ein Wort zu den „Verschwendungsmilliarden“, von denen Sie immer sprechen. Darunter versteht man normalerweise vor allem den sogenannten Repräsentationsaufwand. Ich habe mir ausheben lassen, wie hoch der Repräsentationsaufwand, gemessen an den Gesamtausgaben des Budgets, während Ihrer Alleinregierung in den Jahren 1966 bis 1970 gewesen ist. (Ruf bei

der ÖVP: Oje!) Oje. Sehr richtig, wenn sie oje sagen! Damals hat er nämlich, gemessen an den Gesamtausgaben, 16 Tausendstel Prozent betragen. Wissen Sie, wieviel er im kommenden Jahr beziehungsweise im heurigen Jahr ausmachen wird? — 9 Tausendstel Prozent! (Abg. Heinzinger: Bruttosummen!) Entschuldigen Sie, Herr Kollege, aber es wird sich sogar bis zum ÖAAB herumgesprochen haben, daß man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen kann. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) Ich kann nicht Ausgaben des Jahres 1966 auf der Preisbasis des Jahres 1983 vergleichen. In dem Fall kann es natürlich nur in Prozentpunkten der Gesamtausgaben ausgedrückt werden. Sie werden doch nicht glauben, daß 10 000 S im Jahre 1966 gleich 10 000 S im Jahre 1984 sind. Das wird man sogar beim ÖAAB wissen, Herr Kollege Heinzinger.

Aber ich sage noch etwas anderes, weil Sie gar so über diese Steuererhöhungen lamentieren. Ich würde es natürlich auch tun, wenn ich auf der Oppositionsbank säße. Das ist Ihr gutes Recht. Nur: Sie haben ganz verdrängt, was Sie während der Zeit Ihrer Alleinregierung gemacht haben. Sie haben das völlig verdrängt. Ich hätte an Ihrer Stelle kein Wort von Einsparungen gesagt.

Sie haben damals folgendes gemacht — ich kann Ihnen das leider nicht ersparen —: Im Jahre 1967 hat sich eine Verdoppelung — eine Verdoppelung! — des Defizits abgezeichnet. Es haben sich also offensichtlich auch schon ÖVP-Finanzminister verschätzt, ohne jetzt Herrn Dr. Salcher in irgendeiner Form Kurs leisten zu wollen. Es hat sich damals mehr als eine Verdoppelung abgezeichnet. Wenn Sie es genau wissen wollen, kann ich es Ihnen sagen: Um 253 Prozent drohte der Rechnungsabschluß vom Voranschlag abzuweichen.

Damals hat Finanzminister Schmitz dem Hohen Haus folgende Steuererhöhungen vorgeschlagen, die dann mit Ihren Stimmen beschlossen wurden: Erhöhung bei der Umsatzsteuer, bei den Tarifen und Gebühren, bei der Körperschaftssteuer, bei der Gewerbesteuer, Herr Kollege Schüssel, bei der Vermögensteuer, bei der Beförderungssteuer, die Sie heute hier kritisiert haben, bei der Versicherungssteuer, die Sie heute hier kritisiert haben, und bei der Tabaksteuer, die Herr Kollege Kohlmaier heute im Hauptausschuß des Nationalrates mit so großen Worten beklagt hat.

Aber das alles hat noch nicht gereicht. Es hat sich nämlich damals neuerlich eine Verdoppelung des Defizits — trotz dieser Maß-

Staatssekretär Dkfm. Bauer

nahmen: so „sparsam“ haben Sie gewirtschaftet! — abgezeichnet. Und es folgte auf diese Maßnahmen, die am 10. Jänner 1968 präsentiert worden sind, am 1. September desselben Jahres, also ein dreiviertel Jahr später, der nächste Paukenschlag, wie das damals geheißen hat: Einführung der Autosondersteuer, Einführung eines zehnprozentigen Zuschlages auf die Verkaufspreise von Wein, Bier und Spirituosen. Noch immer nicht genug. Und weil noch immer die Ausgaben den Einnahmen davongelaufen sind, folgte ein viertel Jahr später der nächste Paukenschlag. Also das war ein richtiger Trommelwirbel damals. Nämlich: Am 1. Jänner 1969 kam dann erst das eigentlich dicke Ende, und zwar die lineare Steuererhöhung um 10 Prozent bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie bei der Körperschaftssteuer. Und die Vermögensteuer haben Sie ein zweites Mal, und zwar gleich um 50 Prozent hinaufgeschulzt. (Abg. *Bergmann*: Alles zusammen?)

Ja gerne, gleich sage ich Ihnen, was alles zusammen ausgemacht hat, Herr Kollege Bergmann. In Summe waren das 9,2 Milliarden Schilling. Ich habe mir das heute im Ministerium auf die Preisbasis des Jahres 1984 hochrechnen lassen. Wissen Sie, wieviel diese 9,2 Milliarden Schilling der Jahre 1967 bis 1969 im kommenden Jahr ausmachen? 21,2 Milliarden Schilling. Die sozial-liberale Koalitionsregierung muß aus bekannten Gründen auch Steuern und Tarife erhöhen. Nur: Es sind nicht 21,2 Milliarden. Es sind auch nicht wenig, das gebe ich schon zu, aber immerhin — das soll man nicht in Vergessenheit geraten lassen — beträchtlich weniger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht mir nicht zu, als Mitglied der Bundesregierung von der Regierungsbank herab das zu qualifizieren, was man dazu zu sagen hätte, wenn eine Partei, die das, was sie selber jahrelang hätte anders machen können, dann, wenn Sie es gekonnt hätte, nicht gemacht hat, sondern genau das Gegenteil dessen gemacht hat, was sie heute verlangt und kritisiert. (Abg. *Dipl.-Ing. Riegler*: Sind Sie ein Meister?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind unbestreitbare Fakten. Ich muß mich nur darauf beschränken, festzustellen, das ist zutiefst — zutiefst! — unglaublich. Wäre ich noch Abgeordneter, würde ich deutlichere Worte finden. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) ^{15.42}

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Nowotny.

^{15.43}

Abgeordneter Dr. **Nowotny** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich stehe nicht unter den Restriktionen, unter denen der Herr Staatssekretär Bauer auf der Regierungsbank zu leiden hat. Ich könnte daher diese Dinge sehr viel deutlicher ausdrücken. Ich tue es aber nicht, und zwar deswegen, weil Sie es sich ohnehin selber denken können, worum es hier geht. (Abg. *Bergmann*: Herr Oberlehrer!)

An sich ist ja überhaupt diese dringliche Anfrage, die Sie heute hier eingebracht haben, in einem gewissen Sinn ein Kuriosum. Denn, wenn man sich die drei Fragen anschaut, die Sie hier heute stellen, so sind die Antworten auf diese Fragen das Ergebnis einer Pressekonferenz, die heute um 11 Uhr vormittag von den Wirtschaftsforschungsinstituten abgehalten wurde.

Nun mag es zwar vielleicht ganz originell sein, anstatt die Nachrichten aufzudrehen, jetzt hier eine dringliche Anfrage einzubringen, ob das eine sehr sinnvolle Methode ist, wage ich zu bezweifeln. (Abg. *Bergmann*: Herr Oberlehrer!)

Weder sinnvoll noch originell — und das möchte ich doch bei dieser Gelegenheit auch noch einmal sagen — ist es, daß Sie wieder einmal in Ihrer Anfrageeinleitung von der „sozialistischen Koalitionsregierung“ sprechen. Und ich möchte Sie hier noch einmal bitten, folgendes zur Kenntnis zu nehmen: Die Bundesregierung, mit der Sie es zu tun haben (Abg. *Heinzinger*: Ist eine sozialistische Koalitionsregierung!), ist die österreichische Bundesregierung. Es ist eine Bundesregierung gebildet aus SPÖ und FPÖ, und es ist selbstverständlich Ihr großes Leid — und das haben Sie heute auch ausgedrückt —, daß Sie in dieser Bundesregierung nicht enthalten sind. Es ist Ihr Leid, aber sicherlich nicht das Leid der Österreicher. Das hat sich gerade an der heutigen Debatte wieder gezeigt. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich verstehe auch Ihre Enttäuschung. Denn von Beginn an war Ihre Propaganda darauf ausgerichtet, daß Sie gesagt haben: Diese Koalitionsregierung, die kann nicht funktionieren. Am ersten Budget schon wird sie auseinanderbrechen. Sie muß sich auseinanderstreiten.

Was wir jetzt sehen, ist, daß diese Koalition sehr wohl funktioniert, daß sie imstande ist, in einer sehr schwierigen finanzpolitischen Situation entschlossen und überlegen

Dr. Nowotny

Beschlüsse zu fassen. Wir haben einen entscheidenden Schritt zur Budgetkonsolidierung gemeinsam getan. Ich glaube, das ist etwas, was Ihnen sicherlich weh tut. Aber uns tut es nicht weh, und es ist auch für die Konsolidierung und für die Gesundheit der österreichischen Wirtschaft von sehr großem Erfolg. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn ich zu den Maßnahmen, die nun zur Diskussion stehen, aus der Sicht der Sozialistischen Partei hier einige grundsätzliche Bemerkungen anbringen darf, so möchte ich doch zunächst einmal und gerade deshalb, weil das der Herr Abgeordnete Riegler heute wieder angeführt hat, ganz eindeutig feststellen:

Die letzten 13 Jahre waren für Österreich erfolgreiche Jahre, und die sozialistische Wirtschaftspolitik, die in diesen Jahren betrieben wurde, war eindeutig eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, von der jeder in diesem Land profitiert hat.

Sie können das an vielen Einzelbeispielen sehen. Es war das die Zeit, in der Österreich mit den anderen Industriestaaten aufgeholt hat, es war das die Zeit, in der wir wesentlich höhere Wachstumsraten erreicht haben als andere Staaten. Ihr eigener Experte, prominentes Mitglied Ihres Wirtschaftsbeirates, Professor Streissler, hat von Österreich als dem „Japan Europas“ gesprochen. Er hat damit ausdrücken wollen, daß Österreich nach Japan das Land mit der zweitgrößten Wachstumsrate aller OECD-Staaten ist. Ich bin nun keiner von denen, die glauben, man soll in allem Japan nacheifern. Aber ganz offensichtlich ist, daß wir eine sehr erfolgreiche Wachstumspolitik gehabt haben und daß das von denen, die etwas von der Sache verstehen, auch anerkannt wird, und ich hoffe, auch von Ihnen anerkannt werden wird.

Wir hatten dann die große Weltwirtschaftskrise, die im Jahre 1975 einsetzte und sich in den letzten Jahren noch verstärkt hat. Und ich möchte gerade deswegen, weil hier wieder Angriffe auf eine Politik der Ära Kreisky erfolgt sind, aber auch im Hinblick auf das, was gestern hier gesagt wurde, sehr deutlich feststellen: Es war gerade Altbundeschkanzler Dr. Kreisky einer der ersten, der den massiven Konjunktüreinbruch der Jahre 1975 richtig als eine tiefe Wachstumsabschwächung erkannt hat und der damals auf Grund dessen zusammen mit Androsch, der durchaus bereit war, rechtzeitig auf eine expansive Konjunkturpolitik umzuschalten, auf diese Weise verhindert hat, daß in Österreich ein großer Sok-

kel an Arbeitslosigkeit entstanden ist wie in allen anderen Ländern, die zu dieser Zeit eine restriktive Politik gemacht haben.

Das ist ein Vorteil, von dem wir noch heute zehren. Denn das bedeutet, daß wir heute, in einer schwierigen weltwirtschaftlichen Situation, eine halb so hohe Arbeitslosenrate haben als andere Industriestaaten. Und das bedeutet, daß Zehntausende Österreicher, die sonst keine Arbeit hätten, heute in Österreich tatsächlich Arbeit und einen Verdienst haben. Das soll man sicherlich nicht unter den Tisch fallen lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie können sich jeden Indikator anschauen, was immer Sie wollen. Wenn Sie sich etwa die Arbeitslosenraten anschauen, so können Sie feststellen, daß wir von 1975 bis 1983 in Österreich eine Arbeitslosenrate von durchschnittlich 2,5 Prozent hatten. In Deutschland betrug die Arbeitslosenrate etwa 5,3 Prozent, im OECD-Bereich war sie noch wesentlich höher. Sie können sich die Inflationsraten anschauen: Österreich durchschnittlich 5,6 Prozent, OECD-Bereich 11,1 Prozent. Sie können sich eine ganze Fülle von Indikatoren ansehen, und Sie werden erkennen, daß Österreich in diesen Jahren gut gewirtschaftet hat.

Sie haben sich hier wieder besonders auf die Steuerquote bezogen. Dazu möchte ich sagen: Man muß eben auch hier ganz deutlich zwischen dem, was Sie propagandistisch aufbauen, und dem, was die harten *(Abg. Heininger: Belastungen!)* Zahlen zeigen, unterscheiden. Ich glaube, es ist immer ganz gut, sich eher an die harten Zahlen zu halten, als selber auf die Propaganda hereinzufallen, die man sich in den ÖVP-Sekretariaten ausdenkt.

Ich habe hier aus dem Finanzbericht 1984 der deutschen Bundesregierung — also sicherlich keine Organisation, die der österreichischen Bundesregierung freundlich gesinnt ist — die letzten Zahlen über die Sozialproduktsrelationen, über die Steuerquoten als Anteil am Sozialprodukt. Und da sehen wir — und deshalb ist es auch kein Zufall, daß Sie sich in Ihrer Anfrage auf das Jahr 1981 bezogen haben —, daß die gesamte Abgabenquote von 1981 auf 1982 in Österreich gesunken ist, und zwar von 42,1 Prozent auf 39,8 Prozent, und daß sie damit tiefer liegt als jene der BRD, wo sie 40,5 Prozent beträgt, und tiefer als in einer Vielzahl anderer Staaten.

Ich glaube, das ist schon einmal etwas, was Sie zur Kenntnis nehmen müssen. Es ist ein-

Dr. Nowotny

fach falsch, Österreich als ein Steuerhochland zu bezeichnen. Wir sind in der Mitte der Abgabenquote (*Abg. Steinbauer: Gilt aber für alles andere auch!*), und wir sind, Herr Kollege, im absolut untersten Bereich, wenn man die Belastung mit direkten Steuern betrachtet.

Wenn Sie sich hier — das sind Zahlen, die aus einer OECD-Publikation sind — den Anteil der Abgaben am Einkommen eines Durchschnittseinkommensbeziehers anschauen, so liegt dieser Anteil in Österreich, wenn ich jetzt nur die Steuern betrachte, mit 22,6 Prozent etwa in der Mitte. Nun ist das aber nur die halbe Seite, denn das, was hier wirklich interessant ist, ist das, wieviel Prozent seines Bruttoeinkommens der Arbeitnehmer dann tatsächlich nach Hause tragen kann. Dafür sind nicht nur die Steuern von Bedeutung, sondern da sind natürlich auch die Transferzahlungen, die Beihilfen von Bedeutung, die er bekommt. Und da wir in Österreich eines der ausgebautesten Systeme der Familienförderung überhaupt haben, bedeutet das, wenn ich die Familienbeihilfen einbeziehe, daß die Durchschnittsnettobelastung eines österreichischen durchschnittlichen Arbeitnehmers mit 8,9 Prozent eine der niedrigsten aller Industriestaaten ist.

Wenn Sie hier vergleichen: Die BRD etwa hat im Vergleich 20,8 Prozent, ein Land wie selbst die Schweiz 14,3 Prozent. Das heißt, die tatsächliche Belastung ist eine der geringsten aller Industriestaaten. Es ist einfach falsch, ausgesprochen falsch, immer nur von der Abgabenquote her zu agieren, weil unsere Politik ja eben genau das war, daß wir viele soziale Maßnahmen auf der Ausgabenseite über Transfers einsetzen, weil das die viel gerechtere Form ist, weil so alle Leute davon profitieren können und nicht die, die ein höheres Einkommen haben, überproportional profitieren. Daher muß man immer Ausgaben, also Transfers, und Einnahmen gemeinsam sehen, und nur so bekommt man ein richtiges Bild.

Daher ist es absolut falsch und von den Zahlen widerlegt, wenn Sie von einer besonderen Abgabenbelastung in Österreich und von einer besonderen Belastung der österreichischen Durchschnittseinkommensbezieher sprechen. Ich glaube, das muß einmal ganz klar und deutlich hier festgehalten werden.

Die jetzige Situation, in der wir uns befinden, ist eine Situation, in der wir eine sehr lange, sehr tiefgreifende Wirtschaftskrise haben, die sich in allen europäischen Staaten

niederschlägt. Wenn wir etwa die Prognosen der OECD in bezug auf die Arbeitslosenrate anschauen, so werden wir für das Jahr 1984 einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit von 10,8 auf 11,5 Prozent erwarten müssen. Das heißt also, mehr als ein Zehntel aller Arbeitnehmer in diesen Staaten sind arbeitslos. Bei der Jugendarbeitslosigkeit sind es Zahlen, die 25 Prozent überschreiten.

Ich glaube, man muß sich bewußt sein, in welcher Welt wir überhaupt leben: in einer Situation einer überaus schweren Wirtschaftskrise. Es ist daher geradezu makaber, wenn hier Leute wie der von mir an sich geschätzte Abgeordnete Schüssel auftreten und so tun, als ob sich rings um Österreich überhaupt nichts ereignet hätte, als ob das alles sozusagen Zufälligkeiten wären, die sich in unserer Budgetsituation niederschlagen.

Wir sind heute auf jeden Fall in einer Situation, wo die konjunkturpolitischen Erfordernisse besondere Priorität haben müssen, und zwar in der Weise, daß wir zunächst einmal eine Konsolidierungsphase des Budgets eingeschaltet haben — das ist ja auch der Titel etwa, unter dem das Wirtschaftsforschungsinstitut diese Phase kommentiert —, und zweitens und gleichwertig im Rahmen der Budgetpolitik einen Vorrang für investive Bereiche vorgesehen haben.

Die Grundphilosophie, die Grundüberlegungen unserer Budgetpolitik sind sehr einfach und sind sehr klar. Es geht hier um einen Vorrang der Beschäftigungspolitik und um eine Sicherung der Budgetpolitik als Möglichkeit des langfristigen Einsatzes, der langfristigen Finanzierung einer solchen Budgetpolitik. Darum geht es uns. Das sind die Grundzüge, die hinter diesem gesamten Konzept stehen.

Wir waren und sind bereit, entsprechend zu handeln und entsprechend Verantwortung zu übernehmen. Ich muß schon sagen: Wir unterscheiden uns vor allem hier sehr deutlich von einer ÖVP, die noch im Sommer — es ist schon angeführt worden — die zu hohen Budgetdefizite angegriffen hat und die jetzt die Konsolidierungspolitik angreift, und es ist in Ihrer dringlichen Anfrage selber ein sehr hübscher Satz zu lesen, wo Sie sagen:

„Denn es ist längst offensichtlich, daß bei Verwirklichung eines durchdachten Sparkonzepts das Defizit des Staatshaushaltes“ — ohne Schwierigkeit — „in den von der Regierung vorgegebenen Grenzen zu halten wäre, ohne daß Steuern erhöht werden müßten.“

Bitte schön, wenn es so leicht ist und Sie so

Dr. Nowotny

von einem „durchdachten Sparkonzept“ sprechen, dann frage ich: Wo ist es, bitte? Wo haben Sie es präsentiert? Wo war das irgendwo in der Rede des Kollegen Schüssel? – Ich habe nichts, Null Komma nichts gehört. Was ich gehört habe in der Rede seines Nachfolgers, waren neue Forderungen von der Landwirtschaft, und wir hören laufend auch im Sozialbereich überall neue Forderungen. Aber daß wir irgendwo konkret hören würden, was denn eigentlich jetzt, und zwar in den Größenordnungen, um die es hier geht, eine Sparpolitik von seiten der ÖVP wäre, davon merken wir nichts. Es ist ganz einfach eine Politik nach dem Motto: Wasch mit den Pelz und mach mich nicht naß, ich vermeide dringend, irgend etwas Konkretes zu sagen, bin aber sehr bereit, große Worte im allgemeinen zu sagen! (*Abg. Dr. Lichal: Haben Sie gestern gefehlt? Gestern haben wir lange über die Verschwendung diskutiert! Sie nehmen das nicht zur Kenntnis!*)

Herr Kollege Lichal! Nach Ihrer eigenen Berechnung sind Sie auf 100 Millionen gekommen. In Wirklichkeit sind es vielleicht 30 Millionen, wenn man es ernst nimmt. (*Abg. Dr. Lichal: Fangen Sie nicht mit Millionen an!*) Aber hier geht es ja um Milliarden, die Sie sparen müßten! Seriös ist ja etwas (*Abg. Dr. Lichal: Das ist nicht seriös, was Sie sagen!*), wo Sie grundsätzliche Vorschläge in den Größenordnungen bringen müssen, um die es hier geht. Das sind 30 Milliarden, und davon habe ich von Ihnen noch nichts gehört! (*Abg. Dr. Lichal: Sie wollen nirgends sparen, belasten aber die Sparer!*) Meinnetwegen konzedere ich Ihnen 500 Millionen. Aber ich frage dann: Wo sind die anderen 29 500 Millionen? Von denen haben wir nichts gehört.

Es ist ja auch ganz klar, warum nicht. Es ist ganz klar. Ihre Taktik ist ja allzu offensichtlich. Sie wollen im allgemeinen kritisieren und im einzelnen keine Ihrer sieben Interessengruppen verärgern. Das ist doch allzu durchsichtig, auch verständlich aus Ihrer Politik heraus. Nur dürfen Sie dann nicht erwarten, daß Sie ernst genommen werden. Das können Sie mit dieser Politik sicher nicht. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Graff: Erwarten Sie, daß Sie ernst genommen werden?*) Also bei Ihnen lege ich nicht so viel Wert darauf, aber bei denen, die etwas davon verstehen, schon! (*Heiterkeit.*)

Ein zweiter Punkt, der doch sehr eigenartig ist, ist der, daß jetzt beklagt wird, gerade vom Kollegen Schüssel, daß die Konsolidierungspolitik, die wir betreiben, zu einer Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität führt. Bitte, da

muß ich sagen: Das haben wir ja nie bestritten. Sie waren das ja, die die ganze Zeit in früheren Diskussionen geleugnet haben, daß eine Konsolidierungspolitik, eine Reduzierung von Budgetdefiziten eine Senkung wirtschaftlicher Aktivität bringt. Ich glaube, es ist doch einfach sinnlos, so zu tun, als ob eine Reduzierung von Budgetdefiziten auf eine schmerzlose Weise erfolgen könnte. Nichts, nichts in der Volkswirtschaft ist ohne Kosten. Wer behauptet, er könne das ohne Kosten machen, ist ein Scharlatan, auch wenn er wie der Kollege Schüssel dann immer von einem magischen Zauberwort spricht, das offensichtlich die Sache erleichtern sollte. (*Ruf bei der ÖVP: Wieso beleidigen Sie den Dr. Steger? Wie kommt Steger dazu, von Ihnen beschimpft zu werden?*) Aber ich muß Ihnen sagen: Gegen Wundermittel und solche Dinge sollte man eigentlich in der Ökonomie doch eher sehr vorsichtig sein.

Was man aber ganz deutlich sagen muß: Wenn Sie jetzt für eine Defizitreduzierung rein auf der Ausgabenseite plädieren (*Ruf bei der ÖVP: „Rein“ haben wir nicht gesagt!*), so muß Ihnen ... Ach so, welche Steuern wollen Sie erhöhen? Das habe ich bis jetzt noch nicht gehört. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Es muß ein gut ausgewogenes Verhältnis sein!*) Ja – ich habe Sie konkret gefragt: Welche Steuern wollen Sie, bitte, erhöhen? Sie haben gesagt, rein auf der Ausgabenseite wollen Sie Defizite nicht reduzieren. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Sie haben mir das Stichwort gegeben. Aber offensichtlich ist wie so oft dann bald das Schweigen im Walde, sobald man irgendwo eine konkrete Frage stellt. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich nehme das wieder einmal als Beweis für meine vorige These zur Kenntnis, Herr Kollege Kohlmaier.

Was natürlich ganz deutlich ist, das ist, daß das, wenn ich mich – sei es jetzt allein oder sei es überwiegend; ich habe ja noch immer von Ihnen keine Alternative gehört – bei Reduzierungen auf die Ausgabenseite stürze, natürlich noch sehr viel deutlicher negative Effekte auf die wirtschaftliche Aktivität hat als die Steuerseite, weil es ja viel stärker unmittelbar nachfragewirksam wird, sodaß auch von dieser Seite gesehen das Maßnahmenpaket, das wir jetzt vorschlagen, sicherlich die beste Kombination ist.

Nun war die eigenartige Situation, daß der Herr Kollege Schüssel sich große Sorgen um unser sozialistisches Gewissen gemacht hat und uns sozusagen den Lassalle vorgeworfen hat, nicht ohne sich selber dann wieder gleich

Dr. Nowotny

zu distanzieren, indem er sagte, er selber glaubt ja nicht an die Sache, aber wir sollten gefälligst daran glauben und sollten uns daher jetzt sozusagen im stillen Kämmerlein schämen und so bekennen, wie schlechte Sozialisten wir sind.

Zunächst einmal muß ich Ihnen sagen: Die Frage, ob wir schlechte oder gute Sozialisten sind, können Sie ruhig uns überlassen, dazu brauchen wir nicht den Herrn Kollegen Schüssel.

Aber auch die Frage, ob eine Maßnahme sozial gerechtfertigt ist oder nicht, ist eine Frage, zu deren Diskussion wir sehr viel größere Berechtigung haben als Leute, die sich verbünden mit einer Margaret Thatcher, als Leute, die zu ihrem Parteitag einen Stoltenberg einladen, der massivste Sozialkürzungen gemacht hat (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sie machen ja auch Sozialkürzungen!*), oder als Leute, die wie der Kollege Schüssel heute selber hier den Milton Friedman zitieren, einen Mann, dessen sozialpolitische Auswirkungen sehr wohl sichtbar sind in den langen Reihen von Arbeitslosen, die jetzt in England vor den Arbeitsämtern stehen, in den langen Reihen dieser Leute in all den Ländern, wo seine Politik gemacht worden ist. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Vorher hat es keine gegeben?*)

Also ich glaube, vom Prinzipiellen her ist das schon ein Bereich, den wir selber ausdiskutieren können.

Nun ist es richtig — und ich möchte hier durchaus aus meinem Herzen keine Mördergrube machen —, daß die Frage nach der sozialen Wirkung von indirekten Steuern nicht unproblematisch ist (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das kann man wohl sagen!*), und die Sozialistische Partei als solche ist auch mit anderen Vorstellungen in den Wahlkampf gegangen. Wir bekennen uns nach wie vor dazu. (*Abg. Dr. Lichal: Dann haben Sie den Leuten etwas Falsches gesagt — also eine Augenauswischerei!*)

Wir haben den Leuten etwas Richtiges gesagt. Aber Sie haben eine Kampagne geführt, die ganz offensichtlich so war, daß eben die Leute andere Dinge anders geschätzt haben. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wir bekennen uns dazu, daß das Ergebnis einer Koalitionsabsprache eben ein Kompromiß ist. Wir sagen ja nicht, das ist jetzt der Sozialismus, sondern das ist offensichtlich ein Kompromiß; aber ein Kompromiß, meine Damen und Herren, zu dem wir auch, das

möchte ich deutlich sagen, als Sozialdemokraten absolut stehen können. (*Beifall bei der SPÖ.*) Denn der entscheidende Punkt von der sozialpolitischen Seite ist doch der, daß heute die wesentlichsten Impulse sozialpolitischer Natur von der Ausgabenseite kommen. Das heißt, die wesentlichsten Wirkungen werden von der Ausgabenseite über die Fülle von Transfers, über die Fülle von Infrastrukturmaßnahmen gemacht, und diese Maßnahmen konnten wir voll aufrechterhalten. Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Erfolg einer sozialistischen Regierung, einer sozialistischen Regierungsfraktion, die hier gewirkt hat.

In diesem Sinn, meine Damen und Herren, werden wir als SPÖ voll mit diesen Maßnahmen mitgehen. Wir sind auch durchaus bereit, bei all den Maßnahmen, wo sich die ÖVP zu einer konstruktiven Mitarbeit anbietet, diese Mitarbeit aufzunehmen. Wo die ÖVP aber glaubt, ihr Glück in Damagogie suchen zu müssen, wird sie sich selbst in die Ecke stellen. Und ich fürchte, mit der Anfrage heute haben Sie sich jedenfalls ganz schön ins Eck gestellt. (*Beifall bei der SPÖ.*) 16.04

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Eigruber.

16.04

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir als Freiheitlichem, daß ich die Adresse, an die diese dringliche Anfrage gerichtet wurde, richtigstelle. Es soll nicht heißen an die sozialistische Koalitionsregierung, sondern an die österreichische Bundesregierung, die gebildet wird aus Freiheitlicher Partei und Sozialistischer Partei. (*Abg. Dr. Graff: Wo ist da der Unterschied? — Abg. Dr. Lichal: Daß die Freiheitlichen schon an der Spitze sind, gefällt mir!*) Ich hoffe, daß es das letzte Mal ist, daß wir das erwähnen müssen, denn ich weiß, daß die Opposition eine konservative Partei ist, aber so konservativ, daß sie das nicht zur Kenntnis nimmt, kann sie doch nicht sein. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich werde hier nicht so wie die Opposition Zitate und Märchen, die wir heute schon zur Genüge gehört haben, erzählen, sondern ich werde mich an die Fakten halten. Die Fakten sind, daß Sie in dieser Anfrage sehr viele Prognosen angeführt haben, und auf die möchte ich jetzt genauestens eingehen.

Das IHS bestätigt, daß die jüngsten Entscheidungen der Bundesregierung Klarheit

Eigruber

über den künftigen budgetpolitischen Kurs geschaffen haben. Es freut uns Freiheitliche, daß unsere Regierungsbeteiligung so rasch Wirkung dahingehend erzielt hat, daß die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens kar ersichtlich sind, klar ersichtlich vor allem für die Wirtschaft. Dieser Wunsch aus den Wirtschaftskreisen, der immer erhoben wurde und wird, auch von der Opposition, wurde weitestgehend erfüllt.

Die ersten positiven Auswirkungen wurden schon für heuer vorausgesagt. Das IHS rechnet 1983 mit einem realen Wachstum von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Leistungsbilanz von heuer wird vermutlich etwa 15 Milliarden Überschuß bringen. Der private Konsum wird heuer um 3,3 Prozent real ansteigen.

Die Aufgabe der Wirtschaft wird es sein, diesen Konsumwünschen adäquat Rechnung zu tragen, das inländische Angebot darauf abzustellen, sodaß die Außenhandelsbilanz nicht belastet wird.

Wir Freiheitlichen appellieren an die Unternehmer, sich in Hinkunft entsprechend flexibel und dynamisch zu verhalten, damit sich diese Impulse, die sie durch das neue Budget bekommen und die von der Regierungspolitik nunmehr ausgehen, in eine Belebung der inländischen Konjunktur ummünzen und dieser vorausgesagte Aufschwung anhält.

Ich möchte auch an die Opposition appellieren, die Wirtschaft nicht immer durch Kasandraruße zu verunsichern.

Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung enthält auf Anregung von uns Freiheitlichen eine Fülle von wirtschaftsfördernden Maßnahmen, die den flexiblen, dynamischen Unternehmer in seinen Bestrebungen unterstützen, die ihn veranlassen, die Gewinne im Betrieb zu verwenden und damit erstens sich besser an die Marktgegebenheiten anzupassen und zweitens seinen Mitarbeitern krisen-feste Arbeitsplätze anbieten zu können.

Die vorgesehenen Maßnahmen zur Investitionsförderung werden dann am besten greifen, wenn die Unternehmer nicht nur von den damit verbundenen Steuervorteilen ausgehen, sondern sich von diesen Investitionen auch höhere Umsätze versprechen, was sicher der Fall sein wird.

Deshalb brauchen wir einen Aufschwung, der über 1983 hinaus anhält, und deshalb soll

auch dieses Budget nicht kurzfristig, sondern mittel- und langfristig gesehen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Präsident Sallinger hat auf die Vorteile des Maßnahmenpakets für die Wirtschaft in einer Presseaussendung schon hingewiesen, diese aber zum Teil für sich reklamiert.

Wir möchten besonders darauf hinweisen, daß hier starke Einflechtungen der liberalen Marktwirtschaft gekommen sind, die einzig und allein von uns Freiheitlichen ausgegangen sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich vermisse aber, von der Österreichischen Volkspartei diese Aussagen von Präsident Sallinger zu hören. Ich möchte annehmen, daß es hier eventuell an der Koordination fehlt oder daß man, was ich sehr bedauern würde, weil ich Präsident Sallinger sehr hoch schätze, auf ihn in der Österreichischen Volkspartei nicht mehr so viel hört wie früher.

Sie stellen unter anderem folgende Behauptungen auf: Das Wirtschaftswachstum wird hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Für 1983 möchte ich betonen, daß wir ein Wachstum von 1,5 Prozent real haben.

Zweitens: Die Preise werden zusätzlich steigen. — Die Preise werden nur dann steigen, wenn die Mehrwertsteuer auf die Preise überwälzt wird, was wir, an der Disziplin der Wirtschaft gemessen, nicht annehmen können.

Die Preise werden dann steigen, wenn die Paritätische versagen wird. Aber hier möchte ich an die Herren der ÖVP appellieren, die ja in der Paritätischen drinnensitzen, dafür zu sorgen, daß die Preise nicht steigen werden.

Drittens: Die Arbeitslosigkeit wird verstärkt, sagen Sie. Diese Prognosen haben wir selbstverständlich ernstgenommen, und daher unser Bestreben, die Betriebe zu stärken, Eigenkapital bilden zu lassen in den Betrieben, um den Betrieben die Möglichkeit zu geben zu investieren, denn wir Freiheitlichen stehen genauso wie Sie auf dem Standpunkt, daß nur gesunde Betriebe Arbeitsplätze sichern können. Das gilt aber nicht nur für die Privatwirtschaft, sondern auch für die verstaatlichte Industrie.

Zu den Familien und Pensionisten sagen Sie, daß diese besonders leiden werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß das nicht sehr objektiv gesehen ist. Wir haben im Budget für

Eigruber

jede kinderreiche Familie um mindestens 1 000 S jährlich mehr vorgesehen. Für akute Notfälle gibt es einen Fonds im Familienministerium, und auch für Pensionisten wird gesorgt werden.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Nicht krankjammern, wie Sie es gerne machen, sondern eine positive Einstellung, ein vorsichtiger Optimismus ist für uns Österreicher in diesen Zeiten viel wichtiger. Die Voraussagen für 1984 sind zugegebenermaßen nicht besonders optimistisch, insbesondere in bezug auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren! Sie werden sich vielleicht erinnern, daß ich vor zwei Jahren als Funktionär des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender von höheren Arbeitslosenraten gesprochen und davor gewarnt habe. Ich habe damals von 5 Prozent gesprochen. Nichts liegt mir ferner, als mich zu rühmen, daß meine damaligen Warnungen der realen Situation nähergerückt sind, im Gegenteil. Ich bin der Meinung, daß meine negativen Voraussagen zum Anlaß genommen werden müssen, um alle Bemühungen zu verstärken, daß diese Voraussagen im Endeffekt doch nicht Wirklichkeit werden.

Sie schreiben über Arbeitslosigkeit, Sie schreiben aber nicht über neu geschaffene Arbeitsplätze in den letzten Jahren. Sie schreiben auch nicht, daß gerade dieses Budget die Möglichkeit geben wird, Arbeitsplätze neu zu schaffen, um damit die Arbeitslosigkeit noch mehr und noch besser in den Griff zu bekommen.

Sie schreiben von Belastungen zwischen 1976 und 1982. Das war auch Kritik unserer Partei während der Oppositionszeit. Deshalb haben wir uns bemüht, unsere Vorstellungen in das neue Budget einzubringen.

Ich erinnere nochmals an die „Liberale Marktwirtschaft“, an unser Programm, das ja von Wirtschaftswissenschaftlern vor der Wahl als bestes Programm anerkannt wurde. Zugunsten der österreichischen Wirtschaft und besonders der Klein- und Mittelbetriebe wünsche ich mir, daß dieses Programm wirklich zum Tragen kommt. Vor allem mir als Gewerbetreibendem liegt es besonders am Herzen. Und ganz wichtig ist es, daß diesmal die Wirtschaft nicht belastet wird.

Deshalb möchte ich nun von dieser Stelle aus an alle Österreicher und Österreicherinnen, besonders aber an die Verantwortlichen

in Wirtschaft und Verwaltung — und das gilt auch sehr für die Damen und Herren der ÖVP — die dringende Bitte richten, das noch immer brachliegende Potential an Eigeninitiativen und Kreativitäten voll auszuschöpfen, Teil- und Vollarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen — das gilt selbstverständlich auch für die Behörden —, wo immer dies wirtschaftlich vertretbar ist, eine möglichst große Zahl von Jugendlichen auszubilden und in der Arbeitswelt zu integrieren, damit wir auch in Zukunft eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Facharbeitern haben, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ich kann Ihnen versichern, daß diese Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Sinowatz und Vizekanzler Dr. Steger diesen Weg für Österreich weiter beschreiten wird, länger als Sie glauben, zum Wohle Österreichs und der österreichischen Wirtschaft. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 16.15

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Rabl-Stadler.

16.15

Abgeordnete Dr. Helga **Rabl-Stadler** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Hohes Haus! Herr Bundeskanzler, Sie haben Ihre Rede damit begonnen, daß Sie enttäuscht sind, daß die ÖVP auf dem Weg zu einer populistischen Politik ist, daß wir nicht konstruktiv genug sind. Natürlich hat mich das als junge Abgeordnete getroffen. — Der Herr Steger meint, ich bin nicht so jung. Bitte, das ist schon der Charme dieser Regierung: Ich bin 35. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wie Sie wissen, ist das der erste Wahlkampf gewesen, den ich für eine Partei bestritten habe, und mir ist dabei folgendes passiert: Ich war mit Bundesparteiobmann Mock in einem Altenheim im Gneisfeld in Salzburg und habe dort eine Rede gehalten. Und dann ist eines der alten Weiberln auf mich zugekommen und hat gesagt: Aber Fräulein, Sie sind ja so jung, bitte tun Sie uns die Renten nicht kürzen. — Sie hat mir einen Zettel gezeigt vom sozialistischen Pensionistenverband, auf dem steht, daß die Renten gekürzt werden, wenn die ÖVP an die Regierung kommt.

Das macht es dann natürlich selbst einer relativ unvoreingenommenen jungen Abgeordneten schwer, konstruktiv zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dr. Helga Rabl-Stadler

Wenn man sich den ganzen Wahlkampf mit dem Argument „kaputtsparen“ herumschlagen mußte, weil der Mut einer Oppositionspartei, schon vor den Wahlen zu sagen, daß man sparen will, daß man glaubt, daß nur so eine Budgetsanierung möglich ist, nicht belohnt wurde, und wenn man dann eigentlich als temperamentvoller Mensch am liebsten sagen möchte — und damit sicher mehr recht hat —, wir wollen in Österreich nicht kaputtbesteuern, sondern gesundsparen, dann fällt es einem natürlich selbst als junger Abgeordneter relativ schwer, jetzt konstruktiv zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie nun bei diesem Maßnahmenpaket wieder nur mit halbem Mut vorgehen, in Wirklichkeit kaum sparen, in Wirklichkeit kaum das Budget sanieren, dann gibt es auch kaum etwas zum Konstruktivsein.

Aber jetzt bitte zum Positiven. Natürlich habe ich es begrüßt und habe mich gefreut, als Klubobmann Wille sagte, was nützt, nämlich wirtschaftliches Umdenken.

Für mich ist es auch ein Fortschritt gewesen, daß Sie erstmals positiv vom Sparen redeten. Es war Ihnen, Herr Staatssekretär, vorbehalten, in die Propaganda des Vorwahlkampfes mit dem Kaputtsparen zurückzufallen.

Natürlich freue ich mich als mittelständische Unternehmerin, daß so unsinnige Steuern, wie die Gewerbesteuer zum Beispiel, fallen sollen. Wie ich höre, ist das ja vor allem ein Verdienst des Bundeskammerpräsidenten Sallinger und seines Vizepräsidenten Mühlbacher, die beim Herrn Finanzminister Salcher waren und ein offenes Ohr für ihre langjährigen Forderungen fanden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie ich höre, hat das auch in der Regierung zu einigen Schwierigkeiten geführt, Herr Salcher wurde gerügt, daß man der FPÖ diese Erfolge heimbringen hat lassen.

Aber Sie können doch dieses Maßnahmenpaket, lieber Vorredner, nicht im Ernst als Geschenk an den mittelständischen Unternehmer verkaufen, wenn damit andere Steuern und Abgaben, zum Beispiel der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung und vieles andere, erhöht werden, wenn gleichzeitig die letzte Etappe der Arbeiterabfertigung und die erste Etappe der Urlaubsverlängerung in Kraft treten, wenn das nächste Jahr — so Präsident Sallinger — zu einem Spitzenbelastungsjahr wird.

Dazu kommt noch das ständige Gerede über die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Es hat ja das ganze Hin und Her, welche Steuer kommt, welche Steuer nicht kommt, das fatale Entstehen dieses Pakets schon fast so viel Schaden angerichtet wie sein Inhalt selbst. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Klima des Vertrauens schaffen, Sicherheit geben, das ist doch das Wichtigste, um Betriebe zu den für alle so wichtigen Investitionen zu ermutigen. Diese Einsicht gehört doch zum kleinen Einmaleins der Wirtschaftspolitik. Wie müßte denn ein Maßnahmenpaket aussehen, das auf der sicherlich vorhandenen Opferbereitschaft aller Österreicher aufbaut, die sie noch fördert und nicht — siehe Sparzinsensteuer — mißbraucht? Wie müßte ein Maßnahmenpaket aussehen, das echte Budgetsanierung bringt; ein Maßnahmenpaket, das der Wirtschaft die Kraft zum Aufschwung gibt? — Es müßte auf einem echten Sparkonzept fußen. Sparen heißt nicht bloß kürzen, Sparen heißt, Geld mit Hirn ausgeben. *(Beifall bei der ÖVP.)* Dazu brauchen wir aber eine längerfristige Budgetaussage, denn ohne mehrjähriges Budgetkonzept kann es kein ernsthaftes Sparkonzept geben. Dieses Sparkonzept müßte vom Mut zur Budgetwahrheit getragen sein.

Hören Sie doch endlich auf mit den notorischen Überschätzungen der Einnahmen und der ständigen Unterschätzung der Expansionsdynamik der Ausgaben! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Es nützt nichts, jetzt mit imponierenden Fremdworten wie „zero budgeting“ herumzuwerfen. Wenn der Großteil der Budgetausgaben gesetzlich gebunden ist, kommt beim Null-Budgetieren leider nichts Neues heraus, dann bedeutet Null-Budgetieren schlicht: Null-Sparen. Es müssen jene Gesetze geändert werden, die zum Verschwenden Anreiz geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dazu nur ein Beispiel von vielen: Jenes Krankenhaus, das den höchsten Abgang erwirtschaftet, erhält den größten Zuschuß. Die Verschwender werden also belohnt.

Dritte These: Wer Opfer vom Volk verlangt, muß selbst welche bringen. Die Budgetsanierung muß auf mehreren Beinen stehen, nicht nur auf denen der Steuerzahler. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Daher ist es falsch, daß Sie, meine Herren von SPÖ und FPÖ, sich als weibliches Ministerialbi eine Familienministerin leisten, die zwar bereits seit Mai 133 000 S monatlich kassiert, aber noch immer ohne Portefeuille ist, sprich ohne Kompetenzen werkt. Sie soll im nächsten Jahr

Dr. Helga Rabl-Stadler

teils vom Finanzministerium, teils vom Handelsministerium Kompetenzen bekommen. So wird der Konsumentenschutz, der bisher sinnvollerweise beim Handelsministerium war, geteilt, das heißt, zwei Bürokratien beschäftigen sich und müssen wieder koordiniert werden.

Ich könnte mir vorstellen, daß der Obmann des Vereins österreichischer Steuerzahler mit folgender Prophezeiung recht haben wird. Er meinte auf die Frage, ob das neue Familienministerium mit seinen 75 Mitarbeitern schlagkräftig genug sein werde: „Sie können unbesorgt sein, nächstes Jahr gibt es da sicher schon 200 Beamte und übernächstes 300.“

Weil Sie, die Regierung, beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen müssen, ist es auch falsch, daß Sie über 230 Personen, teilweise mit Sonderverträgen, in Ihre Sekretariate eingeschleust haben, so, als gäbe es keine vernünftigen Beamten in Ihren Ministerien. Wie sagt doch der Grazer Professor für Nationalökonomie Gunther Tichy? — Es ist Verschwendung, wenn die Sektionschefs in den Ministerien bei unveränderten Bezügen ihre Aufgaben verlieren und durch hochbezahlte Ministersekretäre mit Sonderverträgen ersetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gestern erst wurde hier im Hohen Haus darüber debattiert, ob diese Mitarbeiter nur 60 Millionen oder gar 100 Millionen kosten werden. Bei einem Kollegen dieser Koalition kam es gar so heraus, als wäre die ÖVP kleinlich, weil sie darüber reden wollte. Nein! Der Verschwendungsstopp ist die erste Voraussetzung für ein wirksames Sparkonzept. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher freuen wir uns auch, daß der neue Unterrichtsminister 100 Millionen Schilling bei der Schulbuchaktion einsparen will. Ich glaube ihm das auch, obwohl diese 100 Millionen bereits seit 1979 fest im Versprechungskatalog der Regierung verankert sind. Ich freue mich auch, wiewohl die Zilksche Gesinnung durch die Verschwendungsumverteilung innerhalb der Regierung konterkariert wird, denn die 100 Millionen, die er einsparen will, sind dann längst schon in den Sekretariaten ausgegeben.

Ich hoffe trotzdem, daß eine Gesinnung, wie sie Helmut Zilk bei der Schulbuchaktion beweist, eine Gesinnung, wie Sie, Herr Klubobmann Wille, mit Ihrer Forderung nach wirtschaftlichem Umdenken beweisen, in der Regierungskoalition zum Durchbruch kom-

men wird. Sie könnten schon in wenigen Wochen beim Budget 1984 beweisen, daß Sie imstande sind, gemachte Fehler zu korrigieren und gemachte Ansätze für den richtigen Weg in die Tat umzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.24

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Kapaun.

16.24

Abgeordneter Dr. **Kapaun** (SPÖ): Meine Damen und Herren! Ich habe die Debatte zu dieser dringlichen Anfrage sehr eingehend verfolgt, und ich habe dabei den Eindruck gewonnen, daß wir, obwohl wir uns alle der deutschen Sprache bedienen, von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen. Eine Wirtschaftsdebatte — und eine Budgetdebatte ist eine Wirtschaftsdebatte — müßte doch gewisse Grunddaten außer Streit stellen. Nur wenn wir alle diese Grunddaten gemeinsam anerkennen und wenn wir uns um diese Grunddaten bemühen, dann ist es möglich, auch zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Die Wirtschaftsdebatte hat ja nur einen Sinn, wenn diese Fakten außer Streit gestellt werden. Darf ich damit beginnen.

Der ehemalige Vizekanzler — der von der Presse so genannte „eiserne Hermann“ Withalm hat einmal vor diesem Hohen Haus die Aussage gemacht, daß 87 Prozent der Budgetausgaben für gesetzlich fixierte Aufgaben reserviert sind. Dieser Prozentsatz hat sich seit der Aussage Withalms nur unwesentlich geändert.

Wenn wir über Sparen oder Mehrausgaben oder Steuern erhöhen reden, wenn wir über das Budget reden, so reden wir immer nur über einen geringen Teil des Budgets, der frei verfügbar ist. Der größte Teil, nämlich fast 90 Prozent, sind vorher schon durch gesetzliche Auflagen vergeben.

Die Frau Abgeordnete Rabl-Stadler hat gesagt, wir müßten diese Gesetze ändern. Ich bin gerne bereit dazu, wir können diese Gesetze ändern, aber dann müssen wir im einzelnen darüber debattieren, welche Änderungen vorgenommen werden sollten. Ich bin gerne bereit, über Vorschläge mit der Frau Abgeordneten zu diskutieren, wir sind gerne bereit, darauf einzugehen. Ich darf nur daran erinnern, daß alle Versuche, Änderungen vorzunehmen, gerade von der Opposition immer wieder kritisiert wurden.

Ich glaube, auch ein Zweites müßten wir feststellen und von dem müßten wir gemein-

Dr. Kapaun

sam ausgehen: Die Probleme, die Österreich heute hat, hat fast die ganze freie westliche Welt. Die Wirtschaftsprobleme, die wir haben, treten in irgendeiner Form in allen freien Staaten Europas und der Welt auf. Es ist die Stahlkrise, die bei uns fälschlich als eine Krise der verstaatlichten Industrie bezeichnet wird, keine österreichische Besonderheit. Sie haben sie in allen europäischen Ländern, von Italien bis zum Norden hinauf, überall gibt es diese Krise. In der Bundesrepublik Deutschland und in Belgien kommt dazu die Kohlenkrise. Die Hochzinspolitik der Vereinigten Staaten hat ihre Nachteile für alle Volkswirtschaften dieser Welt.

Ich glaube, wir müßten anerkennen, daß diese Fakten für alle Staaten und für alle Wirtschaften gelten, und wir müssen davon ausgehen, daß das die Basis ist, von der aus wir diskutieren können. Wir müssen auch anerkennen, wenn wir reell diskutieren wollen, wenn wir ernst genommen werden wollen, daß es gewisse Daten gibt, die unser Land bevorzugen: Wir haben eine sehr niedrige Inflationsrate, wir liegen mit unserer Inflationsrate unter den Staaten, die hier begünstigt sind. Unsere Währung ist stabil, was nicht alle dieser Staaten von sich behaupten können. Unser Außenhandelsdefizit, das uns früher so große Sorgen gemacht hat, ist beseitigt. Nach internationalen Maßstäben und nach internationalen Vergleichen haben wir eine gute Beschäftigungslage; unsere Arbeitslosenrate ist im internationalen Maßstab niedrig. Wir gehen also von günstigeren Voraussetzungen aus als viele Volkswirtschaften rings um uns.

Wir müssen auch wissen, und wir müssen es zugeben, daß die österreichische Wirtschaft mit der internationalen Wirtschaft verflochten ist. Wir sind keine Insel der Seligen. Alle wirtschaftlichen Ergebnisse rundum haben ihren Einfluß auf unsere Volkswirtschaft.

Nun gibt es, ausgehend von dieser Basis, Lösungsvorschläge für die Probleme, die bei uns auftauchen. Sie sind eigentlich in zwei Gruppen einzuordnen: Die erste Gruppe heißt Sparen und die zweite Gruppe Erhöhung der Staatseinnahmen.

Sehr eindringlich hat die Frau Abgeordnete vor mir dem Sparen das Wort geredet. Sicherlich: Sparen ist eine Tugend, die wir unseren jungen Menschen beibringen wollen, aber sparen kann nur der, der über die notwendigen Mittel verfügt, sparen kann man dann, wenn es gelingt, entsprechend sinnvolle Einsparungen zu tätigen.

Ich bin kein Prophet, aber ich sehe die Budgetdebatte voraus, ich bin seit acht Jahren im Haus; die Budgetdebatte ist stets unter dem gleichen Ritual abgelaufen: Mit Ausnahme der Budgetpost Oberste Organe war jede Budgetpost angegriffen und in Zweifel gestellt. Das ist an sich nichts Schlechtes. Bei jeder Budgetposition, bei jedem Kapitel hat die Opposition verlangt, daß das und jenes noch erhöht werden sollte, und am Schluß, als dann unter dem Ganzen der Strich gezogen wurde, als die Summe gebildet wurde, hat man festgestellt, es ist wieder einmal zu viel.

Sie werden sehen, ich bin sicher kein schlechter Prophet, es wird auch die heurige Budgetdebatte nach demselben Ritual verlaufen: Die Opposition wird in Summe feststellen, daß es zuviel ist, im einzelnen aber der Meinung sein, daß wir zuwenig ausgegeben haben. Wie wir dieses Problem lösen werden, das weiß ich nicht. Ich meine, man muß sinnvoll sparen (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ*), und sinnvoll sparen kann man nur dann, wenn konkrete Vorschläge vorliegen. Die Erhöhung der Staatseinnahmen hat eben für uns den Vorteil, daß wir damit einen Budgetspielraum bekommen, daß wir Maßnahmen setzen können, die im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze notwendig sind.

Wir alle debattieren darüber, wie viele Milliarden an die Verstaatlichte, wie viele Milliarden an die Privatwirtschaft gehen sollen, aber wir müssen uns auch den Kopf darüber zerbrechen, woher wir diese Milliarden nehmen, woher diese Milliarden kommen sollen.

Und wenn wir auf der einen Seite nicht nur Lippenbekenntnisse abgeben wollen, diesen Wirtschaftszweigen zu helfen, dann müssen wir auch bereit sein, als Gemeinschaft die notwendigen Mittel dafür aufzubringen.

Sparen, meine Damen und Herren, könnte man, wenn man es ernst meint, eigentlich nur bei den großen Budgetbrocken, bei den Brocken, wo es sich auszahlt zu sparen, denn dort würde ein Eingriff von 1, 2, 3 Prozent wesentliche Erträge bringen und würde wesentliche ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich höre schon Ihre Opposition dagegen, weil Sie natürlich wissen, welche Posten damit gemeint sind. (*Abg. Steinbauer: Konferenzzentrum!*) Aber wenn Sie das nicht wollen, dann bringen Sie das auch zum Ausdruck. Sagen Sie, daß dort nicht gespart werden darf, daß die Ausgaben für die Landwirtschaft notwendig sind, daß die Ausgaben zur Industrieförderung, zur Gewerbeförderung notwendig sind, daß diese horrenden Sum-

Dr. Kapaun

men ausgegeben werden müssen, damit wir, wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat, das gesellschaftliche System, in dem wir uns befinden, erhalten können, damit wir den Standard, den wir gemeinsam erreicht haben, erhalten können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Bundesregierung hat sich bemüht, Einsparungen dort vorzunehmen, wo dies möglich war, die Bundesregierung hat auch gleichzeitig Erhöhungen der Staatseinnahmen dort veranlaßt, wo diese Erhöhungen unter Berücksichtigung des Prinzips der Gerechtigkeit möglich gewesen sind. *(Abg. Steinbauer: Beim Konferenzzentrum!)*

Unter Berücksichtigung all dieser Fakten, die ich Ihnen hier aufgezählt habe, ausgehend von diesen Fakten, glaube ich, müßte eine gemeinsame Lösung möglich sein. In der Tendenz der Sprache unterscheiden wir uns nicht wesentlich. Wir sind alle dafür zu sparen, wir sind alle dafür, die Lasten gerecht zu verteilen, wir sind alle dafür, denen zu helfen, die es notwendig haben. Nur auf einmal scheiden sich die Geister. Wenn es nämlich darum geht, das zu verwirklichen, was man vorher als notwendig anerkannt hat.

Sie haben sich gegen den Herrn Bundeskanzler sehr erregt gewandt, als er Ihnen mehr oder minder den Vorwurf gemacht hat, daß Sie einer populistischen Politik zuneigen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wir sind stolz darauf, daß wir populistische Politik machen!)* Wenn Sie stolz darauf sind, so zeichnet Sie das aus, Herr Kollege Kohlmaier. Wenn Sie glauben, daß populistische Politik notwendig ist, wenn es notwendig ist, den Leuten nach dem Mund zu reden, wenn das das Prinzip Ihrer Politik ist, dann sollten Sie das möglichst deutlich den Leuten immer wieder sagen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir glauben, daß die Politik die Aufgabe hat, das Notwendige zu tun und nicht Gefälligkeiten zu leisten. Die Politik hat die Aufgabe, dort einzugreifen, wo sich die Menschen nicht helfen können. Politik hat nicht den Sinn, Parteipolitik zu machen, politischen Vorteil für eine politische Gruppierung zu erzielen, sondern Politik hat die Aufgabe, im Interesse des gesamten Volkes zu handeln. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen den Vorwurf gemacht habe, populistische Politik zu betreiben, so möchte ich ihn untermauern an ein paar Beispielen Ihrer dringlichen Anfrage. Ich bin Jurist und denke und

formuliere gerne in diesen Kategorien. Wenn der Richter bei der Wahrheitserinnerung ist, sagt er immer wieder einem Zeugen, daß es auch eine falsche Aussage wäre, wenn er etwas verschweigt, was ihm bekannt ist. *(Abg. Steinbauer: Konferenzzentrum!)*

Sie schreiben hier im ersten Punkt Ihrer dringlichen Anfrage: Unter der Regierung Kreisky ist die Gesamtabgabenquote von 35,7 Prozent im Jahre 1970 auf 42,5 Prozent im Jahre 1981 gestiegen. Sie erwecken damit bewußt den Eindruck, als ob hier der Staat in die Taschen der Bürger greifen würde, als ob dem nicht Transferleistungen und Leistungen für die Bürger in einem verstärkten Ausmaß gegenüber stünden. Sie verschweigen diesen wesentlichen Teil der Aussage, und Sie formulieren so, daß der Eindruck entstehen könnte, der Bürger wird hier vom Staat benützt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Einen weiteren Punkt: „Unter der Regierung Kreisky ist in den achtziger Jahren die Zahl der Arbeitslosen um rund 70 000 gestiegen.“ Auch dieser Satz ist so, wie er hier steht, richtig, und ich bestreite ihn nicht. Aber wäre es nicht im Sinne politischer Redlichkeit, wenn Sie sagen würden, damit liegt Österreich im positiven Spitzenfeld der westlichen Industrienationen! Wäre es nicht redlich, wenn Sie sagen würden, damit hat die österreichische Bevölkerung einen großen Erfolg im Interesse der Beschäftigung der Menschen erzielt? *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Und Sie schreiben weiter, und zwar bei den Prophezeiehungen, die Sie dann anschließen: Das Wirtschaftswachstum wird hinter den Erwartungen zurückbleiben. — Sie haben das der bekannten Studie, über die heute schon so viel diskutiert wurde, entnommen.

Aber glauben Sie, es ist redlich, einen solchen Satz zu schreiben, wenn man die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennt? Glauben Sie, allein von diesen Maßnahmen wird das Wirtschaftswachstum im nächsten und übernächsten Jahr abhängen? Gibt es da nicht viele andere Faktoren, von denen das Wirtschaftswachstum abhängig ist? Sie machen hier Aussagen und schieben einer Maßnahme allein die volle Verantwortung zu. Und diese Maßnahme allein kann dieser Verantwortung nicht gerecht werden.

Sie schreiben: „Die Arbeitslosigkeit wird verstärkt.“ Der Herr Bundeskanzler hat darauf hingewiesen: 35 Millionen Arbeitslose erwartet man in den westlichen Industriestaaten. Glauben Sie, diese Entwicklung der Welt

Dr. Kapaun

wird an uns vorübergehen? Woher nehmen Sie den Mut, das zu verleugnen? Woher nehmen Sie den Mut, das den Maßnahmen der Regierung sozusagen in die Schuhe zu schieben, ohne die Bevölkerung darüber aufzuklären, wie die wirtschaftliche Situation in der ganzen Welt ist, ohne zu sagen, wie die Realität ist, mit der wir uns auseinandersetzen müssen!

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie es sich sehr leicht gemacht haben. Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie immer wieder wider besseres Wissen versuchen, den Menschen nach dem Mund zu reden, daß Sie versuchen, eine populistische Politik gegen die Interessen der Menschen zu machen.

Diese Bundesregierung ist bereit, harte Schnitte zu unternehmen, diese Bundesregierung ist bereit, im Interesse der gesunden Wirtschaftsentwicklung in unserem Lande Maßnahmen zu setzen, die notwendig sind. Die Notwendigkeit können Sie nicht bestreiten. Sie wollen aber in Ihrem parteipolitischen Interesse daran Ihre Suppe kochen. *(Beifall bei der SPÖ.)* 16.40

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Roppert.

16.41

Abgeordneter **Roppert** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nach fast drei Stunden Zahlenmaterial werde ich mich bemühen, die Dinge zu dieser dringlichen Anfrage so darzustellen, wie ich glaube, daß sie draußen der kleine Mann sieht.

Die Österreichische Volkspartei hat mit dieser dringlichen Anfrage, glaube ich, gezeigt, daß Sie von der Verantwortung für den Staat, für dieses Land, für unsere Heimat weiter weg ist denn je. Sie hat eine unterbelichtete Momentaufnahme gemacht mit den Augen des 29. September 1983, und sie hat es natürlich vermieden, einen Blick in die Zukunft zu tun, geschweige denn zurückzusehen in die Vergangenheit, in die Erinnerung zu gehen und etwa beim Jahre 1970 zu beginnen.

Sie hat die Taktik der verbrannten Erde fortgesetzt, wie wir sie jetzt schon jahrelang kennen, sie hat in ihrer Taktik keinen Kurswechsel begangen und eigentlich sollte uns das schon recht sein. Sie hat den Weg der leichtesten Rolle in der Opposition gesucht.

Meine Damen und Herren, was hat sie

denn mit dieser Taktik gewonnen? Von 1970 bis 1983 ein Zehntelprozent an Stimmen. Aber verloren hat sie durch diese Taktik die Glaubwürdigkeit, in den nächsten Jahren, vielleicht überhaupt jemals wieder in diesem Staat die Verantwortung tragen zu können.

Und wenn Sie mir nicht glauben, meine Damen und Herren, vielleicht glauben Sie einem Mann, der Steinhauser heißt und der Ihnen sicherlich bekannt ist. Der besagte Steinhauser hat eine Untersuchung vorgenommen, die etwas mehr als ein Jahr alt ist. Diese Untersuchung hat er in Wirtschaftskreisen gemacht, und die Frage war sehr einfach. Die Frage hat gelautet: Wem trauen Sie zu, besser wirtschaften zu können? Die Antwort war wieder sehr einfach, nämlich bei der überwältigenden Mehrheit — nicht in unseren Wählerschichten, sondern eigentlich in Ihren Wählerschichten — ist die Antwort so ausgefallen: den Sozialisten. Wenn Ihnen das nicht zu denken gibt, uns soll das sehr recht sein. *(Abg. Steinbauer: Herr Kollege! Halten Sie sich inzwischen besser an Steinbauer!)* Das, glaube ich, wäre vielleicht ein Rat, der von seiten der Volkspartei ganz gut gemeint ist, bei uns aber sicher auf keinen fruchtbaren Boden fallen wird.

Geschätzte Damen und Herren! Darf ich vielleicht das Fenster in Ihrem Oppositionskäfig ein bißchen aufmachen. Vielleicht gelingt es dem einen oder anderen, doch wieder das Augenmaß und die richtige Größenordnung zu finden, um zu sehen, wer wir sind und was wir sind: eine Volkswirtschaft mit 7,5 Millionen Einwohnern. Denn wenn ich Ihren Rednern zuhöre, glaube ich immer, die Österreichische Volkspartei stellt eine wirtschaftliche Weltregierung.

Geschätzte Damen und Herren! Eine Volkswirtschaft mit 7,5 Millionen Einwohnern — das entspricht ungefähr der Größenordnung einiger Vorortebereiche von Tokyo, wenn Sie wollen, halb New York oder der Hälfte von Groß Moskau — kann nicht losgelöst betrachtet werden vom weltwirtschaftlichen Ereignis, geschätzte Damen und Herren, das muß ja selbstverständlich sein.

Die Sozialisten sind 1970 mit der Alleinregierung angetreten mit einer utopischen Vorstellung: den Lebensstandard der Menschen in diesem Lande an den Lebensstandard der Menschen von Skandinavien heranzuführen. Wenn jemand gesagt hätte, das wird diese Regierung schon 1975 erreichen und 1976 den OECD-Durchschnitt überschreiten, dann hätte der Betreffende vermutlich den Mann,

Roppert

der das gesagt hätte, belächelt. Es ist dies aber gelungen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! In den ersten zwei Jahren — 1971 und 1972 — war es sogar möglich, die Schulden aus Ihrer Regierungszeit zurückzuzahlen. *(Abg. Fachleutner: Sie sind ja ein Träumer! — Abg. Dr. Graff: Die Schulden der Regierung Kreisky werden die kommenden Generationen zu zahlen haben!)* Sie brauchen nur nachlesen, meine Damen und Herren. Wenn Sie darüber lachen, dann zeigen Sie, daß ich mit meiner Einleitung recht habe: Sie haben keinen Blick mehr für die rechten Maßstäbe! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Das ist dann eingetreten, das verleugnen Sie. Ich nehme eine Komponente heraus: Energiewirtschaft. Das Barrel Rohöl hat 6 Dollar gekostet — von dem redet niemand —, es hat dann 18,50 Dollar gekostet, ist auf 23 Dollar gestiegen, ist über 30 Dollar gestiegen und zum Schluß ist es am Spotmarkt mit 42 Dollar gehandelt worden. Da sagen Sie nichts dazu! Und die österreichische Wirtschaft war in der Lage, das wegzustecken. Die österreichische Wirtschaft war trotz dieser Belastungen in der Lage, den Menschen in diesem Lande zu zeigen, daß man trotz dieser Belastungen so wirtschaften kann, daß die Säulen in der wirtschaftlichen Betrachtungsweise, beispielsweise die Arbeitslosenrate, während der gesamten Zeit und auch heute noch zu den Spitzenwerten der weiten Welt zählen, daß die Inflation in den letzten vier Jahren niemals unter den dritten Platz abgesunken ist, ganz im Gegenteil, voriges Jahr waren wir kurzzeitig an erster Stelle, daß das Wirtschaftswachstum im zehnjährigen Durchschnitt, meine Damen und Herren, an zweiter Stelle der ganzen Welt steht, zumindest das industrielle Wachstum, hier liegen wir hinter Japan. Auch das sagt von Ihnen niemand.

Und es ist uns gelungen, meine Damen und Herren, ein österreichisches Wunder in den letzten zwei Jahren zu vollziehen. Wir haben in der Leistungsbilanz aufgeholt nach einer sehr bedenklichen Situation vor vier Jahren, wo wir etwa bei einem Negativum von 80 Milliarden gelegen sind. Wir haben aufgeholt, sind schon das zweite Jahr positiv, und innerhalb dieser Leistungsbilanz — auch da sagen Sie nichts dazu — ist es möglich, die Handelsbilanz mit den Ländern, die Erdöl produzieren, von denen wir Energie beziehen müssen, sogar positiv zu gestalten.

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe

einleitend gesagt, ich werde mich nicht mit Zahlen im konkreten befassen, denn das haben wir jetzt drei Stunden gehört, und all das, was ich anführe, ist in jedem OECD-Bericht nachzulesen. Wenn man, glaube ich, bei einer Dringlichen nur 20 Minuten Zeit hat, kann man das jedem zumuten, der sich wirklich dafür interessiert.

Geschätzte Damen und Herren! Sie sagen zu allem, was wir getan haben, Verschwendung. Sie sagen Verschwendung zur Bildungspolitik, Sie sagen Verschwendung zum Gesundheitswesen. Und ich sage Ihnen zu dieser Bildungspolitik gleich ein Beispiel: 1945 hatten wir in Kärnten neun Hauptschulen, 1983 haben wir 93 Hauptschulen. Allein von 1970, jawohl von 1970 bis 1982 wurden in Kärnten mehr Schulen gebaut als von 1919 bis 1970! *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist alles Verschwendung?

Geschätzte Damen und Herren! Daß wir als Österreicher in unserer Gesamtheit mit dieser Politik reicher geworden sind, jeder einzelne, durch Straßen, durch Infrastruktur, durch Schienenwege, durch die Krankenhäuser, in jedem Bezirk in Kärnten gibt es ein Krankenhaus und dazu noch Schwerpunktkrankenhäuser, nicht zu denken ... *(Abg. Heinzinger: In ganz Kärnten gibt es keine Bergbauernhilfe!)* Das ist ein Stichwort, das hätten Sie lieber nicht sagen sollen. Herr Kollege Heinzinger, darf ich zu dem Bauernproblem etwas sagen:

Ich habe im Zuge der Wahlauseinandersetzung in Fresach — das ist die Heimat vom Klammer, damit man weiß, wo er zu Hause ist — von sieben Uhr abends bis fast ein Uhr früh mit Bauern diskutiert. Eine schwierige Situation für mich, ich gebe zu, ich bin weder im Landwirtschaftsausschuß, es ist auch nicht unbedingt meine Materie, ich habe also versucht, Sozialpolitik so zu sehen, wie wir sie sehen. Ich muß Ihnen sagen, im Zuge der Diskussion des damaligen Mallorca-Paketes habe ich bei den Bauern in diesem Bereich am Schluß größtes Verständnis für einige Umstände gefunden. Sie können den Sozialisten alles vorwerfen, nur eines kaum: daß die sozialistische Regierung eine Bevölkerungsschicht, die nicht unbedingt ihre Wählerschicht ist, vernachlässigt hätte. Das können Sie nicht sagen! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Heinzinger: Bergbauernhilfe!)*

Da denke ich an die Bauernrenten und da denke ich an die große Diskussion, Herr Abgeordneter Heinzinger ... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Aber durchgeführt haben wir

Roppert

es. Sie haben Zuschußrenten gemacht, wir haben Pensionen gemacht, das ist der Unterschied! Herr Abgeordneter Heinzinger, da denke ich an eine große Problematik, an die Flächenbewirtschaftung, die Sie ja immer haben wollen in Form einer Prämie. Ich denke an das Bergbauern-Sonderprogramm, ich denke an die Zonen I, II und III.

Ich habe diesen Bauern dann eine Frage gestellt, Kollege Heinzinger. Die Antwort der Bauern von damals werde ich nie vergessen. Ich habe nämlich folgendes gesagt: Wir wußten schon einen Weg. Warum streiten wir ununterbrochen mit den Interessenvertretern der Landwirtschaft, was die Zonen I, II oder die Zone III bekommt? Wir wissen das viel besser. Wir nehmen eine Summe, die dafür vorgesehen ist, und lassen sie die Bauern selbst verteilen. Das hätten Sie sich anhören müssen, welches Vertrauen bei den Bauern in dieser Frage konkret für ihre Interessenvertretung vorhanden war. Das hätten Sie sich anhören müssen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Dann wäre es Ihnen genauso gegangen wie beim Milchpreis! Der Bauer kriegt etwas mehr als 2 S, uns kostet es 11,5 S. Wenn einer nicht mittut bei Ihnen, dann wird er ausgeschlossen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Sie nennen alles, was wir tun, verschwenden, haben ununterbrochen die Worte im Mund: Milton Friedman, die Philosophie eines Friedrich von Hayek, kurz und schlicht und einfach die Philosophie der sogenannten Chicagoboy. Ihr Bundesobmann war ja zu Beginn des Jahres in den Vereinigten Staaten, er ist ja dann von seiner Reise zurückgekommen in seiner Funktion als internationaler Vorsitzender Ihrer europäischen Parteien. Unter anderem war er in Portugal; unter anderem hat er in Lissabon eine Pressekonferenz gegeben. Bei dieser Pressekonferenz hat er sich bemüht, als frischgebackener Vorsitzender Ihrer Vereinigung den Leuten die Philosophie, die er in dieser Funktion zu verfolgen trachtet, die Wirtschaftsphilosophie, frisch von Amerika gekommen, zu unterbreiten. Am Schluß dieser Pressekonferenz hat er gefragt, ob die anwesenden Journalisten — es waren ohnehin nicht viele — Fragen an ihn hätten. Da war es ein bißchen ruhig, und dann hat einer gefragt: „What's your name?“ — Wie heißen Sie? Damit ist, glaube ich, diese Sache, die Sie da ununterbrochen durchklingen haben lassen, mit Ihrem monetaristischen Gedanken-

gut, diese Geschichte ist, glaube ich, zur Genüge beleuchtet.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Sie nennen diese Maßnahmen, die nun aus den verschiedensten Gründen — das wurde drei Stunden erläutert — gesetzt werden müssen, Belastungswellen. Wir sagen dazu, daß das eine Maßnahme ist, um die Furcht von den Menschen zu nehmen, die möglicherweise für die Zukunft bei ihnen auftaucht. Wir sagen zu diesen Maßnahmen nicht, das ist die sechste Belastungswelle 1982/83, wir sagen zu diesen Maßnahmen, das ist der sechste Hilfszug der Solidarität für die Einkommensschwächeren in diesem Lande! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 16.53

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Heinzinger.

16.54

Abgeordneter **Heinzinger** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte zunächst doch eine Vorbeurteilung machen. Der Herr Bundeskanzler hat bei einer großen Vertrauensmännerkonferenz und auch hier im Parlament darauf hingewiesen, daß eine Partei, die dreizehn Jahre an der Macht ist, leicht vom Hochmut befallen werden kann, und hat davor gewarnt. Auf Grund des engen Verhältnisses mit den Blauen — wobei ich den Eindruck habe, daß die Anschmiegsamkeit der Blauen an die Regierung größer ist als umgekehrt — darf ich vermuten, daß diese Aufforderung auch für die Freiheitliche Partei gilt.

Wir machen gemeinsam hier eine Beobachtung, was das Verhalten einzelner Regierungsmitglieder betrifft. Die Verhaltensforschung kennt Beweise dafür: Wenn man größer sein möchte als man tatsächlich ist, dann wird man laut und schreit und wird aggressiv. Und wenn man Angst hat, passiert das gleiche. Meine Damen und Herren — und das bitte ich als Mahnung Ihres Bundeskanzlers zu erkennen —: Wir sitzen hier nicht als Personen, und das Parlament ist nicht irgendein Verein, sondern Repräsentant der österreichischen Wähler. Wir werden uns in Zukunft eine solche Behandlung seitens der Regierungsmitglieder, auch seitens des Herrn Bundeskanzlers, nicht gefallen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist, soweit das unter Parlamentariern und Regierungsmitgliedern erlaubt ist, ein kollegialer Rat. Wenn Sie nämlich herunterfallen werden von dieser Regierung

Heinzinger

durch den Wähler, wenn Sie weniger hochmütig sind, dann fallen Sie auch nicht so hart.

Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, vier Jahre Rezession haben wir bewältigt, einen ungeheuren Strukturwandel haben wir bewältigt, es gilt, große Chancen zu nützen. Die Nachfolgeredner der Sozialistischen Partei haben den Zustand unserer Wirtschaft gefeiert, als stünden wir an der Spitze einer prosperitären Situation, als hätten wir nicht tiefgreifende Sorgen. Der letzte Redner vorher meinte, diese Regierung wäre in der Lage gewesen, die Schulden der ÖVP leicht zurückzuzahlen. Stimmt, weil sie nicht so hoch waren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Für die Schulden, die diese Regierung, meine Damen und Herren, hinterläßt, sind jetzt härteste Opfer notwendig, und es werden unsere Kinder noch zu bezahlen haben. Ganz sicherlich aber wird sie die nächste Regierung zu bezahlen haben.

Meine Damen und Herren! Dann hat sich der Herr Staatssekretär Bauer vorwiegend mit der Vergangenheit beschäftigt. Ich kann mir schon vorstellen, warum, denn die unmittelbare Gegenwart der Freiheitlichen Partei, in der eine bedauerliche Selbstverstümmelung grassiert, ist sicherlich nicht sehr erfreulich. Man muß sich doch einige Sachen in Erinnerung rufen, die die Herren von der Freiheitlichen Partei vorher gesagt haben. Für die Kollegen in der verstaatlichten Industrie sei es in Erinnerung gerufen: Die FPÖ verspricht durch ihren Dr. Steger: Die Stahlindustrie sollte ausschließlich in Linz und Donawitz konzentriert werden. Meine Damen und Herren! Mürztal, Ternitz — das ist der wirtschaftspolitische Horizont des zuständigen Vizekanzlers und Handelsministers.

Diese Partei hat versprochen, sie werde die Sparbuchsteuer verhindern. Wir kennen alle das Hickhack dieser Sparbuchsteuer. Übriggeblieben sind die Kleinsten, das Kindersparbuch und das Rentnersparbuch, die sind durch die Politik dieser Regierung drangekommen. Das sind die Versprechen der Freiheitlichen Partei!

Dann feiern Sie immer wieder, wenn Sie solche Ziffern hören, den jetzigen Zustand und sagen: Es geht uns viel besser, wir sind fortschrittlicher. Die Welt soll sich ein Beispiel nehmen.

Der Herr Bundeskanzler hat das Vergnügen gehabt, darüber mit Präsidenten bei der

UNO zu diskutieren. Es ist durchaus möglich, daß es auf dieser Erde leider viele Präsidenten ganz armer Länder gibt. Wenn er mit denen gesprochen haben sollte — auch ein Akt der Entwicklungshilfe, ich möchte das gar nicht herabsetzen —, dann wird er recht haben. Wenn er aber mit den Präsidenten der hochindustrialisierten Länder gesprochen hat, mit denen wir auf dem Markt zu konkurrieren haben — und wir leben von den Exportleistungen, vom Fleiß unserer Arbeitnehmer und Unternehmer im Export und von unserer Wettbewerbsfähigkeit —, dann, meine Damen und Herren, schaut die Bilanz — und ich bitte Sie, zuzuhören — wesentlich trister aus. Dann zeigt dies, daß diese Regierung Unglaubliches versäumt hat. Das haben wir Ihnen immer wieder vorgeworfen, und das ist nicht Schwarzmalerei. Das war Mahnung, umzukehren, weil die Entwicklung vorhersehbar war, weil wir tiefe Sorge hatten.

Ein unverdächtigster Zeuge bitte: die Züricher Kantonalbank. Wir wissen, den Schweizern kann man zutrauen, daß sie von Geld etwas verstehen, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Sie sind uns überall eine Nasenlänge voraus. Zitat, Züricher Kantonalbank, Herr Bundeskanzler, zu Ihren Vorstellungen, daß es uns so gut ginge: „Österreich gehört bezüglich des technologischen Know-how zu den am wenigsten entwickelten Industrieländern Europas. Dieser Mangel ist die Folge eines während Jahrzehnten zu niedrigen Kapitaleinsatzes für Forschung und Entwicklung, der zurzeit immer noch auf dem tiefen Niveau von 1,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verharret.“

Meine Damen und Herren! Das ist die Wirklichkeit. Sie haben die Zukunft verspielt mit dieser Politik, indem Sie jetzt zu großzügig gelebt haben, indem Sie jetzt Wählerstimmen gekauft haben — ich sage das in dieser Härte — und indem Sie verschwendet haben. (*Beifall bei ÖVP.*)

Ein zweiter Indikator, meine Damen und Herren. Sie kennen die Patentziffern. Die Patentanmeldungen in Österreich — die nationalen und die internationalen — gehen laufend zurück. Wir sind immer mehr darauf angewiesen, solches Wissen zuzukaufen. Hier ist weniger Hochmut und mehr Geld für Wissenschaft und Forschung sicherlich das Geeignete.

Noch einmal zur Schweiz, weil Sie gerne Fakten auf dem Tisch haben. Meine Damen

Heinzinger

und Herren! Wenn wir Österreich mit einer Einheit von 100 nehmen und die Güterstruktur im Export anschauen — und davon leben wir —, dann schaut das bei Halbfertigfabrikaten so aus, daß Österreich die Einheit 100 hat und die Schweiz die Einheit 147. Dabei kann man noch wenig verdienen. Dort, wo man viel verdienen kann, das sind die technischen Finalgüter, da ist die Einheit Österreich 100 und Schweiz 227. Und bei den Konsumfertigwaren: Österreich 100 und Schweiz 147. Die Wirklichkeit dieser Entwicklung, meine Damen und Herren, ist, daß wir ganz große Sorgen haben müssen, daß die Schulden unseren Spielraum einschränken — das gebe ich Ihnen gerne zu — und daß wir dringend einen Nachholbedarf in diesen Sachen hätten.

Wenn wir sagen, Sie verschwenden, und das quält Sie und Sie heulen auf, dann bitte ich Sie, meine Damen und Herren, folgendes zu bedenken: Es gibt jedes Jahr eine Quelle, das sind die Rechnungshofberichte. Diese Rechnungshofberichte sind halb Kriminalroman und halb ein Plan zur Schatzsuche. Dort können Sie Seite für Seite finden, wo Sie sparen können, und dort können Sie Seite für Seite finden, wo fahrlässig verschwendet wird. Lesen Sie bitte nach! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dann hat Kollege Kapaun gemeint, daß wir Ziffern aus dem Zusammenhang nehmen und man müsse das Gesamte sehen. Auch der Herr Bundeskanzler hat das gemeint. Wir sehen das Gesamte, meine Damen und Herren! Und auf dieses Gesamte hin wieder eine objektive Quelle: das WIFO.

„Der Versuch, die kurzfristigkonjunkturellen Auswirkungen des Maßnahmenpaketes grob abzuschätzen, führt zu folgendem Ergebnis: Die Inflationsrate steigt um rund 1,75 Prozentpunkte, das Wirtschaftswachstum wird um etwa 1 Prozentpunkt gedrückt . . ., und es werden um ein halbes Prozent weniger Arbeitskräfte eingesetzt.“

Herr Kollege Kapaun! Wieso sagen Sie nicht der Öffentlichkeit, daß dieses Belastungspaket, dieser Belastungspaketwagen keine Maßnahme für die Zukunft ist, sondern daß das eine quälend notwendige Maßnahme für die Schulden der Notwendigkeit ist und daß diese quälend notwendige Maßnahme unentrinnbar alle Österreicher trifft.

Wenn jemand sparen möchte: Von der Mehrwertsteuer her kann er es nicht, denn

Sie greifen nach dem Sparbuch. Er kann nicht beim Heizen sparen, denn Sie treiben die Energiepreise hinauf. Und, meine Damen und Herren, was Sie heute alles schon besteuern und mit welchen Mengen Sie das besteuern, muß man Ihnen wieder einmal doch kurz vor Augen führen. (*Abg. Dr. Gradenegger: Aber kurz!*) Ja. Kurz.

Luxussteuer zahlt man in diesem Land für einen Suppenteller. Wenn jemand nicht aus einem Emailtegerl oder aus einem Tonscherben essen möchte, sondern als kultivierter Mensch aus einem Porzellanteller, dann zahlt er dank des Sozialismus Luxussteuer von 32 Prozent. Wenn sich jemand eine neue Armanduhr kauft, dann zahlt er dafür Luxussteuer in diesem Land. Glauben Sie wirklich, daß Sie das berechtigt, stolz zu sein auf den sozialistischen Vorsprung? (*Abg. Dr. Gradenegger: Fürchten tu ich mich!*)

Herr Gradenegger! Sie sind ein gefühlloser Mensch, dazu muß ich Ihnen gratulieren. (*Abg. Dr. Gradenegger: Was soll ich für Sie für Gefühle haben?*) Das wäre mir auch peinlich!

Meine Damen und Herren! Noch etwas möchte ich Ihnen sagen: Es wird immer wieder gesprochen von mehr Redlichkeit in der Politik und daß viele unserer Mitbürger — egal, wen von uns Sie meinen, das geht quer durch die Parteien — wenig Freude haben mit dem, was da passiert.

Ein kleiner Schritt in diese Richtung nach mehr Redlichkeit wäre etwas mehr Wahrhaftigkeit und Korrektheit in den Argumentationen. Was meint der zuständige Mann für die Wirtschaftspolitik und für die verstaatlichte Industrie in dieser Regierung, Dkfm. Lacina, den ich von seinem Fachwissen her sehr hoch einschätze und der sicherlich manches besser weiß als viele andere Staatssekretäre, die in diesem Fache dilletieren, zu ein und demselben Problem in ganz kurzem Zeitabstand? Er hat gestern hier gemeint zur Frage der Fusion der verstaatlichten Industrie, daß in der Bundesrepublik „ein Fusionskonzept“ — ich zitiere — „für die deutsche Stahlindustrie diskutiert wird, mit nicht sehr großem Erfolg“. . . . aber das, was in Deutschland jetzt recht ist“, nämlich die Fusionierung, „war offenbar für uns vor wenigen Jahren völlig falsch. Man könnte aber auch den Schluß ziehen, daß wir damals das Notwendige schon gemacht haben“, was andere jetzt nachholen. Er bekennt sich also zur Idee der Fusion und der

Heinzinger

Konzentration, zu der Idee des „Mehr Staat“ und zu der Vorstellung, daß Bürokratie innovativ sein und Arbeitsplätze sichern könnte. Das ist der tiefreichende Unterschied zwischen dem sozialistischen Weg und dem Weg der Österreichischen Volkspartei! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vom Ansatz her ist es die Aufgabe der Verwaltung, korrekt nach Paragraphen ihre Aufgaben zu erfüllen, und die Aufgabe der Wirtschaft ist es, beweglich, flexibel, täglich neu, manchmal auf einem schmalen Pfad, in einem ungeheuren internationalen Wettbewerb Produkte zu verkaufen. Das ist vom Ansatz her grundsätzlich etwas anderes.

Das weiß dieser Staatssekretär auch. Denn er schreibt zum ganz gleichen Problem bei einer Tagung der Nationalbank über „Wege der Wirtschaftspolitik“ — ich zitiere wieder Lacina —: „Der in der Vergangenheit oft praktizierte Trend der Zentralisierung unternehmerischer Entscheidung hat sich mittlerweile als der nicht immer optimale Weg herausgestellt. Untersuchungen zeigen, daß die Schaffung relativ selbständiger, kleinerer Einheiten oft zu einem besseren betriebswirtschaftlichen Ergebnis führt. Darüber hinaus entspricht es besser dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit“ — ÖVP-Grundsatzprogramm — „und wirkt leistungsmotivierend.“ — Noch einmal ÖVP-Grundsatzprogramm. Richtig. Wieso dann bitte gestern hier im Parlament genau die gegenteilige Behauptung? Diese Unredlichkeit in der Politik führt uns nicht weiter. Sie löst unsere Probleme nicht, sondern sie macht das Unbehagen im Zusammenhang mit der Politik ungleich größer.

Meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär Bauer hat beliebt, mit Prozenten zu jonglieren, weil ihm die tatsächlichen Ziffern halt doch eher grausam scheinen. Ich sehe das schon ein, sie sind auch sehr hart. Aber bitte, damit er es auch in Prozenten hat, zitiere ich Horst Knapp aus den „Finanznachrichten“. Vergleich des Paukenschlages der ÖVP — ich zitiere Knapp —: „Eine Summe von harten trockenen Schlägen also der SPÖ.“

Knapp kommt zu dem Prozentergebnis: „Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt 1969 hatte Korens Paukenschlag knapp 1 Prozent, genau 0,97 Mehreinnahmen erschlossen.

Wenn hinsichtlich des Bruttoinlandsproduktes 1964 nunmehr etwa 12,75 Milliarden ein heißer Tip sein dürften, läßt der Paukenwirbel Einnahmen von zirka 1,35 Prozent zu.“

Meine Damen und Herren! Das ist die Wahrheit. Die Vorstellung, daß man mit mehr Belastungen, ohne Erneuerungen das Problem wird lösen können, ist ein Irrtum, der jeden Hoffnungshorizont verschließt. Ich nenne Ihnen meine Hauptsorge und sage Ihnen, wieso es zu dieser Entwicklung gekommen ist und wieso diese Regierung trotz des beachtlichen Bemühens des Herrn Bundeskanzlers keine Ansätze des Herausfindens hat: Es ist die schwere Bruchlinie in unserem System von Regierung, Opposition, Gewerkschaft und Arbeiterkammer. Es ist Aufgabe jeder Gewerkschaft, die Position der Arbeitnehmer gegenüber der Regierung wirksam zu vertreten. In dem Augenblick aber, in dem die Vorsitzenden der beiden mächtigsten Teilgewerkschaften selbst Minister sind, also wenn der Gewerkschaftsvorsitzende der Privatangestellten Sozialminister ist und einen Schuldenberg ohne jede Hoffnung hat und gleichzeitig sein Konkurrent um die Nachfolge des Parlamentspräsidenten Chef der Metallarbeitergewerkschaft ist und der Vorsitzende der Fraktion Arbeiterkammerpräsident ist (*Abg. Ruhaltinger: Das hat einen anderen Grund!*), so ist das ein Interessenkonflikt, der den moralisch legitimen Druck auf diese Regierung, zu sparen, zu reformieren und zu erneuern, wegfällen läßt. (*Abg. Dr. Gradenegger: Kennen Sie Hemingway: „Wem die Stunde schlägt“?*) Das ist eine ernste Gefahr, ich mache Sie darauf aufmerksam. Sie spüren in manchen Bereichen, etwa in Oberösterreich, an gewissen Methoden in der GPA, welches Potential sich hier auftut. Ich hoffe sehr, daß der Gewerkschaftstag, der vor der Tür steht, eine klarere Sprache für die Arbeitnehmer findet, als das die Erklärungen des Arbeiterkammervorstandes tun.

Meine Damen und Herren! Der Weg, der jetzt begangen wird, ist ein auswegloses Gehen in eine Sackgasse. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mock: Richtig!*) Die Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei — wir haben immer, auch wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, zu all den Detailproblemen unsere Alternativvorschläge entwickelt — sind sehr einfach. Wir glauben, daß der Bürger das Geld sorgfältiger verwendet. Wir glauben, daß die Unternehmer sinnvoller investieren und wirksamer Arbeitsplätze sichern, als es der Staat macht. Wir sind für mehr Eigentum, mehr Einkommen und mehr

Verfügungsgewalt bei den Steuerzahlern und für weniger Staat, aber für einen effizienteren Staat. (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.15

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 209/J bis 232/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 19. Oktober um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen.

In dieser Sitzung findet keine Fragestunde statt.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 16 Minuten